

Deutsche Architektur

9. Jahrgang · Berlin · Mai 1960 Heft 5

Deutsche Architektur

Herausgeber: Deutsche Bauakademie und Bund Deutscher Architekten

Heft 5 1960

Grußadresse des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands an die XXIV. Plenartagung der Deutschen Bauakademie

Wir grüßen die Mitglieder des Plenums und die Wissenschaftler der Deutschen Bauakademie, die gemeinsam mit Genossenschaftsbauern, Vertretern der Landwirtschaftswissenschaften, der Hoch- und Fachschulen und des Staatsapparates über die Aufgaben der Bauforschung zur Festigung des vollgenossenschaftlichen Dorfes beraten.

Auf dem 8. Plenum des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands wurde das große Programm für die sozialistische Umwälzung auf dem Lande festgelegt und der Weg zur Erreichung des Weltniveaus in der landwirtschaftlichen Produktion aufgezeigt. Das Bauwesen hat zur Erfüllung des Landwirtschaftsprogrammes einen wesentlichen Beitrag zu leisten.

Unsere LPG-Bauern, die mit der ganzen Dorfbevölkerung die sozialistische Umgestaltung ihres Dorfes durchführen, dessen Perspektive ausarbeiten und bestimmen, sollen ständig durch die Bauforschung unterstützt werden. Es gilt, ihnen den Höchststand von Wissenschaft und Technik im Bauwesen unter Ausnutzung der fortgeschrittensten internationalen Erfahrungen zu vermitteln. Es gilt, ihnen unmittelbar bei der vollen Ausnutzung der Altbausubstanz und bei der Errichtung moderner Produktionsstätten zu helfen.

Unsere Architekten und Dorfplaner mögen gemeinsam mit den Genossenschaftsbauern moderne Wohnbauten, kulturelle und soziale Einrichtungen schaffen und helfen, die Dörfer so umzugestalten, daß sich das Leben auf dem Lande immer mehr dem Leben der Stadt angleicht.

Die gesamte Bauproduktion muß mit Hilfe spezialisierter Baubetriebe und der LPG-Baubrigaden unter Ausnutzung der örtlichen Baustoffreserven rationell organisiert und das industrielle Bauen auf dem Lande durchgesetzt werden.

Wir erwarten von unseren Bauwissenschaftlern, Architekten und Ingenieuren, daß sie in sozialistischer Gemeinschaftsarbeit mit den Neuerern der sozialistischen Landwirtschaft sich für die Erfüllung dieser großen und verantwortlichen Aufgabe einsetzen. Wir sind der Überzeugung, daß diese Plenartagung der Deutschen Bauakademie alle Kräfte der Bauforschung mobilisiert, um sowohl die Sofortaufgaben lösen zu helfen als auch die Weiterentwicklung des sozialistischen Bauens auf dem Lande vorwärts zu treiben. Die erfolgreiche Lösung der in der Plenartagung gefaßten Beschlüsse wird von großer Bedeutung für die Wirksamkeit der Arbeit der Deutschen Bauakademie in der Praxis sein.

Wir wünschen der Tagung einen vollen Erfolg.

Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands

W. Ulbricht

Erster Sekretär

Baupraxis und Bauforschung im ländlichen Bauwesen

Professor Dr. Kurt Liebknecht

Vortrag auf der XXIV. Tagung des Plenums der Deutschen Bauakademie am 28. und 29. April 1960 in Groß-Nemerow

„Auch auf dem Gebiet der Forschung und Entwicklung ist es notwendig, daß die Organe der Landwirtschaft und des Bauwesens, einschließlich der Deutschen Bauakademie, von vornherein schwerpunktmäßig zusammenarbeiten und einen viel breiteren Kreis von Praktikern und Wissenschaftlern aus dem Produktionsprozeß in diese Arbeit mit einbeziehen."

(Aus dem Referat des Ersten Sekretärs des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands Walter Ulbricht auf der 8. Tagung des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands)

Auf unserer heutigen Plenartagung sollen die Aufgaben, die dem Bauwesen und besonders der Bauforschung aus der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft erwachsen, behandelt werden.

In den letzten Monaten hat sich eine historische Umwälzung in unseren Dörfern vollzogen. Wir können mit großer Befriedigung feststellen, daß die Bauern der Deutschen Demokratischen Republik den großen Schritt von der Einzelproduktion zur genossenschaftlichen Produktion, das heißt den Schritt vom Ich zum Wir getan haben.

Mit dem Eintritt aller Bauern in die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften wurden die Einheit der genossenschaftlichen Produktion im Dorf und die Gemeinschaft der Bauern geschmiedet.

Nur wenn alle gesellschaftlichen Kräfte im Dorf zu einem gewaltigen Strom zusammengefaßt werden, kann die der Landwirtschaft gestellte größe Aufgabe erfüllt werden, die in der schnellen Steigerung der Marktproduktion bereits im Jahre 1960, dem entscheidenden Jahr für die Lösung der ökonomischen Hauptaufgabe, besteht.

Aus den bisherigen Erfahrungen und aus den Lehren, die uns die Sowjetunion vermittelte, können wir den unlösbaren Zusammenhang zwischen dem Grad der sozialistischen Umwälzung und der Steigerung der landwirtschaftlichen Marktproduktion erkennen. Das bedeutet, daß durch die genossenschaftliche Großproduktion die Anwendung der modernen wissenschaftlichen und technischen Erkenntnisse in breitem Maße ermöglicht wird und die Fesseln gesprengt werden, die dem bäuerlichen Einzelbetrieb angelegt sind.

Daraus muß auch die Bauforschung die entsprechenden Schlußfolgerungen ziehen.

An Stelle des alten Dorfes mit seiner zersplitterten einzelbäuerlichen Wirtschaft und seiner Rückständigkeit gegenüber der Stadt entwickelt sich mit Hilfe unseres Arbeiter-und-Bauern-Staates das sozialistische Dorf, in dem die Bauern mit wachsendem Wohlstand das Kulturniveau der Städte erreichen. Der Übergang zum vollgenossenschaftlichen Dorf ist ein entscheidender Schritt zur Überwindung des wesentlichen Unterschiedes zwischen Stadt und Land. Auf der Grundlage der neuen sozialistischen Produktionsverhältnisse entwickeln sich auch neue Beziehungen zwischen den Menschen. Gemeinsam ringen sie um die Steigerung der Marktproduktion, gemeinsam lernen sie in Abendschulen und Dorfakademien.

Bei dieser Entwicklung ist es notwendig, den Genossenschaften jede nur denkbare materielle und ideelle Hilfe zu geben. So heißt es im Beschluß der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik vom 25. April 1960:

„Die weitere schnelle Entwicklung der Landwirtschaft erfordert größere gemeinsame Anstrengungen der Bauern, der Arbeiterklasse und aller Schichten des Volkes ... Die Volkskammer wendet sich an alle Arbeiter, an die Wissenschaftler, an die Kulturschaffenden, an die Werktätigen im Handel, Transport und Gesundheitswesen, an alle Schichten der Bevölkerung, die Kräfte des Dorfes, die vereint in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland jetzt gemeinsam das schöne, sozialistische Dorf und ein Leben in Glück und Wohlstand schaffen, aktiv dabei zu unterstützen."

Mit diesem Beschluß der Volkskammer ist ein weiteres Mal bewiesen, daß unter den Verhältnissen der Arbeiter-und-Bauern-Macht die Befreiung der Bauernschaft von jahrhundertelanger Unterdrückung und Fron vollzogen werden kann.

Bekanntlich hat sich auch der Bonner Bundestag kürzlich mit der Entwicklung der Landwirtschaft in der Westzone Deutschlands beschäftigt und einen sogenannten „Grünen Plan" verabschiedet.

In diesem Plan ist vorgesehen, daß die herrschende Schicht Westdeutschlands die jahrhundertealten Raubmethoden des Bauernlegens fortsetzt. Nach dem „Grünen Plan" sollen 50 Prozent aller Bauernwirtschaften, das sind 800 000 Menschen, um ihre Existenz gebracht werden.

Dabei muß man folgendes berücksichtigen:

Ein Drittel der landwirtschaftlich und forstwirtschaftlich genutzten Fläche Westdeutschlands befindet sich im Besitz von Großgrundbesitzern. Rund ein Drittel der Fläche wird von Klein- und Mittelbauern bewirtschaftet, die 88 Prozent aller Betriebe ausmachen. Die Gegenüberstellung dieser Zahlen führt die sogenannte bauernfreundliche Politik des Adenauer-Staates ad absurdum.

Wie sehr die Bauern Westdeutschlands auch den Druck durch die Aufrüstung zu spüren haben, zeigt die Tatsache, daß zum Beispiel in der Eifel ein Drittel des landwirtschaftlich genutzten Bodens den Bauern entzogen wurde und zur Anlage von NATO-Bauten, wie Raketenabschußrampen, Versorgungsbasen, verwendet wird. Es ist einleuchtend, daß die westdeutschen Bauern unter diesen Verhältnissen mit Besorgnis in die Zukunft sehen.

Wir sind der Auffassung, daß dieser Niedergang der Landwirtschaft in Westdeutschland nur aufgehalten werden kann durch die Verwirklichung des Deutschlandplanes des Volkes, so wie er vom Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands als Weg zur Verständigung der beiden deutschen Staaten, zum Abschluß eines Friedensvertrages mit den beiden deutschen Staaten, zur Bändigung des Militarismus in Westdeutschland vorgeschlagen wird.

In diesem Zusammenhang ist festzuhalten, daß der Zusammenschluß der Bauern in der Deutschen Demokratischen Republik in landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften eine zutiefst politische Entscheidung von größter nationaler Bedeutung ist. Unsere Bauern haben sich für den genossenschaftlichen Weg entschieden, „weil Sozialismus Frieden ist und die friedliche sozialistische Arbeit Wohlstand für alle Bauern bedeutet. Der Zusammenschluß der Bauern war ein Volksentscheid für den Frieden", sagte Walter Ulbricht in seiner Rede vor der Volkskammer am 25. April 1960.

Die sozialistische Umwälzung der Landwirtschaft stärkt und festigt die ökonomischen und politischen Grundlagen der Arbeiter-und-Bauern-Macht.

Das muß uns Verpflichtung sein, uns in unserer eigenen unmittelbaren Arbeit weit mehr als bisher mit den Fragen des ländlichen Bauwesens zu beschäftigen. Davon ausgehend hat das Präsidium der Deutschen Bauakademie beschlossen, die heutige XXIV. Plenartagung der Akademie in einem Bezirk mit vorwiegend ländlicher Produktion durchzuführen und das vorliegende Programm über die Aufgaben der Forschung und Entwicklung im landwirtschaftlichen Bauen zu beraten und zu beschließen.

Produktionsbauten und Produktionsanlagen

Wenn ich jetzt zu den Schwerpunktaufgaben des landwirtschaftlichen Bauens übergehe, so sind an erster Stelle die Produktionsbauten zu nennen, denn die Schaffung moderner Produktionsbauten ist jetzt mehr denn je zu einer entscheidenden politischen Frage geworden. Dabei ist es vor allem die Lösung der Stallraumfrage, die der Festigung der sozialistischen Produktionsweise auf dem Lande dient.

Eine überschlägliche Berechnung der benötigten Stallplätze sowie der für die volle Funktionsfähigkeit der Produktionsanlagen notwendigen Nebeneinrichtungen und Bauten, die durch Mitarbeiter des Sektors Bauten der Landwirtschaft der Deutschen Bauakademie durchgeführt wurde, gibt eine ungefähre Vorstellung über das grandiose Ausmaß der kurzfristig zu schaffenden Bauten. Danach müßten in den Jahren bis 1963 insgesamt etwa 1 800 000 Rinderplätze zur Verfügung gestellt werden, davon allein für Milchkühe rund 1 000 000 Plätze.

Die in den nächsten Jahren zu bauenden Melkstände stellen für sich ein erhebliches Bauprogramm dar, dessen Umfang im Laufe der weiteren Planung der landwirtschaftlichen Großproduktion noch genau festgelegt werden muß und voraussichtlich etwa über 7000 Bauten umfaßt.

An Gärfuttersilos, insbesondere für Maissilage, sind in denselben Jahren etwa 13 Mill. m³ Siloraum zu schaffen.

Von dem gesamten Programm für Rinderstallbauten wird ein Großteil der Kuhplätze durch den Neubau und die Erweiterung vorhandener Offenstallanlagen erfüllt. Die Unterbringung der Jungvieh- und Kälberbestände mit insgesamt über 700 000 Plätzen soll in der Regel durch den Umbau geeigneter vorhandener Gebäude, insbesondere von Scheunen, alten Stallbauten und ähnlichem, erfolgen. Ein Teil dieser Plätze ist weiterhin durch einfache Baumaßnahmen als Behelfsbauten kurzfristig zu schaffen.

Die Sicherung der Schweinefleischversorgung erfordert die Schaffung von überschläglich 2 Mill. Mastplätzen in der genossenschaftlichen Viehhaltung. Dieses Programm soll sowohl durch die weitgehende Nutzung beziehungsweise den Umbau vorhandener Gebäude als auch durch die Errichtung einfacher, leichter Bauten in Form von Schweinemaststraßen erfolgen.

Von außerordentlicher Bedeutung bei der Einführung fortschrittlicher Produktionsmethoden in der Schweinehaltung, insbesondere der Verkürzung der Mastzeit, ist die Bereitstellung ausreichenden Nachwuchses. Nach vorsichtiger Schätzung müssen in den nächsten drei bis vier Jahren etwa 150 000 Abferkelplätze errichtet werden, die weitgehend in Neubauten unterzubringen sind. Für tragende Sauen, Jungsauen und Eber werden nochmals etwa 200 000 Plätze benötigt, wobei diese Tiere in einfachen Bauten, wie Hütten, Pilze und ähnliches, untergebracht werden können.

Allein für die zusätzlich zu mästenden Schweine wird ein Bedarf von etwa 3,2 Mill. m³ Behälterraum für Gärkartoffeln benötigt. Die höchste Steigerung erfährt im Laufe der nächsten Jahre die Geflügelhaltung. Es sind für über 16 Mill. Legehühner Plätze bereitzustellen. Bei der Einführung neuer Haltungsformen, insbesondere der Intensivhaltung auf Tiefstreu, wird es notwendig, neben der weitgehenden Ausnutzung vorhandener Gebäude in vielen Fällen moderne Neuanlagen zu bauen.

Die angeführten Zahlen können nur als überschlägliche Richtwerte dienen. Für die weitere wissenschaftliche Arbeit auf dem Gebiet der Typisierung sowie im Bereich der Organisation der Baudurchführung ist es notwendig, in enger Zusammenarbeit mit den Institutionen der Landwirtschaft das Zahlenmaterial zu präzisieren und somit eindeutige und konkrete Ausgangspositionen für die Planung des Baugeschehens auf dem Lande zu schaffen.

Die Erfüllung dieses grandiosen, in der Landwirtschaft in Deutschland bisher einmaligen Programmes erfordert die gesamte Kraft der Bauschaffenden und die Unterstützung durch die ganze Bevölkerung. Vor allen Dingen kommt es heute darauf an, alle vorhandenen Möglichkeiten zur Nutzung der Altsubstanz weitgehend auszuschöpfen.

Altbaunutzung und Behelfsbauten

Die vorhandene Altbausubstanz in unseren Dörfern stellt einen gewaltigen volkswirtschaftlichen Reichtum dar, dessen ökonomische Bedeutung nicht zu unterschätzen ist. Ich möchte das mit einigen überschläglichen Zahlen untermauern. Im Institut für Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung wurde die vorhandene Altbausubstanz an Hand einer Studie grob eingeschätzt. Eine Repräsentativuntersuchung in 193 Gemeinden an rund 53 000 Gebäuden in den verschiedensten Gebieten der Deutschen Demokratischen Republik ergab, daß schätzungsweise 650 Mill. m³ umbauten Raumes an landwrtschaftlichen Produktionsbauten vorhanden sind, das sind etwa 10 500 m³ pro 100 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche.

Leider hat es die Forschung in den vergangenen Jahren – trotz einer Reihe guter Ansätze – nicht in ausreichendem Maße verstanden, der Praxis die notwendigen Hinweise und Ratschläge für die Nutzung der Altbauten zu geben.

Das ist nicht nur eine ökonomische Frage von größter Wichtigkeit, sondern ebensosehr eine politische Frage, denn nur die weitgehende Nutzung und Erhaltung der Bausubstanz in Verbindung mit den erforderlichen Neubauten ist das wirkungsvollste Mittel, bei maximalem Zeitgewinn das Leben in unseren Dörfern sozialistisch zu gestalten.

In vielen Dörfern unserer Republik wurden hervorragende Beispiele geschaffen, bei denen durch die zweckmäßige Nutzung der vorhandenen Altbauten neue Kapazitäten mit geringstem Aufwand gewonnen werden konnten. Das Beispiel der Genossenschaftsbauern der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft „Williams" in Jesewitz ist zum Vorbild für die gesamte Republik geworden. Auf dem 8. Plenum des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands berichtete eine Reihe von Genossenschaftsbauern, wie sie durch Umbauten und durch die Errichtung von Behelfsbauten die benötigten Stallplätze geschaffen haben und welche wirtschaftlichen Erfolge sie dabei erzielten.

Die Bauschaffenden der Deutschen Demokratischen Republik und die Bauforschung haben diese Initiative unserer LPG-Bauern noch nicht genügend unterstützt. Das bisher Versäumte muß schnellstens nachgeholt werden.

So sind durch die Deutsche Bauakademie derartige Beispiele an Ort und Stelle zu untersuchen, die gewonnenen Erfahrungen schnell zu verallgemeinern und in Form von Merkblättern und Richtlinien unseren Genossenschaften zur Verfügung zu stellen. Ein erster Schritt dazu ist das inzwischen erschienene Heft 1 der Schriftenreihe „Bauten für Flora und Jolanthe". Dieser Weg muß weiter verfolgt und weitere Beispiele müssen popularisiert werden.

Diese Arbeit kann aber keinesfalls von der Deutschen Bauakademie allein durchgeführt werden, sie bedarf dabei der Unterstützung durch die Forschungsstellen an den Hoch- und Fachschulen, durch die Architekten und Ingenieure in den Bezirken und Kreisen und durch die Genossenschaftsbauern selbst.

Bei der schon erwähnten Untersuchung der Altbausubstanz konnte festgestellt werden, daß etwa 20 Prozent aller Bauten gut erhalten sind und etwa 60 Prozent nur geringe Schäden aufweisen, die mit wenig Aufwand behoben werden können. Davon ist ein erheblicher Teil für die genossenschaftliche Viehhaltung nutzbar zu machen.

Infolge der unterschiedlichen Nutzungsqualität der Bausubstanz, die in erster Linie auf die ehemalige Größenstruktur der landwirtschaftlichen Betriebe zurückzuführen ist, wird es für die Nutzung der Altbauten keine Rezepte geben. In den Dörfern, in denen viele Altbauten vorhanden sind, wird man häufig auf den Neubau von Rinderoffenställen verzichten können. Dort, wo die Bausubstanz sehr gering ist, ist man gezwungen, auch für die Mastschweine und das Jungvieh, wenn nicht Neubauten, dann jedoch Behelfsbauten zu errichten.

Bei der rationellen Nutzbarmachung der Altbauten kommt es darauf an, daß auch in ihnen die modernsten technologischen Verfahren, wie sie dem sozialistischen landwirtschaftlichen Großbetrieb eigen sind, angewendet werden. Man muß darauf aufmerksam machen, daß gerade solche neuen Technologien, wie die buchtenlose Haltung der Mastschweine oder die Offenstallhaltung, die Möglichkeit geben, die Altbauten rationell zu nutzen.

Die unterschiedlichen Größen und die Einordnung der vorhandenen Bauten machen es erforderlich, jeden Umbau differenziert zu behandeln. Es ist Aufgabe der verantwortlichen Baufachleute, die Genossenschaftsbauern hierbei so zu beraten, daß die wirtschaftlichste Lösung gefunden wird. Zu ihrer Unterstützung wird die Deutsche Bauakademie laufend Beispiele veröffentlichen. Einige dieser Beispiele sind hier in der Ausstellung zu sehen.

Ich möchte jedoch darauf hinweisen, daß es nicht nur darauf ankommt, vorhandene Ställe in den sozialistischen Großbetrieb einzubeziehen, sondern sie müssen auch zweckmäßig genutzt und umgebaut werden. Bei vielen Altbauten wurden erhebliche Umbau-

kosten aufgewendet, die sich zum Teil höher als die der entsprechenden Neubausumme stellten. So wurde zum Beispiel in Britzenow eine Scheune zum Rinderanbindestall umgebaut. Die Kosten pro Tierplatz lagen weit über 3000 DM. Auch das hier ausgestellte Beispiel des Umbaus in Borgisdorf hat ein Gegenbeispiel. Ursprünglich sollte das vorhandene Gebäude als Anbindestall Verwendung finden, wozu ein Aufwand von nahezu 3000 DM pro Kuhplatz erforderlich wäre. Der von der Deutschen Bauakademie durchgearbeitete Vorschlag, der eine offene Laufstallhaltung vorsieht, benötigt nur Baukosten in Höhe von 700 DM pro Kuhplatz. Neben dem geringeren Aufwand ist auch durch die Anwendung des Melkstandes eine hohe Arbeitsproduktivität zu erzielen.

Die Nutzung der Albausubstanz muß auch in Zusammenhang mit der Errichtung neuer Bauten gesehen werden. In vielen Fällen ist es möglich, nur Zusatzbauten zu errichten, um eine Anlage komplett und bei geringem Aufwand funktionsfähig zu machen. Ein Beispiel dafür ist die Rinderanlage der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft Alsleben, die ebenfalls in der Ausstellung zu sehen ist. Hier wurde der Vorschlag gemacht, durch den Bau eines Freßstalles und eines Melkstandes den vorhandenen neuen Offenstall unter Einbeziehung eines angrenzenden Bauernhofes zu einer Großanlage für 330 Kühe auszubauen.

Die Durchführung der Umbauvorhaben soll zu einem großen Teil durch die Genossenschaftsbauern und im Nationalen Aufbauwerk unter Anleitung und Hilfe der örtlichen Baubetriebe erfolgen. Um den Genossenschaftsbauern und den Baubetrieben das notwendige technische Rüstzeug zu geben, damit an Ort und Stelle ohne langwierige Projektierung der Umbau an Hand von Maßskizzen durchgeführt werden kann, wird die Deutsche Bauakademie im Laufe dieses und des nächsten Jahres eine ganze Reihe von Detailblättern zusammenstellen und veröffentlichen, die wichtige bautechnische Einzelheiten wie zum Beispiel die zweckmäßige Ausbildung von Abferkelbuchten oder die Lösung von Abkalbeständen, Ausrüstungen für Intensivgeflügelställe, Freßgitter und ähnliches enthalten.

Neben den Umbauten, die für alle Produktionsbauten und Stallbauten erfolgen können, sind weiterhin in großem Umfang einfache Behelfsbauten auf der Grundlage örtlicher Baustoffe und mit ortsansässigen Kräften zu errichten. Derartige Bauten sind insbesondere für Kälber und Jungvieh, aber auch für tragende Sauen, Jungsauen und zum Teil auch für Mastschweine in Form von Maststraßen zu empfehlen.

Die hervorstechende Eigenschaft dieser Bauten ist es, daß sie mit geringem Materialaufwand durch ungelernte Kräfte unter Anleitung eines Zimmermannes oder Maurers gebaut werden können und bei richtiger Ausführung den modernsten technologischen Anforderungen standhalten. So ist die Hüttenhaltung von Ebern, von Jungsauen und tragenden Sauen eine seit Jahren bestens bewährte Haltungsform. Viele Genossenschaften haben es in den vergangenen Monaten verstanden, derartige Hütten- und Strohpilzstraßen zu errichten, wie wir sie in Basedow sehen werden. Die Deutsche Bauakademie muß diese inzwischen gewonnenen Erfahrungen weiter verallgemeinern und sie auch anderen Genossenschaften zugänglich machen.

Unter Auswertung der besten Erfahrungen beim Bau von Behelfsbauten müssen kurzfristige Kennziffern für den Baustoffeinsatz bei derartigen Bauten ermittelt werden, um so unseren landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften einen Bewertungfsaktor für die Zweckmäßigkeit der Errichtung von Behelfsbauten in die Hand zu geben. Das ist unter anderem auch notwendig, um einen zu hohen Holzverbrauch durch entsprechende Vorschläge und Verbesserungen zu vermeiden.

Von besonderer Wichtigkeit ist, daß auch in den einfachen Bauten eine höchste Produktion erreicht werden kann. So wurden zum Beispiel in der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft Krippehna, Kreis Osterburg, im volkseigenen Gut Groß-Kreutz und an anderen Stellen einfache Schweinezuchtställe aus Strohballen und Derbstangen errichtet, die allen Anforderungen einer guten Aufzucht genügen, warm und bequem sind. Andererseits aber wurde zum Beispiel im Kreis Prenzlau eine Reihe von Schweinezuchtställen in so primitiver Form gebaut, daß sie sich bei der kalten Witterung dieses Winters in Eispaläste verwandelten und geräumt werden mußten, damit wertvolle Zuchttiere nicht umkamen.

Es zeigt sich, wie dringend notwendig es ist, daß gemeinsam durch die Organe der Landwirtschaft und des Bauwesens die notwendigen Richtlinien und Hinweise für die Errichtung von Behelfsbauten und ihre Ausgestaltung erarbeitet werden und daß zugleich an Hand guter und schlechter Beispiele gezeigt wird, wie derartige Bauten richtig gebaut werden, welche Fehler vermieden werden müssen und welche Hinweise zur Verbesserung gegeben werden können. Ich schlage dem Plenum der Deutschen Bauakademie folgendes Programm der Forschung und Entwicklung zur Unterstützung unserer landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften in bezug auf die zweckmäßige Nutzung und den Umbau von Altbauten sowie bei der Errichtung von Behelfsbauten vor:

1. Als Hilfe für die Gewinnung eines Maximums an Tierplätzen durch bestmögliche Ausnutzung aller Altbauten sind die bereits von der Deutschen Bauakademie herausgegebenen Anleitungen und Hinweise laufend zu ergänzen und zu erweitern. Vorschläge für den Um- und Ausbau der Gebäude bei minimalem Kostenaufwand sind an Hand von Beispielen und Vorschlägen aus der Praxis durch die Deutsche Bauakademie laufend zu popularisieren.

2. Um die Errichtung von Behelfsställen unter Ausnutzung aller örtlichen Baustoffreserven zu fördern und zu beschleunigen, sind aus der Fülle der vorliegenden Beispiele die besten laufend auszuwerten und zu veröffentlichen.

3. Als Soforthilfe für die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften bei der Altbaunutzung und bei der Errichtung von Behelfsbauten sind durch die Deutsche Bauakademie gemeinsam mit den Institutionen der Landwirtschaft Richtlinien und ökonomische Kennziffern für den vertretbaren Aufwand an Mitteln und Material auszuarbeiten und zu veröffentlichen.

4. Zur Unterstützung bei der Projektierung und Durchführung von Umbauten und Behelfsbauten sind durch die Deutsche Bauakademie periodisch Merkblätter und Entwurfsblätter mit wichtigen bautechnischen Einzelheiten und beachtenswerten Vorschlägen aus der Praxis herauszugeben.

5. Für die in den vergangenen Jahren nach Typenprojekte gebauten Schweinemastställen sind im II. Quartal 1960 Umbauvorschläge auszuarbeiten, mit denen eine Anleitung für die Einführung der buchtenlosen Haltung mit Trocken- und Naßfutterautomaten gegeben wird und mit deren Hilfe sich die Kapazität der vorhandenen Ställe bedeutend erhöhen läßt.

6. Für den Umbau vorhandener Gebäude in Ställe für die Intensivgeflügelhaltung auf Tiefstreu sind bis Ende 1960 durch die Deutsche Bauakademie gemeinsam mit den Institutionen der Landwirtschaft Vorschläge auszuarbeiten.

7. Besondere Bedeutung gewinnt die zweckmäßige Kombination von vorhandenen Bauten mit Neubauten. Hierzu sind laufend entsprechende Beispiele zu erarbeiten und zu veröffentlichen.

Neubauten

Einen wesentlichen Anteil an den Bauvorhaben in der Landwirtschaft hat der Neubau von Produktionsbauten und -anlagen. Er konzentriert sich in den nächsten Jahren hauptsächlich auf die Errichtung von Milchvieh-Offenstallanlagen, also Ställe für Milchkühe sowie Melkstände, Silos, Auslaufbefestigungen und so weiter, ferner auf Schweinezuchtanlagen und zum Teil auf Geflügelintensivställe.

Die entscheidende Aufgabe bei der schnellen Festigung der genossenschaftlichen landwirtschaftlichen Produktion und für die Einführung moderner industrieller Montagebauweisen in der Landwirtschaft ist der Übergang zu modernen technologischen Verfahren. Sie müssen es einerseits ermöglichen, in der Produktivität der Landwirtschaft den Welthöchststand zu erreichen, andererseits gestatten, zu neuen Formen der baulichen Ausgestaltung der Betriebsanlagen zu kommen, die mit dem geringsten Kosten-, Material- und Zeitaufwand errichtet werden können.

Die Bauforschung hat es in den vergangenen Jahren nicht verstanden, den notwendigen Verlauf in der Schaffung von Unterlagen für den Bau moderner, den Prinzipien der sozialistischen Großproduktion entsprechende Produktionsbauten zu erreichen. Das macht sich jetzt nach dem Entstehen vollgenossenschaftlicher Dörfer als besonderer Mangel bemerkbar. Ein Teil der bisher bei uns gültigen und angewandten Typenprojekte entspricht noch nicht den Forderungen der sozialistischen landwirtschaftlichen Großbetriebe. Sie sind im wesentlichen auf guten Erfahrungen bäuerlicher Betriebe aufgebaut, so zum Beispiel der Großteil der in den vergangenen Jahren gebauten Schweinemastställe und eine Vielzahl von Hühnerställen. Ich möchte mit allem Nachdruck feststellen, daß der eingetretene Tempoverlust in der Bauforschung schnellstens überwunden wer-

den muß und richte den Appell an die Landwirtschaftswissenschaft und -praxis, den Maschinenbau und alle Fachkräfte, die Bauforschung dabei zu unterstützen.

Im weiteren möchte ich einige der Schwerpunkte des Neubauprogrammes kurz behandeln.

Der Bau von Offenstallanlagen

Bei der Einführung neuer technologischer Verfahren wurden in der Deutschen Demokratischen Republik einige gute Erfolge erzielt. So ist es gelungen, beim Bau von Rinderställen als Offenstallanlagen an den Welthöchststand anzuschließen und ihn mitzubestimmen. Im Vergleich zu den üblichen, früher gebauten Anbindeställen kostet der Kuhplatz etwa 50 Prozent weniger. Der Arbeitsaufwand für die Herstellung eines Kuhplatzes durch die Einführung der Montagebauweise in Form der Mastenbauweise liegt weit unter der Hälfte des früher erforderlichen Aufwandes.

Für sämtliche Kategorien der Rinderstallbauten liegen Typenprojekte vor, die den modernen Anforderungen entsprechen und eine Vielzahl von Variationsmöglichkeiten gestatten. Ebenso wurde mit der nunmehr abgeschlossenen Bearbeitung des Melkstandes in Fischgrätenform mit einer Kapazität bis zu 500 Tieren eine den modernsten Anforderungen der Tierhaltung und Milchgewinnung entsprechende Einrichtung geschaffen. Ferner haben wir eine Reihe von Projekten für ebenerdige Gärfuttersilos, die den modernen technologischen Anforderungen genügen.

Obwohl auf dem Gebiete der Rinderhaltung durch Praxis und Wissenschaft des Bauwesens moderne Anlagen entwickelt wurden, ist es notwendig, auch in den nächsten Jahren die weitere Verbesserung und technologische Verfeinerung dieser Gebäudekomplexe vorzunehmen. So sind insbesondere durch die Landwirtschaftswissenschaft solche wesentlichen Fragen zu untersuchen wie die Erhöhung der Gruppengröße bei Milchviehbeständen, die Fragen der sogenannten Gruppenfütterung, das heißt des Fließprozesses in der Fütterung und Milchgewinnung, in der Lagerung der Futter- und Einstreumittel. All das kann zu einer weiteren Vereinfachung der baulichen Ausbildung der Anlagen und Einzelbauten der Rinderhaltung und somit zu einer weiteren Kostensenkung führen. Durch die Einführung der Gruppenfütterung könnte nach vorläufigen Überlegungen der Hochbauanteil, also der Anteil des eigentlichen Stallgebäudes, pro Milchkuh von 800 DM bis auf 600 bis 500 DM gesenkt werden.

Zu einer der dringendsten Aufgaben der Deutschen Bauakademie gehört es, kurzfristig die bisher gewonnenen Erkenntnisse bei der Zusammenstellung von Offenstallanlagen aus einzelnen Baukörpern nach dem Prinzip des Baukastensystems in einem Merkblatt zusammenzufassen. Die Arbeit an diesem Merkblatt befindet sich kurz vor dem Abschluß. Seine Herausgabe ist im Sommer dieses Jahres vorgesehen.

Bauten der Schweinehaltung

Weit ungünstiger ist der Stand bei der Einführung moderner Technologien in der Schweinemast und und -zucht. Bis vor kurzem erfolgte der Bau von Schweineställen auf der Grundlage jahrzehntealter technologischer Vorstellungen, die nur eine geringe Arbeitsproduktivität in der Tierhaltung zuließen und hohen baulichen Aufwand erforderten. Die Einführung der buchtenlosen Haltung beziehungsweise der Haltung in Großbuchten und die Automatenfütterung mit Trocken- oder Naßfutter nach sowjetischen Vorschlägen macht es möglich, auch hier zu einem entscheidenden Fortschritt zu kommen.

Durch die buchtenlose Haltung kann der Aufwand pro Tierplatz um das Zwei- bis Dreifache gesenkt werden. Eine überschlägliche Berechnung zeigt, daß durch die Umstellung aller in den letzten sechs bis acht Jahren gebauten Schweinemastställe auf die neuen technologischen Verfahren die durch die sozialistische Umgestaltung erforderlichen zwei Millionen Schweinemastplätze ohne weitere Stallneubauten nur durch den Umbau der vorhandenen Ställe geschaffen werden können.

In den Ausführungen des 7. und 8. Plenums des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands wird der Schweineaufzucht und der Schaffung von Ferkellieferbetrieben größte Aufmerksamkeit geschenkt. Diese Stallbauten sind im wesentlichen als Neubauten durchzuführen. Auch auf diesem Gebiet waren bis zuletzt traditionelle technologische Vorstellungen vorherrschend. In der Sowjetunion, der Tschechoslowakischen Republik und in kapitalistischen Ländern wurden in den vergangenen Jahren erfolgversprechende Versuche mit der sogenannten Zwangshaltung von ferkelführenden Sauen durchgeführt. Diese Versuche wurden von uns in technologisch-baulicher Hinsicht ausgewertet, und es zeigt sich, daß die Einführung dieser Technologien zu einer Senkung des Bauaufwandes auf 70 Prozent, ja zum Teil sogar auf 50 Prozent des bisherigen Bauaufwandes führen kann. Nach einer dementsprechend erarbeiteten Grundkonzeption erfolgt zur Zeit die Ausarbeitung einer Reihe von Typenprojekten. Diese neue Form der Abferkelställe wird in einem Versuchsbau in der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft Ludwigslust im Kreis Prenzlau erprobt. Dieser moderne Stall wurde durch Mitarbeiter der Deutschen Bauakademie entworfen und durch die Baubrigade der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft errichtet.

Ungeachtet der ersten erfolgversprechenden Ansätze ist auf dem gesamten Gebiet der technologischen und bautechnischen Projektierung und der Entwicklung der Schweinehaltung noch erhebliche Arbeit zu leisten. So ist zum Beispiel eine solche Frage wie der Übergang zur Trockenfütterung auf Kartoffelflockenbasis zu klären, die zu einer erheblichen Steigerung der Arbeitsproduktivität und zu einer weiteren Senkung der Baukosten führen kann.

Bauten der Hühnerhaltung

Für die Haltung von Legehühnern wurden in den vergangenen Jahren im wesentlichen die Bauten nach veralteten technologischen Verfahren errichtet. Wir müssen sagen, daß zum augenblicklichen Zeitpunkt für die Geflügelhaltung nur eine völlig unzureichende Zahl von brauchbaren Bauunterlagen vorhanden ist. Es ist notwendig, gemeinsam mit den Institutionen der Landwirtschaft kurzfristig eine klare technologische Konzeption des Gesamtkomplexes Hühnerhaltung, angefangen von der Brüterei über Bauten für die Legehühner und die Mastfleischerzeugung bis zur Schlächterei und Konservierung, zu entwickeln. Dabei muß man sich auf die guten Erfahrungen der Sowjetunion und der Volksrepublik Bulgarien weitgehend stützen. Diese Aufgabe muß auch ein Schwerpunkt in der Arbeit der Deutschen Bauakademie werden.

Es ist nicht möglich, in diesem Rahmen auf die Vielzahl der Probleme hinzuweisen, die in technologischer, funktioneller und bautechnischer Hinsicht einer wissenschaftlichen Klärung bedürfen. Ich verstehe hierunter den gesamten Komplex der Lager- und Vorratshaltung landwirtschaftlicher Erzeugnisse und ihrer Verarbeitung, die technischen Einrichtungen des genossenschaftlichen Großbetriebes sowie den gesamten Fragenkomplex der reparaturtechnischen Versorgung unserer Landwirtschaft und der sich damit ergebenden gebietsplanerischen, architektonischen und bautechnischen Lösungen.

Ich möchte zum Abschluß dieses Punktes aber auch auf ein gutes Beispiel hinweisen, das zeigt, wie man durch sozialistische Gemeinschaftsarbeit zwischen Bauforschung und Landwirtschaftswissenschaft schnell zu Ergebnissen kommen kann.

Auf dem 7. und 8. Plenum des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands wurde die kurzfristige Schaffung von Anlagen zur Versorgung unserer Städte mit Gemüse als besonders wichtig hervorgehoben. Die vor etwa vier Monaten gegründete sozialistische Arbeitsgemeinschaft „Gewächshausbauten" legte in dieser kurzen Zeit eine ausführliche Grundkonzeption über die technologische und bautechnische Entwicklung im Gewächshausbau vor. In dieser Grundkonzeption werden modernste Erfahrungen der Gemüsezucht verwertet, erweitert und den Verhältnissen der sozialistischen Großproduktion angepaßt sowie moderne bautechnische Verfahren, wie die Mastenbauweise mit Stahlleichtbindern, bei großschiffigen Hallen und sprossenloser Verglasung vorgeschlagen.

Konstruktiv-bautechnische Entwicklung

Das geschilderte Neubauprogramm sowie die weiteren, in den folgenden Jahren für die sozialistischen landwirtschaftlichen Großbetriebe durchzuführenden Bauaufgaben müssen nicht nur den modernen technologischen Prinzipien der Landwirtschaft entsprechen, sondern auch die breite Einführung des industriellen Montagebaus in der Landwirtschaft sichern.

Eine wesentliche Rolle für die Einführung industrieller Baumethoden spielt die Ordnung des Bauprogrammes nach Bauwerkskategorien und Bauweisen. Die bisher vorliegenden Untersuchungen zeigen, daß vom Gesamtbauaufwand für die Landwirtschaft, ohne Aufschließungsarbeiten, etwa 90 Prozent in Flachbauten untergebracht werden können und daß von diesen Flachbauten ebenfalls mehr als 90 Prozent Mehrzweckgebäude sein können, also Gebäude, die bei einheitlicher Grundform für unterschiedliche Zwecke nutzbar zu machen sind. Für diese

Mehrzweckgebäude, in Kalt- und Warmbauten untergliedert, können die entsprechenden Bauweisen festgelegt und eine weitgehende Standardisierung der Gebäude und Bauelemente vorgenommen werden.

Was wurde bisher durchgeführt und was ist in der weiteren Entwicklung zu tun?

An Hand der in den letzten Jahren gesammelten Erfahrungen wurden für die Kaltbauten, die neben den Stallbauten für die Rinder eine Reihe weiterer Gebäudekategorien, wie Bergeräume, Unterstellschuppen, Zwischenlager und ähnliche umfaßt, zwei Bauweisen entwickelt und festgelegt. Das ist erstens die Mastenbauweise, die als hauptsächliche Bauweise für diese Gebäude gilt, und zweitens die Skelettbauweise mit Stützen in Hülsenfundamenten, die dort Verwendung findet, wo eine Mastengründung ökonomisch oder technisch nicht durchführbar ist.

Die großen Vorteile der Mastenbauweise bestehen darin, daß an Stelle der üblichen Fundamentierung die vorgefertigten Stützenmasten im gewachsenen Erdreich eingespannt werden, das führt zu einer erheblichen Senkung des Bauaufwandes und zu einer Einsparung von Baustoffen, insbesondere von Zement. Durch den Einsatz eines Bohr- und Stellgerätes ist der Vorgang des Stützenversetzens weitgehend mechanisierbar und ermöglicht gegenüber der üblichen Form bei Stützen in Hülsenfundamenten eine Steigerung der Arbeitsproduktivität auf das Fünffache. Die Eindeckung dieser Stahlbauten erfolgt mit Wellasbest-Zementtafeln oder Pappdach auf Schalung auf vorgefertigten Holzbindern, die Verkleidung der Ställe durch Wellasbest-Betonplatten oder Stülpschalung.

Durchgeführte Untersuchungen haben gezeigt, daß alle technologisch-funktionellen Anforderungen an die Kaltbauten durch einige wenige Querschnittsausbildungen erfüllt werden können. Für die Kaltbauten wurden vorläufig folgende Abmessungen festgelegt:

7,50 m, 10,50 m, 15,00 m
und in der Höhe
2,40 m, 3,00 m, 3,30 m.

Damit ergeben sich insgesamt fünf unterschiedliche Querschnitte, für die fünf Projekte in Mastenbauweise und fünf Projekte mit Stützen in Hülsenfundamenten ausgearbeitet wurden, deren Konstruktionselemente, vor allen Dingen die Dachkonstruktionen, untereinander austauschbar sind. Für die unterschiedlichen funktionellen Möglichkeiten wurden mit Hilfe dieser Skelettprojekte baureife technologische Projekte erarbeitet, die auch den gesamten Innenausbau des Gebäudes umfassen.

Diese Projekte dienten schon im vergangenen Jahr in fast allen Bezirken der Republik als Grundlage für den Bau von Offenställen. Mit ihrer Hilfe wurden gute Erfolge in der Organisation der Serienfertigung und der Bildung spezialisierter Betriebe, wie der VEB Mastenbau in Magdeburg und zwei spezialisierte Produktionsabteilungen im Bezirk Neubrandenburg, geschaffen.

Durch die Gemeinschaftsarbeit der Deutschen Bauakademie mit den Mastenbaubetrieben und den örtlichen Projektanten ist eine weitere Vervollkommnung dieser Bauweise zu erzielen. Wir denken dabei in erster Linie an die Industrialisierung der Ausbauarbeiten, insbesondere der Schaffung von montagefähigen Stallfußböden und Krippen an Stelle der bisherigen monolithischen Ausführung, sowie an die Weiterentwickung der Dachkonstruktion mit Übergang zu Stahlleichtbindern.

Ein besonders schwieriges Problem stellt in unserer augenblicklichen Baupraxis die Ausfachung der Mastenskelette dar. Vor allen Dingen sind hier Untersuchungen durchzuführen, wie die Ausfachungen mit örtlichen Baustoffen durchgeführt werden können, wobei es eine Reihe konstruktiver Probleme zu lösen gilt, wie die Fundamentierung beziehungsweise Befestigung der Ausfachungen und ihr Anschluß an die Masten.

Eine Reihe in der Deutschen Bauakademie durchgeführter Vorstudien weist auf die Zweckmäßigkeit hin, das Prinzip der Mastenbauweise auch für Warmbauten anzuwenden. Diese künftige Bauweise wird etwa wie folgt aussehen: Das Mastenskelett wird in der üblichen Form errichtet, wobei eine Verringerung des Stützenabstandes auf 3,00 m an Stelle 4,50 m notwendig wird; der Holzbinder wird etwas verstärkt, um die Last einer angehängten und montierbaren wärmedämmenden Decke aufnehmen zu können; die Ausbildung der Dachhaut kann in zwei Formen, als Wellasbest-Betontafeln oder als Pappdach auf Schalung, erfolgen. Das schwierigste Problem ist die Lösung der Außenhautkonstruktion, an die bei Warmbauten besonders hohe Anforderungen gestellt werden müssen. Als zweckmäßigste Lösung sehen wir eine Ausbildung aus Gasbetontafeln an, in der weiteren Entwicklung aus Sandwichplatten in Form von ausgeschäumten Asbest-Betontafeln oder Wabentafeln. Ein vorläufiger Überschlag zeigt, daß diese Konstruktionen nicht teurer werden als die üblichen traditionellen in Ziegelmauerwerk, jedoch der Arbeitsaufwand für die Herstellung der Bauten auf etwa 30 bis 35 Prozent absinkt.

Durch die Einführung moderner Produktionstechnologien in Verbindung mit den modernen Bauweisen, insbesondere der Mastenbauweise, wird es möglich, zu einer weitgehenden Standardisierung der landwirtschaftlichen Produktionsbauten und ihrer Bauelemente zu kommen.

Dabei ergeben sich besonders wichtige Aufgaben auf dem Gebiet der Baustoffentwicklung und Baustofforschung sowohl zur kurzfristigen Schaffung von geeigneten Ausfachungs- und Eindeckungsstoffen als auch zur Lösung der Aufgaben in der weiteren Perspektive mit dem Ziel, zu einer Vereinfachung der Gebäudeausbildung zu kommen.

Zu einigen Fragen der Methode der Typenprojektierung

Auf dem 7. und 8. Plenum des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands wurde die Typenprojektierung bei landwirtschaftlichen Bauten einer harten Kritik unterzogen. Dabei ging es weniger um das Prinzip der Typenprojektierung als vielmehr um die Starre, Schwerfälligkeit und Unlesbarkeit unserer heutigen Typenprojekte. Ich halte es daher für richtig, nochmals zu unterstreichen, daß die Typenprojektierung die wesentliche Grundlage für die Durchsetzung des industriellen Bauens und der Montagebauweisen auch auf dem Lande ist. Die nicht befriedigende Lage in der Typenprojektierung ist das Ergebnis der ideologischen Unklarheit in der Methode der Typenprojektierung. Dabei kommt es darauf an, die Anwendung der Typen für diese Bauvorhaben nicht durch administrative Maßnahmen zu erzwingen, sondern mit den Mitteln der Überzeugung die Genossenschaftsbauern zu Trägern und Verfechtern der Typenprojekte zu machen. Ich möchte feststellen, daß wir die notwendigen Schlußfolgerungen aus diesen Hinweisen schnellstens ziehen müssen. So sind unter anderem alle weiterhin zur Anwendung zu empfehlenden Typen landwirtschaftlicher Produktionsbauten in einfacher populärer Form und für jeden Genossenschaftsbauern verständlich in der bereits erwähnten Schriftenreihe „Flora und Jolanthe" zu veröffentlichen. Heft 2 der Schriftenreihe behandelt die Bauten der Rinderhaltung, Heft 3 die Bauten der Schweinehaltung, beide befinden sich zur Zeit im Druck.

Viele Widerstände gegen die Anwendung von Typenprojekten entstanden aus der Unübersichtlichkeit dieser Projekte. Wir müssen deshalb gemeinsam mit dem VEB Typenprojektierung und dem Ministerium für Bauwesen einen Vorschlag erarbeiten, wie die Methode der Typenprojektierung zu vereinfachen ist.

Die Bauforschung muß die Wege finden, hervorragende Vertreter der Genossenschaftsbauern in die Vorarbeiten für die Typenprojektierung einzubeziehen. Wir begrüßen den Vorschlag des Rektors der LPG-Hochschule Meißen, Genosse Pfeiffer, neue Entwicklungen für das landwirtschaftliche Bauen im Rahmen der Hochschule mit den Genossenschaftsbauern zu diskutieren.

Aber auch die Landwirtschaftswissenschaft und alle anderen Fachinstitutionen sind stärker als bisher in die Entwicklungsarbeiten einzubeziehen. Ein gutes Beispiel, wie derartige Arbeiten anzufassen sind, zeigt die Projektierung des Melkstandgebäudes mit einer Kapazität bis zu 500 Kühen, bei der es gelang, das komplizierte Bauwerk in kurzer Frist durch enge Zusammenarbeit zwischen Landwirtschaftswissenschaft und Bauforschung, Maschinenbau und Projektant zu lösen.

Ausgehend von dem Dargelegten empfehle ich dem Plenum die Orientierung der Bauforschung und -entwicklung auf folgende Schwerpunkte:

1. Durch die schnelle Entwicklung der sozialistischen landwirtschaftlichen Großproduktion und die Einführung neuer moderner Produktionstechnologien ist eine Überprüfung der bestätigten Liste der Typenprojekte kurzfristig erforderlich mit dem Ziel, Projekte mit veralteter Technologie zu streichen (zum Beispiel Schweinemastställe mit kleinen Buchten und Ställe für 250 bis 500 Legehennen).

2. Die Möglichkeiten der weiteren Entwicklung und baulichen Gestaltung von Rinderoffenstall-Großanlagen sind durch Studien zu untersuchen; dazu ist eine Reihe von technologischen Fragen der Rinderhaltung gemeinsam mit den Instituten der Deutschen Akademie der Landwirtschaftswissenschaften zu klären.

3. Für die Rinderoffenställe sind im II. Quartal 1960 Anleitungen und Vorschläge zur Herstellung von Schnee- und Windschutz herauszugeben. Außerdem sind in Zusam-

menarbeit mit dem Ministerium für Landwirtschaft, Erfassung und Forstwirtschaft die besten Lösungen für eine im Winter zuverlässige Wasserversorgung der Tiere auszuarbeiten und zu veröffentlichen.

4. Für Großanlagen der Schweinemast und -zucht sind die modernsten Ergebnisse der Betriebstechnologie bis Ende 1960 in Typenvorschlägen niederzulegen und ein Merkblatt für die zweckmäßige bauliche Gestaltung von Großanlagen der Schweinehaltung vorzubereiten. Weiterhin sind gemeinsam mit der Deutschen Akademie der Landwirtschaftswissenschaften die ökonomische Zweckmäßigkeit des Überganges zur Trockenfütterung, gegebenenfalls unter Verwendung von Kartoffelflocken, und die sich damit ergebenden baulichen Aufgaben zu untersuchen.

5. Für die Intensivgeflügelhaltung sind unter Zugrundelegung internationaler Erfahrungen insbesondere der Sowjetunion und der Volksrepublik Bulgarien 1960 und 1961 neue Typenprojekte mit modernster Technologie zu entwickeln.

Durch Studien sind die technologischen und bautechnischen Konzeptionen für den gesamten Komplex der Geflügelhaltung, angefangen von der Brutanlage und der Aufzucht über die Legeställe und Mastställe bis zu den Erfassungs- und Kühlanlagen, zu klären.

6. Die begonnene Entwicklung moderner großräumiger Gewächshausanlagen ist 1960 im wesentlichen abzuschließen, dabei sind die Untersuchungen über die Möglichkeit, die Abwärme von Industriebetrieben zu nutzen, vordringlich zu behandeln.

7. Für alle weiteren Gebäudekategorien sind gemeinsam mit den Institutionen der Landwirtschaft ein Entwicklungsprogramm und die Bearbeitung der Grundlagen in Angriff zu nehmen.

8. Die weitere Vervollkommnung der Mastenbauweise für Kaltbauten ist beschleunigt fortzusetzen. Das betrifft vor allem die Industrialisierung der Ausbauarbeiten, die Schaffung montagefähiger Stallfußböden und Krippen und die Weiterentwicklung der Dachkonstruktionen.

Die begonnenen Forschungsarbeiten zur Anwendung des Prinzips der Mastenbauweise für Warmbauten sind im I. Quartal 1961 abzuschließen, um auch hier zu einer hohen Industrialisierung bei entsprechender Kostensenkung zu kommen.

9. Die Vervollkommnung der Methode der Typenprojektierung ist für die Fragen des landwirtschaftlichen Bauens kurzfristig abzuschließen. Dabei ist die Vereinfachung und Einschränkung des Umfanges der Projektierungsunterlagen besonders wichtig. Bei der Erarbeitung der Grundlagen und der Bestätigung der Projekte ist eine ständige Verbindung mit der Praxis herzustellen. Die ausgearbeiteten Unterlagen sind vor einem Kreis von Genossenschaftsbauern, vornehmlich in der LPG-Hochschule Meißen, zur Diskussion zu stellen.

10. Zum schnellen Abschluß der begonnenen Überprüfung der baupolizeilichen Bestimmungen und der Bemessungsverfahren, insbesondere für das landwirtschaftliche Bauen, ist von seiten der Bauforschung Hilfe zu geben.

Wohn- und gesellschaftliche Bauten

In der Arbeit der Deutschen Bauakademie für den Wohnungsbau auf dem Lande haben wir gegenwärtig einen beträchtlichen Rückstand festzustellen. Zur Zeit stehen nur Typenprojekte für Hauswirtschaften und Einzelwohnhäuser in traditioneller Bauweise für die Genossenschaftsbauern zur Verfügung, die zum Teil als Doppelhäuser gebaut werden können. Für den billigeren und bauflächensparenden Reihenbau von Hauswirtschaften fehlen Typenprojekte.

Mit der Übergabe der Technik von den Maschinen-Traktoren-Stationen an die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, mit dem Wohnungsbedarf der zu LPG-Mitgliedern gewordenen Traktoristen entstand verstärkt die Forderung nach städtischem Wohnungsbau im Dorf. Dafür können wir bisher nur die entsprechenden TW-Typen aus den Städten anbieten, die aber von den Genossenschaftsbauern abgelehnt werden, weil die Küchen für die Anordnung eines Eßplatzes zu klein sind. Mit diesem schmalen Typenangebot sind die mit der sozialistischen Umwälzung in der Landwirtschaft auftretenden Wohnungswünsche nicht zu befriedigen.

Auf die Kritik der Genossenschaftsbauern muß schnellstens reagiert werden, damit wir auch im ländlichen Wohnungsbau vorankommen. Das Institut für Hochbau muß die Arbeiten zur Ergänzung von Hauswirtschaftstypen durch Reihenbauten mit entsprechenden Stallösungen vordringlich zum Abschluß bringen. Vor allen Dingen aber sind Typenprojekte für den Geschoßwohnungsbau bei den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften zu entwickeln, die den Wohnwünschen der Genossenschaftsbauern entsprechen und ihnen kleinere Ställe, die später auch als Garagen Verwendung finden können, zur Verfügung zu stellen. Die neuen Wohnungen müssen insbesondere den Frauen die Hausarbeit erleichtern und städtische Wohnkultur in die Dörfer bringen. Dabei ist auf zwei- bis dreigeschossige Gebäude zu orientieren. Lösungen mit mehr als drei Geschossen, wie sie auch im Bezirk Neubrandenburg in einigen Planungen vorgeschlagen wurden, halten wir nicht für richtig. Auch für den ländlichen Wohnungsbau müssen industrielle Bauweisen entwickelt werden, so daß die Vorteile der Serienfertigung voll ausgenutzt werden können. Weil die Zahl der an einem Standort zugleich benötigten Wohnungen naturgemäß kleiner und der Transportweg beschwerlicher ist als in den Städten, kommt es darauf an, eine Montagebauweise zu entwickeln, die diesen Besonderheiten Rechnung trägt. Diese Bauweise muß in Übereinstimmung mit den Maschinenkomplexen der zu spezialisierenden Baubetriebsabteilungen gebracht und zur Grundlage der Typenentwicklung gemacht werden.

Um den Dorfbewohnern auch in dem vorhandenen Wohnbestand bessere Wohnverhältnisse zu schaffen, wird es notwendig, die Altbauwohnungen durch geeignete Sanierungsmaßnahmen zu verbessern. Um diese Forderung zu erfüllen, sind vordringlich Beispiele für die Verbesserung der dörflichen Wohnungen auszuarbeiten, nach denen die Kreisbauämter, die LPG-Baubrigaden, die Produktionsgenossenschaften des Handwerks und die Handwerksbetriebe die Arbeiten durchführen können.

Die vom Genossen Walter Ulbricht auf dem 8. Plenum des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands aufgezeigte Perspektive unserer sozialistischen Dörfer beweist, daß wir auch bei der Entwicklung der gesellschaftlichen Bauten im Dorf noch längst nicht den notwendigen Vorlauf in der wissenschaftlichen Arbeit haben, was eine Ursache für das Fehlen geeigneter Typenprojekte ist. Auch bei den zu dieser Gruppe zählenden Gebäuden kommt es zuerst darauf an, durch den Aus- und Umbau vorhandener Bausubstanz alle verfügbaren Möglichkeiten geschickt auszunutzen. Das gilt sowohl für die Schulbauten als auch für Kultur- und Klubräume, für Kindergärten, für Handels- und für Dienstleistungseinrichtungen und so weiter. Für solche Umbauten sind Vorschläge und technisch-ökonomische Kennziffern auszuarbeiten und als Anregung für die örtliche Projektierung zu veröffentlichen. Die Bedeutung dieser erst mit der sozialistischen Umwälzung ins Dorf kommenden Einrichtungen für die Veränderung des gesamten Lebens verpflichtet uns, ihnen die größte Aufmerksamkeit zuzuwenden. Die zur Zeit vorliegenden Typen und Wiederverwendungsprojekte für Schulbauten, Kindergärten und andere Einrichtungen reichen bei weitem nicht aus.

Die Deutsche Bauakademie wird deshalb die Forschungs- und Entwicklungsarbeit ihres Instituts für Hochbau systematisch auf die Erfüllung dieser Bauforderungen in den Dörfern orientieren.

Zusammengefaßt sind folgende Schwerpunktaufgaben zu lösen:

1. In Erweiterung der Untersuchung der Altbausubstanz sind an Hand einiger Beispiele Richtlinien und Vorschläge über ihre zweckmäßige Nutzung für gesellschaftliche Einrichtungen auszuarbeiten und in Form von Merkblättern zu popularisieren. Desgleichen sind Beispiele für die Verbesserung des Wohnungsbestandes zu erarbeiten und herauszugeben.

2. Zur bestehenden Wohnungsbauserie in traditioneller Bauweise ist noch 1960 eine Variante mit größeren Küchen, die einen Eßplatz aufweisen, auszuarbeiten und durch Stallbauten zu ergänzen.

3. Es ist eine neue Serie ländlicher Wohnungsbauten für den zwei- und dreigeschossigen Wohnungsbau in industrieller Bauweise vorzubereiten. Das Angebot an LPG-Hauswirtschaften ist auf Doppel- und Reihenbauten mit den entsprechenden Stallbauten zu erweitern.

4. Für die gesellschaftlichen Bauten in Dörfern und Landstädten ist eine Serie in industrieller Bauweise unter Berücksichtigung von Mehrzweckgebäuden zu schaffen.

5. Bis Ende des II. Quartals ist das druckreife Manuskript der Forschungsaufgabe „Standardfestlegung gesellschaftlicher Bauten" fertigzustellen. Für den Kreis Eilenburg ist eine begonnene Beispielsplanung gesellschafticher Bauten bis Ende des Jahres abzuschließen mit dem Ziel, Grundsätze für die Einordnung der gesellschaftlichen Bauten in das sozialistische Dorf abzuleiten.

Vorbereitung und Organisation der Bauproduktion

Der in den nächsten Jahren ständig steigende Umfang der Bauaufgaben erfordert Klarheit über die Wege zu ihrer Bewältigung. Es steht fest, daß die Zahl der Bauarbeiter sich auch für das landwirtschaftliche Bauen nicht vergrößert, so daß also auch hier die Steigerung der Arbeitsproduktivität das entscheidende Mittel zur Erfüllung des Bauprogrammes sein muß.

Deshalb erfordert die schnelle Durchführung der notwendigen Baumaßnahmen zur Festigung unserer landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften den schwerpunktmäßigen Einsatz der volkseigenen Bauindustrie für die Bauvorhaben der Landwirtschaft und gleichzeitig die breiteste Unterstützung und Hilfe durch die örtliche Initiative.

Infolge der einseitigen Orientierung der Forschungstätigkeit auf die Probleme der Technologie und Organisation der Bauproduktion des städtischen Wohnungsbaus fehlen ausreichende wissenschaftliche Ausarbeitungen für die Serienfertigung im landwirtschaftlichen Bauen und im besonderen für die verschiedenen Organisationsformen der Bauproduktion auf dem Lande. Mit der immer stärkeren Entwicklung der LPG-Baubrigaden und der Notwendigkeit der Bildung spezialisierter Baubetriebe wird dieses Versäumnis zu einem ernsten Hindernis bei der Erfüllung der Baupläne in der Landwirtschaft.

Diese Tatsache ist um so bedauerlicher, als die ersten und erfolgreichen Erprobungen in der Serienfertigung durch die Deutsche Bauakademie auf dem Gebiet des landwirtschaftlichen Bauens, und zwar hier im Bezirk Neubrandenburg, in den Kreisen Prenzlau und Waren, gemacht wurden!

Was ist bei der Durchführung der Bauvorhaben auf dem Lande zu beachten?

Das landwirtschaftliche Bauprogramm kann nicht von der Bauindustrie und von den LPG-Baubrigaden allein durchgeführt werden, es bedarf der Unterstützung und der Hilfe durch die Dorfbevölkerung im Rahmen des Nationalen Aufbauwerkes.

Es ist also notwendig:

1. die breite Entfaltung der Masseninitiative zur Unterstützung der Bauvorhaben der Landwirtschaft als ein wesentlicher Beitrag für die sozialistische Umgestaltung auf dem Lande;

2. der rationelle Einsatz der LPG-Baubrigaden insbesondere bei der Nutzbarmachung der Altbausubstanz, der Werterhaltung und der Kooperation mit der volkseigenen Bauindustrie;

3. die Steigerung der Arbeitsproduktivität in den Baubetrieben durch weitgehende Spezialisierung dieser Baubetriebe vornehmlich auf Neubauvorhaben in der Landwirtschaft bei Einführung der Serienfertigung.

Der Bauforschung erwachsen große Aufgaben, um die Erfüllung der Baupläne zu sichern.

Vor allen Dingen kommt es jetzt darauf an, den Baubrigaden der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und den freiwilligen Helfern des Nationalen Aufbauwerkes die notwendige fachliche Unterstützung und Anleitung an Hand einzelner guter Beispiele zu geben. Dabei muß untersucht werden, welche Formen der Organisation der LPG-Baubrigaden die richtigste ist, wie Baubetrieb und spezialiserte Produktionsabteilung mit den LPG-Baubrigaden am besten zusammenwirken, wie und mit welchen Mitteln der Kleinmechanisierung einschließlich Mörtel- und Betonmischer die LPG-Baubrigaden auszurüsten sind und welche Baumaßnahmen in erster Linie die LPG-Baubrigaden durchführen sollten.

So können die LPG-Baubrigaden einen großen Teil der Umbauarbeiten selbst leisten, bedürfen dazu aber einer diesen Aufgaben entsprechenden Ausrüstung: Bei Umbauten sind oft Stemmarbeiten auszuführen, eine Ausrüstung mit entsprechenden Fräsen würde dazu beitragen, den hohen körperlichen Aufwand für derartige Arbeiten bedeutend zu senken und die Durchführung zu beschleunigen. Auch ist die Ausrüstung mit Elektrosägen und -geräten in die Wege zu leiten. Durch die Forschung ist zu überprüfen, welche Ausrüstungen besonders zweckmäßig sind, ob jede Baubrigade mit einem vollen Gerätekomplex ausgerüstet wird, oder ob es nicht zweckmäßig ist, die Ausrüstung für mehrere LPG-Baubrigaden gemeinsam anzuschaffen, ja, ob bestimmte Bauvorhaben nicht durch die Baubrigaden mehrerer landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften schneller und wirtschaftlicher erfüllt werden können.

Ein weiteres interessantes und dringendes Problem ist die gute Kooperation und zweckmäßige Koordinierung der Arbeiten der LPG-Baubrigaden und der spezialisierten Baubetriebe.

So ist es doch sicherlich möglich, einen Großteil von notwendigen Ergänzungsarbeiten, wie Aufschließungen, Wege- und Auslaufbefestigungen, Einfriedigungen, in Eigenleistung und mit örtlichen Baustoffen durchzuführen. Auch kann die Einschaltung der LPG-Baubrigaden in einzelne Aufgaben beim Neubau – vielleicht die Übernahme ganzer Takte, wie der Ausfachung der Offenställe – zu einer besseren Erfüllung der Baupläne beitragen.

Die breite Einschaltung der LPG-Baubrigaden und der gesamten Dorfbevölkerung ist auch zugleich politisch sehr wichtig: Damit wird das Bauen in der Landwirtschaft nicht zu einer Ressortangelegenheit des Bauwesens, es wird zu einer Angelegenheit der LPG-Bauern, dadurch werden diese Bauten zu ihren Bauten. Die schnelle Erfüllung des landwirtschaftlichen Bauprogrammes erfordert von der Bauforschung und -entwicklung alle Unterstützung, um in den Bezirken und Kreisen spezialisierte Baubetriebe und -abteilungen zu schaffen, die sowohl die Produktionsbauten als auch die Wohn- und gesellschaftlichen Bauten in der Serienfertigung im Takt- und Fließverfahren durchzuführen.

In der Serienfertigung sind schon gute Erfolge erreicht worden. So wird bei der Rohbaumontage der Offenställe in Magdeburg eine Arbeitsproduktivität von 75 000 bis 100 000 DM je Produktionsarbeiter und Jahr bei Anwendung der Mastenbauweise erzielt. Im Kreis Kyritz, wo 1959 zwar noch nicht nach einheitlichen Konstruktionen gebaut wurde, konnte durch die Einführung der Serienfertigung eine Arbeitsproduktivität von etwa 45 000 DM je Produktiosarbeiter und Jahr erzielt werden. Der Ausbaubetrieb Angermünde übernahm in Serienfertigung den Bau der Melkstände in mehreren Kreisen. Dadurch konnte dieser Baubetrieb rechtzeitig das Melkstandprogramm des Jahres 1959 erfüllen. Die dabei gewonnenen Erfahrungen wurden bei der Ausarbeitung des Typenprojekts für den Fischgrätenmelkstand übernommen.

An diesen Erfolgen haben auch einige Mitarbeiter der Deutschen Bauakademie ihren Anteil durch direkte Unterstützung des VEB Mastenbau Magdeburg bei der Organisation der Serienfertigung und durch die Anleitung im Kreis Kyritz. Bisher war diese Mitarbeit auf wenige Kräfte des Sektors Bauten der Landwirtschaft im Institut für Hochbau beschränkt, wir müssen aber verlangen, daß bei den schnell wachsenden Aufgaben sich die erfahrenen Kollegen vor allem der Sektion Technologie der Bauproduktion einschalten.

Die in der Praxis gewonnenen Erfahrungen müssen Allgemeingut aller Bezirke werden und sind mit aller Energie einzuführen. Dabei zeigte sich, daß zur Erreichung derartiger Ergebnisse notwendig ist, die der Bauweise entsprechende zweckmäßige Technologie genau zu ermitteln und in verbindlichen, auf die Serienfertigung ausgerichteten Typenprojekten niederzulegen. Zugleich muß die Planung der landwirtschaftlichen Bauaufgaben durch die Organe der Landwirtschaft die unbedingte Kontinuität des Bauablaufes sichern.

Vor allem muß in den nächsten Wochen eine ausführliche Analyse der Vorbereitung des Bauens in der Landwirtschaft und seiner komplexen Zusammenfassung am Beispiel des Kreises Wismar durchgeführt werden; des weiteren sind die neuen Erfahrungen des VEB Mastenbau Magdeburg in der Organisation und Aufgliederung der Serienfertigung nach Takten zu verallgemeinern, um durch die Zusammenfassung der Erfahrungen einen Aufschwung bei der Industrialisierung des Bauens auf dem Lande zu erzielen.

Eine besondere Rolle spielen auch auf dem Lande die vorbereitenden Baumaßnahmen, wie die Aufschließung des Geländes durch Wegebau, Wasser- und Energieversorgung und so weiter, die ja nicht nur für den zügigen Baufortgang notwendig, sondern auch für die spätere Funktionsfähigkeit der Anlage von nicht zu unterschätzender Bedeutung sind.

Diese Bauvorbereitung ist aber bis jetzt noch in vielen Fällen unzureichend, was nicht zuletzt durch das Fehlen exakter und praxisreifer Forschungsergebnisse hervorgerufen wird. Diese Arbeiten sind aber notwendig, um auch die vorbereitenden Maßnahmen in den Fließprozeß oder die Serienfertigung einzubeziehen. Wie bedeutend der Anteil der Erschließungsarbeiten ist, möge nur eine Zahl zeigen: Wegebau, Be- und Entwässerung sowie Energieversorgung einer Offenstallanlage umfassen durchschnittlich 30 Prozent der Gesamtkosten.

Die komplexe Industrialisierung der gesamten Bauarbeiten des Hochbaus und des Tiefbaus mit Hilfe spezialisierter Betriebe entscheidet den weiteren Baufortschritt auf dem Lande.

Dem Institut für Technologie der Bauproduktion der Deutschen Bauakademie erwachsen hier besondere Aufgaben, es gilt, an die

guten Beispiele in Prenzlau und Waren anzuknüpfen und die gesamte Bauforschung der Deutschen Demokratischen Republik mit dem gleichen Elan bei der Lösung der brennenden Fragen der Bauproduktion auf dem Lande einzuschalten, wie es beispielsweise beim Großblock- und Großplattenbau in der Stadt erfolgte.

Deshalb möchte ich die Forschungs- und Entwicklungsarbeit auf diesem wichtigen Gebiete auf folgende Schwerpunktaufgaben orientieren:

1. Die Grundsätze, Richtlinien und Kennzahlen der Bauproduktion auf dem Lande und die ihr entsprechenden Organisationsformen sind zu ermitteln und in Form von Richtlinien herauszugeben.

2. Die guten Erfahrungen des spezialisierten Baubetriebes in Magdeburg sowie beim komplexen Bauen im Kreis Wismar in der Planung, Vorbereitung und Durchführung der landwirtschaftlichen Baumaßnahmen sind auszuwerten, zu verallgemeinern und in Form von Anleitungen und Richtlinien der Praxis zur Verfügung zu stellen.

3. Für die spezialisierten Baukapazitäten sind die Maschinenkomplexe und Kennziffern für ihre Auslastung zu ermitteln.

4. Die Grundsätze für die Kooperationsbeziehungen zwischen Vorfertigung, Transport und Montage sind festzulegen und in Form von Anleitungen und Richtlinien der Praxis zu übergeben.

5. Auf dem Gebiet der vorbereitenden Baumaßnahmen der Aufschließung, wie Wegebefestigung, Energie- und Wasserversorgung und so weiter, sind entsprechende Studien durchzuführen mit dem Ziel, diese Baumaßnahmen technisch so einzuordnen, daß sie mit den Methoden der Serienfertigung in Übereinstimmung gebracht werden können.

6. Ein Programm für die zweckmäßige Ausrüstung der LPG-Baubrigaden mit entsprechenden Maschinen und Geräten insbesondere der Kleinmechanisierung, die sowohl der Steigerung der Arbeitsproduktivität wie der Erleichterung der körperlichen Arbeit dienen, ist aufzustellen.

7. Von der Bauforschung ist gemeinsam mit den staatlichen Organen ein Programm und Studienmaterial für die Schulung der LPG-Mitglieder in Baufragen auszuarbeiten, um den Genossenschaftsbauern bei der Durchführung ihrer Bauvorhaben in den arbeitsärmeren Zeiten der Landwirtschaft das notwendige Rüstzeug zu geben.

Baustoffproduktion und Baustoffentwicklung

Das große Bauprogramm der Landwirtschaft erfordert die volle Ausnutzung aller Möglichkeiten der Baustoffbereitstellung. Die Schwächen in der Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der Baustoffe insgesamt zeigen sich mit besonderer Deutlichkeit im landwirtschaftlichen Bauen. In der Praxis fehlen sowohl billige Baustoffe aus örtlichen Vorkommen wie auch neue, für das industrielle Bauen auf dem Lande erforderliche Baustoffe und Bauelemente. Die Baustofforschung und -entwicklung hat bis heute nicht verstanden, der Praxis, den LPG-Baubrigaden und den Baubetrieben die notwendigen Forschungsergebnisse in die Hand zu geben, um die örtlichen Baustoffreserven voll auszuschöpfen. Ungenügend werden auch die Erfahrungen der Meisterschule des Bauwesens in Blankenburg/Harz auf dem Gebiete des Lehmbaus nutzbar gemacht.

In der ganzen Welt, in den sozialistischen Ländern wie im kapitalistischen Ausland, werden beim landwirtschaftlichen Bauen örtliche Baustoffe, wie gerade Lehm, in den verschiedensten Formen der Aufbereitung und Vergütung angewendet, werden aus Anfallstoffen der landwirtschaftlichen Produktion, aus Stroh, aus Schilf vollgültige und gute Baustoffe mit einfachen Mitteln und geringem Kostenaufwand hergestellt. In der Deutschen Demokratischen Republik gibt es hier ein Zurückbleiben. Deshalb sind diese guten Erfahrungen schnell zu sammeln und für unsere Bedingungen anwendbar zu machen. Der Initiative der Bauschaffenden und Genossenschaftsbauern des Kreises Wolmirstedt beim Bau von Schweineställen aus Lehmgroßblöcken ist mehr Aufmerksamkeit zu widmen. Ich möchte es vor dem Plenum der Deutschen Bauakademie mit aller Deutlichkeit sagen: Wir können die Bauaufgaben in der Landwirtschaft nicht nur mit Beton und Wellasbestzement allein erfüllen, wir haben kein Recht über „einfache", aber zweckmäßige Baustoffe wie den Lehm die Nase zu rümpfen.

Uns allen sind die Schwierigkeiten mit der Zementversorgung bekannt, ungeachtet dessen verwenden wir in vielen Fälen hochwertigen Zement, wo man mit demselben Erfolg und mit weitaus geringeren Kosten andere Baustoffe einsetzen kann: So heißt es in einer Reihe von Typenprojekten immer wieder: Portland-Zement. Die Genossenschaftsbauern in Worin im Kreis Seelow haben für die Stallböden einfache Schlackenzemente verwendet, die zwar etwas langsamer abbinden, aber voll und ganz ihren Zweck erfüllen.

Eine andere Quelle der Zementeinsparung liegt weiterhin darin, Mauerwerk nicht mehr mit Zementmörtel, sondern mit Kalkmörtel zu errichten.

Solche einfachen Hinweise und guten Beispiele müssen von der Baustofforschung als eine wirkungsvolle Soforthilfe gegeben werden. Auch sind die Fragen der Kennziffern für den zweckmäßigen Einsatz von Mangelbaustoffen, vor allem von Holz, gründlich zu untersuchen.

In allen Baustoffbetrieben der Deutschen Demokratischen Republik entwickelt sich die Initiative der Arbeiter, aus der Überplanproduktion Flora und Jolanthe mehr Baustoffe und Bauelemente zur Verfügung zu stellen. Die Bauforschung muß diese Initiative dadurch unterstützen, daß sie die notwendigen Entwurfsblätter für solche Massenerzeugnisse ausarbeitet, wie Betonstürze und -fenster, Betonpfähle und andere Betonelemente, für Beschläge und für keramische Erzeugnisse. Nach diesen Unterlagen könnten die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften in alten Ziegeleien oder an den Baustellen solche Elemente fertigen. Mit der schnellen Entwicklung des industriellen Bauens auf dem Lande und der Einführung neuer technologischer Verfahren spielt die Bereitstellung moderner Baustoffe und Bauelemente eine entscheidende Rolle. Ich wies schon auf die Übernahme der Mastenbauweise für die Warmbauten hin. Das wird aber erst möglich, sobald die entsprechenden leichten, wärmedämmenden, großflächigen Verkleidungselemente aus neuen Baustoffen zur Verfügung stehen.

Dabei ergibt sich die besonders wichtige Aufgabe, Ausfachungs- und Eindeckungsstoffe zu gewinnen. Für die Perspektive sind Lösungen zu sichern, die zu einer weiteren Vereinfachung der Gebäudeausbildung führen können. Eine besondere Rolle werden zweifellos in Zukunft Kunststoffe und andere Erzeugnisse der chemischen Industrie für die Herstellung von wärmedämmenden Platten mit Kunstharzen oder durch Sandwichplatten und für den Innenausbau bei Krippenschalen, Belägen und ähnlichem spielen.

Ein besonderes Kapitel bei den Bauten der Landwirtschaft ist die Herstellung geeigneter Verfahren für die zweckmäßige Ausbildung der Stallfußböden und der Ausläufe.

Welche Möglichkeiten der Einsparung hier noch liegen, mögen einzig wenige Zahlen zeigen:

Im Offenstall mit 10,50 m Gebäudetiefe (Typ La 31-59) werden insgesamt etwa 35 t Zement benötigt, davon entfallen aber nur etwa 5 t auf die Konstruktion, dagegen 20 t auf den Stallfußboden und 10 t auf die Befestigung des Auslaufes!

Wir begrüßen deshalb die Initiative des VEB Bau Wismar, der eine biologisch einwandfreie, berührungswarme Stallfußbodenplatte auf Spanbasis entwickelt und mit gutem Erfolg erprobt hat. Die Baustofforschung muß diese und ähnliche Anregungen aufgreifen und produktionsreif machen. Sie sollte auch solche Perspektivaufgaben vorbereiten wie die Anwendung von Bitumen. Mit dem Anlaufen der Erdölverarbeitung in Schwedt und der dadurch in größerem Umfange zur Verfügung stehenden Bitumenmengen könnten zum Beispiel die heute sehr aufwendigen Arbeiten der Stallboden- und Auslaufbefestigung zweckmäßig und einfach gelöst werden.

Das Plenum der Deutschen Bauakademie erwartet von der Baustofforschung, daß sie durch schnelleren Abschluß der Entwicklungsaufgaben, durch Sofortmaßnahmen und Popularisierung schon vorhandener praxisreifer Ergebnisse die sozialistische Umgestaltung auf dem Lande aktiv unterstützt und orientiert sie auf folgende Schwerpunkte:

1. Durch die Deutsche Bauakademie sind hervorragende Beispiele für die Ausschöpfung örtlicher Baustoffreserven und die Gewinnung zusätzlicher Baustoffe zu verallgemeinern und zu popularisieren. Es ist Anleitung für die Verwendung örtlicher Baustoffe zu geben.

2. In Entwurfsblättern sind die Massenerzeugnisse, die bei Um- und Neubauten benötigt werden, zusammenzufassen und der Praxis für die Massenproduktion zu empfehlen. Dazu gehören Betonpfähle, Betonfenster, Fenster- und Türstürze, Beschläge, Tonerzeugnisse wie Rohre, Tröge und anderes.

3. Es ist beschleunigt die Entwicklung von Leichtbaustoffen und leichten großflächigen Verkleidungselementen wie Sandwichplatten,

Wabenplatten und andere durchzuführen, da diese für die Einführung der Mastenbauweise bei Warmbauten der Landwirtschaft unentbehrlich sind.

4. Die Entwicklung von wärmespeichernden Fußböden aus Leichtbeton beziehungsweise anderen leichten Baustoffen ist vordringlich abzuschließen, und entsprechende Erprobungen in der Praxis sind durchzuführen. Die Möglichkeit des Einsatzes von Bitumen zur Stallboden- und Auslaufbefestigung ist für die Perspektive zu untersuchen.

5. Es sind Studien zur Verbesserung der Anstrich- und Rostschutzverfahren zum Beispiel für Leichtstahlbinder durchzuführen.

Dorf- und Gebietsplanung

In den Beratungen des 8. Plenums des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands nahmen die Fragen der Planung des sozialistischen Dorfes und der Landstädte einen wichtigen Platz ein. Neben einer kritischen Einschätzung der bisherigen Tätigkeit der Dorf- und Gebietsplanung in der Deutschen Demokratischen Republik wurden Grundsätze entwickelt, die für unsere weitere Arbeit von großer Bedeutung sind. Ausgangspunkt muß dabei sein, daß mit der Herausbildung von vollgenossenschaftlichen Dörfern, Kreisen und Bezirken jetzt neue und bessere Voraussetzungen für die Ausarbeitung der Perspektive jedes Dorfes im Siebenjahrplan und darüber hinaus gegeben sind. Neue und bessere Voraussetzungen deshalb, weil jetzt die LPG-Bauern sich intensiv mit der Entwicklung des vollgenossenschaftlichen Dorfes beschäftigen werden und selbst sowohl über die Konzentration und Spezialisierung der landwirtschaftlichen Produktion und die daraus sich ergebenden Wirtschaftsanlagen wie auch über die Herausbildung der LPG-Zentren als ökonomische, politische und gesellschaftliche Mittelpunkte für die Gestaltung des Lebens auf dem Lande entscheiden.

Hier setzte die Kritik des 8. Plenums des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands ein, indem aufgezeigt wurde, daß in der Vergangenheit in einigen Fällen administrativ und schematisch an die Planung des Siedlungsnetzes und der Dörfer herangegangen wurde, wobei die Rolle der Einzugsbereiche bestimmter kultureller und sozialer Einrichtungen überschätzt wurde. Die daraus abgeleiteten Hauptdorfbereiche konnten bei einem solchen Herangehen nicht in allen Fällen mit den sich immer stärker herausbildenden ökonomischen Schwerpunkten in Gestalt der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften übereinstimmen.

In allen Dörfern der Deutschen Demokratischen Republik wurden seit 1945 große Anstrengungen unternommen, um das materielle und kulturelle Niveau der ländlichen Bevölkerung zu heben und die Rückständigkeit gegenüber der Stadt zu überwinden. Vor allem in den nördlichen Gebieten der Deutschen Demokratischen Republik, in denen vor 1945 der junkerliche Großbetrieb vorherrschend war, bedarf es großer Anstrengungen, um den Unterschied zwischen Stadt und Land zu überwinden. Im schlechten baulichen Gesamtzustand der Dörfer sind noch heute die Spuren der preußischen Junkerherrschaft sichtbar, obgleich dort eine, auf dem Lande noch nie dagewesene Bautätigkeit eingesetzt hat. Um aber die Bautätigkeit richtig zu lenken und sie als Mittel zur Verbesserung des Lebens auf dem Lande so rationell wie möglich zu gestalten, ist eine umfangreiche Planung erforderlich. Diese muß alle Seiten des Lebens erfassen und, ausgehend von der ökonomischen Aufgabenstellung, die Standortfragen außerhalb und innerhalb der Gemeinde sowie die Entwicklung des gesamten Dorfes umfassend klären.

Entsprechend dem Beschluß des V. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands sollen bis zum Jahre 1960 für alle Dörfer Dorfplanungen vorliegen. Verantwortlich für die termingerechte Durchführung der Dorfplanungsarbeiten sind die Entwurfsbüros für Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung in den Bezirken. Die Methode der Durchführung der Dorfplanungsarbeiten muß ausgerichtet werden auf die Pläne der Landwirtschaft. Bekanntlich soll bis zum Jahre 1963 bereits der Viehbesatz erreicht werden, der für 1965 vorgesehen war. Dementsprechend sind auch die Stallbauten vorrangig zu errichten. Es ist die erste Aufgabe der Dorfplanung, gemeinsam mit der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft festzulegen, welche Gebäude für einen bestimmten Zweck künftig genutzt und dementsprechend umgebaut werden sollen. Ferner ist es notwendig, die Standorte der bis 1963 zu errichtenden Neu- und Ergänzungsbauten festzulegen.

Bei vielen der bisher bearbeiteten Dorfbebauungspläne ist auf den Zeitpunkt der Durchführung der einzelnen Bauvorhaben nur wenig Rücksicht genommen worden. Das führte oft dazu, daß utopische Vorschläge in Dorfbebauungspläne aufgenommen wurden. In der Dorfplanung wird die Entwicklung des Dorfes für einen größeren Zeitabschnitt erarbeitet. Diese Arbeit steht nach wie vor auf der Tagesordnung. Jedoch ist es notwendig, den hierfür benötigten Arbeitsaufwand soweit wie möglich zu reduzieren. Man muß dem Plan zur baulichen Entwicklung des Dorfes in seinen Grundzügen eine sichere und feste Linie geben und ihn in eine Verbindung mit den Sofortaufgaben der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften bringen. Für einen längeren Zeitraum muß er in seiner Entwicklung elastisch gestaltet werden.

Diese umfangreiche Aufgabe kann und darf nicht die Arbeit eines Fachbereiches oder gar nur eines einzelnen sein, weil es niemanden gibt, der imstande ist, alle Fragenkomplexe zu überblicken, und der demzufolge die Planung richtig durchführen und anschließend durchsetzen kann. Die Lösung derartiger Aufgaben erfordert einerseits die Mitarbeit von Spezialisten verschiedenartiger, an der Aufgabe beteiligter Fachbereiche, andererseits aber ist die Vorstellung der Dorfbevölkerung über ihre Produktionsaufgaben und damit über die weitere Entwicklung des Lebens im Dorf ausschlaggebend für die Dorfplanung. Aus diesem Grunde ist die Planung zur baulichen Umgestaltung beziehungsweise Weiterentwicklung des Dorfes nur durch eine sozialistische Arbeitsgemeinschaft möglich, der neben Fachleuten, wie zum Beispiel Agrarökonomen, Architekten, Landschaftsgestalter und Meliorationsingenieure, vor allem Vertreter der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, der Gemeinden und der Parteien und Massenorganisationen angehören müssen. Die Frage der Dorfplanung, der Perspektive des Dorfes muß zur Sache aller Mitglieder der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und der gesamten Dorfbevölkerung gemacht werden.

Wie muß die Zusammenarbeit bei der Erarbeitung der Dorfpläne erfolgen, und wie wird in allen Phasen der Arbeit die demokratische Mitbestimmung durch die Dorfbevölkerung gesichert?

Vor Beginn der Planung ist im Dorf eine Besprechung durchzuführen, an der die Mitglieder des Gemeinderates, des LPG-Vorstandes sowie die Vertreter der Parteien und Massenorganisationen den Dorfplanern die Vorstellung der Bevölkerung von der Entwicklung ihres Dorfes übermitteln. Insbesondere ist erforderlich, daß hierbei Angaben über die vorgesehene Hauptproduktionsrichtung der Landwirtschaft, über den geplanten Tierbestand gemacht sowie Wünsche hinsichtlich der Durchführung des Bauprogrammes geäußert werden. Damit das auf der Besprechung auszulegende Bauprogramm sich im Rahmen der komplexen territorialen Planung bewegt, ist die Anwesenheit von Mitarbeitern der Abteilung Landwirtschaft und der Plankommission beim Rat des Kreises erforderlich.

Die Hilfe der Dorfplaner muß sich gegenwärtig vor allem auf die baufachliche Beratung hinsichtlich der zweckmäßigen Nutzung der landwirtschaftlichen Altbauten erstrecken. Deshab ist eine gründliche Bestandsaufnahme all der landwirtschaftlichen Bauten notwendig, deren weitere Nutzung auch unter den Bedingungen der genossenschaftlichen Produktion möglich ist. Um die bauliche Entwicklung der Dörfer und der ländlichen Gemeinden planmäßig zu lenken, sind auf der Grundlage der örtlich festgelegten Planungsprogramme Flächennutzungsskizzen anzufertigen, aus denen die vorhandenen und vorgesehenen Flächen für die landwirtschaftlichen Produktionsbauten sowie für die Wohnungen und gesellschaftlichen Bauten ersichtlich sind.

In diesem Zusammenhang sind Vorschläge zum Umbau der in Frage kommenden Altbauten in Form von Skizzen anzufertigen. Dort, wo Neubauvorhaben in absehbarer Zeit zur Ausführung kommen, ist die Ausarbeitung eines Teilbebauungsplanes für den entsprechenden Komplex erforderlich.

Sämtliche Planungsarbeiten müssen in engem Kontakt mit dem Gemeinderat, dem LPG-Vorstand, den Parteien und Massenorganisationen sowie den jeweils interessierten Personen durchgeführt werden, wobei Beratungen während und nach Abschluß der Arbeit notwendig sind.

Das Arbeitsergebnis soll in einer Gemeindeversammlung erläutert und diskutiert werden. Es bedarf der Zustimmung der Versammlung.

Von einem Plenum der Deutschen Bauakademie wird man mit Recht erwarten, daß auch einige Worte zur architektonischen Gestaltung des Dorfes gesagt werden, zumal

Genosse Walter Ulbricht in seinen Ausführungen auf dem 8. Plenum des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands dazu wichtige Hinweise gab.

Es sind zwei wesentliche Faktoren, die sowohl die Entwicklung der Architektur unserer Städte wie auch die architektonische Gestaltung unserer Dörfer bestimmen. Als ersten Faktor betrachten wir die revolutionären gesellschaftlichen Veränderungen, wie sie im Zusammenleben der Menschen im Sozialismus vor sich gehen und die, auf das Dorf bezogen, darin gipfeln, daß das Leben auf dem Lande sich immer mehr dem Leben in der Stadt angleichen wird.

Demzufolge sind auch die Anforderungen, die die Menschen an die Funktionstüchtigkeit und an die architektonische Gestaltung der Bauwerke auf dem Dorfe stellen, grundsätzlich nicht andere als die in der Stadt. Daher betonte Genosse Walter Ulbricht, daß wir abgehen müssen von der Vorstellung ländlicher Idylle in der Architektur und begreifen sollen, daß die Menschen im Dorf genauso wie die Stadtbevölkerung große Fenster und farbige Fassaden wünschen.

Der zweite entscheidende Faktor für die Herausbildung der Architektur des Dorfes ist die Tatsache, daß wir die großen Produktionsanlagen und in naher Zukunft ebenso die Wohn- und gesellschaftlichen Bauten mit industriellen Baumethoden unter Verwendung neuzeitlicher Baustoffe errichten. Das wird ebenso zu einer Angleichung der Architektur in Stadt und Land beitragen.

Besonders wichtig ist es, daß mit Hilfe der bedeutendsten gesellschaftlichen Bauten, wie Kulturhaus, Landwarenhaus, polytechnische Oberschule und so weiter, die das Neue im sozialistischen Dorf widerspiegeln, die Architekten und Dorfplaner ein architektonisch wirksames Dorfzentrum herausbilden. Auch auf diesem Gebiet werden in unserer Praxis noch Fehler gemacht, indem die gesellschaftlichen Bauten oft über den ganzen Dorfbereich verstreut werden. Auch manche Arbeiten unseres Kollegen Rupp hier im Bezirk Neubrandenburg sind nicht frei von solchen Erscheinungen.

Wir dürfen als Architekten nie vergessen, daß es eine unserer vornehmsten Aufgaben ist, mit Hilfe der architektonischen Gestaltung des einzelnen Gebäudes und des gesamten Dorfes das sich entfaltende sozialistische Leben zum Ausdruck zu bringen und zu fördern und das sozialistische Dorf in seiner neuen Gestalt für die gesamte Dorfbevölkerung, insbesondere aber für die Jugend, anziehend zu machen.

Zu Fragen der Gebietsplanung

Mit der vollgenossenschaftlichen Entwicklung der Bezirke, der Kreise und Dörfer der Deutschen Demokratischen Republik erhält auch die Gebietsplanung wichtige Aufgaben, denn die weiteren Erfolge in der Entwicklung der sozialistischen landwirtschaftlichen Großproduktion hängen mit davon ab, wie die landwirtschaftliche Nutzfläche rationell ausgenutzt wird und inwieweit die Wirtschafts- und Produktionseinrichtungen zweckmäßig verteilt werden. Ebenso große Aufgaben erwachsen der Gebietsplanung aus der Notwendigkeit, die Rückständigkeit auf dem Lande zu überwinden und die materielle und kulturelle Versorgung der Landbevölkerung durch ein gut organisiertes Netz gesellschaftlicher Einrichtungen zu sichern.

Gebietsplanung unter den Bedingungen der sozialistischen landwirtschaftlichen Großproduktion heißt also:

richtige Standortverteilung der Produktivkräfte zur Erzielung des höchsten wirtschaftlichen Nutzeffektes,

rationelle Verteilung der Produktions- und gesellschaftlichen Gebäude sowie der neu zu errichtenden Wohngruppen auf der Grundlage der Entwicklungsperspektiven der spezialisierten landwirtschaftlichen Produktion,

zweckmäßige Organisation und Festlegung der Wasserversorgung, des Straßennetzes, der Elektrifizierung.

Gebietsplanung heißt weiter: Herausbildung der Zentren des ökonomischen, politischen und gesellschaftlichen Lebens in Gestalt der LPG-Zentren und der Land- und Kreisstädte mit einer Angleichung an den städtischen Komfort und mit einem hohen kulturellen Niveau. Es geht also darum, ein Siedlungssystem zu schaffen, das dem Entwicklungstempo der landwirtschaftlichen Produktion sowie der maximalen Versorgung der Bevölkerung entspricht.

Das 8. Plenum des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands hat Aufgaben und Rolle der LPG-Zentren präzisiert und ebenso Hinweise zu Standorten überörtlicher gesellschaftlicher Einrichtungen in den Land- und Kreisstädten gegeben, die jetzt in die Wissenschaft und in die praktische Arbeit der Gebietsplanung einfließen müssen. Auf Grund der Kritik des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands an bestimmten Erscheinungen der bisherigen Praxis der Dorf- und Gebietsplanung gab es Unklarheiten über den weiteren Weg, wobei auch die Meinung auftrat, als sei alles bisher Unternommene falsch verlaufen. So ist aber die Kritik nicht aufzufassen. Die Aufgabenstellung für die Gebietsplanung war zur Zeit der Bodenreform sebstverständlich eine andere als in der darauffolgenden Etappe der Entfaltung der Produktivkräfte auf dem Lande, die mit dem Aufbau der Maschinen-Traktoren-Stationen verbunden war. Es war durchaus richtig, daß damals die Maschinen-Traktoren-Stationen als die vom Staat der Arbeiter und Bauern gegebene technische Hilfe und zugleich in ihrer Eigenschaft als politisches Zentrum die ausschlaggebende Rolle bei der Entwicklung des Siedlungsnetzes spielten. Natürlich wurde auch bei der Fesflegung des Netzes der Maschinen-Traktoren-Stationen damals von den ökonomischen Entwicklungsfaktoren, dem gesellschaftlichen Entwicklungsstand und der sozialen Struktur in den Gemeinden ausgegangen, und als Zentralorte wurden die MTS- und LPG-Dörfer bevorzugt.

Der vollgenossenschaftliche Zusammenschluß in allen Bezirken und die Bildung sozialistischer Großbetriebe mit allen sich daraus ergebenden Bauaufgaben und Auswirkungen auf die Ortsentwicklung, die Siedlungsstruktur, die Gebietsorganisation, die Landschaftsgestaltung, Wegebau und so weiter werfen aber jetzt eine Vielzahl neuer Planungsprobleme auf.

Mit der Aktivierung des demokratischen Lebens in den vollgenossenschaftlichen Dörfern werden nunmehr auch die Fragen der Gebiets- und Dorfplanung in den Genossenschaften behandelt und entschieden werden. Darauf müssen wir die Methoden unserer Arbeit einstellen. Übergeordnete Leitgedanken, Ordnungs- und Organisationsprobleme müssen mit den Planungsabsichten und -vorstellungen der Genossenschaftsbauern und Bewohner der Dörfer in Übereinstimmung gebracht werden. Aus einer engen Verbindung mit der Praxis werden sich Fragen der Entwicklung und Organisation in den Landwirtschaftsgebieten zweifellos schneller klären lassen, als das bisher der Fall war, und die Gebiets- und Dorfplanung wird bei der Bildung sozialistischer Großbetriebe und der Entwicklung von LPG-Zentren unmittelbar wirksam werden können und müssen.

Es darf nicht unerwähnt bleiben, daß im Zusammenhang mit der baulichen Entwicklung der Dörfer auch die Flur als Produktionsraum der Landwirtschaft geplant werden muß. Entsprechende Arbeitsgruppen, die sich vor allem aus Agrarökonomen, Meliorationsingenieuren und Landschaftsgestaltern zusammensetzen müssen, sind unverzüglich zu schaffen, um die bestehenden Entwurfsbüros für Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung zu unterstützen. Beispielhafte Erfolge sind in dieser Hinsicht in der Tschechoslowakischen Republik zu verzeichnen.

Wichtige spezielle Fragen sind auch auf dem Gebiet des landwirtschaftlichen Wegebaus und der Wasserwirtschaft zu lösen. Beide Fachbereiche hängen eng mit der Erschließung des Dorfes und damit mit der Planung der Hochbauten zusammen. Der landwirtschaftliche Wegebau muß sich neben den Betriebswegen innerhalb der Wirtschaftsanlagen und der Befestigung der Hof- und Abstellflächen auch auf den Ausbau der Ortsverbindungswege, der Dorfstraßen und der Wirtschaftswege erstrecken. Der Umfang der hier durchzuführenden Befestigungen ist zur Zeit noch nicht genau bekannt. Soviel kann aber mitgeteilt werden, daß allein an notwendigen Wegebefestigungen in der Feldflur, auf dem Gebiete der Hauptwirtschaftswege und der Wirtschaftswege über 50 000 km anfallen werden, unabhängig von den anderen notwendigen Befestigungen in den Wirtschaftsanlagen und bei den öffentlichen Wegen und Straßen.

Um eine derartig umfangreiche Aufgabe durchführen zu können, muß ein zweckmäßiges und gut zu mechanisierendes Bauverfahren auf der Grundlage örtlich anfallender Baustoffe zur Anwendung kommen. Mit der Bodenstabilisierung ist diese Möglichkeit gegeben.

Dieses Bauverfahren verwendet als Hauptbaustoff den örtlich und in der Nachbarschaft des zu befestigenden Weges anstehenden Boden. Es werden verschiedene Bodenarten gemischt beziehungsweise auch mit Bindemitteln, wie Kalk, Zement oder Flugasche, versehen und dann verdichtet. Es ist hierbei eine hohe Mechanisierung erforderlich. Durch eine Wegebau-Versuchsbrigade, die im Bezirk Halle aufgestellt wurde und einige wesentliche Baugeräte für die Stabilisierung, einen motorisierten Straßenhobel, eine Bodenfräse und eine Gummiradwalze besaß und unter anderem auch die erste notwendige Anleitung vom Straßenwesen erhielt, sind seit 1958 etwa 100 000 m² Wege auf verschiedene Weise stabilisiert worden. Es hat sich inzwischen in Neugattersleben im Bezirk Halle eine For-

schungsstelle für Bodenstabilisierung für die Befestigung von landwirtschaftlichen Wegen gebildet, die als Keimzelle des landwirtschaftlichen Wegebaus weitere Brigaden ausbildet, Vorschläge für die mechanisierte Ausrüstung dieser Brigaden unter Einbeziehung der Geräte der Landwirtschaft macht und auch die nötigen Voraussetzungen besitzt, alle hier anfallenden Bodenuntersuchungen auszuführen und die Mischrezepturen aufzustellen.

In Neugattersleben wurden Wege mit einem Kostenaufwand von 2 bis 4 DM/m² durch Bodenstabilisation befestigt, während der Wegebau nach den bisher üblichen Methoden der Pflasterung oder der Schotterung 15 bis 20 DM/m² kostet.

Um die fachliche Arbeit auf dem Gebiet der Bodenstabilisation zu fördern und zu koordinieren, werden noch innerhalb des II. Quartals 1960 Richtlinien für die Befestigung von Dorfstraßen und ländlichen Wegen durch Bodenstabilisation von der Deutschen Bauakademie in gemeinsamer Arbeit mit der Hauptverwaltung des Straßenwesens herausgegeben.

Aus der Fülle der Aufgaben in der Dorf- und Gebietsplanung möchte ich zusammenfassend folgende Schwerpunktaufgaben für die Bauforschung aufzeigen:

1. Die vorhandenen Richtlinien für die Dorfplanung sind zu überarbeiten, wobei vor allem auf die Bildung von vollgenossenschaftlichen Dörfern und die weitgehende Nutzung der Altbausubstanz einzugehen ist.

2. Es sind in verschiedenen Landwirtschaftsgebieten der Deutschen Demokratischen Republik Planungsbeispiele auszuarbeiten mit dem Ziel, Erfahrungen zu planungsmethodischen Fragen und hinsichtlich der zweckmäßigsten Nutzung der Altbausubstanz zu verallgemeinern.

3. Es sind Studien über die bauliche Gestaltung der LPG-Zentren unter Beachtung der Übergangs- und Perspektivlösungen in verschiedenen Gebieten der Deutschen Demokratischen Republik durchzuführen.

4. Es sind kurzfristig Richtlinien für die Befestigung des landwirtschaftlichen Wegenetzes durch Bodenstabilisierung herauszugeben.

5. Weiterhin ist eine Konzeption über die Lösung der Fragen der Be- und Entwässerung der Dörfer zu erarbeiten.

Ich möchte deshalb nochmals auf den von den Präsidien der Deutschen Akademie der Landwirtschaftswissenschaften und der Deutschen Bauakademie gefaßten Beschluß über die gemeinsame Forschungstätigkeit hinweisen und bitten, diesen Beschluß in die Tat umzusetzen.

Es kommt aber nicht nur darauf an, gute Forschungsergebnisse zu erzielen, sondern sie müssen auch schnell der Praxis zugänglich gemacht werden. Im landwirtschaftlichen Bauen ist es besonders wichtig, eine verständliche Form der aktiven Baupropaganda zu finden. Die in dieser Richtung begonnene Arbeit muß auf alle Fragen des landwirtschaftlichen Bauens ausgedehnt werden.

Eine große Unterstützung auch für die Bauforschung auf dem Gebiet des landwirtschaftlichen Bauens ist die sozialistische internationale Arbeitsteilung und der technisch-wissenschaftliche Erfahrungsaustausch zwischen den Ländern des sozialistischen Lagers.

Ausgehend von der Moskauer Landwirtschaftskonferenz von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen Länder in Europa vom Februar dieses Jahres fand Anfang April in Berlin eine Tagung der Leiter der Länderdelegationen in der Ständigen Kommission Bauwesen im Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe gemeinsam mit Vertretern der Landwirtschaft statt. In einem Maßnahmeplan wurde eine Reihe Aufgaben zur Verbesserung des ländlichen Bauens in den Ratsländern beschlossen. Das bezieht sich auf die Koordinierung der wissenschaftlichen Arbeiten, auf den schnellen Austausch von Entwürfen, Dokumenten und anderen Materialien des landwirtschaftlichen Bauens. Es wurde die Durchführung einer speziellen Konferenz in Sofia im Herbst 1960 beschlossen, die mit einer Ausstellung von landwirtschaftlichen Projekten verbunden sein wird.

Der Deutschen Demokratischen Republik sind im Rahmen dieser Maßnahmen bestimmte Aufgaben übertragen worden, deren Erfüllung eine enge Zusammenarbeit aller Forschungskräfte erfordert. Andererseits wird für das landwirtschaftliche Bauen in der Deutschen Demokratischen Republik aus dieser Arbeitsteilung ein großer, schnell wirksamer Nutzen erwachsen.

Auch an diesem Beispiel zeigt sich die große Kraft der kameradschaftlichen Zusammenarbeit der sozialistischen Länder, die auf der Ausnutzung aller Vorzüge des Sozialismus auch auf internationaler Ebene beruht und der vom Kapitalismus nichts gleichwertiges entgegengesetzt werden kann.

Wir rufen alle Bauschaffenden, Wissenschaftler, Architekten und Ingenieure auf,

die sozialistische Umwälzung in der Landwirtschaft auch zu ihrer Sache zu machen,

durch die Erfüllung des Bauwirtschaftsplanes im landwirtschaftlichen Bauen zur Festigung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften beizutragen,

die im Forschungs- und Entwicklungsprogramm gestellten Aufgaben termingerecht und in hoher Qualität zu erfüllen und durch Nutzung der fortgeschrittensten internationalen Erfahrungen insbesondere des sozialistischen Lagers das Weltniveau im landwirtschaftlichen Bauen zu erreichen.

Organisation der Bauforschung und internationale Zusammenarbeit

Wenn ich im letzten Abschnitt auf einige Fragen der Organisation der Bauforschung und in diesem Zusammenhang auf die sozialistische Gemeinschaftsarbeit und die internationale Zusammenarbeit eingehe, so hängt dies eng mit dem Ministerratsbeschluß vom 24. März 1960 zusammen, mit dem das Dokument über „Die Aufgaben der Bauforschung im Siebenjahrplan und die Veränderung der Arbeitsweise der Deutschen Bauakademie" verabschiedet wurde.

In diesem Beschluß wurde die Deutsche Bauakademie für die Planung, Koordinierung und Kontrolle der gesamten Forschung im Bauwesen zur komplexen Lösung der volkswirtschaftlich wichtigen Aufgaben verantwortlich gemacht.

Als Zentrum der Bauforschung in der Deutschen Demokratischen Republik hat sich die Deutsche Bauakademie auf den Höchststand in Wissenschaft und Technik zu orientieren, die rationellste Ausnutzung der Forschungs- und Entwicklungskapazitäten des eigenen Bereiches sowie der Hoch- und Fachschulen und anderer wissenschaftlich-technischer Zentren zu organisieren und Einfluß auf die richtige Verteilung der Kräfte und Mittel in der Bauforschung zu nehmen.

Mit den Beschlüssen des heutigen Plenums erfüllt die Deutsche Bauakademie auf dem Gebiete der Forschung im landwirtschaftlichen Bauen ihre Verpflichtung, als Zentrum der Bauforschung in der Deutschen Demokratischen Republik zu wirken.

Die dargelegten vielseitigen Aufgaben der Forschung und Entwicklung im landwirtschaftlichen Bauen lassen deutlich erkennen, daß ihre Lösung nur in sozialistischer Gemeinschaftsarbeit innerhalb der Akademie und zwischen den Wissenschaftlern verschiedener Institute sowie unter Heranziehung der Kräfte aus den Hoch- und Fachschulen und in Verbindung mit den reichen Erfahrungen der besten Vertreter der Praxis unserer Landwirtschaft und unseres Bauwesens möglich ist.

Ich halte es für notwendig zu betonen, daß die sozialistische Gemeinschaftsarbeit eine gesetzmäßige Erscheinung der sozialistischen Produktion ist, die in der materiellen Produktion in den soziaistischen Brigaden bereits eine hochentwickelte Form erreicht hat. In der Forschung sind zwar schon gute Anfänge zu verzeichnen. Die gemeinschaftliche komplexe Lösung von Forschungsaufgaben entspricht aber noch nicht den Bedürfnissen der sich schnell entwickelnden sozialistischen Gesellschaft.

Die Bestimmung des wissenschaftlich-technischen Höchststandes auch in der Bauproduktion bezieht sich wie in der gesamten materiellen Produktion nicht nur auf das Erzeugnis selbst, also das Bauwerk und seine Funktionstüchtigkeit, sondern ebenso auf die Bautechnik, die Technologie und Arbeitsorganisation in der Bauproduktion.

Da es bei der Lösung auch der Aufgaben der Bauforschung um den maximalen Zeitgewinn geht, können wir uns nicht mehr auf die Bearbeitung einzelner Teilprobleme durch einzelne Mitarbeiter stützen, sondern müssen, ausgehend von der Komplexität der Aufgaben und der Notwendigkeit ihrer raschen und umfassenden Lösung, Arbeits- und Forschungsgemeinschaften bilden. In der landwirtschaftlichen Bauforschung trifft dies ganz besonders auch auf die Zusammenarbeit mit den wissenschaftlichen Institutionen der Landwirtschaft zu, ohne deren Mitarbeit die Bauforschung nicht in der Lage ist, der schnell fortschreitenden Entwicklung auf unseren Dörfern gerecht zu werden.

Abb. 1: Vorschlag zur Altbaunutzung in Trebnitz als Jungviehlaufstall

Anregungen zur Nutzung von landwirtschaftlichen Altbauten

Dr.-Ing. Walter Niemke

Architekt Rolf Böttner

Architekt Achim Wolff

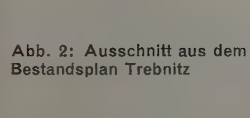
Deutsche Bauakademie

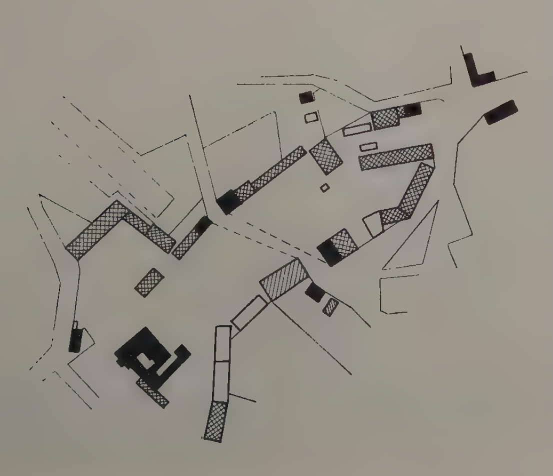
Institut für Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung

Die landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft Baalberge verfügt über zahlreiche Altbauten, die sich sowohl größen- als auch lagemäßig für die genossenschaftliche Nutzung eignen. Die Kühe, die in Baalberge, Preußlitz und Poley gehalten werden sollen, können fast durchweg in vorhandene Bauten untergebracht werden. Da das Melken am Melkstand sowie das Füttern und Entmisten mittels Traktor erfolgen sollen, kommt für die Kühe nur eine Haltung im offenen Laufstall in Frage. Die in den drei Orten dafür vorgesehenen Altbauten eignen sich besonders gut für eine solche Haltung. Man erreicht damit vor allem auch gegenüber neuen Offenstallanlagen eine erhebliche Kosten- und Materialeinsparung. Auch in funktioneller Hinsicht steht ein gründlich geplanter Umbau der Neuanlage nicht nach, da, wie die angeführten Beispiele zeigen werden, sich alle Arbeitsgänge mechanisieren lassen und zumeist ausreichend Bergeräume am oder über dem Stall vorhanden sind.

In Baalberge befindet sich die 250 Kühe fassende Anlage im östlichen Teil des Dorfes. Auf den Abbildungen 3 bis 5 ist zu erkennen, daß die ehemaligen Anbindeställe den Kühen nur noch als Liegeställe dienen sollen. Die Stallinneneinrichtungen müssen zu diesem Zweck entfernt und für jede Gruppe muß eine Tür auf 3,50 m verbreitert werden. Im Hof entsteht ein überdachter Freßplatz, der direkt vom Ackerwagen aus beschickt wird. Der zur Verfügung stehende Hofraum ist jedoch nicht groß genug, um jeder Kuh ständig einen Freßplatz zu geben. Es ist daher notwendig, die Tiere des großen, westlich gelegenen Stalles in zwei Gruppen abzufüttern. Dies müßte sich arbeitsorganisatorisch lösen lassen, da das Melken ja ebenfalls nur in Gruppen erfolgen kann. Da eine solche Gruppenfütterung auch weitere Einsparungen von Baukosten zur Folge hat, ist zu überlegen, ob die übrigen Kühe dieses Komplexes ebenfalls in Gruppen gefüttert

Abb. 2: Ausschnitt aus dem Bestandsplan Trebnitz





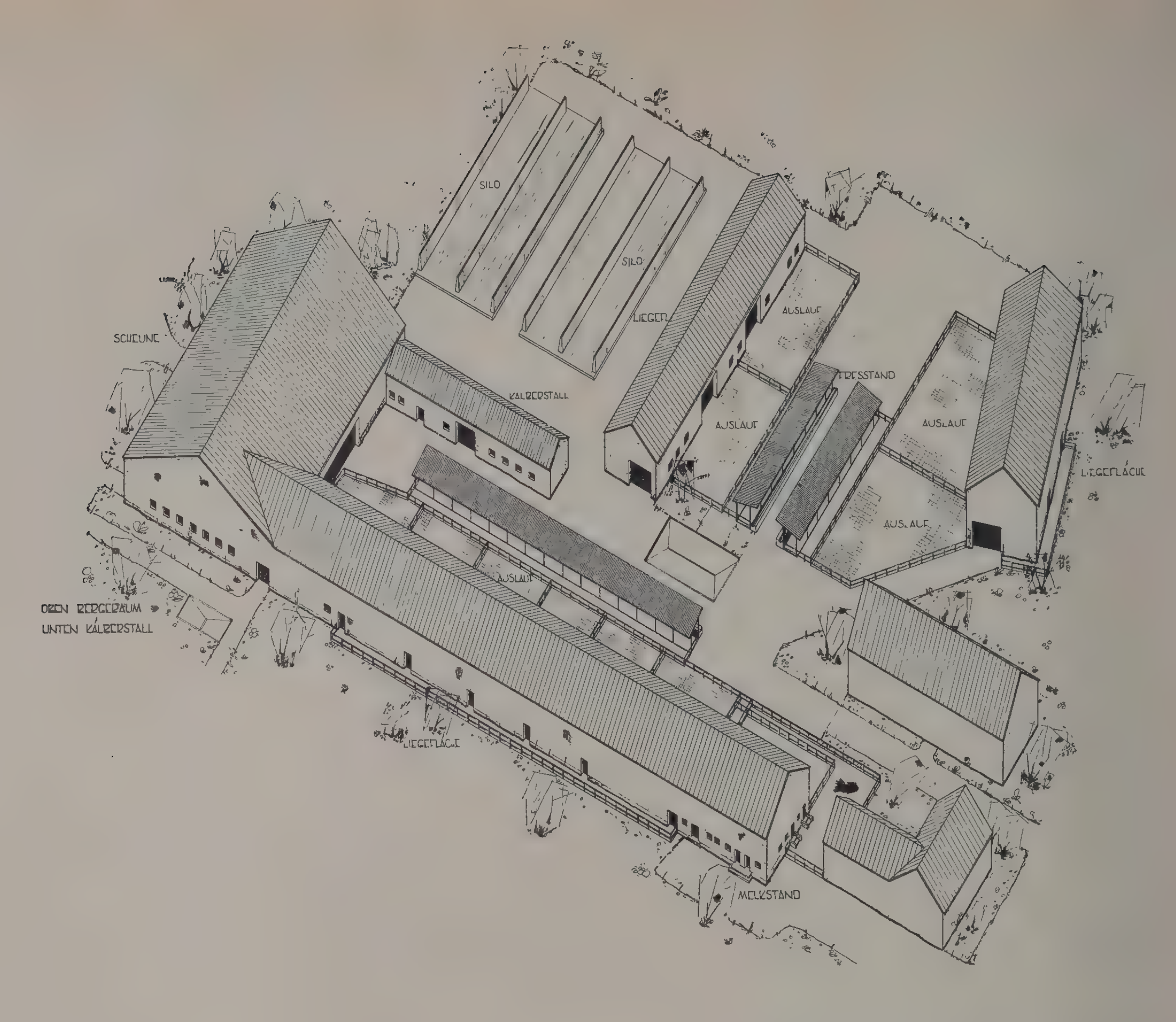


Abb. 3: Vorschlag zur Altbaunutzung in Baalberge als Milchviehhof

Abb. 4: Ausschnitt aus dem Bestandsplan Baalberge

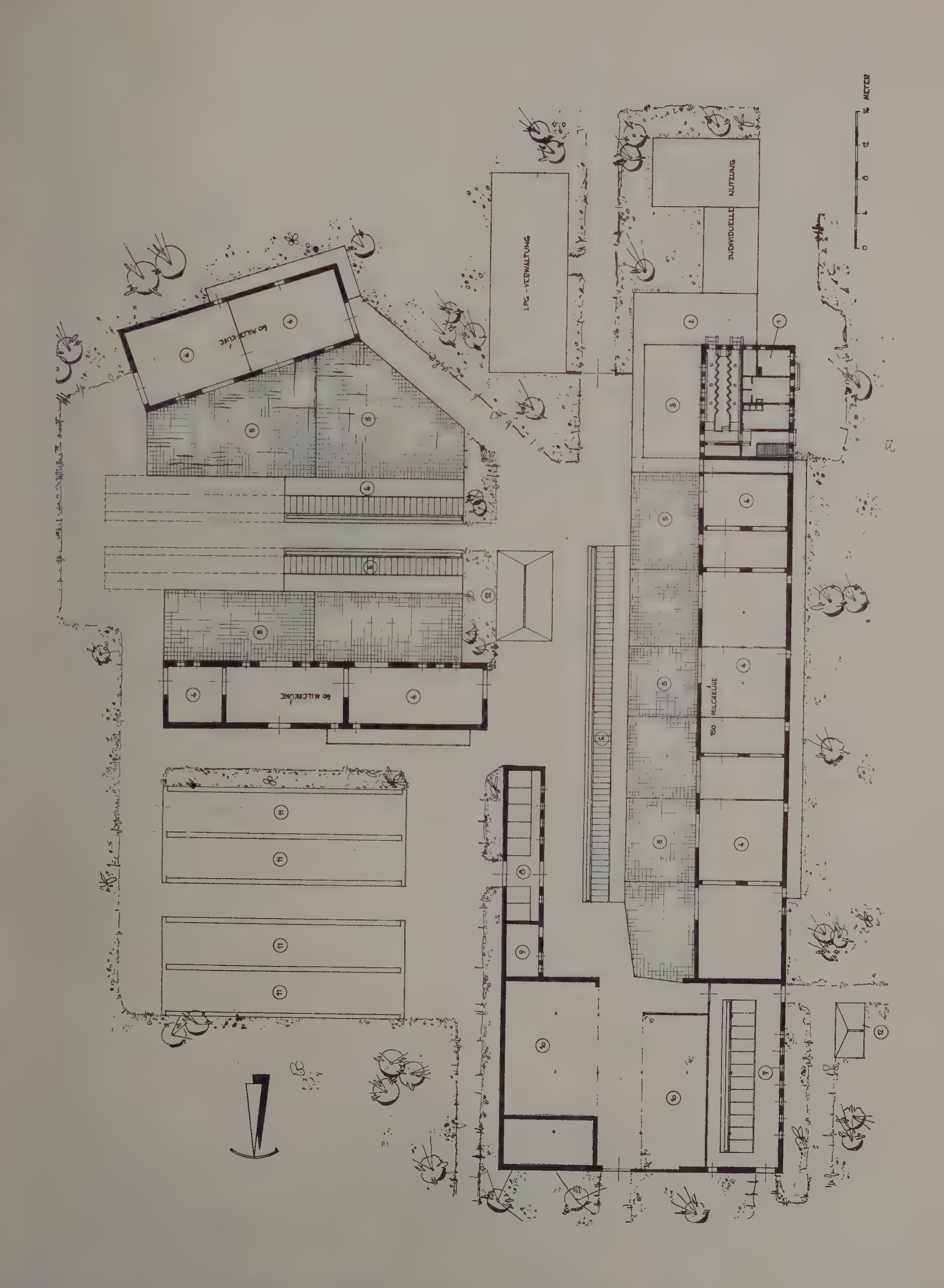
WOHNHAUS
STALL
SCHEUNE
SONSTIGES

werden können. In diesem Falle kann man den vorgesehenen Freßplatz um die Hälfte reduzieren. Beim Einbau des Melkstandes ist darauf zu achten, daß die im Typ vorgesehene Raumfolge beziehungsweise Mindestraumgröße eingehalten wird, damit die auf Neubauten abgestimmte Einrichtung sich auch hier ohne große Schwierigkeiten montieren läßt. Alle Ställe und Ausläufe sind zur Entmistung befahrbar und miteinander verbunden. Die Kühe, die man je nach Raumgröße in Gruppen von 20 bis 28 Tieren hält, werden deshalb nur durch leicht versetzbare Barrieren getrennt.

Der anfallende Mist wird mit dem Traktor direkt auf den Ackerwagen geladen und sofort auf das Feld gefahren. Innerhalb der Anlage befindet sich deshalb nur eine kleine Miststätte, die vorübergehend nur den im Auslauf auf den Triftwegen anfallenden Kot aufnimmt. Der Abkalbstall kann am Giebel der Scheune eingebaut werden.

Die zweite, in Preußlitz befindliche Anlage kann auf dem ehemaligen Gutshof eingebaut werden. Allerdings sind in den Ställen im Zuge der Bodenreform einige Wohnungen eingebaut, die das vorhandene Bauvolumen bei weitem nicht ausnutzen, wodurch auch die Unterhaltung der nicht genutzten Gebäudeseite in Frage gestellt ist. Außerdem sind der gesamte Hof sowie die am Gebäude angrenzenden, außerhalb des Hofes gelegenen Flächen befestigt. Bilanziert man hier die beiden Faktoren, nämlich auf der einen Seite den Wert der Wohnungen und auf der anderen Seite die Einsparung an Material

Abb. 5: Vorschlag zum Umbau alter Wirtschaftsgebäude in Baalberge — Rinderlaufhofanlage für 170 Milchkühe mit Gruppenfütterung



1 Milchhaus — 2 Vorwartehof — 3 Nachwartehof — 4 Liegefläche — 5 Befestigter Auslauf — 6 Freßstand — 7 Abkalbestall — 8 Kälberstall — 9 Aufbereitung des Futters — 10 Bergeraum — 11 Durchfahrsilo — 12 Dungplatte

Abb. 6: Vorschlag zur Altbaunutzung in Preußlitz als Milchviehhof



Abb. 7: Ausschnitt aus dem Bestandsplan Preußlitz

WOHNHAUS
STALL
SCHEUNE
SONSTIGES

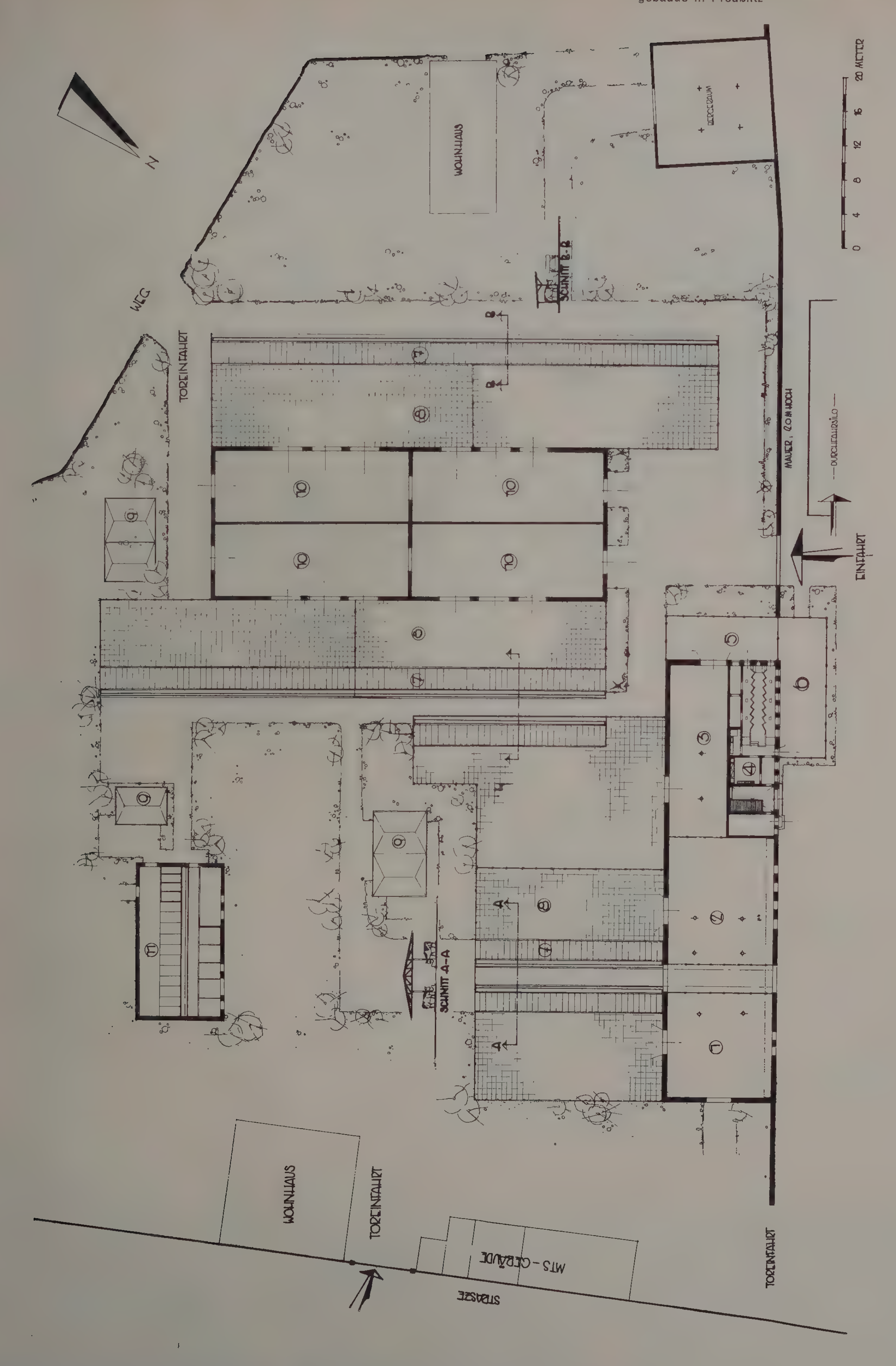
und Kosten, die durch die zweckmäßige Nutzung der ehemaligen Gutsgebäude durch die landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft entsteht, dann ist es wahrscheinlich volkswirtschaftlich gesehen richtiger, auf die eingebauten Wohnungen zu verzichten und die Besitzer durch Tauschobjekte oder Neubauten zu entschädigen. Natürlich spricht hier auch der Eigentümer der auf dem Gutsgelände befindlichen Wohnung ein entscheidendes Wort mit. Daher ist die hier gezeigte Lösung nur als Vorschlag zu bewerten und soll zugleich nochmals auf ein seit langem ungelöstes Problem hinweisen. Da die Gutsanlage in Preußlitz in diesem Punkte zahlreiche Parallelen hat, beabsichtigt das Ministerium für Bauwesen, gemeinsam mit dem Ministerium für Landwirtschaft, Erfassung und Forstwirtschaft entsprechende Empfehlungen herauszugeben.

Die technisch-funktionelle Lösung des Milchviehhofes ist aus den Abbildungen 6 bis 8 ersichtlich. Abgesehen von der Instandsetzung und dem entsprechenden Ausbau der Gebäude sind hier nur die Futterplätze neu zu errichten. Im Gegensatz zum Entwurf in Baalberge stehen hier genügend Freiflächen zur Verfügung, um jeder Kuh einen ständigen Futterplatz zu geben.

Die für den Milchviehhof in Poley vorgeschlagene Lösung (Abb. 9 bis 11) entspricht im Prinzip dem vorher erläuterten. Auch hier werden die alten Ställe als Liegeplatz für die 250 Kühe genutzt, während neue Futterplätze im Hof vorgesehen sind.

Ein weiterer Vorentwurf zur Nutzung alter Wirtschaftsgebäude ist für die landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft Trebnitz ausgearbeitet worden. Auf Grund der Gesamt-

Abb. 8: Vorschlag zum Umbau alter Wirtschaftsgebäude in Preußlitz



1 Stall für 30 Rinder — 2 Stall für 30 Rinder — 3 Stall für 30 Rinder — 4 Fischgrätenmelkstand — 5 Vorwartehof — 6 Nachwartehof — 7 Standplatz mit Freßplatz — 8 Auslauf — 9 Mistplatte — 10 Stall für 40 Rinder — 11 Abkalbestall mit 15 Plätzen

Abb. 9: Vorschlag zum Umbau alter Wirtschaftsgebäude in Poley

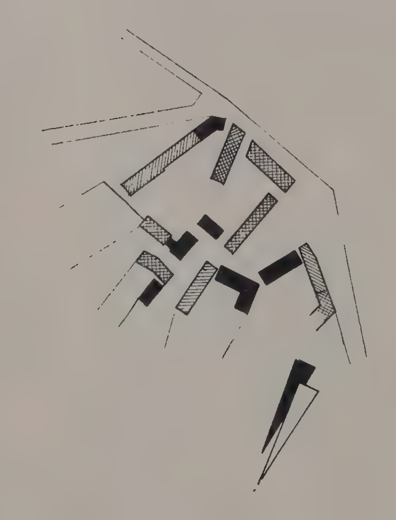


Abb. 10: Ausschnitt aus dem Bestandsplan Poley

WOHNHAUS
STALL
SCHEUNE
SONSTIGES

situation war es zweckmäßig, für die Kühe neue Offenställe zu bauen und das Jungvieh in den Altbauten unterzubringen. In diesem auf den Abbildungen 1 und 2 dargestellten Komplex finden insgesamt 375 Tiere Platz.
Abschließend ein Beispiel aus Borgesdorf. Auf dem ehemaligen Gutshof steht ein etwa 135 m langes, guterhaltenes Gebäude, das gegenwärtig etwa zur Hälfte als Anbindestall für 100 Kühe mit Queraufstellung eingerichtet ist und dementsprechend genutzt wird. Der restliche Teil dieses Gebäudes dient als Scheune beziehungsweise als Bergeraum. Die Gesamtplanung sieht vor, in Borgesdorf etwa 330 Kühe zu halten. Über die Art der Unterbringung der Tiere gehen die Meinungen auseinander. Es entspricht dem Vorschlag der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft, dieses Gebäude zum Anbindestall mit Längsaufstellung umzubauen. Zu diesem Zwecke wäre erforderlich, die derzeitige Scheune mit einer Decke zu versehen, die entsprechenden Fenster einzubrechen und den gesamten Innenausbau des Stalles zu verändern. Nach dem immerhin ziemlich aufwendigen Umbau würde der Stall etwa 200 Kühe aufnehmen. Bei diesem Vorschlag kann zwar der Traktor zum Entmisten und zum Füttern verwendet werden, aber der Einsatz des Fischgrätenmelkstandes, mit dessen Hilfe eine wesentliche Erhöhung der Arbeitsproduktivität erreicht werden kann, ist beim Anbindestall unwirtschaftlich. Um einerseits die geforderte Gesamtkapazität von 330 Kühen unterbringen zu können und andererseits den Einsatz der modernen Technik für die wesent-

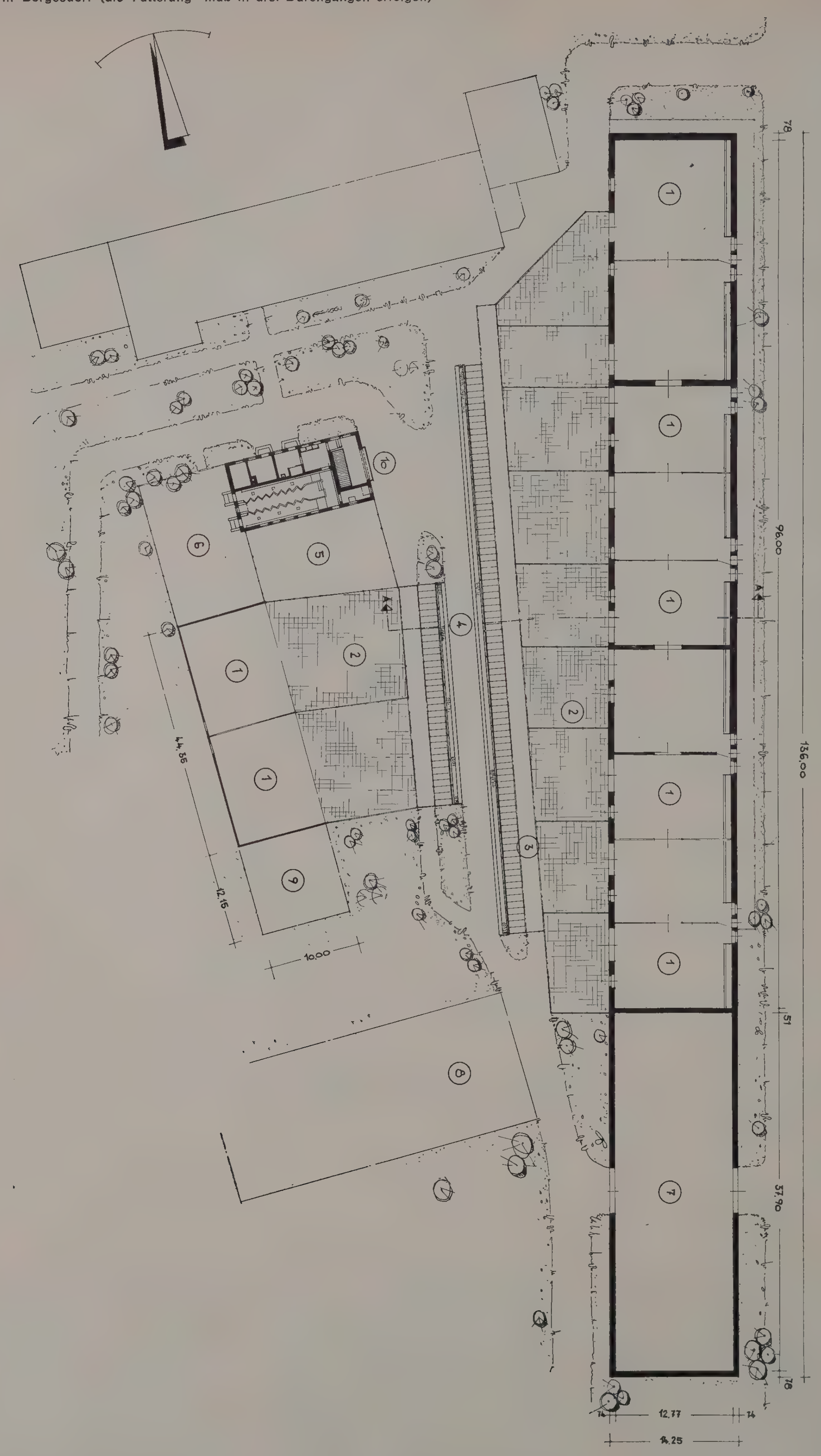
Abb. 11: Vorschlag zur Altbaunutzung in Poley — Umbau als Milchviehhof für 250 Kühe (die Fütterung erfolgt in zwei Gruppen)



1 Fischgrätenmelkstand — 2 Kälberstall mit Milchkühe — 3 Abkalbestall — 4 Futterraum — 5 Stall für 25 Milchkühe — 6 Auslauf — 7 Mistplatte — 8 Freßstand — 9 Wohngebäude — 10 Vorwartehof — 11 Nachwartehof

lichsten Stallarbeiten zu ermöglichen, wird das aus den Abbildungen 12 bis 14 ersichtliche Projekt vorgeschlagen. Der jetzige Anbindestall sowie ein kleiner Teil des Bergeraumes dienen den Kühen als Liegeplatz, während die überdachten Futterkrippen auf dem Hofe neu gebaut werden. Allerdings ist der Hof nicht groß genug, um für alle Kühe je einen Freßplatz zu schaffen. Deshalb muß die Fütterung in drei Gruppen vorgenommen werden (für drei Kühe einen Freßplatz). Daß sich hieraus arbeitswirtschaftliche Nachteile ergeben, ist kaum anzunehmen, da, wie bereits erwähnt, auch das Melken nur in Gruppen erfolgen kann. Es muß jedoch gesagt werden, daß diese Anlage nur dann reibungslos funktioniert, wenn der Arbeitsablauf sehr gut organisiert sowie die einzelnen Arbeitsgänge aufgeteilt und mit dem Maschineneinsatz in Übereinstimmung gebracht werden. Ein weiterer Vorteil dieses Projektes liegt in der Erhaltung der Scheune, die dann sowohl für die Futterzubereitung als auch für die Einlagerung der erforderlichen Futtermittel dienen kann. Das Saftfutter und je nach Bedarf auch das Rauhfutter fährt man mit dem Ackerwagen direkt an die Krippe herauf. Daneben besteht aber auch die Möglichkeit, das Rauhfutter durch Automaten, die an der Längswand zwischen den Fenstern aufgestellt und je nach Bedarf direkt vom Boden nachgefüllt werden können, zu verabfolgen. Berücksichtigt man zur Beurteilung der beiden gegenübergestellten Lösungen auch die Baukosten, dann muß man dem zuletzt genannten Projekt den Vorzug geben.

Abb. 12: Vorschlag zum Umbau eines größeren ehemaligen Gutsstalles zur offenen Laufstallanlage für etwa 330 Kühe in Borgesdorf (die Fütterung muß in drei Durchgängen erfolgen)



1 Liegefläche für je 30 Großvieheinheiten — 2 Befestigter Auslauf — 3 Dunglege — 4 Futterweg — 5 Nachwartehof — 6 Vorwartehof — 7 Bergeraum — 8 Wohnhaus mit Stall — 9 Wohnhaus — 10 Melkstand

Abb. 13: Vorschlag zum Umbau alter Wirtschaftsgebäude in Borgesdorf als Milchviehhof



Abb. 14: Ausschnitt aus dem Bestandsplan Borgesdorf



Großerprobung der Mastenbauweise im Bezirk Magdeburg

Bauingenieur Paul Schalow, Deutsche Bauakademie, Institut für Hochbau



Die erforderliche Bohrtiefe ist bereits erreicht, der Bohrer wird gezogen. Die Masten sind in der Nähe der Bohrlöcher gelagert. Rechts neben dem Bohrer ist eine Mastaufstandplatte sichtbar.



Eine Eckstütze wird in das Gründungsloch gehoben. Die Mastaufstandplatte wurde vorher eingebracht und einnivelliert.



Die Masten sind durch den Kran lose in die Löcher gestellt. Sie werden ausgerichtet, die Gründungslöcher mit Beton gefüllt.



Die vorgefertigten Holzbinder werden mittels eines Richtbaumes aufgebracht und an den Masten verankert. Die Pfetten werden in dem gleichen Arbeitsgang befestigt, um die Binder auszusteifen.



Der Offenstall auf diesem Bild erhält eine Dacheindeckung aus Pappe auf Schalung. In anderen Fällen kamen auch Wellasbestbeton-Platten zur Verwendung.



Das Abheben des Mutterbodens und das Planieren des Geländes erfolgte, nachdem das Skelett bereits stand. Das ist eine unglückliche technologische Lösung. Ihr liegt der Gedanke zugrunde, daß bei eventuellen Bodenauffüllungen der aufgeschüttete Boden beim Bohren der Gründungslöcher nicht steht. Abgesehen von der Behinderung des Arbeitsvorganges durch das bereits stehende Skelett ergeben sich an den Stellen, an denen ein Bodenabtrag erforderlich wird, erhebliche Nacharbeiten, weil hier der bis an die Oberkante des Geländes betonierte Gründungskörper bis zur Gleiche abgestemmt werden muß.

In Zukunft werden diese Planierungsarbeiten vor Beginn der Bohrarbeiten ausgeführt. Bei Bodenaufträgen, die in der Regel 40 cm nicht überschreiten sollen, kann der aufgeschüttete Boden durch Stampfen verdichtet werden.

„Die Kombination von industrieller Serienfertigung und eigener Bauleistung der LPG soll auch durch solche Maßnahmen gesichert werden, daß durch die Baubetriebe das Skelett errichtet und betoniert wird und die Wandausfachung durch die LPG mit örtlichen Baustoffen durchgeführt wird."

(Aus der Rede des Genossen Walter Ulbricht auf der 8. Tagung des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands)

Im Jahre 1959 wurde von dem VEB Bau-Union Magdeburg in größerem Umfang eine Erprobung der Mastenbauweise im Rinderoffenstallprogramm durchgeführt. Man kann diese Erprobung noch nicht als O-Serie bezeichnen, weil bei ihrem Ablauf der Seriencharakter noch zu wenig berücksichtigt wurde. Es fehlte eine einheitliche Planung in bezug auf die Wahl der Projekte und Baustoffe. Außerdem war der Anteil der Arbeiten des VEB Bau-Union an den einzelnen Objekten unterschiedlich. In der Regel wurde nur das Skelett errichtet, die Restarbeiten der Ausbaubetriebe aber waren nicht genügend mit den Rohbauarbeiten des Leitbetriebes (VEB Bau-Union Magdeburg) koordiniert.

Das Wesentlichste an der Großerprobung war, daß genaue Werte ermittelt werden konnten, die für die Ausarbeitung einer optimalen Bautechnologie erforderlich sind. Diese Werte und Erfahrungen konnten bei der Projektierung der Typenserie Kaltbauten (Mastenbauweise) bereits eingearbeitet werden. Auf diese Weise bleibt den anderen Bezirken, die im laufenden Jahre die Mastenbauweise anwenden, eine Erprobung erspart, und sie können direkt auf den Erkenntnissen und Erfahrungen der Kollegen in Magdeburg aufbauen.

Die Magdeburger Kollegen haben bereits einen weiteren Schritt getan und einen „VEB Mastenbauweise" ins Leben gerufen, der nach Beseitigung der in der Großerprobung erkannten Kinderkrankheiten im ländlichen Bauwesen zweifellos einen großen Schritt nach vorn machen wird.

Im Nebenstehenden möge sich der Leser durch die Abbildungen einen Einblick in den Arbeitsvorgang der Mastenbauweise verschaffen.



Der Fußboden wird betoniert. Ein immer wieder vorkommender Mangel ist die nicht vorhandene Aufschließung des Baugeländes. Man sieht im Hintergrund einen Wasserwagen. Obwohl eine Rinderhofanlage oder ein Offenstall erst funktionsfähig wird, wenn Wasser- und Energieanschlüsse vorhanden sind, wird immer wieder ohne Wege, ohne Wasser und ohne Kraftanschlüsse mit den Bauarbeiten begonnen.



Die Aufbringung der Schalung erfolgt in Form von vorgefertigten Tafeln.



Der Offenstall ist eingedeckt, der Fußboden für Stall und Auslauf ist betoniert. Es fehlen nur noch Verschalung, Innenausbau und Einfriedung.

Zum IV. Bundeskongreß des Bundes Deutscher Architekten

Professor Hanns Hopp

Vom 26. bis 28. Mai 1960 findet in Berlin der IV. Bundeskongreß statt. Auf ihm werden die Delegierten Rechenschaft über die Arbeit ablegen, die seit dem III. Kongreß im Bund und in den einzelnen Bezirken geleistet wurde.

Der Bericht des Bundesvorstandes wird den Delegierten schriftlich vorgelegt werden, um mehr Zeit für die Aussprache zu gewinnen. Er wird erkennen lassen, daß die Wirksamkeit des Bundes in der Berichtszeit gewachsen ist. Bei gleichzeitiger Verbesserung der Anleitung durch die zentralen Organe kann ein selbsständigeres Leben in den Bezirks- und Kreisgruppen festgestellt werden, wenn auch in unterschiedlichen Graden. Einige Bezirksgruppen haben eine gute Arbeit geleistet, andere sind noch zurückgeblieben und bedürfen besonderer Unterstützung und Aufmunterung.

Der Rechenschaftsbericht wird auch die Mängel in der Bundesarbeit aufdecken und Wege aufzuzeigen haben, auf denen sie schnell überwunden werden können. Er wird die Delegierten über den gegenwärtigen Stand unseres Verhältnisses zum westdeutschen Bund Deutscher Architekten unterrichten und darauf hinweisen können, daß sich unsere internationalen Verbindungen zu anderen Verbänden und Einzelpersonen erweitert haben. Die Aussprache über den Bericht soll bessere und neue Wege suchen, um die politischen und fachlichen Aufgaben des Bundes immer vollkommener zu erfüllen.

Der V. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands hat den Bauschaffenden die Aufgabe gestellt, bis 1965 die Zentren der zerstörten Städte im wesentlichen wiederherzustellen, die Städte und Dörfer unserer Republik sozialistisch umzugestalten, große Industrieanlagen und zahlreiche Bauten für die sozialistische Landwirtschaft zu errichten und dazu noch mindestens 772000 Wohnungen zu bauen. Um dieses große Bauprogramm ohne eine Erhöhung der Zahl der Arbeitskräfte erfüllen zu können, muß die Arbeitsproduktivität ständig erhöht und bis 1965 verdoppelt werden. Der Beschluß des V. Parteitages ist im Siebenjahrplan zum Gesetz erhoben.

Davon ausgehend haben wir als Thema des Referates des Präsidenten, das Inhalt und Gegenstand der anschließenden Diskussion des Kongresses sein wird, gewählt:

„Der Siebenjahrplan und die Aufgaben der Architekten".

Das gesamte Bauwesen, das für Arbeiten und Wohnen des ganzen Volkes den notwendigen Rahmen zu schaffen hat, ist ein bedeutender Bestandteil des Siebenjahrplanes. Mit ihm sind also die Aufgaben der Architekten auf das engste verknüpft. Der kontinuierliche gesellschaftliche und technische Fortschritt und das ständige Wachstum der Produktivkräfte haben bereits die traditionelle Vorstellung von der Rolle der Architektur und damit auch von der Arbeitsweise der Architekten verändert. Es geht nicht nur darum, die zahlreichen großen, im Siebenjahrplan präzise genannten Bauobjekte ihrer Quantität nach bei bester Qualität termingerecht zu vollenden. Es geht zugleich darum, die Bauten des Siebenjahrplanes zu einem Dokument des neuen sozialistischen Bewußtseins unserer Menschen zu gestalten und sie zum Motor aufwärtsführender Entwicklung zu machen.

Seit unserem III. Bundeskongreß hat sich die Erkenntnis von der Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit der Industrialisierung und der umfassenden Anwendung von Typenprojekten allgemein durchgesetzt. Man muß zugeben, daß diese tiefe Wandlung der gesamten Bauproduktion aus technischer und wirtschaftlicher Initiative entstand und die Architekten ihr zunächst nur zögernd folgten.

Erst als die Architekten erkannten, daß die Industrialisierung des Bauens echte und ganz neue architektonische Probleme aufwarf, begannen sie, sich für diese Aufgabe zu erwärmen, zumal sie dazu beitrug, die Architekturtheorie aus einer Periode der Lethargie zu neuer Regsamkeit zu erwecken.

Die Erkenntnis, daß in den ersten Jahren unserer Republik die Forderung nach Anwendung und Weiterentwicklung unserer nationalen Traditionen zu einseitig verstanden und angewandt worden war, wurde von unseren Architekten schnell verstanden, aber manchmal auch mißverstanden. Der Verurteilung der Überflüssigkeiten wurde zugestimmt, aber sie wurden zuweilen durch andere ersetzt. Die Vermeidung des rechten Winkels und jeder Symmetrie, auch dort, wo sie sich auf natürlichste Weise anboten, oder die Zurücksetzung des Sockelgeschosses hinter die oberen Geschosse galten besonders für manche jungen Kollegen als notwendige Bestandteile „moderner" Architektur. Hier hat sich die Industrialisierung mit ihren straffen Bindungen an Raster, Achsmaßen und andere Produktionsbedingungen als ein strenger Lehrmeister für die Theorie erwiesen. Hier entsteht die schwierige schöpferische Aufgabe für unsere Architekten, trotz dieser Bindungen oder vielmehr durch sie eine neue Architekturgestalt zu schaffen.

Es muß zugegeben werden, daß die Typenhäuser in unseren neuen Wohnkomplexen unsere Werktätigen noch nicht voll befriedigen, nicht hinsichtlich der Wohnung selbst, ihrer Raumanordnung und Ausstattung, sondern in bezug auf ihre architektonische Aussage. Sie lassen zwar erkennen, daß sie durch die Industrialisierung schneller und mit weniger Arbeitskräften entstanden sind, aber sie erreichten noch nicht eine aus Konstruktion, Technologie und Materialeigenschaften entwickelte und künstlerisch geformte Gestalt. Sie zu schaffen, ist eine Aufgabe der Architekten für die neue Typenserie.

Um diese Aufgabe zu meistern, ist eine neue Arbeitsweise notwendig: die sozialistische Gemeinschaftsarbeit der Bauarbeiter, Technologen, Ingenieure und Architekten. Daß die Arbeit im Kollektiv fruchtbarer ist als die des Einzelgängers, haben fast alle Architekten in den letzten Jahren durch eigene Erfahrungen bestätigt. Die sozialistische Gemeinschaftsarbeit ist eine höhere Form der kollektiven Arbeit. Durch diese höhere Form der kollektiven Arbeit werden die schöpferischen Kräfte der Arbeiter, Architekten und Ingenieure geweckt. Solch umfassendes Zusammenwirken ist Voraussetzung für eine gute Typenprojektierung für Wohnhäuser und Nachfolgeeinrichtungen.

Im sozialistischen Wohnkomplex bilden die Grünflächen das verbindende Element. Es muß immer noch gefordert werden, daß die Mittel für sie rechtzeitig und ausreichend zur Verfügung gestellt werden und ihre Anlage von vornherein in den Taktplan aufgenommen wird. Ihre Gestaltung muß ein genaues und präzises Funktionsprogramm erfüllen. Sie sind nicht mehr „Anlagen" im bürgerlichen Sinne, sondern ein wesentlicher Bestandteil für das gesellschaftliche Leben der Bewohner. Neben den Wohnungsbauten stellen die Bauten für die Industrie und für die Landwirtschaft hohe Anforderungen an die vorhandene Projektierungskapazität. Im Industriebau müssen Typenprojekte in immer größerem Umfang angewandt werden. In der Landwirtschaft sind neue Typen zu entwickeln, die der sozialistischen Produktionsweise der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaf-

ten entsprechen. Auch die vorhandenen Altbauten müssen dafür durch Umbau genutzt werden.

Eine weitere, einmalige und großartige Aufgabe wird den Architekten im Siebenjahrplan durch den Auftrag gestellt, die Zentren der zerstörten Großstädte nach sozialistischen Gesichtspunkten wiederaufzubauen. Das ist eine Aufgabe, für die es keine Vorbilder und auch keine für die Praxis unmittelbar anwendbare Theorie gibt. Die bedeutendste Aufgabe stellt die Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin. Die 56 Entwürfe des Wettbewerbes für das Zentrum Berlin brachten ein reiches städtebauliches Anschauungsmaterial. Aus ihm konnten bestimmte Thesen für die weitere Bearbeitung abgeleitet werden, die allerdings nicht für alle Aufbaustädte angewandt werden können. Im Gegenteil, es wird eine wesentliche Aufgabe der Städtebauer sein, jeder Stadt einen nur ihr zugehörenden und entsprechenden Charakter in ihrem Zentrum zu schaffen. Das bedeutet jedoch nicht, daß solches Werk aus subjektiver Phantasie und Willkür einzelner Architekten entstehen kann.

Auch für die städtebauliche Planung müssen Gesetzmäßigkeiten gefunden, theoretisch formuliert und angewandt werden. Unsere sozialistische Ordnung bietet dem Städteplaner durch die Verfügungsgewalt über den Boden großartige Möglichkeiten.

Je mehr sich das sozialistische Bewußtsein der Werktätigen, der Bauern und der Intelligenz entwickelt und festigt, um so mehr wachsen die Bedürfnisse des Volkes und damit auch seine Anforderungen an das Bauwesen. Damit wird auch die Rolle des Architekten in der sozialistischen Gesellschaft immer bedeutungsvoller und seine Tätigkeit verantwortungsvoller. Mit Befriedigung kann festgestellt werden, daß seit dem III. Bundeskongreß die Erkenntnis bei unseren Architekten verbreitert und vertieft wurde, daß sie durch ihre Arbeit nicht nur dazu beitragen, Häuser und Städte zu bauen, sondern daß sie zugleich Erbauer des Sozialismus sein müssen.

Die Entwicklung in den letzten Jahren hat die Richtigkeit der im Rechenschaftsbericht an den III. Bundeskongreß enthaltenen Forderung bestätigt: „Da unsere Gesellschaftsordnung von der Westdeutschlands sich grundsätzlich unterscheidet und Städtebau und Architektur diese Gesellschaftsordnungen widerspiegeln, kann eine Übernahme oder Nachahmung westlicher Architekturentwicklung nicht unser künftiger Weg sein." Diese Forderung bezieht sich jedoch nur auf die architektonisch-künstlerische Aussage, die mit der jeweiligen Gesellschaftsordnung verknüpft ist. Technische und technologische Leistungen des Westens können für uns sehr wohl nützlich sein und unsere eigene Entwicklung zum Weltniveau beschleunigen.

Wenn die Aufgaben des Siebenjahrplanes gelöst sein werden, dann werden wir ein gutes Stück Weges vorangekommen sein, der uns zu einem sozialistischen Stil führt. Ein Stil kann nicht erfunden werden, er wächst von Bau zu Bau aus fortschrittlichen Leistungen, aber auch aus Fehlern. Er entsteht wie immer in der Geschichte aus Nachahmung guter Leistungen. Solange in einer kapitalistischen Gesellschaft jeder einzelne Architekt nach einer eigenen „Handschrift" sucht, solange er nur bestrebt ist, sich von den Werken seiner Kollegen durch die eigene Leistung zu unterscheiden, solange kann niemals ein Stil in der Baukunst und in der Kunst überhaupt entstehen. Das Bauen nach Typen dagegen stellt schon einen ersten Schritt auf dem Wege zum Stil dar.

Es wird erwartet, daß der Kongreß die vielen Probleme unserer Zeit, vor denen die Architekten der Deutschen Demokratischen Republik stehen, mit Sachkenntnis und politischem Verständnis erörtert und daß von ihm Anregungen und Ideen ausgehen, welche die Delegierten in ihre Bezirksgruppen weitertragen werden.

Vom IV. Kongreß muß ein mächtiger Impuls ausstrahlen, vorwärts zu schreiten zu den immer größeren Aufgaben und über den Sorgen und Beschwerden der täglichen Arbeit niemals das große Ziel aus den Augen zu verlieren, das uns im Sieg des Sozialismus greifbar vor Augen steht.

Einige Bemerkungen zum Teilbebauungsplan für das Stadtzentrum von Potsdam

Dipl.-phil. Willi Nitschke

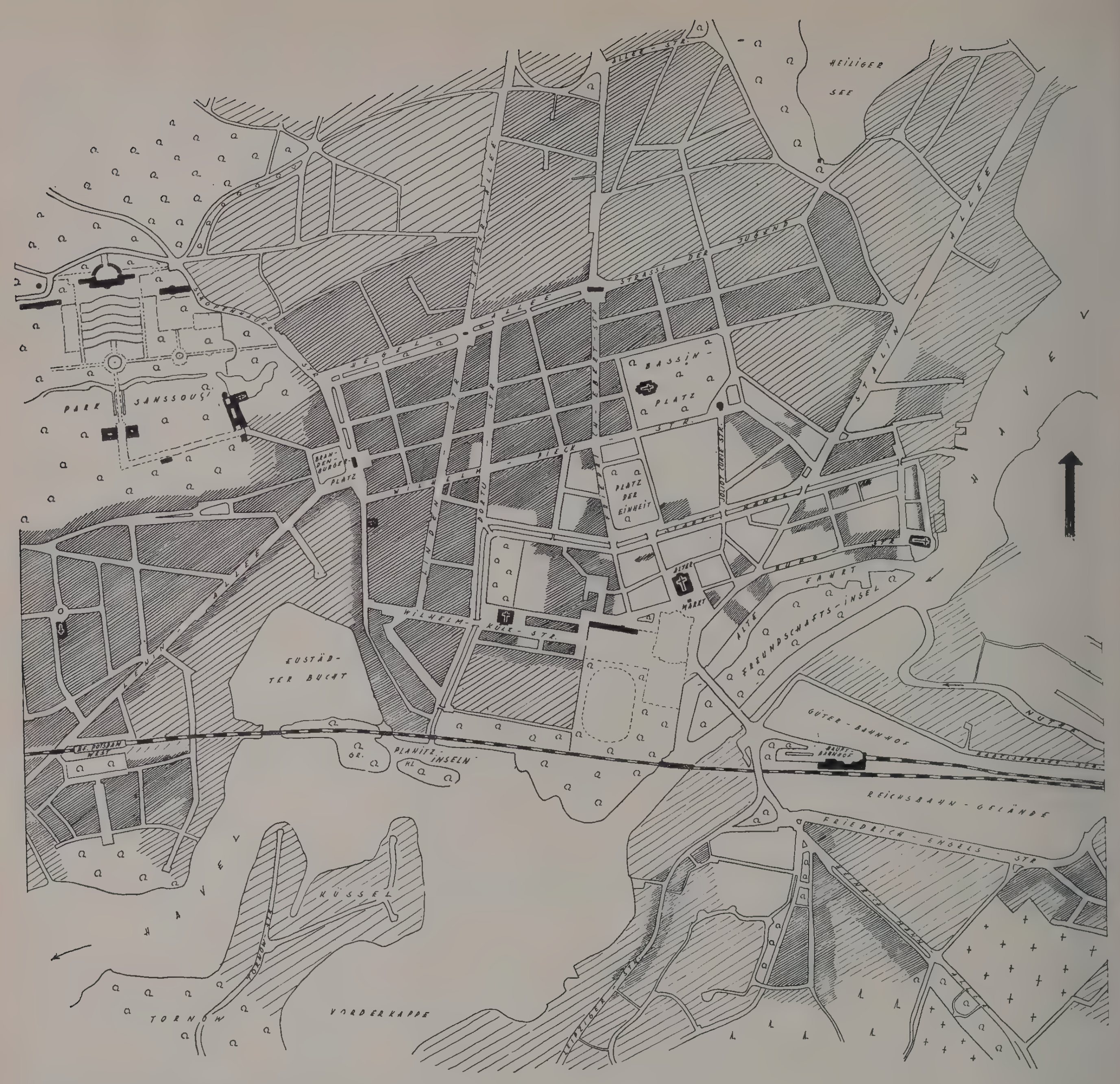
Seit einigen Jahren arbeiten Städtebauer und Verkehrsfachleute in Potsdam an den Plänen für die Neugestaltung des Stadtkerns von Potsdam, der in den letzten Kriegstagen des Jahres 1945 durch einen militärisch nicht gerechtfertigten angloamerikanischen Bombenangriff fast vollständig vernichtet wurde. In dem Aufsatz „Industrieller Wohnungsbau im Stadtkern von Potsdam" („Deutsche Architektur", Heft 12/1959) wurde ein Teilbebauungsplan des neuen Stadtkerns veröffentlicht. Dieser war das Ergebnis eines innerbetrieblichen Wettbewerbes. In einer Bemerkung zu diesem Aufsatz hat Dipl.-Ing. Rothstein auf einige städtebauliche Schwächen dieses Planes hingewiesen und grundsätzlich die Frage gestellt, wo der Wille zur stadtbaukünstlerischen Gestaltung bleibe. Eine genauere Untersuchung des veröffentlichten Bebauungsplanes zeigt, daß ihm eine Reihe von Mängeln anhaftet und daß man mit seiner städtebaulichen Lösung nicht einverstanden sein kann.

Der auffälligste Mangel besagten Aufsatzes besteht darin, daß über die städtebaulichen Beziehungen des veröffentlichten Bebauungsplanes zur Gesamtplanung des Potsdamer Stadtkerns nichts ausgesagt wird. Aus einem beigefügten Übersichtsplan, der offensichtlich zur Verdeutlichung des dem Aufsatz beigegebenen architekturgeschichtlichen Abrisses über Potsdam gedacht ist, sind ebenfalls zu dieser Frage keine Anhaltspunkte ersichtlich. Die wenigen im Aufsatz angeführten städtebaulichen Einzelheiten erweisen sich als wertlos.

Es ist aber unmöglich, eine kritische Analyse der städtebaulichen Problematik eines Teilbebauungsplanes vorzunehmen, ohne eine Vorstellung über die Gesamtplanung zu haben. Es soll daher der Versuch unternommen werden, in ganz allgemeinen Zügen die städtebauliche Situation des alten Stadtkerns von Potsdam darzulegen und aus dieser die Problematik und Aufgabenstellung für die Gestaltung des neuen Stadtkerns zu formulieren.

Das zur Diskussion stehende städtebaulich neu zu gestaltende Gebiet wird im Norden von der Wilhelm-Pieck-Straße, im Osten von dieser und deren Verlängerung über den Kanal bis an die Alte Fahrt, im Süden von dieser, dem Lustgarten des ehemaligen Stadtschlosses und im Westen von der Friedrich-Ebert-Straße begrenzt. Im südöstlichen Teil dieses Gebietes lag der historische Stadtkern. Seine städtebauliche Anlage war das Ergebnis vorgenommener Umgestaltungen und Erweiterungen der mittelalterlichen Stadt, die zu verschiedenen Zeiten und unter unterschiedlichen städtebaulichen Konzeptionen mehr oder minder konsequent ausgeführt worden waren. Trotz dieser unterschiedlichen Konzeption entstand ein einheitliches, städtebaulich bemerkenswertes, architektonisch bedeutendes Zentrum, das in dem Ensemble Stadtschloß, Nikolaikirche und Rathaus eine imposante, die ganze Stadt beherrschende Dominante besaß.

Für die Potsdamer Städteplaner besteht die große, künstlerisch und politisch verantwortungsvolle Aufgabe, einen neuen Stadtkern anzulegen, ihn entsprechend den Prinzipien des sozialistischen Städtebaus zum gesellschaftlichen Zentrum zu gestalten und diese gesellschaftliche Bedeutung durch die Schaffung einer städtebaukünstlerischen Dominante hervorzuheben. Die Gegebenheiten erweisen sich für eine großzügige und kühne Planung



Plan der Innenstadt von Potsdam 1:15000

als sehr günstig. Für die verkehrstechnischen Probleme scheint sich folgende Lösung anzubieten: Um den Verkehrsstrom über die Lange Brücke aufzulösen beziehungsweise zu sammeln, wird es erforderlich sein, westlich der Langen Brücke einen Verkehrsknotenpunkt zu schaffen. Für die Erschließung des östlichen Stadtgebietes und den Durchgangsverkehr nach Berlin — heute ist dieser durch die widerrechtliche Spaltung Berlins unbedeutend — wird es notwendig sein, die Stalinallee bis zu diesen Verkehrsknotenpunkt hinzuführen. Für die Erschließung der westlichen Stadtteile und den Durchgangsverkehr nach Westen und Norden, beides erfolgt heute über die hierfür ungeeignete Wilhelm-Pieck-Straße beziehungsweise Friedrich-Ebert-Straße, wird die Wilhelm-Külz-Straße über das Neustädtische Tor hinaus bis zum Platz der Nationen ausgebaut werden müssen. Mit diesen beiden Verkehrstangenten würde das historische Stadtgebiet vom Durchgangsverkehr weitgehend entlastet werden können. Für die Erschließung des nördlichen Stadtgebietes erscheint die Friedrich-Ebert-Straße, die bis zum Verkehrsknotenpunkt verlängert werden müßte, verkehrstechnisch als ausreichend.

Aus der Gestaltung und Funktion des alten Stadtkerns und der an das neue Zentrum anschließenden historischen Bausubstanz ergeben sich für die Gestaltung des neuen Stadtzentrums folgende Gesichtspunkte: Der Grundriß des neuen Zentrums wird streng axial ausgerichtete, vielleicht sogar symmetrisch geordnete Elemente aufweisen müssen. Das erscheint erforderlich, um das neue Zentrum organisch einordnen zu können, ohne den Gesamtgrundriß der Stadt zu zerreißen, und es entsprechend seiner gesellschaftlichen Bedeutung als städtebaulichen Ausgangs- und Orientierungspunkt der gesamten Stadt wirksam machen zu können. Die gestalterische Lösung dieser, auch vom alten Stadtkern ausgeübten Funktion bietet keine besonders schwierigen Probleme. In der Anlage des Platzes der Einheit — städtebaulich ist es gar kein Platz —, den man als Grünanlage gestaltet in das neue Zentrum einfügen sollte, ergibt sich eine nordsüdliche Achse, die als Hauptachse für das Zentrum wirksam gemacht werden könnte. Das Einbeziehen des Platzes der Einheit würde eine sehr günstige Möglichkeit bieten, den Anschluß an die historische Bausubstanz zu gestalten. Außerdem würde eine Nordsüdbetonung des Zentrums der alten Situation entsprechen und die Gewähr bieten, die

städtebaulich ordnende Kraft des Zentrums zu verstärken. Um auch die westlichen und östlichen Teile der Stadt fest an das Zentrum binden zu können, müßte das Zentrum im südlichen Teil eine ostwestlich betonte Achse erhalten. In dieser Achse könnte man sich auch die Hauptglieder der städtebaulichen Dominante denken. In sie müßten die wenigen noch erhaltenen historischen Bauten einbezogen werden. Für die Gestaltung der Dominante müßten große, zusammenhängende Baukörper gewählt werden, die eine horizontale Betonung besitzen. Einzelne, hoch aufgeführte Bauten würden nicht zu empfehlen sein, da dann die organische Verbindung mit der Stadt nicht gewährleistet wäre. Besonders wichtig wäre es, die heute so auffällige Nikolaikirche in ihrer dominierenden Wirksamkeit einzuschränken, dagegen aber das Rathaus deutlich hervorzuheben. Die beherrschenden Glieder der Dominante müßten die neuen Bauwerke werden, in denen sich die Größe unserer sozialistischen Gesellschaft widerspiegelt.

Östlich dieses Zentrums sollen — wie aus dem Bebauungsplan hervorgeht — hauptsächlich Wohnviertel errichtet werden. Bis auf das Schauspielhaus befinden sich in diesem Gebiet keine bei der Neuplanung zu berücksichtigende Bauten. Die wenigen alten Häuser — vor allem um die Heilige-Geist-Kirche gelegen — sind als Einzelbauwerke von geringem künstlerischen Wert, und als städtebaulich wirksame Anlage ist ihr Bestand zu klein. Bei der Planung dieser neuen Wohnviertel erscheint es ratsam, die direkt an das Zentrum grenzenden Viertel in der Grundrißanlage nicht nur auf das Zentrum zu beziehen, sondern auch nach axialen Gesichtspunkten auszurichten.

Dadurch wird sowohl die Einheitlichkeit des Gesamtgrundrisses der Stadt betont als auch die städtebauliche Verknüpfung des Zentrums mit der nördlich gelegenen städtebaulichen Achse Platz der Nationen — Bassin ermöglicht. Den nördlichen Ausgangspunkt für die streng axial zu gliedernden Wohnviertel müßte die Anlage des Bassins bilden. In der Anlage des Schauspielhauses bietet sich ein ausgezeichneter Orientierungspunkt für die weiter östlich gelegenen Wohnviertel an. Außerdem ist in der Anlage des Schauspielhauses die gute Möglichkeit gegeben, einen wirksamen Übergangspunkt zu einer lockeren und freieren Planung dieser Wohnviertel zu schaffen.

Es soll nun der Versuch unternommen werden, die städtebaulichen Probleme des dem besagten Aufsatz zugrunde liegenden Bebauungsplanes kritisch zu analysieren.

Auf der Westseite ergab sich die Notwendigkeit, eine Baulücke auszufüllen, wobei in der Gestaltung dieser Neubauten die vorhandene oder wieder restaurativ aufgebaute historische Bausubstanz berücksichtigt wurde. Daß man eine „städtebaulich markante Situation", die früher durch eine Säulenfassade betont worden war, bei der Neugestaltung wieder aufnimmt, ist bemerkenswert, daß man aber diese Säulenfront auch gestalterisch wieder aufnimmt, erscheint kurios. Da hätte man ja die alte Fassade nicht erst abzubrechen brauchen! Äußerst bedenklich ist, daß diese „städtebaulich markante Situation" so formal aufgefaßt wird. Das „betonte Gebäude am Platz soll vorwiegend Einraumwohnungen für alleinstehende Personen" enthalten. Es gilt zu fragen, ob man einem Haus für alleinstehende Personen eine gesellschaftliche Bedeutung zumessen darf, die eine städtebauliche und architektonische Hervorhebung berechtigt erscheinen läßt? Hier scheint eine leider weit verbreitete Modekrankheit einiger Städtebauer und Architekten vorzuliegen. In einer ganzen Reihe von Projekten aus verschiedenen Gebieten unserer Republik sind Gebäude mit Einraumwohnungen als städtebaulich markante Bauten geplant, oft sogar als Hochhäuser angelegt, zu Dominanten gemacht worden. In der sozialistischen Baukunst können niemals sogenannte formalästhetische Momente für die städtebauliche oder architektonische Gestaltung maßgeblich sein, sondern grundsätzlich bestimmen gesellschaftliche Belange die Gestaltung. Die städtebauliche oder architektonische Hervorhebung eines Gebäudes oder Baukomplexes wird in der sozialistischen Baukunst von der gesellschaftlichen Bedeutung oder Funktion dieses Gebäudes oder Baukomplexes bestimmt.

An der Ostseite des Platzes der Einheit sind von den Potsdamer Städtebauern fünfgeschossige Gebäude als zusammenhängende Platzwand angeblich wegen der großen Ausmaße des Platzes vorgesehen worden. Die städtebauliche Gestalt und Funktion dieses Platzes ist aber völlig verkannt worden Dieser Platz — heute eine überdimensionierte Verkehrsinsel mit einer einfaltslosen Begrünung — hat für einen Platz eine viel zu niedrige Randbebauung. Städtebaulich wäre es günstiger, ihn, wie oben vorgeschlagen wurde, als Grünanlage direkt an das Zentrum anzuschließen. Die jetzige Lösung hat durchaus nicht dazu beigetragen, einen Platz zu schaffen, sondern zerreißt das Stadtbild. Die hohe, im Grunde ungeschickte Bebauung am Platz der Einheit zwang die Städtebauer, viergeschossige Bauten an der Wilhelm-Pieck-Straße zu errichten, obwohl das in keiner Weise der hier gegebenen städtebaulichen Situation entspricht. Hier hätte eine Bebauung erfolgen müssen, die in ihren Proportionen auf die Bebauung an der Nordseite des Bassins bezogen wäre. Die klare barocke Anlage des Bassins bildet den östlichen Abschluß einer städtebaulich großartig angelegten dreistraßigen Achse, die im Westen vom Platz der Nationen abgeschlossen wird. Die Westseite des Bassins wird von einer streng symmetrisch gegliederten Häuserfassade gebildet. Eine in der Bauhöhe niedriger gehaltene, weniger betonte Häuserfront bildet die Nordseite des Bassins. Die ursprüngliche Wasserfläche — das Bassin — und ein auf einer Insel gelegenes Lusthaus, das in der Achse der Brandenburger Straße stand, sind heute nicht mehr vorhanden.

Ein viel zu groß proportionierter Kirchenbau des vorigen Jahrhunderts hat die alte Anlage sehr verunstaltet. Durch eine eingreifende Umgestaltung könnte die alte Anlage des Bassins neu belebt werden. Es ist ein unhaltbarer Zustand, daß so dicht beieinander auf dem Bassin eine große Omnibushaltestelle, eine Kirche, ein Rummelplatz und das Ehrenmal für die Gefallenen der Sowjetarmee liegen und sogar auch noch der Wochenmarkt hier abgehalten wird. Das Ehrenmal und der Friedhof für die im zweiten Weltkrieg gefallenen Soldaten der Sowjetarmee müßten bei der Neugestaltung den zentralen Ausgangspunkt bilden; Omnibusplatz, Rummel und Markt müßten verschwinden. Bei der Bebauung des südlichen Abschlusses des Bassins hätte man nicht nur Gelegenheit gehabt, die alte, städtebaulich schöne Anlage des Bassins neu zu beleben, sondern auch die Möglichkeit besessen, einen ausgezeichneten städtebaulichen Übergang zur historischen Bausubstanz zu erreichen.

Die Anlage des Bassins ist aber nicht nur städtebaulich ungenutzt gelassen, sondern sogar noch verdorben worden. Diese städtebauliche Fehlleistung erhält ihre Krönung in der Bebauung und Anlage der Joliot-Curie-Straße. Deren westliche Seite wird von zwei getrennt stehenden viergeschossigen Wohnhäusern und einem architektonisch häßlichen Heizhaus (!) gebildet. Demgegenüber stehen auf der östlichen Straßenseite drei zusammenhängende viergeschossige Wohnhäuser. Die an sich schon sehr kurze Straße verliert durch diese unausgewogene, völlig fehlproportionierte Bebauung jeden ordnenden Sinn; dilettantischer hätte die Straße nicht bebaut werden können! Neben der unausgewogenen Bebauung trägt besonders das krampfhafte Bemühen, die Französische Kirche in die Anlage mit einzubeziehen, was mit einer Abtreppung der östlichen Straßenfront erreicht werden sollte, aber überhaupt nicht gelang, zur völlig verfehlten Gestaltung der Straße bei. Um die Französische Kirche auf diese Straße zu beziehen, hätte man die Joliot-Curie-Straße rechtwinklig zur Wilhelm-Pieck-Straße anlegen müssen, da der Portikus der Kirche rechtwinklig zur Wilhelm-Pieck-Straße angelegt ist. Das wäre auch städtebaulich günstiger gewesen. Warum man die alte Straßenrichtung beibehielt, ist einfach unerklärlich. Die Tiefbauanlagen der alten Straße waren bestimmt nicht für die Neubebauung ausreichend.

Ein anderer, unangenehm auffallender Fehler zeigt sich, wenn man an der Kreuzung Wilhelm-Pieck-Straße und Friedrich-Ebert-Straße stehend jene nach Osten hinuntersieht. Der letzte Block der östlichen Bebauung der Joliot-Curie-Straße springt völlig unmotiviert weit über die Bauflucht an der Wilhelm-Pieck-Straße vor. Damit wird das Straßenbild der Wilhelm-Pieck-Straße, das schon durch die finsteren, unwohnlich wirkenden Fassaden der Neubauten verdorben wurde, endgültig zerrissen. Innerhalb dieses neuen Baukomplexes sollen noch drei viergeschossige Wohnhäuser gebaut werden. Sie sind im Plan völlig beziehungslos zur Randbebauung angelegt. Die aus dem Übersichtsplan ersichtlichen Bebauungspläne für einen Wohnkomplex östlich der Joliot-Curie-Straße und einem südlich des Kanals — glücklicherweise noch nicht realisiert — weisen ebenfalls keine erkennbare städtebauliche Konzeption auf. Der Baukomplex östlich der Joliot-Curie-Straße beruht in seinem Grundriß auf der alten, städtebaulich sinnlosen Straßenführung. Die städtebauliche Bedeutung des Schauspielhauses ist vollständig vernachlässigt worden. Verbunden mit einer Grünanlage könnte es zum städtebaulichen Orientierungspunkt der östlich von ihr gelegenen Wohnviertel werden. Der

Bebauungsplan dieses östlich der Joliot-Curie-Straße gelegenen Wohnkomplexes müßte auf das Bassin bezogen werden und im Süden den Kanal mit einbeziehen. Die völlige Vernachlässigung des Kanals als ein gerade für Wohnviertel reizvolles Gestaltungselement ist auch für die Planung des südlich vom Kanal gelegenen Baukomplexes charakteristisch. Die schöne Anlage des Kanals — westlich des Platzes der Einheit ist er noch mit seiner alten Bebauung erhalten — könnte mit ihren Uferstraßen und dem alten Baumbestand ausgezeichnet die Wohnviertel beleben und gliedern und außerdem dazu beitragen, die neuen Wohnviertel städtebaulich fester mit dem Zentrum zu verknüpfen. Die südlich des Kanals geplante Bebauung, die mit ihrer Grundrißgestaltung nicht in das Gesamtbild paßt, ist sogar so geistlos angelegt worden, daß die Uferstraßen des Kanals für den Durchgangsverkehr benutzt werden müßten. Das ist nicht nur verkehrstechnisch, sondern auch städtebaulich ein Unding, wird doch dadurch der ganze Verkehr nicht um, sondern durch die Wohnviertel gelegt. Den Grund für die hier aufgeführten, zum Teil unverzeihlichen Fehler in der städtebaulichen Gestaltung der Wohnkomplexe kann man unter keinen Umständen darin suchen, daß es den Potsdamer Städtebauern nicht gelungen sei, mit den Problemen der Anwendung industrieller Baumethoden und den Typenbauten gestalterisch fertig zu werden. Der Grund für diese mangelhafte städtebauliche Arbeit ist ideologischer Natur. Die aufgeführten Fehler sind Ausdruck einer unklaren Vorstellung von den Aufgaben und Prinzipien des sozialistischen Städtebaus bei den verantwortlichen Städtebauern und Architekten und zeugen von einem mangelhaften politischen Verantwortungsgefühl dieser Städtebauer und Architekten, aber auch einiger Funktionäre in Potsdam. Daß nicht von einer Gesamtplanung des Potsdamer Stadtkerns ausgehend die Gestaltung der Teilbebauungspläne vorgenommen wurde, ist der Grundfehler. Die in Potsdam praktizierte Inselprojektierung entspricht vielleicht einer kapitalistischen Baupraxis, hat aber mit der sozialistischen Stadtbaukunst nichts gemein, steht im krassen Widerspruch zu ihr. Potsdam ist eine Stadt mit künstlerisch hervorragenden Bauwerken früherer Epochen; viele Menschen, auch Ausländer, besuchen diese Stadt. Man muß fordern, daß das neue Stadtzentrum von Potsdam zu einem hervorragenden Beispiel des sozialistischen Städtebaus gestaltet wird, das beredtes Zeugnis ablegt, über welche großen künstlerischen Kräfte und technischen Möglichkeiten unser sozialistischer Staat verfügt. Um das zu erreichen, wird es unbedingt notwendig sein, die ideologischen Unklarheiten bei einigen Städtebauern und Funktionären in Potsdam zu beseitigen und ihre politische und künstlerische Verantwortlichkeit zu entwickeln.

Die Grünplanung für die Bezirkshauptstadt Karl-Marx-Stadt

Gartenarchitekt BDA Herbert Rothe
Stadtbauamt Karl-Marx-Stadt

In den Heften 5 und 7/1959 der Zeitschrift „Deutsche Architektur" erschienen von Architekt BDA Lothar Hahn zwei Abhandlungen über die Gestaltung des Stadtzentrums von Karl-Marx-Stadt, in denen auf die Situation im Zentrum, auch auf die Grünplanung, in Wort und Plan bereits eingegangen wurde.

Nachfolgend soll unter Vermeidung einer Wiederholung des bereits behandelten Problems die Grünplanung bei der Neugestaltung der gesamten Stadt geschildert werden.

Wer Karl-Marx-Stadt aus der Zeit bis 1944 kennt, erinnert sich an ein nur durch Reichsbahntrassen und Höhendifferenzen gegliedertes Häusermeer, in dem bis zu 920 Menschen auf einem Hektar zusammengedrängt wohnten, wobei außerdem noch auf gleicher Fläche die verschiedensten Industriebetriebe jeden freien Raum nutzten.

Der Grund für diese Verhältnisse lag vor allem darin, daß sich das mittelalterliche Chemnitz bis zum Beginn der industriellen Produktion im vergangenen Jahrhundert nicht vergrößerte, um dann plötzlich in eine Entwicklung überzugehen, die typisch für die sogenannten Gründerjahre ist und der die damaligen Stadtväter nicht gewachsen waren. So konnte es geschehen, daß der alte Befestigungsring bei seiner Beseitigung 1810 bis 1830 nicht zum Grüngürtel gestaltet, sondern in Einzelgrundstücke aufgeteilt, verkauft und schließlich bebaut wurde. Ein Gleiches geschah mit der Aue des Chemnitzflusses: Auch sie erhielt eine so intensive Bebauung, daß die Wellen des Flusses an den „Ufern" die Fundamentmauern der Fabriken bespülten. Da das Tal schließlich zu eng wurde, wuchs die Stadt auf die umgebenden Hügel hinauf und füllte die Seitentäler, wobei die natürliche Gliederung, die Grundlage der weiteren Gestaltung sein mußte, verwischt wurde.

Es entstanden innerhalb der geschlossenen Bebauung einige in rechteckiger, dreieckiger oder elliptischer Form ausgesparte Plätze, und auch die beiden größten Anlagen im Stadtinneren, die Schloßteichpromenade und die Grünfläche des ehemaligen Friedhofs (jetzt Karl-Marx-Platz) änderten kaum den Charakter der Stadt. Der alte Stadtpark (1905 bis 1913, Gartendirektor Werner) konnte in der Zeit der Bodenspekulation leider nicht bis in das Zentrum hereingeführt werden und übt somit keinen unmittelbaren Einfluß auf die Innenstadt aus. Das gleiche gilt für den 100 ha großen Küchwaldpark.

Wiederaufbau und Stadterweiterungen nach Flächennutzungsplan

Mit der Planung für den Aufbau nach den sehr umfangreichen Zerstörungen im Krieg galt es, die geschilderten Mängel der Vergangenheit zu beseitigen und eine neue, sozialistische Stadt zu entwickeln. Hierbei wurde, wie die ersten nach 1945 erarbeiteten Entwürfe zeigen, das Loslösen von der Vergangenheit zum Problem. Das zeigt auch der 1954 angefertigte Entwurf für den neuen Flächennutzungsplan, obwohl hier bereits die angestrebte Auflockerung des ehemaligen Häusermeeres deutlich zu erkennen ist.

Nach der Neubildung des Stadtbauamtes wurden von der Stadtplanung unter Leitung des Stadtarchitekten Pester ein neuer Flächennutzungsplan sowie ein Plan für die Gestaltung des Zentrums erarbeitet, wobei folgende Überlegungen zugrunde lagen: Das Stadtzentrum liegt im Talkessel des Chemnitzflusses, begrenzt von Höhenzügen, die durch fünf Nebentäler gegliedert werden. Diese Nebentäler nehmen die Straßen auf, die dem Zentrum zustreben, und sind dicht bebaut, während die dazwischenliegenden Höhenzüge nur in Zentrumsnähe Bebauung tragen, sonst aber landwirtschaftlich und zum Teil auch forstwirtschaftlich genutzt werden. Es liegt also ein ausgesprochenes Radialsystem vor.

Auf dieser Erkenntnis fußt die Planung, die einen Ausbau von Grünzügen vorsieht, die vom Zentrum sternförmig nach der freien Landschaft streben, wobei nach Möglichkeit Gebiete der Naherholung oder Ausflugsstätten — also jeweils gewisse Ziele — erreicht werden. Die Bedeutung dieser Grünzüge ist allgemein bekannt. Hier sei nur noch auf ihre städtebaulich ordnende, gliedernde Funktion hingewiesen: Sie wurden also so gelegt, daß Wohn- und Industriegebiete, Verkehr und Wohngebiete oder auch zwei größere Wohngebiete von ihnen getrennt werden. Alle im Radialsystem liegenden Grünzüge erreichen das Stadtzentrum, das von einem Grünring umgeben ist. Die wichtigsten hiervon sind:

1. Am Chemnitzfluß entlang in südlicher Richtung bis zum Harthwald. Von da aus: Wanderweg nach Schloß Neukirchen, Neukirchner Wald, geplantem Würschnitzstausee (Trennung zwischen Industrie, Verkehr und Wohngebiet).

2. Am Kappelbach entlang bei durchschnittlicher Breite von 100 m in westlicher Richtung. Ziel: Rabensteiner Wald, Totenstein (Trennung von Industrie- und Wohngebiet).

3. Vom Stadtzentrum zum Schloßteich, Kulturpark (Küchwald), Crimmitschauer Wald, Aussichtsturm Bornaer Höhe.

Wanderweg nach dem Rabensteiner Wald (Trennung größerer Wohngebiete).

4. Vom Stadtzentrum in östlicher Richtung am Gablenzbach entlang nach Adelsberg, Adelsbergturm (Trennung größerer Wohngebiete).

Die in Radialform angeordneten Grünzüge erhalten Querverbindungen, die sich aber auf Grund der höhenmäßigen Gliederung des Geländes und der vorhandenen Bebauung nicht zu einem geschlossenen Ring ausbauen lassen. Einige auf dem Plan ablesbare Möglichkeiten wirken sich in der Natur nicht als solche aus. Erst in der äußersten Stadtrandzone finden wir einen Waldgürtel vor, dessen Verdichtung durch geplante Aufforstungen vorgesehen ist, wobei das Schließen des Ringes im Nordwesten wegen der guten Bodenklassen dort mangelhaft bleiben muß. Wir betreten damit das Bereich der Gebietsplanung, die hier noch umfangreiche Aufgaben zu lösen hat.

Inhalt der Grünzüge

Zu den Hauptaufgaben des Städtebauers gehört das Ordnen. Der im Städtebau tätige Grünplaner muß also das ungenügend geordnet Vorhandene so ergänzen oder einschränken, daß sowohl ein befriedigendes Stadt- oder Landschaftsbild entsteht als auch die Bedürfnisse der dort wohnenden Menschen erfüllt werden. In der Perspektivplanung (Flächennutzungsplan) werden deshalb die bisher zerstreut liegenden Grünflächen zu zusammenhängenden Gebieten ergänzt. Hierzu gehören nicht nur Park-, Parkwald- und Forstflächen, sondern auch Sportflächen, Freibäder, objektgebundenes Grün (an Schulen, Krankenhäusern und so weiter), Friedhöfe, Kleingärten, unbebaubare Gartenparzellen und auch landwirtschaftlich genutzte Flächen, vor allem Wiesen.

Parkflächen: Hierzu sei nur gesagt, daß sie neben den vielen bekannten Einrichtungen auch die Kfz-Parkplätze aufnehmen werden. So wird zum Beispiel der das Zentrum südlich tangierende Grünstreifen Parkstände enthalten, die so angeordnet sind, daß die Existenz von vielen Einzelbäumen und Baumgruppen möglich ist, ohne den Verkehr zu hindern. Hier werden die beiden Bedeutungen des Wortes „Park" in einer Anlage vereinigt.

Forstflächen: Bisher unterlagen alle Forstflächen des Stadtkreises einem Einschlagssoll. In gemeinsamer Absprache mit den zuständigen Stellen wurde nunmehr festgelegt, daß diejenigen Forstflächen, die für die Erholung der Bevölkerung besonders wertvoll sind, ab 1. Januar 1960 als extensiv genutzte Parkflächen zu werten sind, also keinem Soll mehr unterliegen und von der städtischen Park- und Gartenverwaltung vordringlich nach gestalterischen Gesichtspunkten bewirtschaftet werden, wobei das anfallende Nutzholz dem Staatlichen Forstwirtschaftsbetrieb zur Verfügung gestellt wird.

Damit wird erreicht, daß neben einer bewußten Gestaltung des Gehölzbestandes (Blickachsen, markante Einzelbäume und so weiter) auch die Pflege der Wege, Bänke, Unterstellhütten und dergleichen gewährleistet ist.

Die Erweiterung der Waldfläche im Stadtkreis, die durch den Staatlichen Forstwirtschaftsbetrieb und auch im Pappelanbauprogramm durchgeführt wurde, betrug in den letzten zehn Jahren 80 ha. Geforstet wurden landwirtschaftliche Nutzflächen mit Ackerwertzahlen bis 29 und Ödland. (Seltene und beste Ackerwertzahl im Stadtkreis 62, somit gilt hier 25 noch als brauchbar für die Landwirtschaft.)

Sportanlagen: Die vorhandenen Normalspielplätze und Sportstadien, die in der beigefügten Tabelle flächenmäßig erfaßt sind, werden nur in geringem Umfang erweitert. Besonderer Wert wird auf die Neuanlage von Kleinsportplätzen und sogenannten Tobeplätzen gelegt, die jedoch



Der Anschluß des städtischen Grüns an die Landschaft 1 : 125 000

Park-, Sport-, Friedhofs- und Kleingartenflächen
Forstflächen und Parkwälder
xxxxx Wanderwege außerhalb der Grünzüge
① Straßenbahnendhaltestelle
● Ausflugsziele

1 Totenstein — 2 Burg und Schloßpark Rabenstein — 3 Felsendome Rabenstein — 4 Geplanter Stausee — 5 Bornaer Höhe — 6 Chemnitztal — 7 Schloß Neukirchen — 8 Pfarrhübel — 9 Geiersberg — 10 Goldener Hahn — 11 Dittersdorfer Höhe — 12 Schloß Zschopau — 13 Adelsbergturm — 14 Sternmühle — 15 Kunnerstein — 16 Augustusburg — 17 Jägers Ruhe — 18 Heideschänke — 19 Beuthenberg — 20 Stiftskirche Ebersdorf — 21 Schloß und Park Lichtenwalde



Die Grünflächen der Innenstadt im Jahre 1939 — 1 : 15 000

im Flächennutzungsplan nicht erscheinen, da sie im Wohngrün, in den Parkflächen, an Schulen, mitunter sogar in der Industriefläche enthalten sind.

Große Schwierigkeiten bereitet das Einordnen von Kleinsportplätzen innerhalb der unzerstörten Altbebauung. Die 44 bisher dort standortmäßig festgelegten Plätze müssen mitunter mit Baulücken und auch mangelhaft besonnten Lagen vorliebnehmen.

Friedhöfe: Da die kleinen Friedhöfe des Stadtkreises meist landschaftlich sehr reizvoll liegen und erweiterungsfähig sind, sollen nur einige von ihnen zugunsten des Hauptfriedhofs aufgehoben werden. Diese Tendenz wird noch dadurch bestärkt, daß der vorhandene Hauptfriedhof nur geringfügig erweiterungsfähig ist und eine geeignete und genügend große Fläche nur in verkehrlich ungünstiger Entfernung zur Stadt vorhanden ist. Unter diesem Gesichtspunkt und bei Beachtung der steigenden Zahl der Feuerbestattungen (1945 = 50 Prozent, 1958 = 80 Prozent aller Sterbefälle) wurde der vorhandene Hauptfriedhof in der Planung beibehalten und lediglich durch eine 12 ha große, zwischen drei kleineren Friedhöfen gelegene Ersatzfläche ergänzt, die verkehrsmäßig und gestalterisch sehr günstig liegt.

Kleingärten: Das Einordnen von bebauungsplanmäßig ausgewiesenen Kleingartenanlagen in das Grünskelett der Stadt bringt insofern Vorteile, als hier Anlage und Pflegekosten wegfallen und außerdem auf diesen Flächen Werte erzeugt werden (polnische Bezeichnung „aktives Erholungsgrün"). Es läßt sich jedoch die Zahl und Größe der künftigen Anlagen nicht exakt festlegen, da die Übernahme eines Gartens der Neigung und dem freien Willen eines jeden Bürgers überlassen bleibt. Im Augenblick herrscht eine stark rückläufige Tendenz: Bei den Verlagerungen der letzten beiden Jahre legten nur 30 Prozent der Betroffenen Wert auf Zuweisung von Ersatzgelände. Hiervon konnte ein Drittel in vorhandenen Anlagen unterkommen.

Die erste sozialistische Kleingartenanlage (gemeinsame Kulturfläche — individueller Sitzplatz), die sich in Karl-Marx-Stadt befindet, soll ein Beispiel dafür geben, daß auch in unserer neuen Gesellschaftsordnung der Kleingärtner einen Platz haben kann.

Erwerbsgartenbau: Die über den Stadtkreis zerstreut liegenden Kleinbetriebe zu leistungsfähigen genossenschaftlichen Betrieben zusammenzufassen, bereitet Schwierigkeiten. Zur Lösung dieses Problems ist folgendes vorgesehen: Angliederung von entsprechend gelegenen Betrieben an LPG, Ausweisung von zwei größeren Flächen mit guten Ackerwert-



Die Konzeption der Grünflächen für die neue Innenstadt 1 : 15 000
1 Grünstreifen zur Aufnahme von größeren KFZ-Parkflächen mit Baumbepflanzung — 2 Anlagen am VVN-Denkmal, Freiflächen des Altersheimes und des Krankenhauses — 3 Sport- und Kindereinrichtungen — 4 Rosenplatz — 5 Ehemaliger Vogelscher Park, jetzt umgestaltet als Teil des neuen Stadtparkes — 6 Hochgelegene Anlage mit Blick auf das Stadtzentrum (Gaststätte) — 7 Hangbegrünung — 8 Beginn des neuen Stadtparkes (Verlauf entlang des Chemnitzflusses in südlicher Richtung) — 9 Freibad — 10 Anlagen am Pionierpalast — 11 Vorhandene Schloßteichanlagen — 12 Flußuferbegrünung — 13 Anlagen um die Sporthalle — 14 Ausstellungsgelände — 15 Gaststätte auf dem Schloßberg — 16 Verbindung zum oberen Teil des Kulturparkes (Küchwald) — 17 Erweiterung des Schillerplatzes (KFZ-Parkstände unter Bäumen) — 18 Beginn des Grünzuges Richtung Adelsberg — 19 Beginn des Grünzuges Richtung Siegmar

zahlen für Gemüse und sonstige Kulturen, Gewährleistung der Erweiterungsmöglichkeit der vorhandenen Produktionsgenossenschaft, Vergrößerung der Stadtgärtnerei. Etwa ein Viertel der von kleineren Betrieben bewirtschafteten Fläche wird bei der Bebauung in Anspruch genommen werden. Trotz allem werden wir innerhalb der Grünzüge noch längere Zeit eine Reihe von Klein- und Mittelbetrieben finden.

Landwirtschaft: Die Erweiterung der Wohn- und Industriefläche sowie der Park- und Forstfläche erfolgt am Rande der Großstadt hauptsächlich auf Kosten der landwirtschaftlichen Nutzfläche. Bei einer

	Bestand vom 1. 12. 1958		Perspektive				
			Vom Bestand				
	Vorhanden ha	m²/Kopf bei 290000 Ew.	bleiben erhalten ha	entfallen ha	Neu hinzukommen ha	End-zustand ha	m²/Kopf bei 350 000 Ew.
Parkflächen	237,29	8,2	227,29	10,00	322,88	550,87	15,5
Parkwaldflächen	293,00	10,1	293,00	—	185,00	478,00	13,5
Forstflächen	619,00	21,1	619,00	—	185,70	804,70	23,0
Waldflächen insges.	912,00	31,4	912,00	—	370,70	1 282,70	36,5
Sportflächen, Bäder	123,48	4,2	120,54	2,93	45,85	166,40	4,7
Friedhöfe	68,26	2,3	61,48	6,77	26,00	87,50	2,5
Kleingärten	626,00	21,6	354,05	271,95	153,25	507,30	14,5
Unbebaubare Gartengrundstücke	42,31	1,5	42,31	—	—	42,31	1,2
Erwerbsgärtnereien	121,88		96,57	25,31	105,94	202,51	
Landwirtschaft	5 695,00		4 679,00	1 016,00	—	4 679,00	



Landwirtschaftliche Komplexbrigaden 1 : 125 000
1 Rabenstein — 2 Rottluff — 3 Reichenbrand — 4 Stelzendorf — 5 Markersdorf — 6 Harthau-Erfenschlag — 7 Reichenhain — 8 Adlesberg — 9 Ebersdorf — 10 Glösa-Furth — 11 Draisdorf-Heinersdorf — 12 Gemüse



Die Friedhöfe und die dazugehörenden Bereiche (Obere Zahl: Einwohner des Bereichs, untere Zahl: Friedhofsgröße) 1 : 125 000

Planung von innen nach außen würde das bedeuten, daß für die Zukunft alle zu anderen Zwecken nicht benötigten Flurstücke für die Landwirtschaft übrigbleiben. Der von der Grünplanung aufgestellte erste Entwurf für den Flächennutzungsplan Karl-Marx-Stadt wurde aus diesem und anderen Gründen (längere Arbeiten am Zentrum) von außen nach innen entwickelt, das heißt, die späteren Komplexbrigaden der LPG waren von Anfang an ein wesentlicher Faktor für die Gestaltung der künftigen Stadt. Damit wurde erreicht, daß die vorgesehene landwirtschaftliche Nutzfläche unter Berücksichtigung der Belange einer sozialistischen Bewirtschaftung ausgewiesen wurde.

Die Tabelle auf Seite 267 enthält eine Gegenüberstellung der augenblicklichen Situation mit der Perspektivplanung. Hierbei sind die Flächen der Trümmerbegrünung (72 ha!) und die kleinen Sportflächen unberücksichtigt gelassen. Die angegebenen Zahlen beziehen sich auf den gesamten Stadtkreis.

Aus der folgenden Übersicht sind die Verhältnisse im dichtbebauten Stadtinneren ersichtlich. Den angegebenen Werten liegen die auf den Seiten 266 und 267 wiedergegebenen Pläne zugrunde.

	Bestand von 1939		Planung	
	Fläche (ha)	m²/Kopf	Fläche (ha)	m²/Kopf
Öffentliches Grün	40,5	1,8	112,5	9,5
Kleingartenfläche	5,5	0,2	—	—
Privatparkfläche	8,5	3,7	—	—
Insgesamt	54,5	5,7	112,5	9,5

Zur Durchführung

Es ist begreiflich, daß ein Plan, der die Verdoppelung der Park- und Forstflächen sowie die Neuanlage umfangreicher Wohngrünflächen vorsieht, nicht in wenigen Jahren durchgeführt werden kann. Das Tempo der Ausführung richtet sich nach der Kapazität der am Ort vorhandenen Betriebe (1,2 Mill./Jahr plus NAW). Neben dem schrittweisen Vorantreiben der Begrünung gehört deshalb die Sicherung der hierfür vorgesehenen Flächen zu den wichtigsten und schwersten Aufgaben des in der Stadtplanung tätigen Grünplaners, denn das unbebaute und im Augenblick ungenutzte Land bietet sich ständig allen möglichen anderen Zwecken an. In gleicher Weise verdienen die für die Begrünung vorgesehenen Schrumpfungsgebiete Beachtung, wo jede Konzession uns vom Ziel abrücken läßt.

In Anbetracht der geringen gärtnerischen Kapazität mußte ein großer Teil der geplanten Parkfläche provisorisch begrünt werden, und das wird auch fortan noch der Fall sein.

Die vordringlichste Aufgabe, die der Stadt auf Grund des Beschlusses des V. Parteitages der SED gestellt wurde, ist der Aufbau des Zentrums, dessen bestätigte Grundkonzeption sich zur Zeit in der Durcharbeitung befindet und das am Ende des Siebenjahrplanes in seinen Grundzügen fertiggestellt sein wird, wozu auch die Grünplanung einen beträchtlichen Teil beitragen wird.

Die Aufgaben der Sektion Typisierung der Deutschen Bauakademie

Professor Richard Paulick

Die Industrialisierung des Bauwesens muß in unserer Republik bis 1965 abgeschlossen sein — das ist Hauptziel und Hauptforderung des Ministerratsbeschlusses vom 4. Juni 1959 und muß Hauptziel und Hauptthema aller Sektionen und Institute der Deutschen Bauakademie sein. „Das Gesicht unseres Bauwesens wird dann durch die serienmäßige Montage von kompletten Typenbauwerken aus massenweise industriell vorgefertigten Bauelementen in einem mechanisierten Fließfertigungsprozeß bestimmt."

Der Ministerratsbeschluß legt drei Etappen fest, in denen die Industrialisierung verlaufen muß:

Die erste Etappe, die schon 1961 endet, ist charakterisiert durch die Serienfertigung von Bauwerken;

durch eine bedeutende Erweiterung der Betonindustrie, die die Basis des industriellen Bauens bildet;

durch die Steigerung des Montagebaus im Wohnungsbau auf das Fünffache, mindestens auf 60 000 Wohnungseinheiten;

durch Einbeziehung der Ausbauarbeiten soweit wie möglich in die Vorfertigung, aber auch

durch die Entwicklung der dritten Entwicklungsstufe der Großblockbauweise in 1,5-t-Laststufe mit Spannbetondecken über 6 m Spannweite. Das geschieht durch den Typ Q 7, der einen bedeutenden Vorstoß in Richtung auf die Verbesserung der Wohnqualität macht und nach dem Ministerratsbeschluß schon ab 1961 angewendet werden soll;

durch vorrangige Entwicklung der Plattenbauweise vom Lübbenauer Typ, wobei wir unter Lübbenauer Typ nur die Technologie verstehen dürfen. Der Typ selbst ist stark verbesserungsbedürftig, wenn nicht die Großblockbauweise dem Bau mit Großplatten qualitätsmäßig den Rang ablaufen soll. Hier sowohl wie bei der 2-t-Großblockbauweise sind ab 1961 weitestgespannte Spannbetondecken einzuführen.

Für landwirtschaftliche Produktionsbauten bedeutet die erste Etappe: „Für Kaltbauten ist bis 1960 die Mastenbauweise als Standardbauweise für Offenställe, Schuppen und so weiter allgemein einzuführen. Dabei müssen für die Dachkonstruktionen Leichtstahl- und Leichtmetallbinder, für die Dacheindeckungen und für die Wandausfachungen Asbestbetonplatten und Faserstoffleichtbauplatten in steigendem Umfang angewandt werden. Die Ausbauelemente sind zu standardisieren und vorzufertigen, zum Beispiel Krippen, Tröge und Großplatten für Ausläufe."

Die zweite Etappe von 1961 bis 1963 ist charakterisiert durch die komplexe Mechanisierung der wichtigsten Bauarbeiten. Das bedeutet natürlich nicht, daß die Serienfertigung überflüssig wird.

Die zweite Etappe soll weiterhin hochproduktive Montagebauweisen einführen, die sich des Walz- und Vibrationsverfahrens und ähnlicher Methoden der Massenfabrikation von Bauelementen bedienen, vor allem im Industriebau.

Die zweite Etappe im Wohnungsbau ist charakterisiert durch die Verstärkung des Montagebaus, durch die Anwendung weitgespannter Decken, die allgemeine Anwendung von Montagemethoden für Fußbodenkonstruktionen, Rohrbündel- und Elektromontage, durch Anwendung der standardisierten Einheitslösung Küche-Bad.

Für die gesellschaftlichen Bauten soll ab 1962 ebenfalls der Montagebau zur Anwendung kommen. Das ist notwendig, wenn wir den Wiederaufbau der Stadtzentren durchführen wollen. Der Ministerratsbeschluß verlangt hier eine Zweiteilung in Bauten, die dem Wohnungsbau und solche, die dem Industriebau ähnlich sind.

Diese Unterteilung erweist sich bei näherer Untersuchung als gegen unsere Perspektive gerichtet. Uns kann nicht daran liegen, möglichst viele verschiedenartige Bauweisen zu entwickeln, sondern unser Ziel muß eine möglichst geringe Anzahl von Bauweisen mit weitestem Anwendungsbereich sein. Aus diesem Grunde sind wir der Meinung, daß wir mit der Skelettmontagebauweise für gesellschaftliche Bauten sowohl die Bauten der Stadtzentren als auch die der Wohnkomplexe errichten sollten.

Da jedoch die Anwendung des Montagebaus auch für die gesellschaftlichen Bauten besonders auf den Montage-Großbaustellen unserer Republik immer mehr zu einer mit größter Entschiedenheit vertretenen Forderung aller Werktätigen, der Partei, der örtlichen Organe der Staatsmacht, der Bauarbeiter wie der Intelligenz geworden ist, müssen wir noch in diesem Jahr die einheitliche Bauweise für den Montagebau aller gesellschaftlichen Bauten nicht nur als wissenschaftliche Aufgabenstellung, sondern als ausgearbeitete Bauweise einschließlich der notwendigen Wiederverwendungsprojekte durchsetzen. In der zweiten Etappe sind auch die Warmbauten der Landwirtschaft in einer Standard-Vollmontagebauweise herzustellen, deren Skelettkonstruktion in Spannbeton auszuführen ist, mit Dach- und Wandplatten, die im Walzverfahren hergestellt werden.

Die dritte Etappe (1963 bis 1965) verlangt, daß „das Bauwesen in der ganzen Breite in einen mechanisierten Fließfertigungsprozeß der Montage von Bauten aus industriell hergestellten Großbauelementen verwandelt" wird.

Das erfordert eine Abkehr von unseren bisherigen Vorstellungen und Thesen, denen zufolge sowohl Vorfertigung und Montage nach dem Prinzip der Serienfertigung im Takt- und Fließverfahren in einem einzigen Vorfertigungswerk vor sich gehen werden, entspricht aber zweifellos den Methoden der großen Industrie, das heißt der weiteren industriellen Entwicklung oder der Bildung großer Fertigteilkombinate.

Je qualifizierter und damit je spezialisierter und arbeitsproduktiver die Vorfertigung werden muß, um die vom Volkswirtschaftsplan verlangte Produktionskapazität zu erreichen, um so mehr muß sich die Bauproduktion der spezialisierten, mechanisierten und möglichst automatisierten Produktion einzelner Elemente bedienen, wobei dann wahrscheinlich in zunehmendem Maße die Bauelemente in Spezialfabriken hergestellt werden. Es ist dann Aufgabe der Montagebetriebe und Bauleitungen, für die Organisation einer großzügigen Montage zu sorgen.

Diese Einzelelemente werden dann in der späteren Perspektive auf der Zwischenstation, der Vormontage, zu Raumzellen oder ganzen Wohnungen zusammengesetzt — selbstverständlich in Serienfertigung und Fließverfahren — und dann als Raum- oder Wohnungszellen selbstverständlich auch serienmäßig im Takt montiert. Das ist nichts anderes als das, was heute schon überall in der Fahrzeug- und Schwermaschinenindustrie geschieht. Aber damit habe ich schon in die vierte Etappe von 1965 bis 1975 hinübergegriffen. Es ist bekannt, daß Walter Ulbricht auf der Leipziger Konferenz des Forschungsrates erklärte, daß es eine der Hauptaufgaben der Forschung und Entwicklung ist, schon heute die Perspektive bis 1975 zu entwickeln.

Die Raumzellen-Montage auf der Zwischenstation oder die Montage ganzer Wohnungen in geschlossenen Werken setzen natürlich die Anwendung neuer und wesentlich leichterer Baustoffe und Konstruktionen voraus, die ebenfalls entwickelt werden müssen.

Aber in der Sowjetunion beschäftigt man sich schon heute ernsthaft mit diesem Problem, und erst vor kurzem ging durch unsere Presse die Nachricht von einem Experimentalbau, der in diesem Jahr durchgeführt werden soll, bei dem man einen Block von 40 schlüsselfertigen Woh-

nungen in 35 bis 40 Stunden montieren will.

Die Ausarbeitung dieser Perspektive wie aller vorher zitierten Aufgaben für den gesamten Hoch- und Industriebau obliegt der Sektion Typisierung und ihren Instituten.

Wo stehen wir heute, was haben wir im ersten Jahr des Siebenjahrplanes erreicht?

Der Minister für Bauwesen führte kürzlich im Präsidium der Deutschen Bauakademie folgendes aus:

Der Plan der Bauproduktion für 1959 forderte eine Zuwachsrate von 16,9 Prozent. Verglichen mit 1958 sollte die Bauproduktion auf 116,9 Prozent ansteigen. Sie stieg insgesamt sogar auf 122 Prozent. Das ergibt eine Übererfüllung des Gesamtplanes von 2 Prozent. Das heißt, die Perspektive der Partei und der Regierung war richtig, das Planziel konnte erreicht werden und wurde auch erreicht, soweit es das Gesamtvolumen betrifft, nicht aber erfüllt wurden einzelne Planteile, das heißt, der Plan wurde nicht allseitig erfüllt.

Die Baustoffindustrie hat zum Beispiel ihre Pläne nicht erfüllt. Wenn der Plan der Bauproduktion dagegen sogar übererfüllt wurde, so beruht das auf der Mobilisierung der Reserven und auch auf zusätzlichen Importen.

Während manche Planteile der Bauproduktion übererfüllt wurden (Wohnungsbau), während einzelne Bezirke ihren Plan übererfüllten — Cottbus mit 135 Prozent —, wurden wichtige Positionen des staatlichen Investitionsplanes nicht erfüllt. Das betrifft besonders die zentralen Vorhaben der Schwerindustrie. Das Chemiebauprogramm wurde am schlechtesten erfüllt, das Kohle- und Energieprogramm hatte Mitte des Jahres die gleichen Rückstände, konnte im zweiten Halbjahr einen erheblichen Teil, aber nicht alles aufholen.

Es gibt also eine Schere zwischen unserem Bauwirtschaftsplan und dem Plan der staatlichen Investitionen. Das ist ein sehr schwerwiegendes Moment; denn von der Erfüllung des staatlichen Investitionsplanes ist ja das schnelle Wachstum unserer Industrieproduktion abhängig, sind abhängig die Erreichung der Ziele des Siebenjahrplanes, die Erfüllung unserer ökonomischen Hauptaufgabe, unser Sieg im friedlichen Wettkampf mit Westdeutschland um den höheren durchschnittlichen Lebensstandard.

Es sei hier nicht auf alle Gründe für das Zurückbleiben auf einigen Gebieten des Bauwesens eingegangen. Als Deutsche Bauakademie und als Sektion Typisierung, deren Aufgabe es ist, die grundsätzlichen Arbeiten der fünf übrigen Sektionen der Akademie und ihrer Institute zusammenzufassen zu Grundlagen für neue, moderne, bessere und schönere Typen, deren Aufgabe es auch ist, dem höchsten Stand der Technik und der internationalen Bauentwicklung entsprechende Aufgaben an die übrigen Sektionen zu stellen, interessiert vor allem ein Grund, nämlich die Feststellung des Ministers für Bauwesen, daß die Entwicklung des technischen Fortschritts — verglichen mit den Zielen und Aufgaben des Siebenjahrplanes — zu langsam erfolgt.

Das Jahr 1960 ist das entscheidende Jahr für die Erfüllung der Siebenjahrplanaufgaben im Bauwesen.

Der Minister ließ keinen Zweifel daran, daß an der Planübererfüllung des Jahres 1959 auch die Arbeit der Deutschen Bauakademie einen wesentlichen Anteil hat. Das wird schon dadurch bewiesen, daß die Planübererfüllung in den Planpositionen liegt, in denen man zur Serienfertigung überging — im Wohnungsbau und bei den Offenställen. Es wird ferner dadurch bewiesen, daß die Rückstände dort am größten sind, wo die Forschung ihren Verpflichtungen nicht nachgekommen ist, wo der Stand der Technik am rückständigsten ist.

Mit dem gegenwärtigen Stand der Technik können wir aber — das ergibt sich schon rein rechnerisch — nur noch den Plan 1960 erfüllen, den Plan 1961 nicht mehr. Gelingt es uns nicht, in diesem Jahr entscheidende Schritte für die Ausweitung der Serienfertigung auf andere Gebiete als Wohnungsbau und Rindviehoffenställe zu erreichen, gelingt es uns nicht, die Grundlagen für den Montagebau bei gesellschaftlichen und Industriebauten zu schaffen und sie in Projekte umzusetzen, gelingt es uns nicht, die Unterlagen für die hierfür notwendigen Vorfertigungsstätten und ihre Technologien zu erarbeiten, ist der Bauwirtschaftsplan 1961 nicht mehr zu erfüllen, denn er verlangt, wie allgemein bekannt, eine Steigerung der Bauleistungen bei gleichzeitiger Verringerung der Arbeitskräfte. Aus diesem Grunde wird das Jahr 1960 das härteste Jahr und die Bewährungsprobe besonders der Institute unserer Sektion.

Das Tempo unserer technischen Entwicklung ist zu langsam. Wir setzen zu sehr Schritt vor Schritt und befürchten, schon beim kleinsten Sprung in den Graben zu fallen. Der Einwand, am langsamen Entwicklungstempo seien der Maschinenbau oder andere schuld, ist nicht stichhaltig. Zweifellos bedient der Maschinenbau das Bauwesen schlecht. Wir können ihm sogar sehr mangelhafte und stümperhafte Konstruktionen nachweisen (Rapid V, Versagen im Formenbau und anderes). Es kann aber keinem Zweifel unterliegen, daß auch wir in unserem Forschungs- und Entwicklungstempo zu langsam und zu wenig umfassend sind.

Eine Situation, wie sie heute mit dem Wiederaufbau und der Rekonstruktion der Stadtzentren vor uns steht, die von uns die Lösung solcher Aufgaben wie die Entwicklung der Standardbauweise für alle gesellschaftlichen Bauten, von Entwurfsnormen für gesellschaftliche Bauten, von Grundlagen für die Typenprojektierung gesellschaftlicher Bauten, von Kennziffern für Material- und Arbeitskräftebedarf verlangt, um nur einige Beispiele zu nennen, hätte für die Institute der Akademie keine Überraschung sein dürfen, wenn man unsere Entwicklungsperspektive auch nur ungefähr richtig vorausgesehen hätte. Aus diesem Grunde müssen künftig unsere Pläne der Forschung, der Typisierung und der Standardisierung unter dem Aspekt einer größeren Perspektive aufgestellt werden.

Wir müssen uns einmal dazu entschließen, einige Entwicklungsstufen zu überspringen, statt aus Vorsicht jede Ecke in der Entwicklung austanzen zu wollen!

Die wissenschaftliche Forschung und Entwicklung verlieren ihre Existenzberechtigung, wenn sie von der Bauproduktion gedrängt oder getrieben werden. Das ist aber der gegenwärtige Zustand! Die Forschungs- und Entwicklungsstellen, die Deutsche Bauakademie müssen aber im Gegenteil die Produktion vorantragen, sie müssen kühner und mutiger als bisher auch zu Experimenten schreiten, die erst in fünf oder zehn Jahren realisierbar sind. Wenn wir einen Vorlauf in der Forschung und Entwicklung erringen wollen, der notwendig ist, um unsere Planziele zu sichern, müssen wir einmal den großen Sprung wagen. Je früher wir ihn tun, um so besser für die Entwicklung unseres Bauwesens, um so besser für unser Tempo beim Aufbau des Sozialismus, um so schneller wird es uns gelingen, das Weltniveau zu erreichen.

Die Arbeit an der weiteren Perspektive, der notwendige Vorlauf der Forschung und Entwicklung besagen nicht, daß wir die Aufgaben für die jeweilige Produktionsperiode außer acht lassen dürfen. Sicherlich muß in jedem Institut der Sektion wie der Akademie eine gewisse Kapazität für die Durchsetzung der Ergebnisse, die Einführung der Ergebnisse unserer Forschungs- und Entwicklungsarbeit in die Praxis zur Verfügung stehen. Das dürfen aber nicht mehr als 20 Prozent der Mitarbeiter sein.

Die Mehrzahl der Mitarbeiter, etwa 50 Prozent, muß auf die zweite Etappe konzentriert werden. Sie müssen die Erkenntnisse der übrigen Institute der Deutschen Bauakademie zu neuen Grundlagen für die nächste Entwicklungsstufe zusammenfassen. Sie müssen aber an Entwicklungen arbeiten, die dem jeweils gegenwärtigen Stand der Entwicklung um mindestens 2 bis 3 Jahre voraus sind.

Um den notwendigen großen Sprung in die dritte Etappe zu machen, ist es schon heute notwendig, sich mit ihr ernsthaft zu beschäftigen. Ihre Ziele hat der Beschluß des Ministerrates festgelegt, und wir müssen sie erreichen, soll der Siebenjahrplan erfüllt werden.

Aber das Erreichen dieser Ziele ist nicht nur ein Problem der Vorfertigung und Montage, nicht nur ein Problem ihrer Technologien. Hierbei gibt es noch andere Probleme:

Ein sehr entscheidender Faktor ist die Analyse des notwendigen bautechnischen Aufwandes. Zumeist werden in unseren Bauprogrammen Raumanforderungen gestellt, die eine völlig ungerechtfertigte Überlastung unserer Bauproduktion darstellen. Zum Beispiel ist dem Baukombinat Kohle und Energie Hoyerswerda als Standort zugewiesen worden. Dem Aufbaustab Hoyerswerda wird vom Baukombinat ein Raumprogramm übergeben. In der Vorplanung ist auf Grund der üblichen Größenvorstellungen und nach unseren spießbürgerlichen Methoden der Möblierung der Büroräume eine Kubatur von 24 000 m³ vorgesehen. Das Bau-

kombinat arbeitet zwar nach moderner Bürotechnik, nach dem Hollerit-System, hat aber keine Vorstellungen über den Arbeitsplatzbedarf, den die Akademie hätte ausarbeiten und popularisieren müssen.

Eine vielleicht etwas sehr radikale Analyse der Vorplanung ergab, daß, wenn wir in unserer Republik funktionell richtige und wirklich ausnützbare Büromöbel bauen, der bauliche Aufwand auf weniger als die Hälfte, nämlich von 24 000 m³ auf 11 600 m³ gesenkt werden kann.

Diese Analyse, die bedauerlicherweise nicht von der Akademie, sondern von der Vorplanung eines Entwurfsbetriebes durchgeführt wurde, zeigt erstens, wie weit die Institute in vielen Fällen noch von der Praxis entfernt sind und zweitens, in welch geringem Maße und wie einseitig sie die Perspektive unseres Bauwesens bestimmen.

Dies ist jedoch nicht die einzige Methode der Analyse des bautechnisch gerechtfertigten Vergleiches. Bei der Versorgung unserer neuen Wohnkomplexe und Städte spielen für die rationelle Unterhaltung die Art der Energiequellen, Strom, Beheizung, Warmwasserversorgung, eine entscheidende Rolle. Um die rationellste Energieversorgung zu ermitteln, ist es notwendig, mit Hilfe von Varianten in der Vorplanung den Investaufwand der verschiedenen Varianten, ihre Materialanforderungen an Engpaßmaterialien, ihre Abgabepreise, den Arbeitskräftebedarf beim Bau und beim Betrieb zu vergleichen.

Bei den Versorgungsbetrieben (Bäckereien, Molkereien) spielt neben der genauen Kapazitätsermittlung der Einrichtungen vor allem das Problem Flachbau oder mehrgeschossiger Bau bei der Begründung des bautechnischen Aufwandes eine Rolle.

Auch diese Probleme des bautechnischen Aufwandes sind Probleme, die in Zukunft für die Akademie und unsere Sektion besonders im Industriebau eine Rolle spielen und von uns zugleich mit den Grundlagen der Typisierung behandelt werden müssen.

Die allgemeine Einführung und die Durchsetzung der Serienfertigung sind zweifellos ein bedeutendes Verdienst der Akademie und des Genossen Professor Schultz im besonderen. Aber vor diesem einmaligen Erfolg dürfen wir nicht die Hände falten und warten, bis uns die nächste Aufgabe durch die Praxis gestellt wird.

Auf die Rekonstruktion überalterter Wohngebiete zu sozialistischen Wohngebieten wurden wir beispielsweise schon durch den Beschluß des V. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands hingewiesen. Das ist eine Aufgabe, die nicht nur vor dem Institut für Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung steht, sondern auch an die Sektion Typisierung neue Anforderungen stellt. Umfang und Art dieser Aufgaben für den Hochbau einschließlich der zu koordinierenden Tiefbauarbeiten müssen doch wenigstens schon heute als Programm festgelegt werden.

Das gleiche gilt für die Aufhebung des Unterschiedes zwischen Dorf und Stadt. Es muß doch klar sein, daß sich hieraus auch Forderungen an den Hochbau, die Installationstechnik, Versorgung, Tiefbau und vieles andere ergeben.

Spätestens nach 1965 wird sich die industrielle Fertigung in Richtung Automatisierung entwickeln. Teilautomatisierungen verschiedener Arbeitsgänge werden heute in der Sowjetunion schon mit Erfolg angewandt. Ich erinnere nur an die Schweißvollautomaten für Bewehrungskörbe. Auf die Notwendigkeit der Automatisierung haben Partei und Regierung immer wieder hingewiesen. Die Automatisierung ermöglicht die Spezialisierung der Produktion und die bisher höchstmögliche Steigerung der Arbeitsproduktivität. Sie hat die umfassende generelle Unifizierung der Raum-, Grundriß- und Konstruktionslösungen zur Voraussetzung. Erst auf dieser Grundlage ist die Automatisierung ganzer Technologien möglich.

Erst auf dem letzten Plenum der Akademie für Bauwesen und Architektur der UdSSR hat der Vorsitzende des Komitees für Bauwesen, Genosse Kutscherenko, dem Plenum und Präsidium der sowjetischen Akademie nochmals folgendes gesagt: „Wir wissen, daß die generelle Unifizierung ein Problem von größter Bedeutung für die Industrialisierung im Bauwesen ist und daß das Staatliche Komitee für Bauwesen beim Ministerrat der UdSSR sie in den Plan der wichtigsten wissenschaftlichen Forschungsarbeiten der Akademie einbezogen hat."

Genosse Kutscherenko kritisierte aber an der Akademie, daß diese wichtige Komplexaufgabe nur in einem Institut — dem Institut für gesellschaftliche Bauten — durchgeführt wird und verlangte energisch, daß die Untersuchungen auf das landwirtschaftliche Bauwesen, den Wohnungsbau und den Industriebau ausgedehnt werden.

Auch für die Deutsche Bauakademie ist das eine Aufgabe, die in keinem Sektor und keinem Institut länger aufgeschoben werden darf. Wir müssen unsere Kräfte entsprechend den vor uns stehenden Entwicklungsetappen aufteilen. Es wurde schon erwähnt, daß etwa 20 Prozent der Mitarbeiter an der ersten Etappe, etwa 50 Prozent der Mitarbeiter an der zweiten Etappe arbeiten sollten, etwa 20 Prozent müssen an der dritten und etwa 10 Prozent an der vierten Etappe arbeiten. Das soll kein Dogma oder Schema sein, die Verteilung kann sich von Jahr zu Jahr je nach dem Umfang und der Sicherheit der Entwicklungsperspektive verschieben, aber es sollte ein Maßstab für die Richtigkeit unserer Arbeitspläne sein.

Die generelle Unifizierung ist auch nicht die einzige Perspektivaufgabe unserer Sektion. Wir müssen uns für diesen Zeitabschnitt über andere Dinge klar werden. So wenden wir heute begreiflicherweise Kunststoffe nur als Ausbaumaterialien an. Nach 1965 entsteht aber auch die Frage der konstruktiven Anwendung von Kunststoffen. Hierbei entstehen Probleme, die wir nur in Zusammenarbeit mit der Sektion Ingenieurtheoretische Grundlagen bearbeiten können, die zunächst und vorübergehend unserer Sektion organisatorisch, aber fachlich selbständig angeschlossen wurde. Gerade den Kollegen aus den beiden bereits in Entwicklung begriffenen Sektoren der Baumechanik und Bauphysik wird die Aufgabe erwachsen, hierbei als Pioniere der Entwicklung mitzuarbeiten.

Auch im Bauwesen müssen wir mehr als bisher ein besonderes Augenmerk auf die Anwendung physikalischer, chemischer und mathematischer Erkenntnisse richten. Gerade in unserer Republik bestehen auf diesen Forschungsgebieten empfindliche Lücken, die wir schließen müssen.

Die Abteilung Baumechanik wird zum Beispiel die statischen und experimentellen Untersuchungen der vorgespannten räumlichen Seilkonstruktionen (Hängedächer) und die statischen Untersuchungen von Stahlleichtkonstruktionen (Kongreßhallen) zusammen mit der Abteilung für Metall- und Leichtbaukonstruktionen bearbeiten. In Zusammenarbeit mit den Instituten für Hochbau und Industrie- und Ingenieurbau sollen die Grundlagen für die statische Berechnung von Hochhäusern in Plattenbauweise und von doppelt gekrümmten Schalen sowie von Faltwerkdächern erarbeitet werden.

Die Abteilung Bauphysik wird in engster Zusammenarbeit mit dem Institut für Hochbau an der Ermittlung von Stoffwerten von Baustoffen sowie an der Ermittlung der bauphysikalischen Eigenschaften von Bauteilen arbeiten. Es sollen Vorschriften für die bauphysikalische Gütekontrolle aufgestellt und die geltenden Vorschriften für den Wärmeschutz überprüft werden. Neben der Weiterentwicklung der bauphysikalischen Grundlagen (Gesundheitswesen, Klimatologie, Besonnung und Beleuchtung) ist für 1960 der Aufbau des Fachgebietes Bau- und Raumakustik geplant. Mit technisch-theoretischen Grundlagenarbeiten in Form von länger befristeten Forschungsaufträgen wird im Bereich der ingenieurtheoretischen Grundlagen 1961 begonnen. Die sozialistische Gemeinschaftsarbeit steht bei diesen Entwicklungen auf der Tagesordnung, und sie ist der einzige Weg, der uns bei dieser Überfülle der Probleme zum Ziele führen kann. Deshalb müssen wir uns ihrer in immer steigendem Maße bedienen, die sich nicht allein auf die Zusammenarbeit mit Hochschulen und Entwurfsbetrieben beschränken darf. Auch die Baubetriebe, ihre Arbeiter, Brigadiere und Ingenieure müssen mit einbezogen werden.

Wir haben in der Sowjetunion das großartige Beispiel, daß eine zielstrebige Gemeinschaftsarbeit, wie sie nur in der sozialistischen Gesellschaft organisiert werden kann, Schwierigkeiten und Hindernisse überwindet und selbst auf solchen Gebieten wie der Mathematik Aufgaben löst, deren Unlösbarkeit von Mathematikern der westlichen Länder noch vor kurzem theoretisch begründet wurde.

Das beweist, in wie hohem Maße wir durch die in unserem Staat und dem ganzen Friedenslager vorhandene Kraft zum Optimismus berechtigt sind, und mit diesem Optimismus sollten wir an unsere Arbeit gehen; denn nur dieser Optimismus ist die Grundlage unserer Erfolge.

Takt- und Fließverfahren in der Stadt Gera

Architekt BDA Günter Vogel
VEB Hochbauprojektierung Gera

Das größte Wohnungsbaugebiet Geras liegt im Norden der Stadt und umfaßt etwa 3000 Wohnungseinheiten. Dieses Baugebiet soll die Stadt nach Norden abrunden und enthält neben den Wohnhäusern die notwendigen Versorgungseinrichtungen. Bereits im Jahre 1956 wurden die Bauarbeiten in industrieller Bauweise mit Ziegelgroßblöcken begonnen. Nur durch die Einführung der industriellen Bauweise war es möglich, die Arbeitsproduktivität zu steigern. Heute kann festgestellt werden, daß die anfänglichen Schwierigkeiten vom Ziegelgroßblock bis zur Endmontage in gemeinsamer Arbeit zwischen den Bauarbeitern und den Projektanten überwunden worden sind.

Jedoch wurden bisher die Maschinen und Geräte noch nicht voll ausgenutzt. Unter Ausnutzung der Erfahrungen von Wittenberg und Pirna wird in der Stadt Gera seit Ende des Jahres 1959 das kontinuierliche Takt- und Fließverfahren, vor allem im Wohnungsbau, angewandt.

Ursprünglich waren für das auf dem überarbeiteten Teilbebauungsplan dargestellte Gelände zwischen den Straßen J und H mehrere Wohnungstypen vorgesehen. Von diesem unwirtschaftlichen Projekt wurde Abstand genommen. Der von Kollegen der Abteilung Stadt- und Dorfplanung überarbeitete Teilbebauungsplan sieht zwei verschiedene Baukörper vor.

Besonders bei konzentrierten Baugebieten ist ein Bauablauf nach der Fließfertigung für eine Produktionssteigerung von großem Vorteil, wobei jedoch nicht gesagt sein soll, daß ein größerer Radius der einzelnen Objekte (unter 50 km) nicht wirtschaftlich wäre.

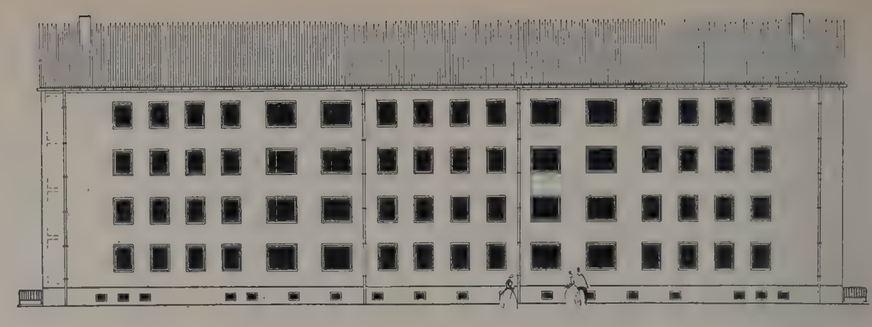
Entsprechend dem hängigen, in nördlicher Richtung stark ansteigenden Gelände wurden zwei vier- beziehungsweise dreigeschossige Baukörper ausgewählt.

Es handelt sich hierbei um die beiden Wohnblocks D 43 und B 33, die beide an das Fernheiznetz angeschlossen werden. Die äußere Gestaltung der Baukörper ist aus den Ansichten ersichtlich. Als Außenputz wird ein farbiger Meißner Spritzputz verwendet.

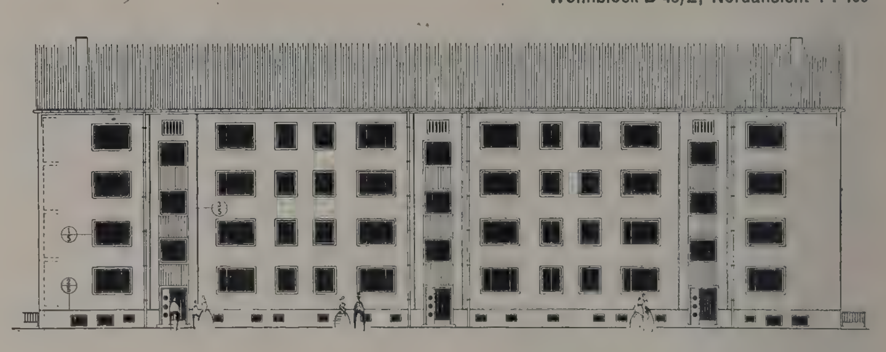
In dem neuen Teilbebauungsplan wurde gemeinsam mit dem bauausführenden Betrieb VEB Bau (St) Gera der Ablauf der Taktstraßen festgelegt.

Die gesamte Takttechnologie wurde in sozialistischer Gemeinschaftsarbeit zwischen Bauausführung und Projektierung festgelegt.

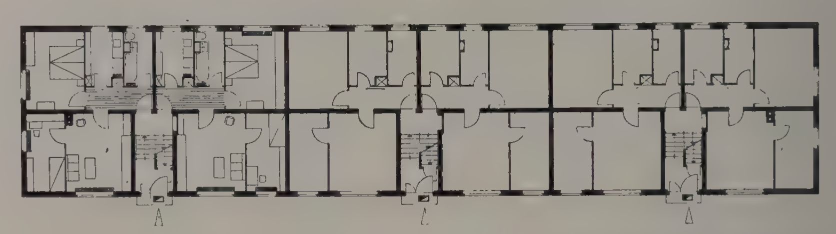
Die Taktstraßen 1 und 2 in Gera-Nord werden uns neue Erfahrungen und Erkenntnisse bringen, welche die Grundlage für die Steigerung des gesamten bezirklichen Wohnungsbaus bilden und damit garantieren, daß mehr Wohnungen als bisher unseren werktätigen Menschen zur Verfügung gestellt werden können.



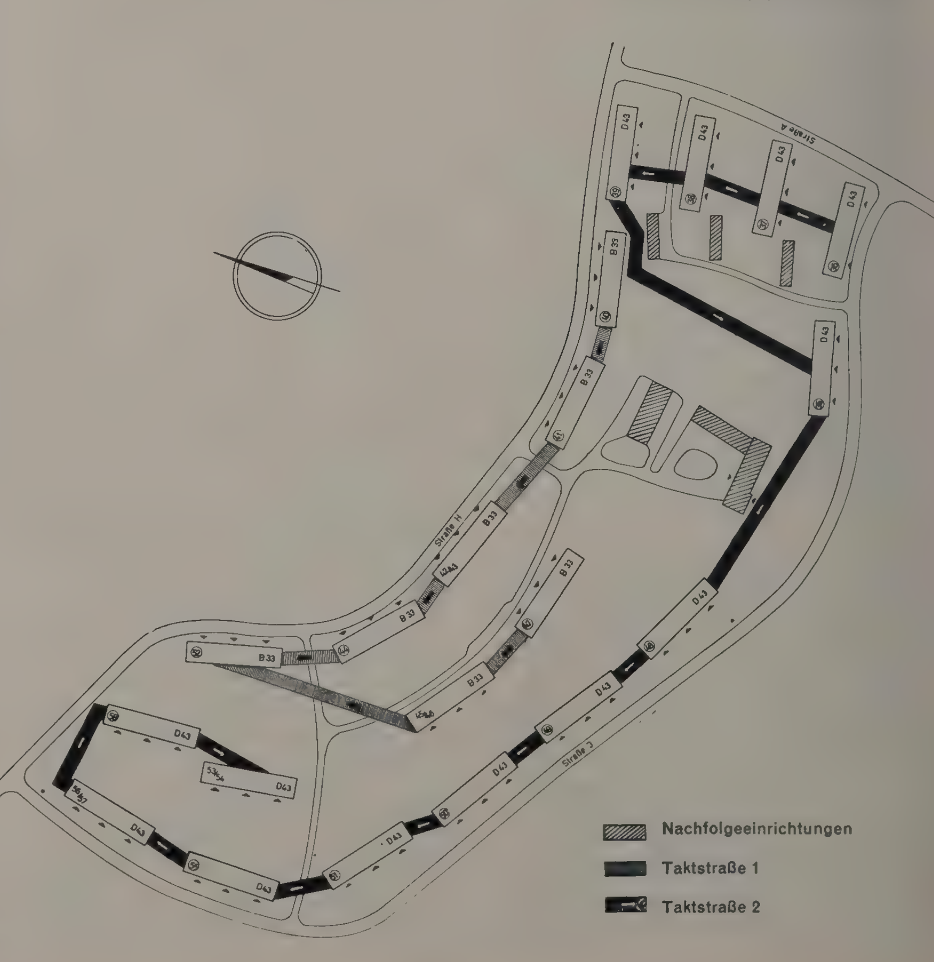
Wohnblock D 43/Z, Nordansicht 1 : 400



Wohnblock D 43/Z, Südansicht 1 : 400



Wohnblock D 43/Z, Grundriß 1: 400



Teilbebauungsplan, Ablauf der Taktstraßen 1 : 3333

Professor Dr.-Ing. Friedrich Bergmann zum Gedenken



Am 15. Februar 1960 verstarb nach langer und schwerer Krankheit, kurz vor Vollendung seines 70. Lebensjahres, Architekt Professor Dr.-Ing. Friedrich Bergmann.

Mit ihm verliert das ländliche Bauwesen in der Deutschen Demokratischen Republik einen seiner erfahrensten und besten Architekten, der Jahrzehnte hindurch in Praxis und Lehre mit dem landwirtschaftlichen Bauwesen verbunden war und ein offenes Ohr und viel Verständnis für die Wünsche der Bauern hatte. Wir verlieren mit ihm einen aufrechten und empfindsamen Menschen, der allem Neuen aufgeschlossen gegenüberstand, und einen guten Genossen — Mitglied der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands seit 1946 —, der die Entwicklung des ländlichen Bauens in der Deutschen Demokratischen Republik seit ihrem Bestehen maßgeblich beeinflußt hat.

Professor Bergmann stammt aus der Familie eines Karl-Marx-Städter Baumeisters. Nach der Gesellenprüfung als Maurer studierte er Architektur an der Technischen Hochschule Dresden und verließ sie 1914 mit dem Titel des Diplomingenieurs. Er genoß eine gründliche und vielseitige Ausbildung, war unter anderem während seiner Studienzeit in den Ateliers von Professor Straumer, Berlin, und van de Velde, Weimar, tätig. Im Laufe von 25 Jahren, von 1921 bis 1946, widmete Professor Bergmann seine ganze Kraft der Ausbildung des Nachwuchses auf den Gebieten der zeichnerischen und künstlerischen Ausbildung der Architekten zunächst als langjähriger Assistent bei Professor Oswin Hempel und auf den ihm besonders entsprechenden Fache des ländlichen Bauwesens. Er promovierte nach seiner Assistententätigkeit 1924 zu einem Thema der gesellschaftlichen Einrichtungen auf dem Lande und habilitierte 1935 als Privatdozent für landwirtschaftliches Bauen, 1942 wurde er zum außerordentlichen Professor dieses Fachgebietes berufen.

Friedrich Bergmann widmete sich diesem damals noch kaum beachteten Gebiet mit ganzem Herzen und voller Aufgeschlossenheit.

Das, was er vorher den Architekturstudenten in seinen klaren und feinfühligen Skizzen an architektonischem Formgefühl vermittelt hatte, verband er in seinen Entwurfsarbeiten zu einem eigenen künstlerischen Charakter.

Gleichzeitig arbeitete Professor Dr.-Ing. Bergmann als freischaffender Architekt. Bei all seiner vielseitigen Entwurfstätigkeit, deren Erfolg sich unter anderem in einer Reihe von Preisen bei Wettbewerben ausdrückte, war es doch vor allem das Bauen auf dem Lande, dem er die größte Aufmerksamkeit schenkte. Er selbst betrachtete als eine seiner besten Leistungen aus dieser Zeit den Entwurf und die Ausführung eines größeren Schweinestalles in Bärenklausel.

Nach 1949 widmete Professor Bergmann seine ganze Kraft den baulichen Problemen beim Wiederaufbau unserer Dörfer und der sozialistischen Umgestaltung unserer Landwirtschaft. Als Mitglied der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands unterstützte er mit seiner reichen Erfahrung die bauliche Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften. So hatte er in den Jahren 1947 bis 1949 als Bausachverständiger des Landesverbandes Sachsen der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe aktiven Anteil an der Durchführung des Befehles 209, er selbst arbeitete eine Reihe Projekte für Neubauernhäuser aus und organisierte und beaufsichtigte deren Bau. In seiner weiteren Tätigkeit als Bausachverständiger des Landesverbandes Sachsen der vormaligen Maschinen-Ausleih-Stationen unterstützte er mit seiner schöpferischen Arbeit die neue Entwicklung in unseren Dörfern.

Es zog ihn ständig zu allem Jungen, Neuen, das er mit seinen reichen Erfahrungen helfend unterstützte. Darum war die Erziehung des Nachwuchses sein ständiges Anliegen, dem er seine ganze Aufmerksamkeit schenkte: Im Jahre 1950 nimmt er die Lehrtätigkeit an der Karl-Marx-Universität in Leipzig auf. Sein besonderer Stolz war die Schaffung des ersten Lehrstuhles für Landwirtschaftliches Bauwesen an einer Landwirtschaftlich-Gärtnerischen Fakultät, an dem er den künftigen Betriebsleitern der sozialistischen Großbetriebe der Landwirtschaft das notwendige Verständnis und die erforderlichen Kenntnisse auf dem speziellen Gebiet des Bauwesens vermittelte.

Gleichzeitig entwickelte Professor Bergmann eine rege wissenschaftliche Tätigkeit, die 1951 zur engen Bindung an die Deutsche Bauakademie führte und deren Plenum er seit der im Jahre 1951 erfolgten Gründung der Akademie als ordentliches Mitglied angehörte. Im Laufe der Jahre 1951 bis 1952 leitete er selbst die Arbeiten der Abteilung ländliches Bauen der Akademie. Auch in den folgenden Jahren unterstützte er das inzwischen gebildete Institut beziehungsweise den Sektor für Bauten der Landwirtschaft mit seinen reichen praktischen Erfahrungen und theoretischen Kenntnissen.

Professor Bergmann war einer der Vorkämpfer für den Offenstall in der Deutschen Demokratischen Republik. Unter seiner Leitung und mit seinem Rat wurden die ersten Versuchsställe dieser neuen, modernen Form der Rinderhaltung für das volkseigene Gut Neugattersleben und die Güter Dummerstorf und Groß-Lüsewitz entwickelt und gebaut. Mit großer Aufmerksamkeit verfolgte er die Ergebnisse dieser Versuche und hat in Wort und Schrift ständig in den folgenden Jahren für die Durchsetzung des Offenstalles gekämpft, mit dessen Entwicklung sein Name immer verbunden sein wird.

Trotz eines schweren Herzleidens leistete er in den letzten Jahren eine umfangreiche wissenschaftliche und pädagogische Arbeit. Im Laufe mehrerer Jahre nahm er regen Anteil an der Arbeit der Ständigen Kommission für ländliches Bauen der Deutschen Akademie der Landwirtschaftswissenschaften zu Berlin. Im Institut des Lehrstuhles an der Karl-Marx-Universität in Leipzig entstanden die ersten Entwürfe für eine Reihe Produktionsbauten auf der Landwirtschaftsausstellung in Markkleeberg.

Im Rahmen der Deutschen Bauakademie leistete Professor Dr.-Ing. Bergmann eine umfangreiche Arbeit. Insbesondere muß seine Tätigkeit im Wissenschaftlichen Rat der Deutschen Bauakademie hervorgehoben werden, als dessen Mitglied er die Heranbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses unterstützte und förderte, er betreute mit großer Aufmerksamkeit und Hingabe die Doktoranden auf dem Gebiete des ländlichen Bauens.

Professor Bergmann beschränkte seine Interessen und das Feld seiner Arbeit keinesfalls nur auf das ländliche Bauen, zu dem er in den vergangenen Jahren eine Reihe interessanter Arbeiten insbesondere auf dem Gebiete der Dorfplanung und der architektonischen Gestaltung und technischen Ausbildung der Bauten auf dem Lande veröffentlichte. Seiner Feder entstammen eine Reihe von Beiträgen zur Frage des Städtebaus und der Gestaltung der neuen Stadt, die von großem Interesse sind. Ihren besonderen Reiz gewinnen seine Beiträge durch die schönen Federzeichnungen, die mit viel Geschick das Wesentliche hervorheben und reiche Beobachtungsgabe und Einfühlungsvermögen verraten. Eine enge und ständige Verbindung mit der Baupraxis und den Genossenschaftsbauern füllten weiterhin die Tage dieses fleißigen und verantwortungsbewußten Landbaumeisters aus.

Der Tod Professor Dr.-Ing. Friedrich Bergmanns hat in die Reihe der im ländlichen Bauwesen tätigen Architekten und Wissenschaftler eine schmerzliche Lücke gerissen. Wir verlieren mit ihm nicht nur einen hervorragenden Fachmann, einen guten Genossen und aufrechten Verfechter der sozialistischen Entwicklung der Landwirtschaft, sondern auch einen warmherzigen und liebenswerten Menschen, ich selbst einen väterlichen Freund.

Till Lammert

Typisierung von Gesundheitszentren

Architekt BDA Dipl.-Ing. Roland Jaenisch

Das Gesetz über den Siebenjahrplan sieht für den Neubau von Krankenhäusern und anderen Gesundheitseinrichtungen 1250 Mill. DM, für die Erhaltung und Verbesserung bestehender Anlagen 1170 Mill. DM, also insgesamt 2420 Mill. DM Investitionen bis 1965 vor.

Für die Realisierung dieser Investitionen würden nach dem gegenwärtigen Stand der Pro-Kopf-Projektierungs-Leistung im Krankenhausbau über 1000 Architekten, Techniker und technische Hilfskräfte je Planjahr bis 1963 erforderlich sein. Da man wohl kaum annehmen kann, daß im Hinblick auf das gesamte Investitionsvolumen des Volkswirtschaftsplanes so viel Projektierungskräfte (vor allem erfahrene Fachkader) mit dieser Aufgabe betraut werden können, dürfte bereits die vorausgeschickte Überlegung allein genügend Anlaß für eine umfassende Typisierung der Gesundheits- und Sozialbauten sein. Neben den Vorteilen für die Planung und Organisation der Bauproduktion wären diese Typenprojekte eine sichere Basis für die Entwicklung der Medizintechnik und der Arbeitsgeräte, eine günstige Voraussetzung für die Vereinheitlichung des Betriebsablaufes und der Arbeitsorganisation und damit zugleich ein Beitrag zur Förderung des Erfahrungsaustausches und der Betriebsvergleiche zwischen den Einrichtungen des Gesundheits- und Sozialwesens.

Bislang erstreckte sich die Typenprojektierung bei diesen gesellschaftlichen Einrichtungen nur auf Gebäudekategorien kleineren Ausmaßes, wie zum Beispiel auf die Bauten für das Kleinkind (Kinderkrippen) und die ambulante medizinische Versorgung (staatliche Arztpraxen, Land- und Betriebsambulatorien und anderes mehr). Jedoch auch diese vorhandenen Typenprojekte werden häufig nicht angewandt. Die Ursachen hierfür sind oftmals in fehlerhaften Aufgabenstellungen, in organisatorischen Mängeln der Grundrisse und in Unzulänglichkeiten im Raumprogramm zu suchen. Aber auch die individuelle Auffassung einzelner Mitarbeiter des Gesundheits- und Sozialwesens hat nicht selten zu einer Ablehnung der Typenprojekte beigetragen.

Insgesamt würden diese vorhandenen Gebäudetypen im Siebenjahrplan aber nur etwa 50 Prozent (überschläglich nach den offiziellen Angaben des Dokumentes über den Siebenjahrplan errechnet) und dann auch nur der Neubauinvestitionen ausmachen, während der übrige Anteil auch weiterhin unikal projektiert werden müßte.

Während man sich über die Notwendigkeit und Möglichkeit einer Ausarbeitung von Typenprojekten für kleinere Gesundheits- und Sozialeinrichtungen einigte, wurde von einer solchen für größere (Polikliniken, Krankenhäuser, Pflegeheime und ähnliches), wenn man von einigen Versuchen der Deutschen Bauakademie in den Jahren 1954/55 absieht, bis zum heutigen Tage Abstand genommen. In der Sowjetunion und der Tschechoslowakischen Republik sind hingegen seit Jahren ausgearbeitete Typenprojekte vorhanden und angewandt worden.

Die ablehnende Haltung gegen die Typisierung von größeren Gesundheitseinrichtungen wird hauptsächlich begründet mit Hinweisen auf die unterschiedliche medizinische Aufgabenstellung und den Kapazitätsbedarf, auf die variierenden Raumprogramme, auf die differenzierten Bedingungen der Baugelände sowie die Meinungsverschiedenheiten bei den Ärzten über den Funktionsablauf, die Grundrißorganisation und die Ausstattung der einzelnen Raumgruppen. Als weitere Argumente gegen eine Typenprojektierung dienen die geringe Häufigkeit gleichartiger Bauvorhaben und die schwerpunktmäßige Verlagerung auf Erweiterungsbauten und Rekonstruktionen der vorhandenen Substanz sowie die Furcht, durch die Typisierung ein Hemmnis für die rasche Entwicklung der Gesundheits- und Sozialbauten zu schaffen.

Im folgenden wird versucht, die Voraussetzungen und den methodischen Lösungsweg — verbunden mit einigen Vorschlägen — für die Typisierung von Gesundheitszentren (Allgemeine Krankenhäuser in Verbindung mit Polikliniken) darzustellen.

Voraussetzung für jede Typenprojektierung ist die Ausarbeitung der gesellschaftlichen und volkswirtschaftlichen Aufgabenstellung. Damit verbunden ist die Aufstellung einer Klassifikation der Gebäudekategorie, das heißt die objektmäßige Gruppierung der Einrichtungen nach der Kapazität.

Die Klärung der Aufgabenstellung für die Bautengruppe „Allgemeines Krankenhaus — Poliklinik" ist besonders wichtig, weil mit dem gesellschaftlichen Fortschritt in unserem Staat sich eine Wandlung im Gesundheits- und Sozialwesen und somit auch in deren baulichen Einrichtungen vollzieht. Bereits in der Rahmenkrankenhausordnung des Ministeriums für Gesundheitswesen vom 5. November 1954 wurde die neue Aufgabenstellung für die Allgemeinen Krankenhäuser der Deutschen Demokratischen Republik formuliert. Der kürzlich zur Diskussion gestellte Entwurf zum Perspektivplan des Gesundheitswesens und das Gesetz über den Siebenjahrplan präzisieren unter Berücksichtigung der gegenwärtigen und künftigen Entwicklung die Aufgabenstellung der Allgemeinen Krankenhäuser als Gesundheitszentren der Städte, Kreise und Bezirke (Perspektivplan I, Abschnitt 3, S. 27). Die vorrangige Förderung der prophylaktischen Medizin, die verstärkte Rehabilitation (Siebenjahrplan D/II), die Organisation des Gesundheitswesens nach dem Bereichsarztsystem (Perspektivplan I, Abschnitt 3, S. 26), eine eventuelle Vereinigung der Leitung des Gesundheitswesens eines Kreises mit der Leitung des Gesundheitszentrums (Perspektivplan I, Abschnitt 3, S. 27) und die Entwicklungsperspektiven der einzelnen medizinischen Fachgebiete (Perspektivplan II, Abschnitt 3) verändern das Wirkungsfeld, die Struktur und das Bauprogramm dieser Gesundheitseinrichtungen.

Allein die Bezeichnung „Gesundheitszentrum" differenziert die Aufgabenstellung dieser Gebäudekategorie deutlich von den Allgemeinen Krankenhäusern der vorangegangenen Gesellschaftsepoche, die, historisch bedingt, um die Wende des 18. zum 19. Jahrhundert sich mit der Aufnahme auch anderer Bevölkerungsschichten als nur der Unbemittelten neben den sogenannten Armenspitälern herausbildeten. Mit Überwindung der Trennung von ambulanter und stationärer-medizinischer Versorgung und der Schaffung von Gesundheitszentren werden jahrzehntelange Bestrebungen der Ärzteschaft jetzt zur Wirklichkeit, die Dr. W. Alter in den dreißiger Jahren so trefflich mit seiner Forderung charakterisierte, das „Nosokomeion" in ein „Hygieion" umzuwandeln.[1]

Die fachliche, organisatorische und finanzielle Vereinigung aller Gesundheitseinrichtungen eines Versorgungsbereiches und ihre Leitung durch ein Gesundheitszentrum führen notwendig zu Veränderungen im Aufbau, im Betriebsablauf und in den räumlichen Erfordernissen. So wird man vor der Frage stehen, inwieweit die dem Gesundheitszentrum zentral zugeordneten Wirtschaftsanlagen (Küche, Wäscherei, Desinfektion, Apotheke, zentrale Lager für den klinischen und Wirtschaftsbedarf, Reparaturdienste und anderes mehr) auch die Versorgung aller anderen Einrichtungen im Einzugsgebiet mit übernehmen. Die kollektive Leistung aller Bereichs- und Fachärzte eines Versorgungsgebietes wird die Zusammenarbeit der einzelnen Gesundheitseinrichtungen neu gestalten und kann zum Beispiel zu einer veränderten Struktur in der Verteilung der diagnostischen und therapeutischen Einrichtungen und anderes mehr führen. Das gilt nicht nur innerhalb der Versorgungsbereiche gleichartiger Gesundheitszentren, sondern auch für die Zusammenarbeit mit den übergeordneten Gesundheitseinrich-

Fläche eines Landkreise bis 800 km²

Fläche eines Landkreises über 800 km²

Abb. 1: Karte der Deutschen Demokratischen Republik 1 : 3 000 000

[1] W. Alter, Das Krankenhaus, Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart 1936, S. 5

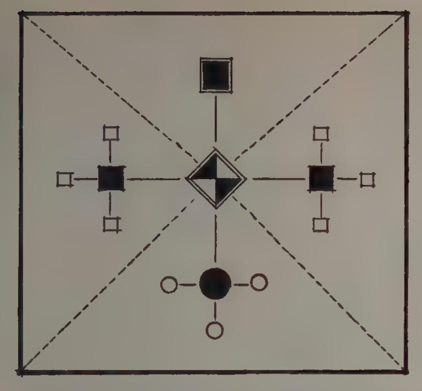


Abb. 2a: Schema eines Kreisgesundheitszentrums als alleinige Einrichtung für einen Kreis

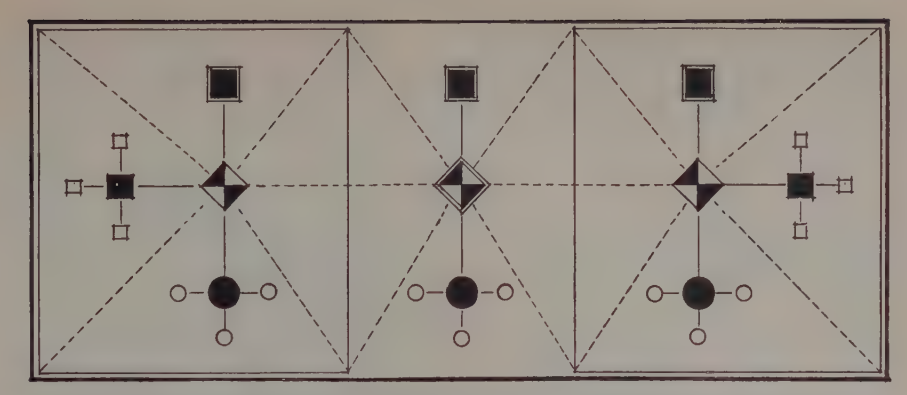
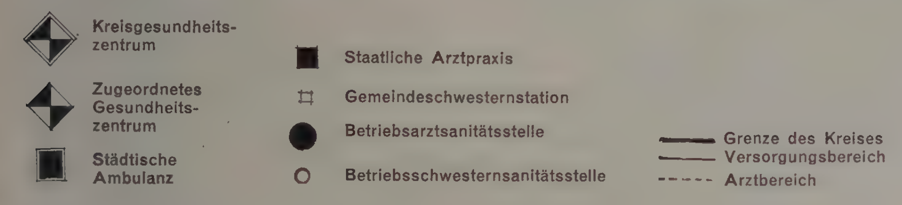


Abb. 2b: Schema eines Kreisgesundheitszentrums mit zugeordneten Gesundheitszentren



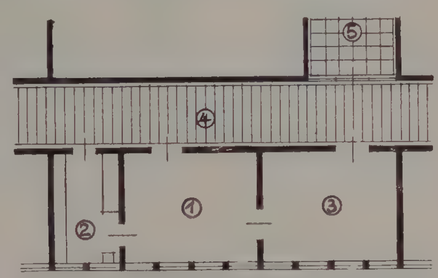


Abb. 3a: Funktionseinheit für Bronchoskopie mit Lokalanästhesie (Bandlösung) 1 : 300

1 Bronchoskopieraum — 2 Instrumentenspüle und Sterilisation — 3 Vorbereitung — 4 Gang — 5 Warteraum

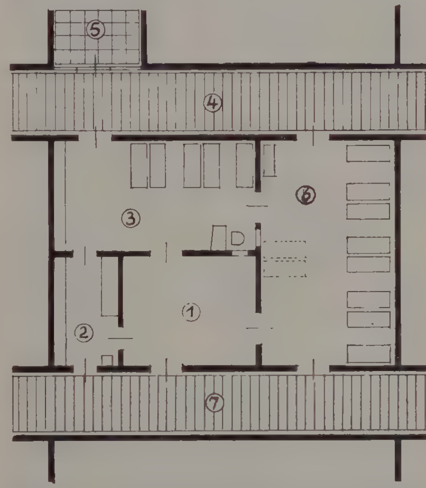


Abb. 3b: Funktionseinheit für Narkosebronchoskopie (Flächenhafte Grundrißlösung) 1 : 300

1 Bronchoskopieraum — 2 Instrumentenspüle und Sterilisation — 3 Vorbereitung — 4 Gang — 5 Warteraum — 6 Patienten-Ausschlafraum — 7 Gang für Personal und Stationszugänge

Gesteigerter Raumaufwand gegenüber Abb. 4a, aber doppelte Leistungsfähigkeit, höhere diagnostische und therapeutische Wirkung, erträglicher für die Patienten

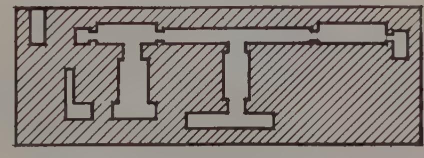


Abb. 4a: Verstreute Anordnung der Baumassen 1 : 5000

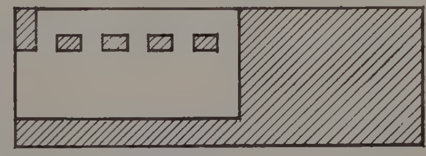


Abb. 4b: Konzentration der Baumassen 1 : 5000

tungen. Die schwerpunktmäßige Behandlung der prophylaktischen Medizin und der Rehabilitation wird sicherlich zu neuen Behandlungsformen führen, so vielleicht zur Entwicklung von Tages- und Nachtsanatorien bei Gesundheitszentren (derartige Versuche wurden in der Charité bereits durchgeführt) oder zu einer neuen Grundrißorganisation der ambulanten Behandlungseinrichtungen, bedingt durch das Ansteigen der Reihen- und Kontrolluntersuchungen und durch den Übergang zum Bestellsystem.

In Zukunft wird es also darauf ankommen, bei der Ausarbeitung der Aufgabenstellung für Gesundheitszentren diese nicht isoliert als organisatorische Einheit von Allgemeinem Krankenhaus und Poliklinik zu sehen, sondern sie in enger Beziehung zu allen Gesundheitseinrichtungen eines Versorgungsbereiches zu betrachten.

Die grundlegenden Veränderungen erfordern eine exakte Erarbeitung der Aufgabenstellung für die Gesundheitszentren sowie für deren Entwicklungsperspektive, ein Durchdenken aller Organisationsvorgänge, eine Neuordnung der Funktionen und eine gewissenhafte Formulierung der baulichen Programmforderungen. Die bereits erwähnten Dokumente (Rahmenkrankenhausordnung und Perspektivplan) sind eine vorzügliche Grundlage für die Ausarbeitung der gesellschaftlichen und volkswirtschaftlichen Aufgabenstellung. Sie bedürfen aber einer Erweiterung und Vertiefung. Erst diese Maßnahmen, eine Aufgabe der Mitarbeiter des Gesundheits- und Sozialwesens, ermöglichen Fortschritte im Krankenhausbau und sind eine Hauptvoraussetzung für die Typenprojektierung.

Nach der Präzisierung der Aufgabenstellung, die man entsprechend der politischen und Verwaltungsstruktur untergliedert ausarbeiten müßte für
die Gesundheitszentren der Landkreise,
für die Gesundheitszentren der Stadtkreise,
für die Gesundheitszentren der Bezirke und
für die Gesundheitszentren mit überbezirklicher Bedeutung,
ergibt sich als weitere Voraussetzung für die Typenprojektierung die Notwendigkeit, die charakteristischen Größenordnungen als Grundlage für eine Klassifikation der Gebäudegruppen zu ermitteln. Hierfür sind die optimale Auslastung der Funktionseinheiten der Gesundheitszentren (klinischer und poliklinischer Bereich, diagnostische und therapeutische sowie Wirtschafts- und Versorgungsabteilungen und anderes mehr) und die typischen Bedingungen in den Versorgungsbereichen (Bevölkerungszahl, Einzugsgebietsgröße, Siedlungsstruktur, topographische sowie Verkehrsverhältnisse und anderes) maßgebend.

Während die Gesundheitszentren mit bezirklicher und überbezirklicher Bedeutung im Verhältnis zu denen der Stadt- und Landkreise weniger von ambulanten Patienten aufgesucht werden (hier wird meistens die medizinische Versorgung der Patienten mit einer stationären Aufnahme verbunden sein), muß man damit rechnen, daß die Gesundheitseinrichtungen als diagnostische Zentren der Stadt- und Landkreise etwa 40 Prozent der gesamten ambulanten Besucherfrequenz und jeden achten bis zehnten Einwohner ihres Versorgungsbereiches jährlich im stationären Bereich aufnehmen. Deshalb verdient hier die flächenmäßige Ausdehnung der Versorgungsbereiche besondere Aufmerksamkeit.

Unter Zugrundelegung einer maximalen Anfahrtszeit von etwa 40 Minuten für ambulante Patienten und einer maximalen Transportzeit von 30 Minuten für stationäre Neuaufnahmen und Rettungsfahrten ergeben sich radiale Einzugsbereiche von 700 bis 800 km².

Eine Überprüfung der Flächengrößen der Stadt- und Landkreise führt zum Resultat, daß nur 11 Prozent der Landkreise auf dem Territorium der Deutschen Demokratischen Republik die vorgenannte Größe des Einzugsbereichs überschreiten (Abb. 1).

Obwohl die medizinische Versorgung der Stadt- und Landkreise theoretisch fast völlig zentralisiert von jeweils einem Gesundheitszentrum erfolgen könnte, wird man häufig durch topographische Verhältnisse, wie zum Beispiel das Kreisgebiet durchschneidende Höhenzüge oder Flußläufe (Hochwasser), durch Witterungseinflüsse (Nebelbildungen, Glatteisgefahr, Schneeverwehungen oder übermäßiger Schneefall) gezwungen sein, dem Kreisgesundheitszentrum örtliche Gesundheitszentren zuzuordnen. Diese Notwendigkeit ergibt sich auch dann, wenn die Kreisstadt exzentrisch innerhalb eines Landkreises liegt oder neben der Kreisstadt durch das Vorhandensein von Industriegebieten eine oder mehrere Bevölkerungskonzentrationen in Form von Industrie- und Landstädten auftreten.

Für die Organisation der medizinischen Versorgung der Kreisgebiete entstehen somit zwei strukturelle Möglichkeiten.

1. Das Kreisgesundheitszentrum versorgt als alleinige Einrichtung das gesamte Kreisgebiet. Ihm sind alle anderen Gesundheitseinrichtungen zugeordnet. Der Versorgungsbereich des Kreisgesundheitszentrums deckt sich mit den politischen Grenzen des Kreises (Abb. 2a).

2. Das Kreisgesundheitszentrum versorgt nur in übergeordneter Aufgabenstellung das gesamte Kreisgebiet. Ihm sind weitere Gesundheitszentren zugeordnet, die innerhalb ihrer Versorgungsbereiche unter Anleitung des Kreisgesundheitszentrums mit den anderen Einrichtungen des Gesundheits- und Sozialwesens die Versorgung der Bevölkerung vornehmen (Abb. 2b).

Diese strukturelle Staffelung[2] wird auch in den Großstädten zur Anwendung gelangen. Es dürfte verständlich sein, daß zum Beispiel bei gleicher Kapazität der Einrichtung allein durch die spezifische Aufgabenstellung der Kreisgesundheitszentren Unterschiede in der Programmstellung auftreten. Neben den Bezirksgesundheitszentren können auch Kreisgesundheitszentren bestimmte medizinische Aufgabenstellungen für mehrere benachbarte Kreise übernehmen.

Die Kapazität der Gesundheitszentren wird in erster Linie von der Bevölkerungszahl und von der Bevölkerungsstruktur, ihre fachliche Profilierung von der Größe der Einrichtung bestimmt.

Die absolute Bevölkerungszahl der Landkreise schwankt zwischen etwa 20 000 und etwa 180 000 Einwohnern.

[2] Man spricht hier nach Distel vom „Planetensystem". Vergleiche H. Distel, Nosokomeion 1937, Nr. 1, S. 37 bis 44; Ritter, Krankenhausbau der Gegenwart, S. 3 bis 8

Abb. 5a: Perspektive eines Krankenhauses mit vorgelagertem Breitfußkomplement

Unter Berücksichtigung einer optimalen Auslastung der kapazitätsbildenden Funktionseinheiten der Gesundheitszentren und der Struktur der Versorgungsgebiete ergeben sich vier Grundtypen von Gesundheitszentren für die medizinische Versorgung der Bevölkerung der Landkreise:

Typ	Größe des Einzugsbereiches absolute Einwohnerzahl	Bettenzahl	Ärztliche Arbeitsplätze in der Poliklinik (nur Fachärzte)
I	Bis 30 000	200	10
II	Bis 50 000	350	13
III	Bis 70 000	500	18
IV	Bis 100 000	750	24

Die Typen I und II können jeweils den Charakter von Kreisgesundheitszentren haben, aber auch nur zugeordnete Zentren darstellen, während die Typen III und IV auf Grund der vorhandenen Struktur nur als Kreisgesundheitszentren Verwendung finden würden. Diese vier Gebäudetypen reichen auch vollkommen für den Ausbau der städtischen Gesundheitseinrichtungen aus.

Eine Ermittlung (soweit es meine Kenntnis der näheren Umstände zuläßt) für die Landkreise der Deutschen Demokratischen Republik zeigt folgendes Bild über die mögliche Anwendung der vier Grundtypen ohne Berücksichtigung der vorhandenen Substanz:

Typ	Fall 1, als Kreisgesundheitszentrum %	Fall 2, als nachgeordnetes Gesundheitszentrum %	Grundtyp insgesamt %
I	18,6	34,0	52,6
II	20,4	2,5	22,9
III	18,6	—	18,6
IV	5,9	—	5,9
Insgesamt	63,5	36,5	100,0

Insgesamt würden die Grundtypen 280mal zur Anwendung allein in den Landkreisen kommen. Hinzu kämen noch ihre Anwendungsmöglichkeiten in den Großstädten. Nur um etwa 2 Prozent würde die erforderliche Kapazität von der der festgelegten Grundtypen für Gesundheitszentren überschritten werden. Damit dürfte die Typenwürdigkeit bezüglich der Häufigkeit der Typenprojekte und die Eignung der empfohlenen Größenordnung bewiesen sein. Die sicherste Grundlage für die Beurteilung wäre allerdings die Ausarbeitung eines Generalplanes für die Standort- und Kapazitätsverteilung für die Gesundheitszentren der Deutschen Demokratischen Republik mit regionalen Entwicklungsplänen bis 1975, die so bald als möglich in Angriff genommen werden sollte. Nicht geeignet für eine Typisierung erscheinen nach wie vor die Bezirksgesundheitszentren, Universitätskliniken und bestimmte Spezialkliniken.

Eine weitere Voraussetzung für die Typisierung ist die Standardisierung klinischer Behandlungsmethoden, auf deren Bedeutung verschiedentlich im Abschnitt II/3 des Entwurfs zum Perspektivplan des Gesundheitswesens eingegangen wird (zum Beispiel in der Laborarbeit S. 60 und in Abteilungen für Physikalische Therapie S. 62), denn diese können unter gewissen Umständen den ganzen Raumzuschnitt, den Ausbau und die bauseitige Ausrüstung, sogar die gesamte Grundrißstruktur und Baukomposition beeinflussen. So führen, um nur ein Beispiel herauszunehmen, zwei unterschiedliche Methoden in der Bronchoskopie zu jeweils anderen Raumforderungen und Funktionsabläufen (Abb. 3a und 3b).

Solange von seiten der Mitarbeiter des Gesundheitswesens, vor allem von der Ärzteschaft nicht eine Vereinheitlichung der Behandlungsmethoden herbeigeführt wird, fehlt eine Voraussetzung für die Entwicklung von Typenprojekten. Mit der Standardisierung der Behandlungsmethoden soll nicht die Entwicklung gehemmt, sondern nur das viele Nebeneinander beseitigt werden. In solchen Abteilungen, die häufig entwicklungsbedingten funktionellen und ausstattungsmäßigen Veränderungen unterliegen, sind bautechnische Lösungen zu finden, die eine Variabilität in der Raumorganisation und im Ausbau gestatten (auf diese Grundbedingung wird weiter unten näher eingegangen).

Mit der Klärung des Arbeitsablaufes unmittelbar am Arbeitsplatz ist eine wichtige Basis für die Ausarbeitung einer Betriebstechnologie der gesamten Gesundheitseinrichtung geschaffen. Dabei kommt es darauf an, die vielfältigen funktionellen Beziehungen der einzelnen Funktionseinheiten zu erfassen, diese zu analysieren und entsprechend ihrer Bedeutung zu ordnen. Der Grundsatz, daß die Verbindungen zwischen den Abteilungen mit dem häufigsten Verkehr untereinander die kürzesten sein sollten, ist zwar eine bekannte Forderung, deren Erfüllung jedoch oftmals daran scheitert, daß es keine exakten Untersuchungen und detaillierte Kenntnisse über den innerbetrieblichen Verkehr und seinen Umfang gibt. Von besonderer Bedeutung ist hierbei die komplexe Betrachtung dieser innerbetrieblichen Funktionsbeziehungen. Sie ist ein Ausgangspunkt für jede Mechanisierung bestimmter Transportvorgänge sowie für die Personen- respektive Patientenbeförderung. Ähnlich wie in einem Industriebetrieb muß auch für die einzelnen Größenordnungen der Gesundheitszentren eine Betriebstechnologie ausgearbeitet werden, die alle wichtigen Funktionsabläufe und alle wesentlichen Abweichungen vom Routinebetrieb erfaßt.

Erst durch die Aufstellung von typisierten Betriebstechnologien wird die Industrie in die Lage versetzt, arbeits- oder medizintechnische Geräte zu entwickeln, die die Personalarbeit erleichtern, verein-

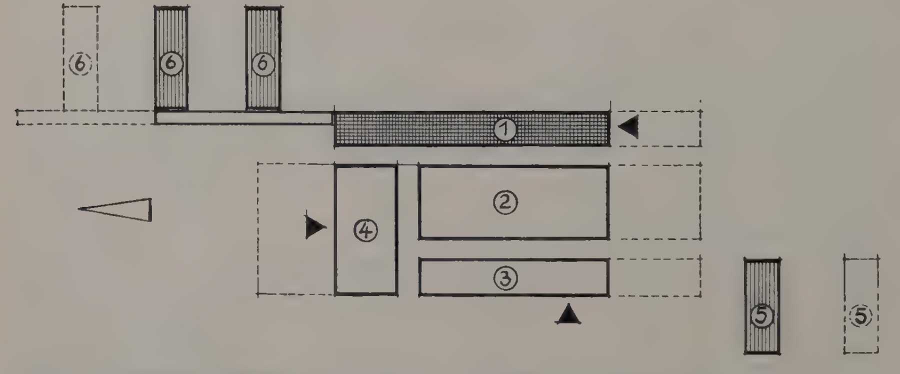


Abb. 5b: Schematische Darstellung der Anordnung der Baukörper zur Abbildung 5a

1 Bettenhaus — 2 Diagnostik und Therapie (Komplement) — 3 Poliklinik — 4 Versorgungsanlage — 5 Gesundheitsverwaltung und so weiter — 6 Personalwohnheime und Spezialabteilungen

fachen, beziehungsweise teilweise oder ganz ersetzen. Die Produktion solcher technischer Einrichtungen ist wirtschaftlich nur tragbar, wenn durch vereinheitlichte Betriebsabläufe und durch gleiche räumlich-organisatorische Verhältnisse ihre vielfache Anwendung möglich ist.
Gegenwärtig stützen sich die Gesundheitseinrichtungen bei der Ausführung der sogenannten „einfachen Arbeiten" auf ungelernte Hilfskräfte, zumeist ältere alleinstehende Frauen oder Hausfrauen. Deutlich zeigt dies der Altersdurchschnitt von mehreren Krankenstationen einer Klinik:

Station	Durchschnittsalter	
	Pflegepersonal	Hilfspersonal
A	24	47
B	29	44
C	26	34
D	27	37
E	24	41

Schon in absehbarer Zeit wird der Rückgang der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter, die Einführung der obligatorischen polytechnischen Oberschulbildung (bis 1965) und die ständige Steigerung des Produktionsniveaus für die Aufrechterhaltung des Betriebes der Gesundheitseinrichtungen eine weitgehende Mechanisierung der „einfachen" Hilfsarbeiten erfordern. Die Einsparung von Arbeitskräften durch technische Einrichtungen muß zum tragenden Gedanken bei der Aufstellung von Betriebstechnologien für Gesundheitszentren werden. Erst die Erfüllung der Voraussetzungen: Präzisierung der Aufgabenstellung, Klassifikation der Typengrößen, Ausarbeitung von vereinheitlichten Betriebstechnologien, Standardisierung der Ausrüstung und Festlegung der Raumprogramme gestatten eine einwandfreie Typenprojektierung.
Die Typisierung der Gesundheitszentren stellt ihrerseits Bedingungen an die bautechnische Projektierung.
Die oftmals als besonderes Hemmnis bei der Verwendung von größeren Typenbauten empfundenen unterschiedlichen Geländebedingungen ließen sich bei der Typenprojektierung von Gesundheitszentren reduzieren:
1. durch eine Konzentration der Baumassen (Abb. 4a und 4b),
2. durch die Nutzung der Keller- oder Sockelgeschosse vornehmlich als Lager- und Installationsräume, als Verkehrsebene und zum Einbau von technischen Anlagen, jedoch unter Vermeidung jeglicher Anordnung von Behandlungs- und Funktionseinheiten.
Bei Beachtung dieser zwei Grundsätze in der Typenprojektierung dürfte die örtliche Anpassung an die unterschiedlichen Geländebedingungen nicht allzu schwierig sein, da bei einer Kenntnis des Typenprojektes dessen besondere Anforderungen an das Baugrundstück schon bei der Auswahl des Geländes berücksichtigt werden könnten.
Die relativ kleine Zahl der neu zu errichtenden Gesundheitszentren — im Verhältnis zu anderen Gesellschaftsbauten — erfordert eine möglichst mehrjährige Verwendung der hierfür ausgearbeiteten Typenprojekte. Diesem Grundsatz scheint eine überaus rasche Entwicklung bei den Gesundheits- und Sozialbauten entgegenzuwirken, die eine Anwendung der Typenprojekte durch den allgemeinen gesellschaftlichen, volkswirtschaftlichen, medizinischen, betriebstechnologischen und bautechnischen Fortschritt zeitlich eng begrenzt. Einige international bekannte Krankenhausarchitekten wie Ritter, Birch-Lindgren, Distel, Hassenpflug wollen in dieser stetigen Entwicklung sogar eine gewisse Periodizität erkennen, wobei nach ihrer Auffassung sich alle 20 bis 30 Jahre (1850 — 1880 — 1900 — 1920 — 1950) die Prinzipien im Krankenhausbau grundlegend verändern. Tatsächlich sind in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, bedingt durch die Wirtschaftskrisen und durch die kriegerischen Auseinandersetzungen, diese Entwicklungsetappen im Krankenhausbau entstanden. Während wirtschaftlicher Depressionen — wie zum Beispiel in Deutschland um 1930, wo die Patientenzahl in den Krankenanstalten so zurückging, daß ganze Einrichtungen geschlossen werden mußten — und Kriegen kam es zu Entwicklungsstockungen. Nach den Kriegen und in Konjunkturzeiten wurden diese zum Teil wieder ausgeglichen. Demzufolge wurden viele funktionell-organisatorische Verbesserungen im Krankenhausbetrieb und medizin-arbeits- und betriebstechnische Neuerungen erst nach Jahrzehnten allgemein in das Krankenhauswesen eingeführt.
Hierfür einige Beispiele: 1906 wurde beim Bau des Louis-Pasteur-Hospitals in Paris erstmalig das Infektionsboxensystem angewandt, das sich erst fast 50 Jahre später in Europa in größerem Maße durchsetzte, das Tiefkörperprinzip wurde bereits vor dem ersten Weltkrieg in den USA entwickelt, und transportable heizbare Stationsküchen — die heute als wünschenswerte Arbeitserleichterung für den Stationsbetrieb empfohlen werden — wurden bereits vor 1917 mit Erfolg in einigen amerikanischen Krankenhäusern angewandt; Beschreibungen über brauchbare Patientenheber sind bereits in der Krankenhausliteratur des 19. Jahrhunderts vorhanden und so weiter.
Diese von den gesellschaftlichen Verhältnissen abhängigen Erscheinungen sind einem planmäßig gelenkten und sich planmäßig entwickelnden Gesundheitswesen unbekannt. Die Kenntnis über die Entwicklungsperspektive des sozialistischen Gesundheits- und Sozialwesens und des internationalen technischen Standes gestatten eine Ausarbeitung von Typenprojekten für Gesundheitszentren, die in der Aufgabenstellung, in der Betriebstechnologie und in ihrer Ausstattung die künftige Entwicklung im wesentlichen berücksichtigen. Aber auch die planmäßige Einführung des Fortschrittes in den Gesundheitseinrichtungen verdient hinsichtlich der bautechnischen Konzeption der Typenprojekte besondere Aufmerksamkeit. Die durch die ständige Entwicklung bedingten Veränderungen beeinflussen, solange sie die baulich nicht gebundene Ausrüstung, Einrichtung und Ausstattung eines Gesundheitszentrums betreffen, nur wenig die Grundkonzeption der Bauprojektierung, sobald es sich aber um Neuerungen im Betriebs- und Funktionsablauf (zum Beispiel die Frage Flächen- oder Bandlösungen in Röntgenabteilungen), um neue immobile medizinisch-technische Geräte (zum Beispiel Strahlentherapeutische Anlagen) oder um arbeitstechnische Einrichtungen (zum Beispiel Rohrpost, Speisetransportsysteme und anderes mehr) handelt, recht erheblich die Projektierung. Dabei gilt es aber, nicht nur bei Neubauten mit der Entwicklung Schritt zu halten, sondern auch die vorhandene Substanz durch Qualifizierungsmaßnahmen auf einen entsprechenden Stand zu halten. Nicht alle Funktionseinheiten eines Gesundheitszentrums unterliegen diesem raschen Fortschritt (hauptsächlich das Komplement und die Versorgungseinrichtungen). Man trägt dieser Tendenz am besten Rechnung, indem man in solchen Funktionsgruppen von vornherein entsprechende Reserveräume plant und zugleich solche Bausysteme anwendet, die jederzeit ohne wesentliche Betriebsstörung und Kosten umfassende raumorganisatorische und ausbautechnische Veränderungen gestatten.
Für eine Typenprojektierung von Gesundheitszentren scheint in kompositioneller Hinsicht das Krankenhochhaus mit vorgelagertem Breitfußkomplement gegenüber dem T-Prinzip, unter Berücksichtigung der vorgenannten Gesichtspunkte, große Vorteile zu besitzen (Abb. 5a und 5b).
Hierbei würde sich das Gesundheitszentrum gliedern:
1. in das Bettenhochhaus mit wohnbauähnlichem Charakter, dem auch die Personalwohnstätten und eventuell der administrative Teil zuzuordnen wären, und
2. in das Komplement mit industriebauähnlichem Charakter, das die Poliklinik, die diagnostischen und therapeutischen Einrichtungen und die Wirtschafts- und Versorgungsanlagen enthalten würde.
Der Projektierung des stationären Bereiches eines Krankenhauses wird bisher die Fiktion einer Normalbettenstation mit etwa 30 Bettenplätzen zugrunde gelegt. Da der Anteil der Normalbettenplätze disproportional zur Gesamtkapazität steigt (siehe folgende Tabelle), macht sich besonders bei der horizontalen Gliederung der Bettenhäuser bei kleinen und mittleren Krankenhäusern die Abwandlung der Normalstation auf die Spezialstationen notwendig, die für fast 40 bis 50 Prozent der Krankenhausplätze ungünstigere Voraussetzungen schafft.

Objekt	Normalbettenplätze in Prozent zur Gesamtbettenzahl	Spezialbettenplätze für Kinder, Säuglinge, Wöchnerinnen, Infektionen und so weiter in Prozent zur Gesamtbettenzahl
Stalinstadt	70	30
Saalfeld	59	41
Hoyerswerda	60	40
Pasewalk	57	43

Die geschoßweise Anordnung der einzelnen klinischen Abteilungen in einem Baukörper (zum Beispiel im 1. Geschoß allgemeine Räume, im 2. Geschoß Kinderstation, in den folgenden Geschossen Normal- und Wöchnerinnenstationen) schafft nicht nur bautechnische Probleme bezüglich der Grundrißstruktur (übereinanderstehende Wände), sondern führt zu weitaus größeren Schwierigkeiten im Ausbau in bezug auf den Verlauf der Installationsstränge (Abb. 6a).
Macht man sich die Erfahrungen aus der Typenentwicklung des Wohnungsbaus zu eigen, dessen Wohnblocks sich aus kleinen Typensegmenten (Zwei-, Drei-, Vierspänner und so weiter) in horizontaler Richtung aneinandergereiht mit vertikaler Baustruktur zusammensetzen, wobei neuerdings selbst auf die Ladeneinbauten im 1. Geschoß verzichtet wird, so kommt man auch im Krankenhausbau

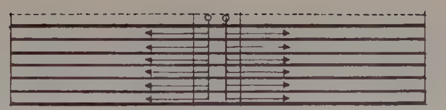


Abb. 6a: Horizontalprinzip

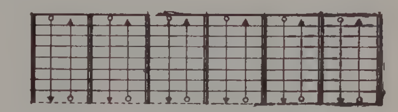


Abb. 6b: Vertikalprinzip

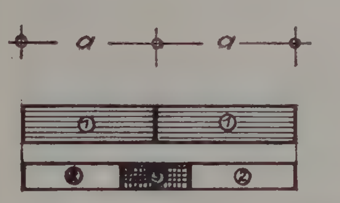


Abb. 7a: Zweibünder

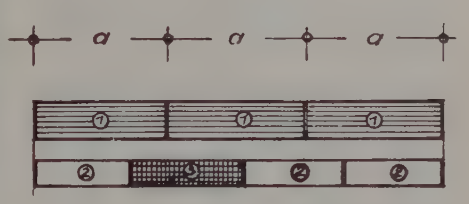


Abb. 7b: Dreibünder

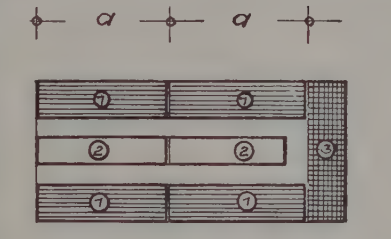




Abb. 7c: Tiefkörper

1 Pflegeeinheit (a) — 2 Pflegeraum — 3 Stationsraum

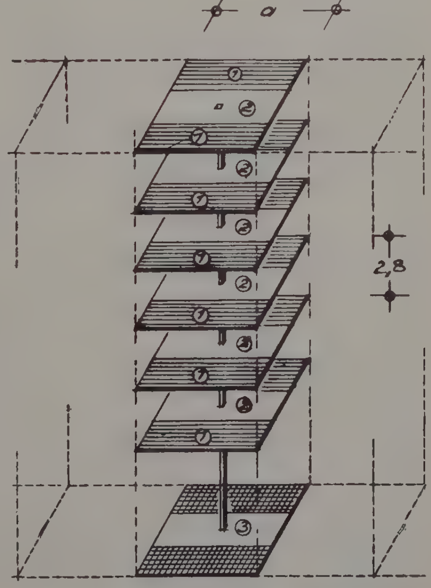
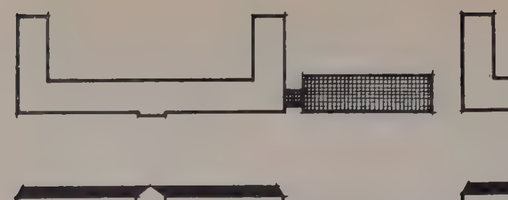


Abb. 8: Vertikale Stationsstruktur



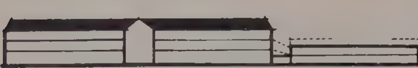


Abb. 9a: Erweiterung im Horizontalprinzip — 60 Betten

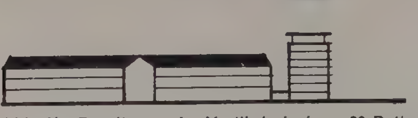


Abb. 9b: Erweiterung im Vertikalprinzip — 60 Betten

von einer horizontalen zu einer vertikalen Anordnung der Pflegebereiche (Abb. 6b).

Das Vertikalprinzip würde zugleich betriebstechnisch Vorteile bringen. Nach den neusten Gesichtspunkten im Krankenstationsbetrieb wird im internationalen Maßstab die Funktionspflege (Rundensystem) im Interesse einer intensiven Patientenversorgung und zur Erleichterung der Grund- und Behandlungspflege immer mehr durch die Gruppenpflege mit Selbstbedienungsmöglichkeiten für die Patienten ersetzt. Diesen Tendenzen tragen bereits die Krankenhausplanungen für Hoyerswerda und Rostock Rechnung, in denen die Normalbettenstation in Pflegeeinheiten mit 2×16 = 32 beziehungsweise 3×16 = 48 Betten untergliedert wurde (Abb. 7a, 7b und 7c).

Durch das Übereinanderlegen von 5 bis 6 Pflegeeinheiten für 10 bis 16 Patienten ließen sich Pflegestationen mit etwa 60 Bettenplätzen schaffen, die vom administrativen Standpunkt und von der Personalbesetzung her die optimale Größe darstellen.

Die vertikale Stationsstruktur (Abb. 8) würde die kürzesten, schnellsten und bequemsten Verbindungen zwischen den einzelnen Pflegeeinheiten und den anderen Einrichtungen des Gesundheitszentrums mittels Aufzugsanlagen schaffen. Die Mechanisierung, Erleichterung und Beschleunigung der im Krankenhausbetrieb ständig steigenden Zahl der Transport- und Personalwege (zentrales Röntgeninstitut, Zentrallaboratorien, Zentralküche und Geschirrspüle, zentrale Bettenaufbereitung, zentrale Bäder und so weiter), die in horizontaler Richtung nur bedingt möglich ist, wäre damit weitestgehend gelöst. Die Variabilität der Pflegeeinheiten zum Gesamtorganismus würde eine ständige Anpassung an die gewünschte Profilierung gestatten. Bei engster Verbindung der Pflegeeinheiten zum Gesamtorganismus würde deren Isolierfähigkeit erhöht, und durch den Fortfall des ständigen Verkehrs auf dem Stationsflur würden für die Patienten die besten Aufenthaltsbedingungen, vor allem nur geringe Lärmbelästigung vorhanden sein.

Der strukturelle Aufbau des Bettenhauses nach dem Vertikalprinzip und eine klare Trennung vom Komplement würde gestatten, die Geschoßhöhen des Wohnungsbaus (2,50 m im Lichten) auch für den stationären Bereich der Gesundheitseinrichtungen zu übernehmen, da nicht mehr wie beim T-Prinzip die Bindung an die aus hygienischen Gründen festgesetzte lichte Höhe von 3,00 m beziehungsweise 3,20 m (Röntgen- und Operationsräume) vorhanden wäre. Sicherlich würde eine Vergrößerung der Raumgrundflächen im Bettenhaus (auf Kosten der Raumhöhen) großen Beifall bei den Ärzten und dem Pflegepersonal finden.

Einer Einführung der Konstruktionssysteme des Wohnungsbaus (auch bezüglich der auftretenden Deckennutzlasten) in den stationären Bereichen dürften damit keine wesentlichen Schwierigkeiten in bautechnischer Hinsicht mehr entgegenstehen. Im Hinblick auf die hygienischen, schall- und wärmetechnischen Vorzüge erscheint der Plattenbau ein besonders empfehlenswertes Konstruktionsprinzip.

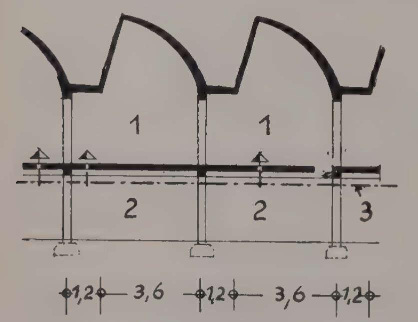


Abb. 10: Erdgeschossige Sheddachkonstruktion mit darunterliegenden Installations- und Lagerkellern

1 Behandlungsraum — 2 Installationskeller — 3 Installationsstrang

Die Komposition des Bettenhauses würde in methodischer Hinsicht der Zusammensetzung eines Wohnblocks aus Typensegmenten gleich kommen. Da die einzelnen Bettenstationen nicht mehr die Form flacher, langgestreckt-rechteckiger Baukörper, sondern die von Punkthäusern haben, dürfte sich das Vertikalprinzip für Erweiterungsbauten bei älteren Krankenanstalten auf Grund seiner geringen bebauten Fläche besonders eignen (etwa 225 m² gegenüber 840 m², meist herrscht ja Platzmangel!). Weiterhin wird dadurch die Übernahme der recht hohen Geschoßhöhen (bis 4,80 m) der Altbauten vermieden (Abb. 9a und 9b).

Anders geartet sind die funktionellen und technischen Bedingungen im Komplement.

Hier sind die Grundforderungen:

1. Optimale Zuordnung aller Funktionseinheiten in einer Ebene bei Beachtung größter Konzentration,

2. größte Variabilität in der Raumorganisation, im Raumzuschnitt, im Ausbau und der Ausrüstung,

3. gute Voraussetzungen für Erweiterungsmöglichkeiten.

Diesen Forderungen scheint das flachgelagerte Breitfußkomplement vor dem Bettenhaus am nächsten zu kommen, das sich auch international immer stärker durchsetzt. Kompositionell ergibt sich hierbei das Problem, will man auf die natürliche Belichtung und Belüftung der Räume nicht verzichten, die Ausdehnung in horizontaler Richtung nicht über alle Maßen aus geländemäßigen und funktionellen Erwägungen anwachsen zu lassen (dies ist bei einer Verwendung von Lichthöfen bei Breitfußkomplementen großer Gesundheitszentren leicht der Fall).

Am besten scheint hier eine erdgeschossige Sheddachkonstruktion mit darunterliegenden Installations- und Lagerkellern geeignet, die eine Unterbringung aller Komplements-, Versorgungs- und übrigen Einrichtungen eines Gesundheitszentrums in einem Bausystem gestattet (Abb. 10). Die Möglichkeit, sämtliche Installationen in gebündelten Strängen im Installationskeller unterzubringen, würde nicht nur für ihre Montage, sondern auch für ihre Reparatur, ihren Unterhalt und bei erforderlichen Ergänzungen und Neuinstallationen große Vorteile bieten. Eine Trennung der Installation von den Wänden, die Ausführung der sanitären Einrichtung nicht mehr als Wand-, sondern als Standobjekte, würde den Ausbau mit vorgefertigten Wandelementen wesentlich erleichtern.

Bei einer gründlichen Betrachtung der durch die Shedkonstruktion bedingten Belichtung der Behandlungsräume, die zunächst wegen ihrer Ungewohntheit auf Widerspruch stoßen könnte, besitzt diese jedoch in mancher Hinsicht Vorzüge:

1. Es ist eine bekannte Tatsache, daß je höher eine natürliche Lichtquelle im Raum, seine Ausleuchtung um so intensiver ist.

2. Diese Anordnung der Fenster ermöglicht eine grundrißlich organisatorische Aufschließung der Räume von vier Seiten (bisher entfiel die Fensterseite — auch als Stellfläche), was von besonderer Bedeutung für flächenhafte Grundrißlösungen ist.

3. Alle Sheds, nach Norden gerichtet, sorgen für eine gleichmäßige Ausleuchtung der Behandlungsräume (kein Sonneneinfall!).

4. Die Einsicht in Behandlungsräume ist so gut wie ausgeschlossen. (Bei T-Anlagen und Innenhöfen muß man sich hier mit undurchsichtiger Verglasung behelfen.)

5. Geringe Kältestrahlung durch die Fenster, kaum Zugwirkung.

6. Bessere Isolierung gegen den Außenlärm.

Die Vorzüge dieser Bauweise wurden bereits beim Bau der Zahn- und Kieferklinik Berlin-Wilmersdorf erprobt.

Sicherlich ließe sich dieses Bausystem auch für andere Gesundheitsbauten (Polikliniken, Rehabilitationszentren) und gesellschaftliche Einrichtungen (wie zum Beispiel Kaufhallen, Handwerkerhöfe und so weiter) anwenden.

Für alle Gesundheitseinrichtungen erscheint ein Großraster von 3×40 cm = 1,20 m (der auch im Wohnungsbau Anwendung findet) als besonders gut geeignet, sowohl als Fassaden- wie auch als konstruktiver Raster. Die Maßfolge 1,20 m — 2,40 m — 3,60 m — 4,80 m — 6,00 m — 7,20 m bietet die besten Voraussetzungen für eine ökonomische Grundrißorganisation.

Zu den schwierigsten Problemen der Gegenwart gehören die Rekonstruktion und Qualifizierung vorhandener Gesundheitseinrichtungen. Hierbei handelt es sich nicht nur um eine Kapazitätserweiterung oder Modernisierung schlechthin, sondern:

1. Um eine Anpassung der vorhandenen Krankenhäuser an die neue Aufgabenstellung als Gesundheitszentren, verbunden mit einer Abstimmung ihrer fachlichen Profilierung und Kapazität,

2. Schaffung von Voraussetzungen für einen wirtschaftlich vertretbaren Betriebsablauf,

3. Einführung der modernen medizintechnischen Ausrüstung und Ausstattung als Voraussetzung für eine qualifizierte Arbeit,

4. Verbesserung der hygienischen und Umweltsfaktoren für Patienten und Personal durch bauliche Maßnahmen.

Häufig sind die für eine Qualifizierung vorgesehenen Krankenhäuser in der kapitalistischen Gesellschaft sporadisch gewachsene, in Jahrzehnten mehrfach erweiterte, oft auch zweckentfremdete Baulichkeiten, deren Einrichtung und Ausbau überaltet und schadhaft, deren Ausrüstung seit Jahren dem materiellen und moralischen Verschleiß unterliegt. Man täuscht sich bei Qualifizierungen leicht über den tatsächlichen Umfang der Maßnahmen. So kann zum Beispiel bei einer anfänglich nur vorgesehenen Erweiterung des Bettenhauses nicht selten (quasi als Kettenreaktion) eine Erneuerung des gesamten Heizungssystems und der Be- und Entwässerungsanlagen notwendig werden. Nach einer Analyse der Gesamtgestehungskosten für Allgemeine Krankenhäuser (durchgeführt vom VEB Hochbauprojektierung Berlin — Krankenhausbrigade) entfallen von den Gesamtkosten auf die Bereiche:

Bau- und Montageleistungen	74,0 Prozent
Ausrüstung	9,2 Prozent
Sonstiges	16,8 Prozent

Bei einer gründlichen Qualifizierung der Altbausubstanz würden die Kosten für Ausrüstung und Sonstiges vollkommen und für den Bereich Bau- und Montageleistungen teilweise neu erbracht werden müssen, da von der Substanz in der Regel nur der Rohbau und einige Positionen des Ausbaus erhalten bleiben (etwa 35 Prozent der Gesamtgestehungskosten). Neben den Gestehungskosten für eventuelle Erweiterungsbauten muß man ungünstigenfalls noch etwa 100 DM pro Kubikmeter umbauten Raumes in die vorhandene Substanz investieren, wenn man neben den Neubauten annähernd gleichwertig qualifizierte Altbauten schaffen will.

Darüber hinaus kann die bauliche Anlage, vor allem die Grundrißstruktur der Altbausubstanz, für die Einführung einer modernen Betriebstechnologie völlig ungeeignet sein. Dieser Faktor verdient bei den Gesundheitseinrichtungen mehr Aufmerksamkeit als bei anderen gesellschaftlichen Einrichtungen. Während zum Beispiel bei einem Schulgebäude ein unzweckmäßiger Funktionsablauf für die Lehrer und Schüler höchstens unpraktisch und unbequem ist, sind Mängel im Betriebsablauf einer Gesundheitseinrichtung in der Regel mit erhöhten Personal- und damit Betriebskosten verbunden, wobei man bedenken muß, daß jede zusätzliche Personalkraft (wenn man sie überhaupt bekommt) im Durchschnitt 10 000 DM jährliche Betriebsausgaben beansprucht. Wenn man ferner bedenkt, daß die Betriebskosten eines Gesundheitszentrums bereits nach etwa vier Jahren seine Anlagekosten überschreiten, so sollte man sich erst dann für eine Qualifizierung der Altbausubstanz entschließen, wenn man die Gestehungs- und Betriebskosten des in Frage kommenden Typenprojektes mit denen des zu qualifizierenden Altbaus verglichen hat. Dabei sollte man berücksichtigen, daß alte Krankenhäuser, die sich zwar für einen Ausbau als Gesundheitszentrum nicht mehr eignen, noch Jahrzehnte für andere Zwecke, zum Beispiel Pflege- und Altersheime, Ledigenwohnungen, Verwaltungsgebäude, dienen könnten. Bei einer Analyse der Kosten stünden sich demnach gegenüber:

1a) Die Gesamterstehungskosten des Typenprojektes abzüglich des Objektwertes der Altsubstanz bei anderweitiger Verwendung,

1b) die errechneten Betriebskosten,

2a) Kosten für Erweiterungsbauten und Kosten für die Umformung der Gebäudesubstanz,

2b) die errechneten Betriebskosten.

Die ausgearbeiteten Typenprojekte für die Gesundheitszentren dürften hierbei ein vorzüglicher Wertmesser, zugleich aber auch eine wichtige Grundlage für die Qualifizierungsmaßnahmen sein. Ohne Frage ließen sich aber auch Gebäudeteile und Sektionen der Typenbauten als Erweiterungen verwenden.

Die Ausführungen dürften verdeutlicht haben, daß die Ausarbeitung von Typenprojekten für Gesundheitszentren und darüber hinaus auch für andere größere Einrichtungen des Gesundheits- und Sozialwesens, wenn die Voraussetzungen erfüllt und methodisch der rechte Weg beschritten wird, durchaus möglich ist.

Allerdings kann die Lösung dieser Aufgabe nur das Resultat gemeinsamer Bemühungen aller Dienststellen des Gesundheits- und Sozialwesens und der mit der Entwicklung der baulichen Einrichtungen betrauten Personen sein.

Das Neuererzentrum im Berliner Bauwesen

Bruno Kuhn

Ernst Gläske

Die großen und bedeutenden Aufgaben des Bauwesens bei der Erfüllung der Ziele des Siebenjahrplanes erfordern die schnelle und systematische Weiterentwicklung der Neuererbewegung. In dem Maße, wie es uns gelingt, die Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts auf allen Gebieten des Bauwesens zu verwirklichen, beeinflussen wir auch das Entwicklungstempo aller übrigen Wirtschaftszweige. Diese Tatsache gibt der Neuererbewegung im Bauwesen eine besondere Bedeutung. Der 5. FDGB-Kongreß beauftragte alle Industriegewerkschaften, Neuereraktivs und Neuererzentren zu schaffen, um mit ihrer Hilfe die schöpferische Initiative aller Werktätigen und der technischen Intelligenz voll zu entfalten und auch auf dem Gebiete der Steigerung der Arbeitsproduktivität die Überlegenheit der sozialistischen Gesellschaftsordnung in der Deutschen Demokratischen Republik gegenüber der kapitalistischen Gesellschaftsordnung Westdeutschlands zu beweisen.

In Erkenntnis der politisch bedeutungsvollen Lage Berlins als Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik haben die Berliner Bauschaffenden im Volkswirtschaftsplan exponierte Aufgaben übernommen, deren Verwirklichung durch die allseitige Aktivität des „Neuererzentrums im Berliner Bauwesen" unterstützt werden muß.

Am 12. Januar 1960 trafen sich im Kulturhaus der Berliner Bauarbeiter hervorragende Neuerer aus den Berliner Baubetrieben und konstituierten sich zum ersten Neuererzentrum des Berliner Bauwesens. Der Bezirksvorstand Groß-Berlin der Industriegewerkschaft Bau-Holz, die Vereinigung Volkseigener Betriebe (B) Bau und Baustoffe und das Stadtbauamt des Magistrats von Groß-Berlin haben die Patenschaft übernommen. Damit ist den fortschrittlichen Kräften des Berliner Bauwesens ein neues Instrument zur systematischen Entfaltung aller schöpferischen Kräfte der Werktätigen im Bündnis mit den Angehörigen der technischen Intelligenz in die Hand gegeben.

Das Neuererzentrum stellt den ständigen Erfahrungsaustausch der Neuerer, Rationalisatoren und Erfinder in den Mittelpunkt seiner Arbeit. Durch die verantwortliche Mitarbeit der staatlichen Organe und der gesellschaftlichen Organisationen sollen eine schnellere Verwirklichung der Vorschläge und eine Verbesserung der Methoden erreicht werden. Hierbei kommt es besonders darauf an, solche Neuerungen zu fördern, die uns im Kampf um die maximale Steigerung der Arbeitsproduktivität bei gleichzeitiger Verbesserung der Qualität voranbringen. Hierbei ist die aktive Mitarbeit der Architekten und Ingenieure besonders aus den Bauleitungen und den Entwurfsbetrieben von entscheidender Bedeutung.

Die Gewerkschaftsfunktionäre, die Vertreter des Bundes Deutscher Architekten, der Kammer der Technik, der Deutschen Bauakademie und nicht zuletzt die leitenden Funktionäre der staatlichen Wirtschaftsorgane tragen eine große Verantwortung für die methodische Anleitung dieser komplexen Beratungen. Ihre Teilnahme im Rat des Neuererzentrums ist eine gute Voraussetzung zum Gelingen der Arbeit.

Mit dem Neuererzentrum ist eine geeignete Form geschaffen worden für ein sinnvolles Zusammenwirken aller Kräfte, die an der schnellen Entwicklung der Neuererbewegung und der sprunghaften Steigerung der Bauproduktion interessiert sind. Hier können sie die speziellen Belange ihres Arbeitsbereiches im Interesse der Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts im Bauwesen wahrnehmen. Die gemeinsamen Beratungen dienen der Klärung der Grundprobleme des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und der sozialistischen Rekonstruktion in der Bauproduktion; sie tragen zur Überwindung sowohl des Sektierertums gegenüber den Architekten und Ingenieuren als auch der Reste kleinbürgerlicher Überheblichkeit und des Individualismus in den Kreisen der technischen Intelligenz bei.

Das Neuererzentrum entspricht der wiederholt erhobenen Forderung nach besserer Zusammenarbeit zwischen den Leitungen der Industriegewerkschaft, des Bundes Deutscher Architekten und der Kammer der Technik.

Die Leitungen der Bezirksvorstände der Berliner Organisationen haben hier die beste Gelegenheit, die Beschlüsse der Bundesvorstandssitzung des Bundes Deutscher Architekten wie auch des Zentralvorstandes der Industriegewerkschaft Bau-Holz zur Organisierung der überbetrieblichen sozialistischen Gemeinschaftsarbeit als Schlüssel für die Lösung unserer sozialistischen Aufgaben zu verwirklichen.

Die Einführung der Serienfertigung nach der Taktmethode in der traditionellen Bauweise, in der Großblock- und Großplattenbauweise hat bereits ein umfangreiches Beweismaterial für die Richtigkeit der vom Bund Deutscher Architekten gezogenen Schlußfolgerungen geliefert. Das Neuererzentrum des Berliner Bauwesens betrachtet es deshalb als seine vordringliche Aufgabe, die Vielzahl der Neuerungen und Verbesserungsvorschläge aufzugreifen und in die richtigen Bahnen zu lenken, um zur rationellsten Auswertung aller Anregungen zu kommen. Das kann nicht ohne die Mithilfe der Architekten und Ingenieure erreicht werden.

Die Übersetzung der Probleme der Produktionsneuerer in den Maßstab der Entwurfsebene oder die ingenieurtechnische Bearbeitung und die Erläuterung der Verbesserungsvorschläge aus den Entwurfsbüros sollten die Schwerpunkte bilden und in der Verbesserung der Technologien ihren Niederschlag finden. Dabei können selbst geringfügige Anregungen für den schöpferischen Prozeß der Architekten und Ingenieure zur Lösung qualitativer Grundsatzfragen beitragen.

Zum Beispiel erhielten Elektroingenieure des VEB Hochbauprojektierung I Berlin bei einer Arbeitsbesprechung auf der Baustelle von Produktionsneuerern Hinweise über die Schwierigkeiten beim Einstemmen von Verteilerdosen für elektrische Leitungen. Die Bauarbeiter beschäftigten sich mit dem Problem der Verbesserung der Stemmarbeiten.

Das Kollektiv der Projektierungsingenieure stellte sich daraufhin die Aufgabe, eine Installation ohne Verteilerdosen zu entwickeln, um die Stemmarbeiten gänzlich auszuschalten. Die Aufgabe kann heute nach Auskunft des Elektroingenieurs Boese als gelöst betrachtet werden. Interessant ist hierbei die Feststellung, daß es sich bei der Lösung des Problems nicht so sehr um eine neue Idee oder Erfindung handelt, sondern eine alte Theorie aufgegriffen wurde und mit den zuständigen Organen der Sicherheitsinspektionen und so weiter auf der Grundlage neuer Erkenntnisse zum Abschluß gebracht werden konnte.

Es wird also auch Aufgabe des Neuererzentrums sein, gegen überholte Vorbehalte der aufsichtsführenden Dienststellen aufzutreten. Die Auseinandersetzungen werden auf der Grundlage neuer Erkenntnisse zum Erlaß von Gesetzen führen, die dem wissenschaftlichen Fortschritt entsprechen. Die Prinzipien der Neuerer und Rationalisatoren müssen ein fester Bestandteil des Entwurfswesens und der Planung werden.

Die Bemühungen der Bauarbeiter um das Verständnis der Probleme der Planung und Projektierung und ihr Bestreben, von den Architekten und Ingenieuren zu lernen, verbindet sich mit dem Willen der Angehörigen der technischen Intelligenz, die führende Rolle der Arbeiterklasse anzuerkennen. So werden die Möglichkeiten der sozialistischen Produktionsverhältnisse für die Festigung des Bündnisses der Arbeiterklasse und der Intelligenz wahrgenommen. Ein bedeutsames Beispiel sind die Erfolge der sozialistischen Arbeitsgemeinschaft des VEB Bau Berlin und des VEB Hochbauprojektierung I Berlin bei der Vorbereitung der Großplattenbauweise an der Stalinallee. Der städtebauliche Entwurf sieht unter anderem die Errichtung zehngeschossiger Montagebauwerke in Großplattenbauweise vor. Die Tatsache, daß in der internationalen Bauproduktion kaum Erfahrungswerte vorliegen, machte diese Aufgabe zu einer ausschließlichen Angelegenheit der Fachexperten. Im Laufe der Auseinandersetzungen bildeten sich zwei Gruppen, die einen für, die anderen gegen die Montage. Daß nunmehr die zehn Geschosse montiert werden, entschieden nicht zuletzt die Bauarbeiter des VEB Bau, indem sie Wege aufzeigten, wie unter den gegenwärtigen Produktionsbedingungen Beton in der erforderlichen Güte hergestellt werden kann.

Die kühnen Gedanken der Architekten und Ingenieure auf dem Gebiete der Projektierung sozialistischer Großbauten sind nur zu realisieren, wenn die Bauarbeiter, Meister und Ingenieure auf den Baustellen in den schöpferischen Arbeitsprozeß aktiv einbezogen werden. Noch viel zu wenig werden den Neuerern die Probleme des sozialistischen Städtebaus und die damit verbundenen Fragen der Architektur von den Architekten erläutert.

Deshalb muß es Aufgabe des Berliner Neuererzentrums sein, auch über solche Fragen Vorträge und Exkursionen durchzuführen. Auf den Baustellen und in den Betrieben sollten regelmäßige Konsultationen für Neuerer, Rationalisatoren und Erfinder stattfinden, um zu helfen, die in vielen Betrieben und Entwurfsbüros auftretenden Fragen nach dem Weltniveau im Bauwesen zu beantworten.

Eine wichtige Hilfe bei der theoretischen und praktischen Qualifizierung der Werktätigen sind die Betriebsakademien. Regelmäßige Kolloquien mit Vertretern der Bauleitungen und der Entwurfsbetriebe sollten fester Bestandteil ihrer Lehrpläne sein, um an Hand praktischer Beispiele (Aufbau der Stadtzentren, Wohnkomplexe, Industrieanlagen) die Beziehungen zwischen der Technologie, der Gestaltung und der Ökonomie zu untersuchen. Die zu bildende Betriebsakademie der Berliner Entwurfsbetriebe bedarf der Unterstützung der wissenschaftlichen Institutionen der Deutschen Bauakademie, der praktischen Anleitung des Ministeriums für Bauwesen, der Vertreter der Planung und des Städtebaus im Stadtbauamt und auch der Stadtbezirksbauämter. Letzteres wäre auch für die Vertreter der Staatsorgane von Nutzen, da sie hier eine Fülle von Anregungen empfangen könnten, die ihnen helfen, ihrer Rolle als Auftraggeber gerecht zu werden. Für die kontinuierliche und komplexe Planung und Auftragserteilung bedarf es der Erkenntnis der Auftraggeber, daß die Industrieproduktion die konsequente Trennung von der Bereitschaftsindustrie erfordert.

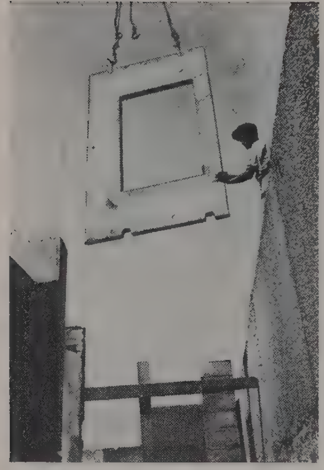
Träger der Betriebsakademien sind die Gewerkschaften. Von den Gewerkschaftsleitungen muß die Initiative zur breiten Lern- und Lehrtätigkeit auch in den Entwurfsbüros ausgehen. Die Betriebssektionen des Bundes Deutscher Architekten haben bisher noch nicht genügend auf die Wahrung ihrer fachlichen Interessen bei der Abfassung der Lehrpläne geachtet. Bei der personellen Besetzung der Räte der Betriebsakademien dürfen die Vertreter des Bundes Deutscher Architekten nicht fehlen.

Ausgehend vom Studium der Verpflichtungen der Architekten zum sozialistischen Lernen und Leben sollten sie dafür sorgen, daß das Streben der Architekten und Ingenieure nach höherer Qualifikation durch die Betriebsakademie bestmöglich unterstützt wird.

Die Zusammenarbeit zwischen den Betriebssektionen des Bundes Deutscher Architekten und den Betriebsgewerkschaftsleitungen und überbetrieblich zwischen den Leitungen der Bezirksgruppen des Bundes Deutscher Architekten und der Bezirksvorstände der Industriegewerkschaft Bau-Holz zur Förderung der Betriebsakademien muß darüber hinaus auch sichern, daß die Architekten und Ingenieure entsprechend ihrer gesellschaftlichen Stellung und ihres fachlichen Wissens zur Hebung des Bildungsniveaus aller Bauschaffenden beitragen. Die Höhen der Kultur zu stürmen, sozialistisch zu arbeiten, zu lernen und zu leben — sind gemeinsame Sache der Arbeiter und der Intelligenz. Die sozialistische Gemeinschaftsarbeit der Gewerkschaft, des Bundes Deutscher Architekten und der Kammer der Technik in Berlin wird und muß dazu beitragen, dem Neuererzentrum im Berliner Bauwesen und den Betriebsakademien zu helfen, daß die Bauschaffenden der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik ihren Bauaufgaben im Siebenjahrplan vollauf gerecht werden können.

Leichtwandkonstruktionen aus neuen Werkstoffen

Architekt Robert Trautvetter



Montage eines von der Bauunion Leipzig vorgefertigten Türelementes



Raumhohe Wanddielen werden mit Türgerüsten ausgestattet



Ein diagonal verzogenes Glasfaservlies wird in die Beplankungszone einer Verbund-Leichtwandkonstruktion mit Porengipskern eingebracht

Mehr als 3 Millionen Quadratmeter Zwischenwände werden jährlich benötigt. Sie sollen sehr leicht sein und den durch Vorfertigung und Montagebau gekennzeichneten Grundsätzen des industriellen Bauens entsprechen. Die Plaste eröffnen hier unzählige Möglichkeiten. Doch stehen diese Produkte der chemischen Industrie auch ausreichend zur Verfügung?

Oft lesen wir, daß es im Ausland bereits Kunststoffhäuser gibt, und folgern daraus, daß man bei uns doch wenigstens mit den Wänden beginnen könne. Betrachten wir aber das internationale Fachschrifttum etwas gründlicher, so stellen wir fest, daß die — versuchsweise aus kunststoffbeschichteten Perlongeweben hergestellten, mit Wasserschläuchen verankerten — „Häuser aus Luft" zunächst noch Luftschlösser sind. Kunststoffhäuser waren bisher nur auf Ausstellungen zu sehen. Selbst das größte Exemplar seiner Gattung, das Monsanto-Haus, ist auf dem Vergnügungsgelände von Walt Disney aufgebaut und dient dort den Reklameinteressen eines Chemiekonzerns.

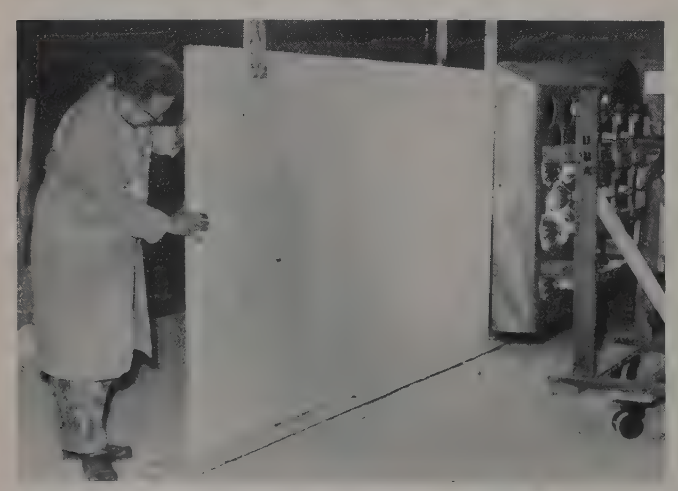
Kunststoffhäuser dienen beim gegenwärtigen Stand der Technik allenfalls der Sammlung von Erfahrungen, die beim Schnellalterungsversuch im Laboratorium nur bedingt zu erwerben sind.

Die Wohnungszwischenwände gehören zu jenen Bauelementen, bei denen der Einsatz von Plasten sehr naheliegend ist. In der Sowjetunion werden ebenso wie in den Vereinigten Staaten von Amerika sogenannte Sandwich-Konstruktionen erprobt, bei denen phenolharzversteifte Papier- oder Aluminiumwaben mit Schicht- oder Faserstoffen, zumeist aber mit glasfaserverstärkten Polyesterharzen beplankt sind. In der Praxis des sowjetischen Wohnungsbaus dominieren jedoch raumhohe, im Walzverfahren hergestellte Wandelemente aus Gips und Zuschlagstoffen. In Schweden wird vorwiegend Leichtbeton eingesetzt, und in der westdeutschen Baupraxis hat eine Verbundkonstruktion mit wabenartigem Kerngefüge aus Gips Eingang gefunden.

Wie steht es mit der Herstellung leichter Zwischenwände in unseren Baubetrieben und Forschungsstätten? In der Stuckabteilung des VEB Bauunion Leipzig ist man dazu übergegangen, zahlreiche Typen raumhoher Zwischenwandelemente aus Gips und Zuschlagstoffen, wie Hüttenbims und Locklösche, industriell vorzufertigen. Der Vorzug dieses Verfahrens besteht darin, daß keine aufwendigen Spezialeinrichtungen erforderlich sind. Die Fertigung geschieht in stehenden Holz- oder Metallformen, Drahteinlagen sorgen für die entsprechende Transportfestigkeit.

Aufwendiger, doch dafür ergiebiger ist die von den Werktätigen des VEB Stuck und Naturstein, Berlin, vor wenigen Monaten in Betrieb genommene Anlage zur Herstellung raumhoher Wanddielen aus Gips. Man kann geteilter Meinung sein, ob diese 263×32,5×6 cm großen Wandstreifen bereits den Forderungen des industriellen Bauens entsprechen. Die Platten sind oberflächenfertig; das hat den Vorteil, daß sie bei maschinellem Putzen der Rohbauwände und Decken nachträglich eingesetzt werden können. Besonders aber für das traditionelle Bauen und für das Reparaturprogramm werden raumhohe Wanddielen benötigt. Beim Besuch der in Berlin-Buchholz errichteten Produktionsstätten fallen uns zwei technologische Besonderheiten auf: Schienengebundene Formvorrichtungen werden unter einem Mischaggregat mit Gipsmilch gefüllt und auf Abstellgleise gefahren, von wo aus sie nach entsprechender Abbindezeit zur Entschalungsstelle befördert werden und ihren Weg erneut antreten. Die Formvorrichtungen sind mit hohlraumbildenden Druckluftschläuchen ausgestattet, die den Wanddielen jeweils fünf materialsparende Längskanäle und ein Flächengewicht von 56 kp/m^2 geben.

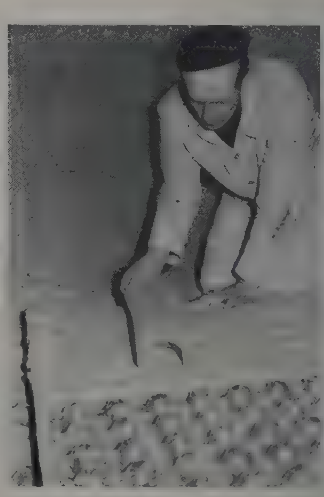
Glas und Gips bilden den Ausgangsstoff für eine von Mitarbeitern der Deutschen Bauakademie entwickelte Verbundkonstruktion, die sich bei der Ausstattung des Versuchsbaus Gera der Forschungsgemeinschaft „Großblockbauweise" bewährt hat und in der zweiten Hälfte dieses Jahres industriell produziert werden soll. Gasporengips, der sich bei einem spezifischen Gewicht von 0,36 kp/dm^3 durch gleichmäßigen Aufbau und vorteilhaftes Stabilitätsverhalten auszeichnet, wird mit diagonal verzogenem Glasfaservlies bewehrt und beidseitig mit einer PVA-modifizierten Purgipsbeplanung ausgestattet. Es war eine Last von anderthalb Tonnen notwendig, bevor der 260×150×7 cm große Prüfkörper zerbrach. Das bedeutet mehr als dreifache Transportsicherheit und gab Anlaß, auf „raumgroß" überzugehen. Die Wand hat ein Flächengewicht von 40 kp/m^2, durch die PVA-Beimischung ist sie unempfindlich gegen Spritzwasser und Oberflächentauwasser geworden; ihr Wärmedämmwert von 0,39 $m^2h^\circ/kcal$ entspricht dem einer Wohnungstrennwand. Für die in Krölpa in Aufbau befindliche Produktionsanlage sind fahr- und kippbare Tischformen vorgesehen. Nachdem die Form mit der als Außenbeplankung dienenden Purgipsschicht ausgestattet ist, wird das Glasfaservlies aufgelegt und der im Flüssigkeitszustand befindliche Gasporengips eingebracht. Es „wächst" nun buchstäblich ein Kerngefüge hervor, bei welchem sich das Volumen des Gipses fast um das Vierfache vergrößert. Der Herstellprozeß wird mit der Auflage eines zweiten Glasfaservlieses abgeschlossen, und nach der für Gips typisch kurzen Abbindezeit



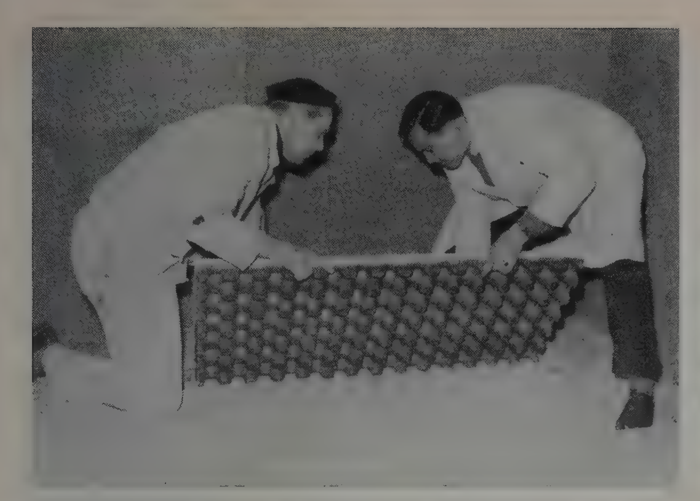
Infrarotstrahler trocknen eine 260×150×8 cm große „Krölporit"-Platte, die unter der Prüfmaschine eine Last von 1,5 t aushielt



Auch raumhohe Nischenelemente werden aus glasfaserbewehrtem Porengips hergestellt



Kegelstumpfförmige PVC-Vorlagen werden mit Baustoffbindern ausgegossen



Die wiederverwendbaren, flexiblen Formvorlagen führen zu einer Gewichtsersparnis von 45 Prozent, aus zwei Schalenhälften entsteht eine Leichtwand



Piatherm — hier mit einer fahrbaren Anlage aufgespritzt — gibt den Leichtwandelementen eine hohe Wärmedämmung

wird der Form eine oberflächenfertige Wohnungszwischenwand entnommen.

Mit dieser Entwicklung wurde den gegenwärtigen Forderungen der Baupraxis entsprochen. In verschiedenen Bauzentren unserer Republik geht man dazu über, dieses Verfahren einzuführen.

PVC dient als wiederverwendbares Formschalungsmaterial für Leichtwände, bei denen durch versetzt gegeneinandergekehrte, kegelstumpfartige Ausformungen im Vergleich zur ebenso dicken Vollwand 45 Prozent Material eingespart wurden. Mit Hilfe der Vakuumtechnik ist es bei nur geringem Kostenaufwand möglich, aus 0,5 mm dicken PVC-Folien beliebige Formvorlagen herzustellen, die sich nach dem Erstarren des Baustoffbinders auf Grund der Oberflächenbeschaffenheit und der Flexibilität des PVC sehr leicht entschalen lassen. Die auf den Formvorlagen entstandenen Abgüsse bilden jeweils eine Wandschalenhälfte, die entweder gegeneinandergekehrt, miteinander verbunden oder einzeln an der Formseite beplankt werden.

Um Raumzellen und Wände herstellen zu können, die zugleich die Funktion eines Behältnismöbels auszuüben haben, wurden Fasersteg-Elemente eingesetzt. Es handelt sich hierbei um ein aus der Holzindustrie übernommenes Stützgefüge, bei dem Holzfaser-Hartplatten zu Streifen geschnitten und ineinandergefacht werden. Diese Konstruktion erscheint ökonomisch deshalb vertretbar, weil das verwendete Ausgangsmaterial aus Einjahrpflanzen bestehen kann und mit nur 3 Prozent Phenolharz gebunden ist.

Naheliegend ist die Beplankung mit kunstharzbeschichteten Holzfaserplatten oder Glagitplatten, doch scheiden diese Stoffe auf Grund des hohen Preises und der zu geringen Abmessungen zunächst noch aus. Bei verhältnismäßig großen Stegabständen wurde versucht, Kokongespinst als Beschichtungsträger einzusetzen. Dabei bestätigte sich die auf anderen Gebieten vorliegende Erfahrung, daß das Kokongespinst bei bemerkenswert guter Haftung am Untergrund Stegabstände bis zu 50 cm zu überbrücken vermag. Die Verwendung mineralischer Stoffe für eine mechanisch beanspruchbare Beplankungszone ist jedoch nur bei verhältnismäßig großem PVA-Anteil und schichtweisem Aufbau möglich. Das Kokonverfahren sollte deshalb anderen Zwecken der Ausbautechnik, wie zum Beispiel der Beplankung von Be- und Entlüftungsschächten, Blenden und Unterdecken, vorbehalten bleiben.

An Stelle des Kokongespinstes wurden nun Glasfasermatten eingesetzt und unter der Voraussetzung, daß die Fasern zu einem geordneten Vlies verarbeitet und mit einer genügend großen Menge Haftmittel ausgestattet werden, bilden sie nicht allein eine Beplankungsunterlage, sondern sie üben zugleich die Funktion einer Bewehrung aus. Die Fasern haben eine gute Verbindung zu der im Flüssigzustand aufgebrachten, mit PVA modifizierten Purgipsbeplankung. Das Gewicht dieser Leichtwandkonstruktion beträgt 17 kp/m² und die Biegebruchfestigkeit nach vorläufigen Messungen 40 kp/cm².

Bei all diesen Entwicklungen wurden zwar Plaste verwendet, stets aber wurden sie dazu eingesetzt, um vorhandene Baustoffe ergiebiger auszunutzen oder um ihnen neue Anwendungsmöglichkeiten zu erschließen. Dem Architekten eröffnet sich hier ganz zweifellos ein interessantes Betätigungsfeld, doch sollte eines nicht unberücksichtigt bleiben: Der Einsatz von Plasten und Faserstoffen ist auch bei den Leichtwandkonstruktionen nur dann gerechtfertigt, wenn er technisch verantwortet und ökonomisch vertreten werden kann. Das Bauwesen hat im Siebenjahrplan große Aufgaben zu erfüllen, und deshalb kann es uns zunächst nicht darum gehen, Attraktionen hervorzubringen und „Luftschlösser" aus Kunststoffen zu bauen. Nutzen wir die hervorragenden Eigenschaften der Plaste, um mit ihrer Hilfe und im Verein mit den traditionellen, technisch leichter zugänglichen und deshalb wirtschaftlichen Baustoffen Neues und Besseres hervorzubringen. Nur dann können diese Produkte der chemischen Industrie ihre volle Bedeutung für die Bauwirtschaft erlangen.



Das Kokongespinst vermag Abstände bis zu 50 cm zu überbrücken. Das ist für Be- und Entlüftungsschächte, für Blenden und Unterdecken von besonderer Bedeutung



Steg-Elemente aus Faserhartplatten bilden das Stützgefüge für Wände, die zugleich die Funktion eines Behältnismöbels ausüben sollen



17 kg/m² beträgt das Gewicht dieses Steg-Elementes, das beidseitig mit Glasfasern bewehrt und mit Purgips beplankt ist

Getypte Wartehäuschen

Wir veröffentlichen den von der Entwurfsgruppe des Kreisbauamtes beim Rat des Kreises Pirna erarbeiteten eigenen Typ eines Wartehäuschens für Autobushaltestellen.

Der bescheidene kleine Bau zeigt die Wandlungsfähigkeit eines getypten Bauwerkes durch Baustoffe und Arbeitsweise.

Bei der Erarbeitung dieses Projektes wurde davon ausgegangen, daß ein gesteigerter Bedarf an solchen Wartehäuschen vorliegt und Dorfgemeinden und Städte solche Einrichtungen zu wenig und nicht gut gestaltet errichtet hatten.

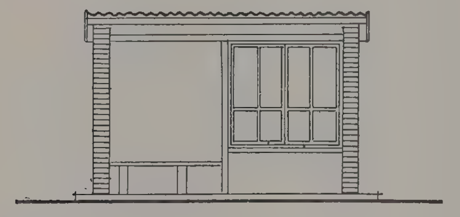
Es wurde untersucht und festgestellt, daß im allgemeinen die bereits gebauten Wartehäuschen viel zu groß bemessen und daher zu aufwendig waren.

Die Projektierung wurde in NAW-Leistung durchgeführt. In den meisten Fällen wurden diese Baulichkeiten von den Omnibusbenutzern und Rentnern ebenfalls im freiwilligen Arbeitseinsatz errichtet.

Die reine Bauzeit beträgt pro Objekt im Durchschnitt 375 Stunden.



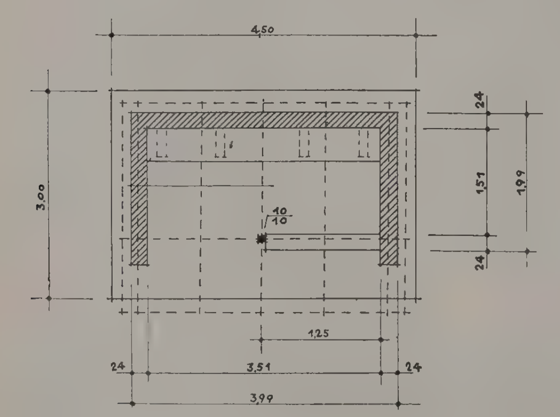
Dohna/Sa. — Wartehäuschen Ernst-Thälmann-Straße



Straßenansicht 1 : 100
Stirnflächen der Backen: Rohbau weiß gefugt



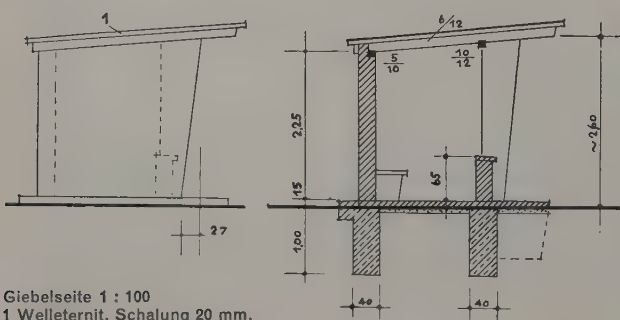
Dohna/Sa. — Wartehäuschen Ernst-Thälmann-Straße (an der Schloßmühle)



Grundriß 1 : 100



Dohna/Sa. — Wartehäuschen am Böhmischen Weg (Siedlung)



Giebelseite 1 : 100
1 Welleternit, Schalung 20 mm, Sparren 6/12 cm, Schalung 20 mm, Holzwolleplatte, Putz

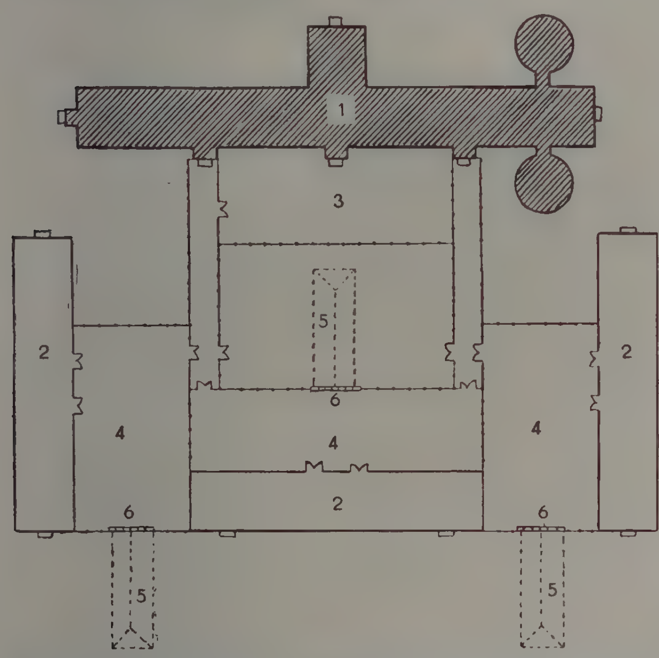
Schnitt 1 : 100
Fußboden: Estrich 25 cm, Unterbeton 8 cm
Außenputz: Kellenglattstrich weiß
Innenputz und Backenflächen: Glatter Putz
Anstrich: Nach besonderer Angabe

Offenställe und andere Neuerungen im ländlichen Bauwesen der UdSSR

Im Siebenjahrplan der UdSSR sind für Bauten auf dem Lande Investitionen in Höhe von 310 Milliarden Rubel vorgesehen. Eine bessere Ausnutzung vorhandener, nach älteren, unrationellen Typenprojekten errichteter Ställe ist durch den Umbau zu Offenlaufställen erreicht worden, wodurch bei Kuhställen das Fassungsvermögen um 40 Prozent, bei Schweineställen sogar bis zu 100 Prozent vergrößert werden konnte. Eine der wirkungsvollsten Methoden, ohne große Investitionen viel Stallraum zu gewinnen, besteht in der Anwendung des Schichtbetriebes in der Viehhaltung. Hierbei wird ein massives Stallgebäude nur zum Melken, Füttern und Tränken der Kühe benutzt, während zum Aufenthalt in der übrigen Zeit Laufställe leichter Bauart dienen. Beachtliche Material- und Kostenersparnisse bietet auch ein neuer, in Gewölbekonstruktion ausgeführter Stalltyp mit einem Gerüst aus Stahlbeton-Fertigteilen und Wandfüllung aus örtlichen Baustoffen, der zur allgemeinen Einführung empfohlen wird. Ein wichtiger Faktor beim Bau neuer Stallanlagen ist die mechanisierte Wasserversorgung. Um nicht Metallrohr verwenden zu müssen, wurden in einigen Kolchosen im Gebiet Brjansk Wasserleitungsrohre aus Beton in der Vorderwand der aus Ziegeln errichteten Futtertröge verlegt.

Im Wohnungsbau auf dem Lande ist außer der zunehmenden Verwendung von Stahlbeton-Fertigteilen die Schilfbauweise besonders im Süden bemerkenswert, bei der aus Schilf gepreßte Balken und Bohlen auch zu tragenden Konstruktionen verwendet werden.

Architektura SSSR 11/1959, S. 2 bis 6, 8 Abb.



Stallanlagen für 400 Milchkühe bei Anwendung des Schichtbetriebes 1 : 1200
1 Vorhandener massiver Stall für 100 Kühe — 2 Offenlaufstall für je 100 Kühe — 3 Auslauf — 4 Auslauf vor dem Laufstall — 5 Heu — 6 Versetzbares Freßgitter

Typenprojekt eines Werkes für Stahlbetonerzeugnisse

Das Institut Giprostrojindustrija arbeitete das Typenprojekt 4-09-345 eines Werkes für Stahlbetonerzeugnisse für den Wasserbau mit einer Kapazität von 17 000 m³ jährlich aus.

Das Hauptgebäude des Werkes besteht aus zwei 96 m langen Schiffen mit Spannweiten von je 18 m und mit einer Kranhöhe von 8 m. In dem einen Schiff werden Druckrohre im Schleuderverfahren und in dem anderen Schiff Platten nach dem kontinuierlichen Taktverfahren sowie Rinnenelemente im Standverfahren hergestellt. Das Spannen der Bewehrung wird bei allen Erzeugnissen mit hydraulischen Winden durchgeführt.

Das Lager für Zuschlagstoffe und das Zementlager sind typisiert. Im 400 t fassenden Zementlager wird der Zement mit Preßluft befördert.

Der Beton wird in zwei typisierten Betonmischanlagen mit jeweils 500 l und 250 l Fassungsvermögen zubereitet. Das Kesselhaus ist ebenfalls typisiert und verfügt über zwei Kessel. Das Fertigteillager wurde mit zwei 10-t-Turmkränen ausgestattet.

Die Nomenklatur der Produktion enthält folgende Bauteile: 5×1,25 m und 4,2×3,2 m große vorgespannte, gerippte Platten und Platten mit schlaffer Bewehrung mit einem Gewicht bis zu 2,8 t; 8×1,8 m und 8×1,1 m große vorgespannte Rinnenelemente mit einem Gewicht von 2,8 t und 5 m lange, bis zu 5,6 t schwere Druckrohre.

Bjulleten'stroitel'noj technike, Heft 1/1960, S. 7 bis 8.

Mechanisierung der Ausbauarbeiten in der Tschechoslowakischen Republik

Der Umfang der Ausbauarbeiten wird in der Tschechoslowakischen Republik von 1957 bis 1965 um 130 Prozent gesteigert. Deshalb wird bereits jetzt durch Entwicklung von Spezialmaschinen einer erhöhten Mechanisierung der Ausbauarbeiten volle Aufmerksamkeit gewidmet. Dabei wird gefordert:

1. Entwicklung einer minimalen Zahl von Grundmaschinen mit einer maximalen Menge leicht auswechselbarer Zusatzgeräte für verschiedene Arbeiten (Mehrzweck- und Einzweckmaschinen);

2. leichte Bedienbarkeit, geringes Gewicht, sichere und unfallfreie Handhabung der Maschinen. Sie sollen möglichst für Niederspannung konstruiert werden;

3. Produktion dieser Maschinen in ausreichender Menge, so daß die Brigaden mit bestimmten Maschinengarnituren ausgestattet werden können, zum Beispiel die Installationsbrigaden mit Mauerfräsen, elektromagnetischen Hämmern, maschinellen Trennsägen, Rohrbiegemaschinen, Gewindeschneidemaschinen.

Unter anderem sind in Entwicklung: Spritzpistolen zum Auftragen der Wärmedämmung und Schallschutzschicht, Putzgeräte ohne Kompressor, elektrische Putzglättmaschinen, Handmaschinen für Verkitten, Schleifmaschinen für Terrazzofußböden und Parkett, automatische Aggregate mit Druckregler für Malerarbeiten, leichte elektrische Punktschweißmaschinen, Einschießgeräte und so weiter.

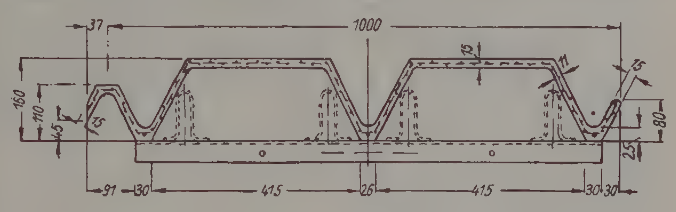
Pozemni'stavby 8/1959, S. 427 bis 429, 3 Abb.

Dünnwandige Dachschalen aus Stahlbeton

Fertigbauelemente, die zur Dachdeckung verwendet werden sollen, müssen folgenden Anforderungen genügen: Sie müssen ein möglichst geringes Gewicht besitzen, dabei aber genügend starr und tragfähig sowie wasserundurchlässig sein. Vom Institut für Beton und Stahlbeton der Akademie für Bauwesen der UdSSR sind dünnwandige, gewellte Dachschalen aus Stahlbeton entwickelt und praktisch erprobt worden, die diesen Bedingungen voll entsprechen. Sie sind 10 bis 15 mm dick und mit einem gewebten Netz aus Stahldraht sowie zusätzlichen Längsstäben aus kaltgezogenem Stahl bewehrt; bei Verwendung von 1-mm-Draht sind die Netzmaschen 10×10 mm groß, bei 1,6-mm-Draht 20×20 mm. Zement und Sand des verwendeten Mörtels haben das Gewichtsverhältnis 1 : 2, was etwa 700 kg Zement auf 1 m³ Beton entspricht. Zur Erhöhung der Wasserundurchlässigkeit sowie zum Schutz der Bewehrung vor Korrosion werden die fertigen Dachschalen von beiden Seiten mit Ölfarbe gestrichen. Zur Errichtung eines Satteldaches von 6 bis 12 m Spannweite bedarf es keiner Dachsparren; zwei Dachschalen stützen sich mit dem unteren Ende auf je eine Hauswand oder das Gesims, die oberen, aneinander gelehnten Enden werden durch Zusammenschweißen einbetonierter Verbindungsstähle miteinander verbunden, und die Fuge wird mit Zementmörtel vergossen.

Von dem obengenannten Institut ist eine spezielle Rüttelprofiliermaschine entwickelt worden, auf der Dachschalen verschiedener Wandstärke mit unterschiedlicher Bewehrung hergestellt werden können.

Beton i zelezobeton 8/1959, S. 358 bis 360, 3 Abb., 1 Tab.



Querschnitt einer Stahlbeton-Dachschale

Textilfabriken ohne Oberlicht in China

In der Volksrepublik China wurden in Textilfabriken bisher im allgemeinen Sheddächer mit Fenstern in Nordrichtung vorgesehen, deren Vorteil die Ausnutzung des natürlichen Lichtes ist. Hierbei treten aber verschiedene Mängel auf: Die Baukonstruktion ist sehr kompliziert; große Schwierigkeiten ergeben sich bei der Wärmedämmung der Dachkonstruktionen, bei der Konstruktion der Oberlichtfenster und anderer dazugehörender Einrichtungen. Die Einführung von Konstruktionen ohne Oberlichtfenster bedeutet eine Weiterentwicklung auf dem Gebiet des Textilfabrikbaus. Der wichtigste Unterschied zwischen Fabriken mit und ohne Oberlicht besteht in dem Beleuchtungsproblem. Die den menschlichen Organismus günstig beeinflussenden ultraroten Strahlen, die nur in geringer Menge durch nach Norden gerichtete Oberlichtfenster in die Werkhalle einfallen, können in entsprechender Stärke von Glühkörpern ausgesandt werden. Ultraviolette Strahlen, die ebenfalls einen sehr positiven Einfluß auf den Gesundheitszustand der Menschen ausüben, können jedoch durch das normale Glas der Fabrikfenster nicht hindurchdringen, sie werden in Textilfabriken ohne Oberlicht von Fluoreszenzlampen gespendet. Durch die hohe Leuchtkraft dieser Lampen können die Textilarbeiter richtig den Farbton und die Feinheit des Gewebes (auf 0,3 mm) feststellen. Trotz einiger Mängel ist die Fluoreszenzbeleuchtung in Textilfabriken vorteilhafter als die natürliche Belichtung.

Jianzhu Xüebao 5/1959, S. 34 bis 36, 3 Abb.

Schutzfarben für Mauerwerk

Durch den Anstrich von Mauerwerks- und Putzflächen sollen Witterungseinflüsse abgewehrt und die Außenwände des Bauwerkes vor Verschmutzungen durch Ruß und Staub geschützt werden. An die Farben sind daher zwei Grundforderungen zu stellen: Lichtbeständigkeit und Haltbarkeit gegenüber der Alkali-Agressivität von Zement und Kalk. Trotz vieler Empfehlungen haben Versuche mit synthetischen Emulsionsfarben (Latex) keine voll befriedigenden Ergebnisse geliefert. Die Farben sind zwar lichtecht, jedoch nicht genügend dauerhaft. Das gilt besonders für ältere Gebäude, die bereits mit früheren Farbanstrichen versehen waren. Häufig war hier ein Abblättern der Latexfarben zu verzeichnen. Zufriedenstellende Ergebnisse wurden dagegen mit einer neuen Bautenschutzfarbe auf Chlorkautschuk-Basis erzielt. Diese Farbe ist regendicht und besonders beständig gegen Luftverunreinigungen. Außerdem wird sie weder durch alten noch durch neuen Mörtel verändert. Die Farbe kann aufgespritzt werden und trocknet in spätestens einer Stunde. Durch nachträgliche Behandlung mit dieser Farbe können sonst nicht wetterbeständige Ziegel ohne weiteres als Vormauersteine verwendet werden. Ein weiterer Vorteil ist die Anwendung auf alten Putzflächen, wobei bis zu einem gewissen Grade lockeres Gefüge durch die Farbbehandlung wieder verfestigt wird.

Building Materials Export, Dezember 1959, S. 207

Die Zentrale Wissenschaftliche Bauinformation der Deutschen Bauakademie, Berlin C 2, Wallstraße 27, Fernruf 2095041 und 2095051, erteilt Auskunft in allen Fragen des Bauwesens. Der Lesesaal ist werktags (außer sonnabends) von 9.00 bis 17.00 Uhr, mittwochs bis 20.00 geöffnet.

Zu unseren Details

Mastenbauweise

Bauingenieur Paul Schalow
Deutsche Bauakademie

Auf dem Gebiete der Landwirtschaft erfordert die schnelle Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und der damit verbundene Übergang von der Klein- zur sozialistischen Großflächenwirtschaft eine erhebliche Steigerung der ländlichen Bauproduktion für die Herstellung der entsprechenden landwirtschaftlichen Produktionsgebäude. Die Hauptaufgabe ist die Errichtung von etwa 30 000 Rinderoffenställen.

Um die hierfür notwendige Steigerung der Arbeitsproduktivität zu erreichen, ist der Übergang von der handwerklichen zur industriellen Produktionsform auch im ländlichen Bauwesen zu organisieren, und zwar nach folgenden drei Gesichtspunkten:

1. Einführung neuer Montagebauweisen
2. Einführung von Typenreihen
3. Einführung der kontinuierlichen spezialisierten Serienfertigung nach der Taktmethode

Unter Berücksichtigung dieser drei Punkte wurden bereits Typenreihen entwickelt. Die Aufgabe der Bauindustrie ist es nun, im laufenden Jahr auf breiter Ebene die Produktion auf der Grundlage dieser Projekte zu organisieren und durchzuführen. Damit würde die Erfüllung der vom ländlichen Bauwesen geforderten Aufgaben erreicht werden können.

Das vormalige Institut für Typung der Deutschen Bauakademie, Zweigstelle Halberstadt, entwickelte für niedrige Kaltbauten eine Bauweise, wonach die tragenden Stützen unter Ausnutzung des passiven Erddruckes in den unberührten Boden eingespannt werden. „Unter dem Begriff Mastenbauweise wird in der Typenreihe Kaltbauten der Landwirtschaft eine Bauweise verstanden, in der Stützen ohne Schwergewichtsfundamente in den ungestörten, gewachsenen Boden eingespannt sind."

Die Vorteile dieser Bauweise liegen vor allem in der Gründung. Durch Fortfall der Schwergewichtsfundamente kann durch Einsatz eines Bohrgerätes die an sich sehr arbeitsintensive Schachtung hochgradig mechanisiert werden.

Die Entwicklung der Mastenbauweise geht auf die Erfahrungen im Freileitungsbau zurück. Es ging bei der neuen Gründungsart darum, eine kraftschlüssige Verbindung zwischen Mast und ungestörtem Boden zu erreichen. Am besten hat sich dabei bewährt, die Gründungslöcher der Masten mit einem mechanischen Bohrgerät (Spiralbohrer) in der erforderlichen Tiefe zu bohren und nach Stellen der Stützen den verbleibenden Zwischenraum durch Stampfbeton auszufüllen. Damit der Beton durch Frost- und Witterungseinflüsse nicht zerstört werden kann, ist mindestens eine Betongüte von B 160 zu verwenden. Zur Aufnahme der lotrechten Lasten und zur Festlegung der Höhe der Mastenaufstandsfläche wird eine 10 cm starke Aufstandplatte eingebracht und einnivelliert.

Um eine Grundlage für die Bestimmung der erforderlichen Einspanntiefen unter bestimmten Belastungen und bei unterschiedlichen Bodenarten zu schaffen, mußten Probebelastungen unter den verschiedensten Bedingungen durchgeführt werden.

Aus diesen Untersuchungen ergab sich laut „Verfügung und Mitteilung des Ministeriums für Bauwesen 37/4.4" folgende Festlegung:

Die Einspanntiefen der Stützen für die Gebäude der Typenreihe Kaltbauten in der Landwirtschaft betragen bei einem Bohrlochdurchmesser über 400 mm für

Gebäude-Systemhöhe 2400 mm = 1400 mm,
Gebäude-Systemhöhe 3000 mm = 1600 mm,
Gebäude-Systemhöhe 3600 mm = 1800 mm.

Als wirksame Einspanntiefe gilt die Länge des Mastes von Oberkante Betonfußboden bis Oberkante Aufstandsohlplatte abzüglich einer eventuellen geländebedingten Auffüllung. Wird eine geländebedingte Bodenauffüllung (0 bis 400 mm) erforderlich, so ist eine Verankerungsbewehrung, Durchmesser 12 mm, um die Stütze herumzuführen. Dementsprechend ist der Fußbodenbeton zur Einbettung der Bewehrung an der Außenseite der Stütze auszubilden. Die Verankerungsbewehrung hat den Zweck, die Stütze in die Fußbodenscheibe einzuspannen. In bezug auf den Baugrund wurde festgelegt, daß dieser gewachsener und offensichtlich unberührter Boden sein muß. Die zulässige Bodenpressung bei Anwendung der Mastenbauweise muß mindestens 1 kp/cm² betragen. Liegt sie unter 2 kp/cm², so ist ebenfalls um die Stütze eine Verankerungsbewehrung herumzuführen.

Bei der Betrachtung des Prinzips dieser Bauweise wird verständlich, daß das Bodengefüge an den Stützen in der Beanspruchungsrichtung durch Schachtarbeiten nicht gestört werden darf. Desgleichen muß eine Aufweichung des Bodens an der Einspannstelle durch Oberflächenwasser vermieden werden. Erforderliche Schachtarbeiten sollen mindestens einen Abstand von der Länge der Einspanntiefe des Mastes haben.

Streifenfundamente können nicht zwischen die Stützen gelegt werden, da die Standsicherheit der Masten durch das nachträgliche Aufgraben gefährdet wird. Daraus wiederum ergibt sich, daß als Wandausfachung nur Konstruktionen gewählt werden können, die man in Form von leichten Wandtafeln (Asbestbetontafeln oder Schalung) auf Holzriegeln an den Masten befestigt oder als Ausmauerung (Betondielen) auf den Betonfußboden ohne Fundamente aufsetzt.

Die Zulassung dieser Bauweise wurde vorerst von der Anwendung der von der Deutschen Bauakademie entwickelten Typenprojekte abhängig gemacht, weil die in diesen Projekten enthaltenen konstruktiven Einzelheiten den Versuchen der durchgeführten Probebelastungen entsprechen. Die Einwirkung anderer Einflüsse auf die Konstruktion, wie zum Beispiel zusätzliche Horizontalkräfte durch Schüttgüter oder das Auflegen schwerer Dachtragwerke, ist noch nicht erprobt; deshalb wurde von einer Zulassung für die individuelle Projektierung abgesehen. Da aber der volkswirtschaftliche Nutzen der Mastenbauweise bei der Durchführung des Rinderoffenstallprogrammes durch erhebliche Einsparungen sehr bedeutend ist, erfolgte die Zulassung in der erwähnten Begrenzung.

Eine Zwischenauswertung der Erprobung im Bezirk Magdeburg zeitigte folgende Ergebnisse:

Die Gegenüberstellung bezieht sich lediglich auf die Gründung und das Montieren der Stützen. Gegenübergestellt wurden zwei Gebäude gleichen Typs.

Bezeichnung	Stahlbetonmasten in Schwergewichtsfundamenten	Stahlbetonmasten in ungestörtem Boden (Mastenbauweise)
Zement	12,5 t	3,6 t
Fundament	37,0 m³	9,2 m³
Arbeitsaufwand auf der Baustelle	51,2 Tgw	10,0 Tgw

Das bedeutet eine Einsparung je Offenstall von 8,9 t Zement, 27,8 m³ Fundament und 41,2 Tgw Arbeitsaufwand.

Der volkswirtschaftliche Nutzen, der sich durch die Anwendung dieser Konstruktion ergibt, ist in vollem Umfange erst dann zu ermessen, wenn man bedenkt, daß in einem Jahre im Durchschnitt 5000 Offenställe gebaut werden.

Es liegt auf der Hand, daß auch dieser Bauweise, weil sich die Abweichung von den bisher üblichen lediglich auf die Gründung erstreckt, Beschränkungen auferlegt sind und sie deshalb nicht universell anwendbar ist.

Ein wesentlicher Faktor bei dieser Gründungsart ist der Einsatz eines mechanischen Bohrgerätes (Spiralbohrer). Wenn die Bodenverhältnisse den Einsatz dieses Bohrgerätes nicht gestatten, treten bei der Anwendung der Mastenbauweise Schwierigkeiten auf. Das trifft zum Beispiel zu, wenn der Bohrer auf größere Steine (Findlinge) stößt. In diesen Einzelfällen kann man sich insofern helfen, indem man das Gründungsloch schachtet. Die Schachtung wird so vorgenommen, daß der Arbeitsraum von einer Seite, die quer zur Beanspruchungsrichtung liegt, an die eigentliche Grube von 500×500×1800 mm in derselben Breite herangetrieben wird. Dieser Arbeitsraum wird dann später mit Boden verfüllt und abgestampft. Auch wenn ein Bohrgerät nicht vorhanden ist, kann diese Methode Anwendung finden. Sie bringt gegenüber der üblichen Bauweise mit Schwergewichtsfundamenten trotzdem noch Vorteile und Einsparungen.

Bei hohem Grundwasserstand wirkt das Grundwasser nicht hindernd, wenn der Boden im Wasser bis zum Setzen der Stützen und Ausfüllen des restlichen Bohrloches steht. Ist dies aber nicht der Fall, sollte man von der Anwendung der Mastenbauweise absehen. Selbst der Einsatz von Rohrhülsen wird nicht die erforderliche kraftschlüssige Verbindung mit dem gewachsenen Boden herstellen. Dasselbe gilt für Feinsand, weil das Loch sofort nach dem Ziehen des Bohrers zusammenfällt.

Bei der Festlegung der Standorte von Rinderhofanlagen sollte man zur Vermeidung zu umfangreicher Erd- und Planierungsarbeiten ein möglichst ebenes Gelände wählen. Für die Anwendung der Mastenbauweise wird eine Bodenaufschüttung über 60 cm kritisch und vor allem wegen der benötigten Überlängen der Stützen unrentabel, denn die Betonindustrie hat sich nur auf Überlängen bis 60 cm in Maßsprüngen von 20 cm festgelegt. Es können daher bei der industriellen Vorfertigung der Masten individuelle Wünsche nicht berücksichtigt werden.

Betrachtet man den gesamten Arbeitsablauf beim Bauen eines Offenstalles in der Mastenbauweise, so wird man feststellen, daß er einerseits aus einer hochmechanisierten Montage, andererseits aus einer handwerklichen Arbeitsweise besteht. Hierdurch entwickeln sich verschiedene Baugeschwindigkeiten. Diese Unterschiedlichkeit muß durch einen organisierten Bauablauf ausgeglichen werden. Da in der Landwirtschaft durch das Rinderoffenstallprogramm eine große Anzahl gleichartiger Bauaufgaben zu bewältigen ist, kann also die Mastenbauweise nur in Verbindung mit der kontinuierlichen spezialisierten Serienfertigung nach der Taktmethode den größtmöglichen volkswirtschaftlichen Nutzen bringen. Bei dieser Methode wird die Baugeschwindigkeit der Montagearbeiten voll ausgenutzt.

Bei der Einteilung eines Mastenprojektes nach technologischen Gesichtspunkten und der Errechnung der Taktzeiten ergibt sich, wie die praktische Erprobung bestätigte, daß der erste Takt (Bohr- und Montagetakt) eine vierfache Baugeschwindigkeit gegenüber den anderen Takten entwickelt. Zum besseren Verständnis sei an dieser Stelle die Taktaufteilung eines Offenstallprojektes eingefügt:

Takt 0: Mutterbodenabtrag und Planierungsarbeiten

Diese Arbeiten sind trotz gewisser bautechnischer Nachteile in dem Vortakt zusammengefaßt, da die zu bewegenden Erdmassen der einzelnen Baustellen erheblich differieren und somit eine einheitliche Taktzeit nicht zu erreichen ist. Des weiteren ist hierdurch die Möglichkeit gegeben, diese Arbeiten in sozialistischer Gemeinschaftshilfe oder durch Eigenleistung auszuführen.

Takt I: Gründungslöcher bohren, Stützen setzen

Bei der geringen Taktzeit von knapp zwei Tagen erscheint es nicht vertretbar, diese Zeit auf volle Arbeitstage aufzurunden, insbesondere, da bei gut bohrfähigem Baugrund eine Taktzeit von nur einem Tag erreicht werden kann.

Für die Arbeitsorganisation der spezialisierten Produktionsabteilung und für die Bereitstellung der Baustoffe und Fertigteile erscheint es notwendig, mit den festgelegten 1,5 Tagen zu rechnen.
Taktbesetzung: 7 Arbeitskräfte

Takt II: Dachtragwerk aufstellen und Dacheindeckung

Zwischen Takt I und II muß zum Abbinden des Füllbetons eine technologische Pause eingelegt werden. Von diesem Takt ab ist die Taktzeit auf sechs Tage festgelegt. Es ist also notwendig, vier gleiche Taktbrigaden nebeneinander einzusetzen.
Taktbesetzung: 4×6 Arbeitskräfte

Takt III: Grundleitungen, Be- und Entwässerung, Freßgitterpfosten, Dachrinnen, Kiesunterbau des Fußbodens

In diesem Takt ist unter anderem das Verlegen der Bewässerungsleitung enthalten. Es muß gewährleistet sein, daß vor Verfüllen der Leitungen die Abnahme (Abdrücken) erfolgt.
Taktbesetzung: 4×6 Arbeitskräfte

Takt IV: Fußboden und Sockelbeton
Taktbesetzung: 4×10 Arbeitskräfte

Takt V: Wandverkleidung, Krippen, Freßgitter, Tore, Elektroinstallation, Tränkebecken aufstellen

Zwischen Takt IV und V muß eine technologische Pause zum Abbinden des Fußbetons eingelegt werden.
Taktbesetzung: 4×5 Arbeitskräfte

Wie aus dieser Einteilung zu ersehen ist, muß die Taktbrigade I für 4 Parallelabteilungen die Bohr- und Montagearbeiten durchführen. Dabei entsteht für diese Brigade ein sehr großer Aktionsradius, weil durch die große Streuung im landwirtschaftlichen Bauen verhältnismäßig große Strecken bei der Umsetzung von einer Baustelle zur anderen bewältigt werden müssen. Dies ist zwar ein Nachteil, der aber vorerst bis zur Aufstellung von Spezialbetrieben auf Grund der sonstigen großen Vorteile in Kauf genommen werden muß. Überlegungen, diesen Aktionsradius zu verkleinern, führten zu Untersuchungen, ob auch die zu den Ställen gehörenden Nebenanlagen, wie Durchfahrtssilos, nach dem Prinzip der Mastenbauweise konstruiert werden können. Neben dem Vorteil, daß diese bisher in mühseliger Handmontage errichteten Anlagen maschinell montiert werden können, würde zugleich dem angestrebten oben erwähnten Ziel entsprochen werden. Diese Untersuchungen sind jedoch noch nicht abgeschlossen, da auch hierfür noch Probebelastungen durchzuführen sind.

Um die hier geschilderten volkswirtschaftlichen Vorteile, die bei der Anwendung der Mastenbauweise in Verbindung mit der kontinuierlichen spezialisierten Serienfertigung nach der Taktmethode auch nach Auslaufen des Offenstallprogrammes (es handelt sich dabei grundsätzlich um Kaltbauten) im ländlichen Bauwesen auszunutzen, wird es als notwendig erachtet, diese Bauweise auch für Warmbauten, die bisher noch in traditionellen Bauweisen ausgeführt werden, durchzusetzen. Das bedeutet: Es muß eine Wand- und Deckenausbildung gewählt werden, die so leicht ist, daß die Masten diese Lasten ohne Gefahr aufnehmen können.

DETAILBLATT NR. 161

zu Seite 280

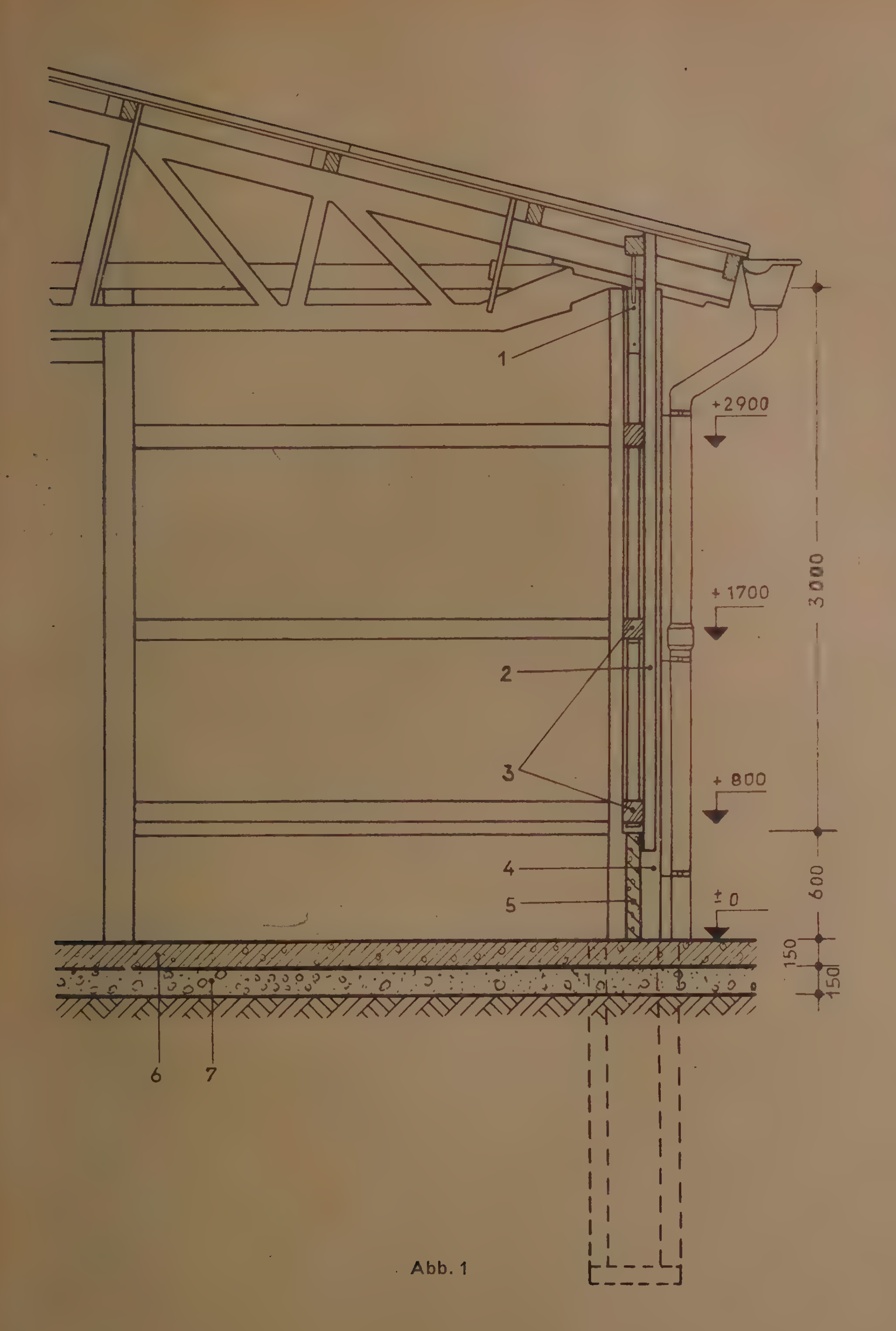


Abb. 1

Mastenbauweise

Entwicklung in der Deutschen Bauakademie, Sektor Bauten der Landwirtschaft

1 : 33

Abb. 1

Schnitt durch die Längswand

1 Binderanker
2 Wandverkleidung, Stulpschalung
3 Holzriegel
4 Stahlbetonmast
5 Sockel
6 150 mm Beton B 160
7 150 mm Grobkies

DETAILBLATT NR. 162

zu Seite 280

Mastenbauweise

Entwicklung in der Deutschen Bauakademie, Sektor Bauten der Landwirtschaft

1 : 20

Gebohrte Gründungslöcher

Abb. 2
Längsschnitt

1 Verfüllung B 160
2 Gründung in gewachsenem Boden

Abb. 3
Längswand- und Giebelstütze

3 Erdbohrung, Durchmesser 500 mm

Abb. 4
Eckstütze

1 Erdbohrung, Durchmesser 500 mm

Abb. 5
Mittelstütze

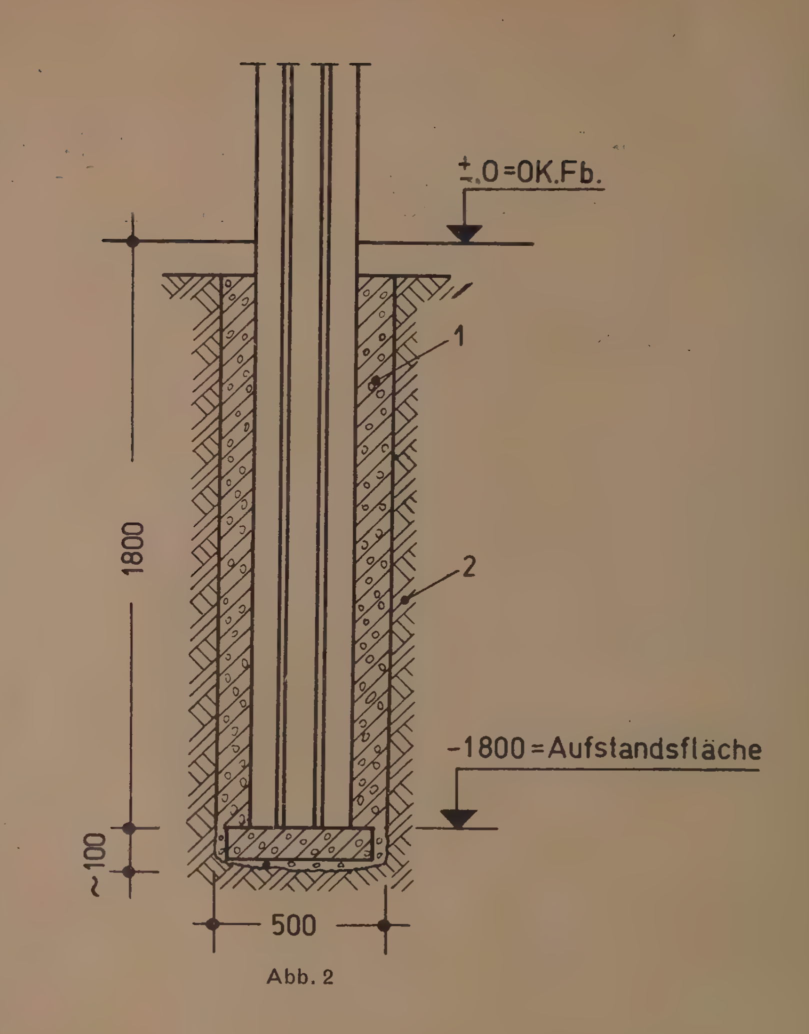


Abb. 2

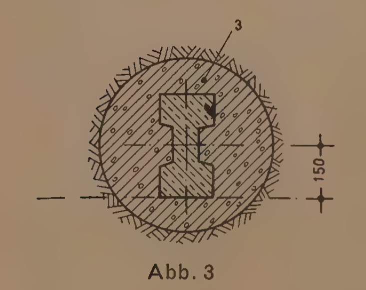


Abb. 3

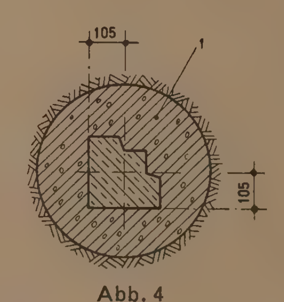
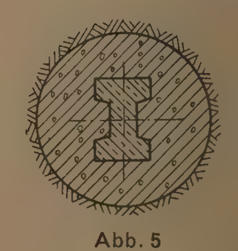


Abb. 4


Abb. 5

DETAILBLATT NR. 163

zu Seite 280

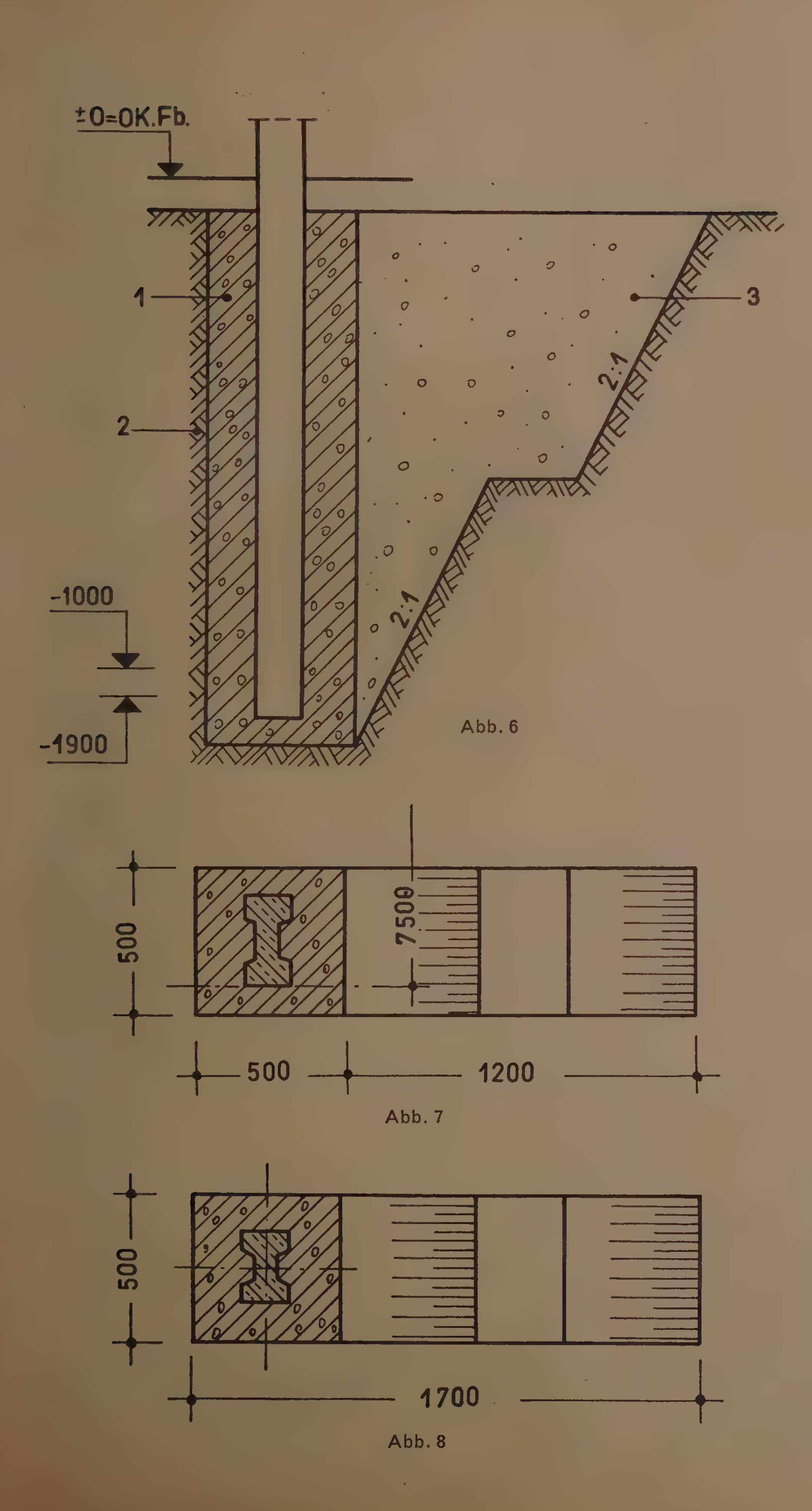


Abb. 6

Abb. 7

Abb. 8

Mastenbauweise

Entwicklung in der Deutschen Bauakademie, Sektor Bauten der Landwirtschaft

1 : 20

Geschachtete Gründungslöcher

Abb. 6
Längsschnitt

1 Verfüllung B 160
2 Gründung in gewachsenem Boden
3 Verfüllung Erde gestampft

Abb. 7
Längswand- und Giebelstütze

Abb. 8
Mittelstütze

zu Seite 280

Mastenbauweise

Entwicklung in der Deutschen Bauakademie, Sektor Bauten der Landwirtschaft

Abb. 9
Eckstütze 1 : 40

Abb. 10
Bewehrung der Stützenfüße im Betonfußboden — Lage der Bewehrung 1 : 40

1 Durchmesser 12 mm, L = 3900

Abb. 11
Verankerung der Verbindungspfette
Binderstütze

Abb. 12
Binderanker an Giebelstütze

Abb. 13
Verankerung der Verbindungspfette
Eckstütze

Abb. 14
Pfettenbefestigungswinkel

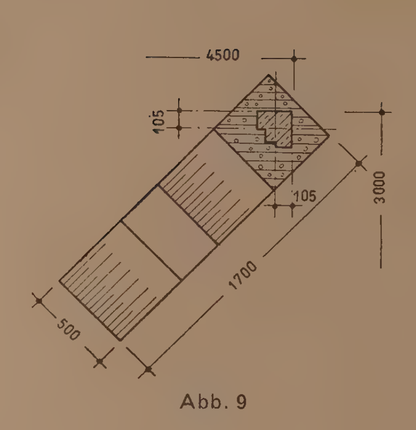


Abb. 9

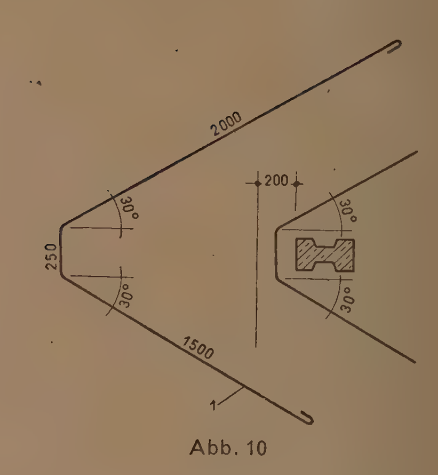


Abb. 10

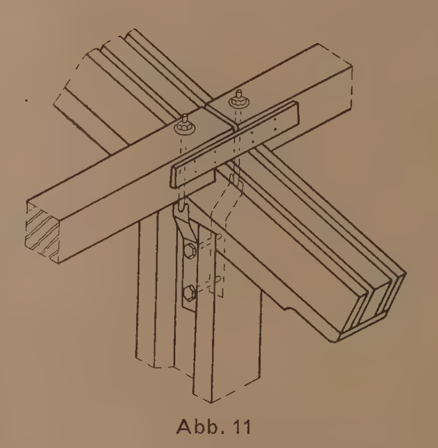


Abb. 11

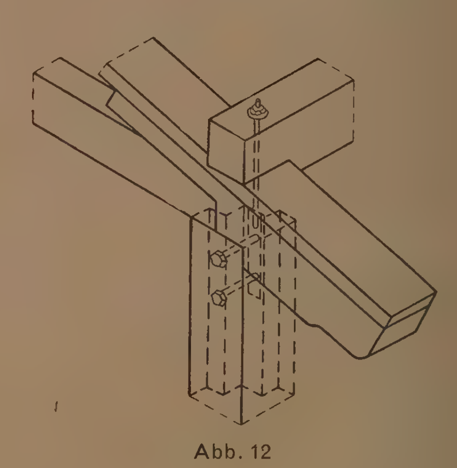


Abb. 12

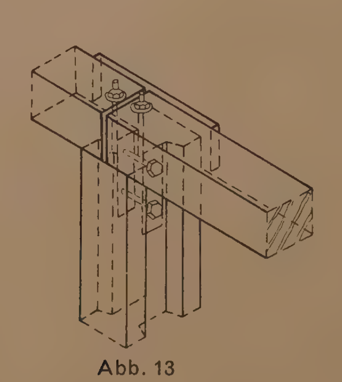


Abb. 13

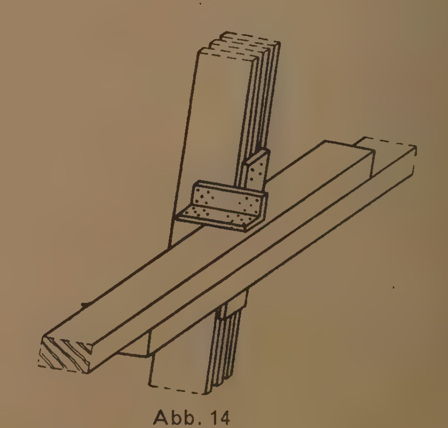


Abb. 14

Industrialisierung des Bauwesens und sozialistische Baukunst

Architekt BDA Dipl.-Ing. Richard Zeidler

Die sozialistische Architekturtheorie und Architekturkritik können nur im Zusammenhang mit der Praxis des architektonischen Schaffens weiterentwickelt werden. Deshalb ist die Teilnahme der Architekten selbst an architekturtheoretischen und architekturkritischen Diskussionen von allergrößter Bedeutung. Aus diesem Grunde ist der nachstehende Beitrag besonders hoch einzuschätzen.

Die Redaktion

Das außerordentlich starke Interesse, das von allen Kollegen aus Plauen und Zwickau dem Thema „Industrialisierung des Bauwesens und sozialistische Baukunst" entgegengebracht wird wurde durch die rege Beteiligung an zwei Diskussionsabenden der BDA-Kreisgruppe Plauen-Zwickau in Plauen und Zwickau bewiesen. Grundlage der Diskussion war das Referat von Professor Hans Schmidt und die hierfür zusammengestellte Lichtbilderserie auf der theoretischen Beratung der Deutschen Bauakademie in Berlin.

Eine fruchtbare Bereicherung brachten die Ausführungen von Professor Schmidt zum Diskussionsabend am 15. Januar 1960 in Zwickau. Zum Teil deckten sie sich durchaus mit den Erkenntnissen und Erwägungen, die wir selbst gewonnen hatten. Das kam zum Ausdruck, indem er die baukünstlerischen Fragen als wichtig und ausschlaggebend bezeichnete. Wie drükken sich die ästhetischen Belange, deren Beachtung die Bewohner verlangen, neben den funktionellen, verkehrstechnischen und ökonomischen Grundsätzen aus?

Baukünstlerische Probleme können nicht getrennt von der Entwicklung der Gesellschaft behandelt werden. Die Industrialisierung zum Beispiel löst eine Reihe von Problemen aus. Was wird zum Beispiel aus den Städten, aus der Architektur unter den Bedingungen der Industrialisierung? Die Stadt soll doch nicht allein den funktionellen, technischen und sozialen Anforderungen entsprechen, sondern auch die ästhetischen Werte sollen hervorgehoben werden. Gerade diese Fragen beschäftigen die Architekten in steigendem Maße.

Die Architektur bedeutet im wesentlichen eine praktisch-nützliche Aufgabe. Sie hat darüber hinaus aber auch auf das Bewußtsein der Menschen einzuwirken, aus der Wirklichkeit zu schöpfen, sie widerzuspiegeln. Sie ist abhängig von der Ideologie einer Epoche; auch die künstlerische Erscheinung wird sich demzufolge wandeln.

Es gilt, die Unterschiede zwischen sozialistischer und kapitalistischer Architektur wirksam werden zu lassen. Beide fußen auf den Erkenntnissen der internationalen Technik und Wissenschaft und haben viele Gemeinsamkeiten, weisen aber auch viele Unterschiede auf. Letztere ergeben sich aus dem Gegensatz der gesellschaftlichen Wirklichkeit und Zielsetzung. Sie treten im Bauwerk deutlich in Erscheinung. Es ist wichtig zu erkennen, was das Besondere einer sozialistischen Baukunst ist. Wenn wir uns mit der Architektur wissenschaftlich befassen, dann müssen wir von bestimmten Kriterien ausgehen.

Es wurde einmal davon gesprochen, Klarheit, Einfachheit und Ordnung seien eine Forderung des industriellen Bauens. Dies ist jedoch nicht nur von dieser Warte aus zu betrachten. Wenn wir von einer Einfachheit sprechen, dann auch von den gesellschaftlichen Ansprüchen, von den Vorstellungen von Schönheit und so weiter. Ist zum Beispiel Einfachheit Armut, Klarheit vielleicht eine Klarheit auf Grund der Phantasielosigkeit? Außer dem Städtebau ist es die Entwicklung der Architektur überhaupt, die uns besonders interessiert. Hier geht vor allem der Begriff Tektonik den Architekten an. Die Tektonik unterliegt bestimmten Forderungen, sie bedeutet aber zugleich auch ein Mittel, den künstlerischen Ausdruck zu steigern.

Der Begriff räumliche Komposition wird durch die Industrialisierung nicht entscheidend beeinflußt. Die räumliche Komposition gehört aber zu den wesentlichen Aufgaben des Städtebaus in baukünstlerischer Beziehung.

Es können nicht immer die Technologie und die Ökonomik als allein ausschlaggebend in den Vordergrund gestellt werden, sondern auch das Gestalterische muß zu seinem Recht kommen. Die Gestaltung sowohl im Städtebau als auch in der Architektur wird nach wie vor das Gebiet sein, das jedem Menschen sinnfällig vor Augen steht. Hier setzt die Kritik der breiten Volksmassen ein. Bautechnologie, Ökonomik, Konstruktionsmöglichkeiten werden als selbstverständliche Voraussetzungen einer Gestaltung hingenommen, ohne daß sie im allgemeinen von der großen Masse unseres Volkes eine eingehende Untersuchung erfahren. Hinsichtlich der Typenprojektierung beschäftigt uns vor allem die Frage: „Wie sollen typisierte gesellschaftliche Bauten aussehen?" Hier gibt es noch keine Typenprojekte für industrielle Bauweisen. Diese Bauten müssen jedoch aus einem Stil sein, sie müssen in Beziehung zu den anderen Bauten stehen.

Ist das Zusammenmontieren von Projekten aus bestimmten Elementen noch Architektur? Ist das individuelle Projekt ein Kunstwerk? Wenn das handwerklich hergestellte Bauwerk Kunst ist, warum sollte es dann nicht auch das industriell hergestellte sein? Der Anspruch des Künstlerischen ist nicht an die Art der Herstellung gebunden, sondern daran, was die Gesellschaft vom Bauwerk erwartet.

Die Industrialisierung kann auf keinen Fall das Ende der schöpferischen Tätigkeit des Architekten bedeuten. Das Klare, Logische und Gesunde müssen in unseren Bauwerken zum Ausdruck kommen.

Es wurde weiterhin festgestellt, daß auch heute noch keine Klarheit darüber besteht, wie die neue Stadt aussehen solle. Hier müsse man beginnen, sich über das Grundsätzliche klar zu werden. Dabei ist es wichtig, daß diese Klarheit aus den Anregungen der Praxis kommen muß. Natürlich geht das nicht ohne eine theoretische Linie, also ohne Diskussionen, die eben die Praxis mit sich bringt. Daß bei unseren neuen Städten vor allem der Verkehr berücksichtigt werden muß, ist eine der wichtigsten Aufgaben. Für uns Architekten in der Deutschen Demokratischen Republik liegen die Dinge so, daß wir nicht nur neue Städte bauen; die Realität verlangt in erster Linie Aufbau und Erweiterung unserer schon bestehenden Siedlungen, vor allem auch die Gestaltung unserer Stadtzentren.

Die uns zur Verfügung stehenden Pläne für Neuanlagen von Städten und Siedlungen sind im allgemeinen für ein Gelände ohne nennenswerte Bodenerhebungen aufgestellt worden. Die Anwendung von Typen, die ökonomischen Belange, die Versorgungsanlagen, die verkehrstechnischen Einrichtungen sind schwieriger, aber auch reizvoller zu bearbeiten, wenn die Geländeverhältnisse so sind, wie sie im Mittelgebirge — gerade im Plauener und Zwickauer Gebiet — vorliegen. Dabei kommt es darauf an, zu erkennen, was bei den vorhandenen Städten schlecht und unbrauchbar ist beziehungsweise das hervorzuheben, was als gut und erstrebenswert erscheint.

Zum wiederholten Male wurde von Diskussionsteilnehmern ein Vergleich mit den mittelalterlichen Städten angestellt. In allen Zeiten der Vergangenheit waren Architekten und Künstler auch auf dem Gebiet der städtebaulichen Gestaltung tätig. Es wurden Pläne entwickelt, die als „Idealstadt" betrachtet wurden.

Wir müssen in bevorzugtem Maße auch Kenntnis nehmen von den neuzeitlichen Schöpfungen der sowjetischen Stadtbaukunst und solchen Planungen, die den demokratischen und sozialistischen Charakter erkennen lassen.

Nicht mit allem, was geschaffen wird, kann man einverstanden sein. Es handelt sich auch hierbei zum Teil um Versuche. In Stalinstadt sind bereits drei Unterschiede in der Architektursprache zu erkennen. Welche ist die richtige? Können wir industrialisieren, standardisieren, wenn wir nicht erkennen, was richtig ist? Der Begriff „Stil" müßte geklärt werden, damit nicht nach zwei Jahren jeweils etwas als schlecht abgetan wird, was zuvor praktiziert wurde.

Hinsichtlich der Typen kommt es darauf an, diese so zu entwickeln, daß es möglich ist, eine große Menge an gut gestalteten Wohnungen zu bauen. Auch die kleinere Wohnung wird in Zukunft ihre Beliebtheit behalten, wenn ein größerer Komfort Berücksichtigung findet.

Endzweck unseres Schaffens soll sein, der Entwicklung unserer Architektur unter Anschluß an die sozialistische Industrialisierung vorwärts zu helfen. Beispiele aus Zwickau und vor allem auch aus Plauen als einer außerordentlich stark zerstörten und im Wiederaufbau begriffenen Stadt wurden von einigen Kollegen zur Erhärtung ihrer Meinung dargelegt. Die Erkenntnisse, die unter anderem der Wettbewerb Zentrum Berlin mit sich brachte, werden in der für unsere Aufgaben möglichen Weise ausgewertet.

Alle Feststellungen, Erkenntnisse und Betrachtungen sind im Interesse der eigenen Arbeit kritisch auszuwerten. Denn Architekturbetrachtung und Architekturtheorie können nicht um ihrer selbst willen behandelt werden, sie werden erst dann sinnvoll mit Leben erfüllt, wenn sie die eigenen Arbeiten fruchtbar beeinflussen.

Die älteren Kollegen können auf jahrzehntelange Erfahrungen zurückblicken, die sie in die Lage versetzen, eine sehr wechselvolle Entwicklung zu verfolgen und Vergleiche anzustellen. Diese Kenntnis ist nicht immer ermunternd und kann sich für manchen recht hemmend auswirken. Aber sie gibt auch die Möglichkeit, eben auf Grund dieser Erfahrungen und kritischen Abwägung, nach Überwindung der inneren Widerstände, mit Überzeugung an die Bearbeitung unserer Aufgaben heranzugehen. Die jüngeren Kollegen kennen diese inneren Auseinandersetzungen nicht in diesem Maße. Es ist anzunehmen, daß dies aber später auch bei ihnen eintreten wird. Es ist doch wohl eine erwiesene Tatsache — und es kann tatsächlich keine Ausnahme gemacht werden —, daß jeder Architekt durch seinen Beruf kritisch zum fachlichen Geschehen jeder Art eingestellt und vor allem selbstkritisch in seinem eigenen Schaffen ist wie kaum ein Angehöriger irgendeines anderen Berufes.

Die Bauwerke sind als letzte Auswertung unserer Entwurfstätigkeit in vollendetem Maße gebaute Dialektik, denn die Auseinandersetzung in ideologisch-gesellschaftlicher, künstlerisch-kultureller und technisch-materieller Art müssen unter Beachtung der ökonomischen Forderungen für uns Architekten als den geistigen Schöpfern der Werke vorausgehen und abgeschlossen sein.

Der Architekt ist nicht nur Treuhänder, wie es die frühere Lesart und die heute noch im Kapitalismus übliche Formulierung besagt. Er ist vielmehr „öffentlich Verantwortlicher" im wahrsten Sinne des Wortes. Er ist als Projektant von der Öffentlichkeit — dem werktätigen Volk, dem Staat — bestellt, er trägt die volle Verantwortung für die Richtigkeit seiner Projektierung und auch für die Koordinierung aller Spezialisten. Das nach seinen Plänen errichtete Bauwerk bringt diese Verantwortlichkeit der Öffentlichkeit gegenüber zum Ausdruck.

Erfahrungen, Kenntnisse und Traditionen sind zu würdigen. Sie dürfen jedoch nicht verhindern, das Neue durchzusetzen.

Wir müssen im Verfolg dieser Tatsachen die technisch-konstruktiven und bautechnologischen Probleme der Industrialisierung künstlerisch einwandfrei gestalten.

Dadurch kann es möglich und notwendig werden, daß der Beruf des Architekten zu den Berufen gehört, die starke Wandlungen von grundsätzlicher Bedeutung erfahren.

Jeder Fehler kann bereinigt werden, manche Mängel sind überhaupt nicht sichtbar, aber gebaute Fehler sind jederzeit offenbar.

Es überrascht, daß unsere Bauwerke heute einen Ausdruck, eine äußere und innere Gestaltung zeigen, die vor einigen Jahren unmöglich gewesen wäre. Man sollte immer bestrebt sein, seine Werke wie seine Meinung — wenn sie auf ehrlichen Grundlagen aufgebaut sind — in jeder Hinsicht zu verteidigen. Das Positive sollte hervorgehoben werden. Aber es befremdet immer, wenn man seine Leistungen dadurch ins rechte Licht setzen soll, indem man andere als schlecht bezeichnet, ohne es recht begründen zu können. Sehr häufig erfolgen solche Äußerungen aus leichtfertiger Übernahme von irgendwelchen Feststellungen.

Aus dem weiteren Verlauf der Auseinandersetzungen sind folgende Äußerungen von Interesse:

Gibt es ein Rezept für die neue Architektur? In der Vergangenheit wurde verschiedentlich Kritik an den Projektanten geübt, die diese unsicher machte. Es gab früher auch schon Typen, die leider zu einer Eintönigkeit führten. Es muß verhütet werden, daß diese Gefahr bei unseren Wohngebäuden auftritt.

Die Tektonik wird stark von der Konstruktion bestimmt, diese wiederum von der Funktion. Die gesellschaftlichen Bauten haben eine andere Funktion als die Wohnbauten und könnten somit auch eine andere Tektonik haben. Die verschiedene Tektonik scheint auch notwendig zu sein, um in der Stadt eine Orientierung und eine Steigerung zu erzielen.

Ist es richtig, zum Beispiel ein Hotel zu typisieren? Ist es nicht vielmehr richtig, der städtebaulichen Situation entsprechend das Projekt aus einer ganz bestimmten Funktion heraus mit typisierten Elementen zu entwickeln? Das würde eine größere Kombinationsmöglichkeit bieten. Es wäre doch schlecht, in jeder Stadt das gleiche Hotel zu finden. Eine völlige Uniformierung im Städtebau muß abgelehnt werden.

Die Antwort hierauf lautet etwa so, daß es ein Rezept für eine neue Architektur nicht geben kann. Gemachte Fehler wollen wir nicht wiederholen. Die Hauptforderung ist, aus dem Durcheinander herauszukommen.

Wohn- und gesellschaftliche Bauten sollten in der gleichen Bautechnik ausgeführt werden, das würde eine Einheitlichkeit ergeben. Bei den öffentlichen Gebäuden kommen natürlich größere Maßstäbe vor, das Bedeutende und Unbedeutende müssen erkennbar sein. Dazu braucht man Vergleichsmöglichkeiten. Schulen und Krankenhäuser könnten zum Beispiel als Skelettbauten errichtet werden. Hinsichtlich der Hotelbau-Typen ist zu sagen, daß das Entscheidende das Funktionelle ist, nicht das Äußere. Die Typen sind vorhanden, mit ihnen muß die Stadt organisiert werden. Die Vorstellung, das Projekt müsse der städtebaulichen Situation angepaßt werden, ist unrichtig. Vielmehr müssen die städtebaulichen Gestaltungen mit Hilfe der Typenbauwerke erfolgen.

Die Typenprojekte müssen allgemein verwendbar sein, um verschiedenen Situationen gerecht werden zu können. Bei bestimmten Gebäuden wird mitunter das Maßsystem unwirtschaftlich. Die Raumbildung kann mit verschiedenen Typen, Tiefen und so weiter verschiedenartig gelöst werden. Wenn bestimmte Forderungen gestellt werden, ist die städtebauliche Situation bindend. Ein Kollege wies auf die Lage im amerikanischen Bauwesen nach dem ersten Weltkrieg hin. Dort wurde damals angefangen, nach dem Prinzip der austauschbaren Teile zu bauen. Das ist ökonomisch durchaus richtig. Für uns wäre es gut, mehr mit Typenelementen zu bauen (Baukastensystem). Das bietet mehr Beweglichkeit; letztlich ist die Aufgabenstellung — abgesehen vom Wohnungsbau — immer verschieden. Eine gewisse Monotonie würde verhindert werden.
Das Charakteristische muß herausgestellt werden, das Typische gefunden werden. Unter diesen Gesichtspunkten müssen die Städte aufgebaut werden. Mit Hilfe des Rasters können wir die neue Architektur erreichen. Die Architektur wird sich den technischen Dingen unterordnen müssen. Was das System der auswechselbaren Teile betrifft, so müßten diese so zusammengefügt werden können, daß Variationen möglich sind.
Wir stehen vor der Frage, wie bestimmte Teile verschiedener Städte (zum Beispiel Gotha, Quedlinburg) vor dem Verfall gerettet werden sollen. Wie das geschehen soll, diese Vorstellung fehlt. Die Hauptaufgabe ist, die alten Städte so zu sanieren, daß sie nach der Periode kapitalistischen Bauens vernünftig gestaltet werden. Man ist sich zur Zeit nicht darüber klar, ob es richtig ist, ganze Quartiere abzuräumen und neu zu bebauen oder die Substanz auszufüllen. Für die Altstadtkerne gelten besondere Maßstäbe.

Natürlich sollen möglichst viele Bauten eines Wohnkomplexes eine technologische Einheit aufweisen. Es sollen alle Mittel gebraucht werden, um die Einheitlichkeit herzustellen, die uns helfen soll, die Kompliziertheit des Lebens auszudrücken.

Die untergeordneten Elemente sollten besonders behandelt werden. Man müßte größere Gebäude schaffen, die für alle Zwecke geeignet sind. Man ist dabei, den wandelbaren Grundriß zu schaffen. Die Typenprojektierung muß variabel bleiben. Das ist heute noch schwierig, weil an den Typen nichts verändert werden kann.

Eine besondere Stellung nimmt der Industriebau ein. Auf diesem Gebiet sind die Errichtung neuer Anlagen sowie die Reorganisation der vorhandenen Werke erforderlich. Auch hier wird als Hauptaufgabe die Typisierung einzelner Bauwerke und möglichst auch komplexer Anlagen verfolgt. Hier steht die Anwendung von Bausegmenten und Bauelementen vor allem bei den vielfältigen Reorganisationsmaßnahmen im Vordergrund. Die Einfügung ins Städtebild und in die Landschaft bringt Aufgaben, die einer besonderen Beachtung bedürfen.

Die Gestaltung der Bauwerke selbst ist stark abhängig von der Funktion und Technologie. Die Erfahrungen aus dem Wohnungsbau und allgemeinen Hochbau sind anzuwenden auf den Industriebau und umgekehrt.

Stellen wir uns vor, ein industriell gefertigter, formschöner Personenkraftwagen würde mit einer schmiedeeisernen, handwerklich gefertigten Stoßstange versehen.

Entspricht ein gut gestalteter, unter Zuhilfenahme modernster Technik wirtschaftlich ausgeführter Wohnungsbau, der funktionsklar und allen Bedürfnissen der Menschen gerecht wird, nicht einer sozialistischen Baukunst? Wird das Bauwerk erst zum Kunstwerk, wenn handwerklich gefertigte Elemente zur Gestaltung verwendet werden?

Müssen wir unsere Auffassung über die Baukunst nicht verändern? Wird nicht der Inhalt des Begriffes Kunst mit der Änderung der gesellschaftlichen Verhältnisse verändert?
Wenn wir von Baukunst sprechen, müssen wir da nicht auch von der Kunst der Maschinen- oder Flugzeugbauer sprechen?

Muß es im Kollektiv der Bauschaffenden einen Kollektivleiter geben? Wenn ja, wer muß der Leiter eines Entwurfskollektivs sein?
Kann die Technologie bei der Stadtplanung so weit Einfluß nehmen, daß nur noch viergeschossige Wohnungsbauten errichtet werden, oder muß nicht auch die Technologie sich so weit entwickeln, daß Gebäude mit acht- bis zwölf Geschossen wirtschaftlich gebaut werden können. Die Stadt benötigt doch außer der Raumbildung durch gleich hohe Gebäude Akzente durch eine höhere Bebauung. Soll der Mensch auf eine Orientierung durch höhergeschossige Bauten einer Stadt verzichten?

Betonen wir zur Zeit nicht zu stark die Bautechnologie? Muß nicht der Technologe zusammen mit dem Architekten die gesellschaftlichen Bedürfnisse der Menschen erfüllen?

Der Technologe sollte nicht die Bedürfnisse der Menschen einschränken, wie es zur Zeit bei der Entwicklung der industriell gefertigten Gebäude und in der Stadtplanung erkennbar ist.

Manche dieser Fragen werden im Verlauf unserer praktischen Arbeit ihre Beantwortung finden, einige können im Verlauf weiterer Diskussionen ihrer Klärung nähergebracht werden. Alle aber beweisen das rege Interesse und die Anteilnahme, die von den Kollegen diesen wichtigen Problemen unseres Schaffens im Interesse unseres volkswirtschaftlichen Auftrages entgegengebracht werden.

Dabei ist es klar, daß es nur ein Anfang sein kann, der dazu hilft, offene und noch verborgene Fragen aufzuzeigen, deren Klärung uns allen angelegen ist.

Sozialistische Industrialisierung und baukünstlerische Gestaltung

Architekt BDA M. Decker

Die Industrialisierung des Bauwesens kann sich nur auf der Grundlage sozialistischer Produktionsverhältnisse durchsetzen; sie ist damit ein gesellschaftlicher Prozeß. Die kapitalistischen Produktionsverhältnisse lassen die Entwicklung eines umfassenden industriellen Bauens nicht zu. Die Voraussetzung für das industrielle Bauen ist die Festlegung industrieller Standardbauweisen und eine entsprechende Projektierung.

Ziel unserer Baukunst muß sein, Gebäude und städtebauliche Anlagen zu schaffen, in denen unsere Menschen ihre Bedürfnisse befriedigen können. Unsere gesellschaftliche Wirklichkeit muß sich künstlerisch widerspiegeln und wird damit verändernd auf das Bewußtsein der Menschen einwirken.

Die Tektonik als Kennzeichen der konstruktiven Konzeption eines Bauwerkes war und muß wieder eines der stärksten künstlerischen Mittel werden. Hierin liegt die große Aufgabe der Architekten für das Einzelbauwerk, vor allem für das Typenprojekt. Die baukünstlerische Aufgabe des sozialistischen Städtebaus besteht darin, die gut gestalteten, industriell gefertigten Bauten zueinander in Beziehung zu bringen.

In der anschließenden lebhaften Aussprache innerhalb der BDA-Bezirksgruppe Karl-Marx-Stadt, an der sich auch die jüngeren Kollegen beteiligten, wurden die vorgenannten Probleme behandelt. Es wurde angeregt, die oben angeführten Ausführungen nochmals zu wiederholen und durch Lichtbilder aus der Stadt und dem Bezirk Karl-Marx-Stadt zu ergänzen.

Am 19. Januar 1960 hielt Architekt BDA K. W. Leucht, Berlin, einen Vortrag mit dem Thema „Theoretische Grundlagen des sozialistischen Städtebaus unter Zugrundelegung der Auswertung des Wettbewerbes Zentrum Berlin".
Der Referent behandelte die theoretischen Grundlagen unseres Städtebaus, denen im Rahmen des Siebenjahrplanes besondere Bedeutung beigemessen wird. Die Grundgedanken unseres Städtebaus werden von der Form und dem Inhalt unseres sozialistischen Lebens bestimmt. Gesellschaftliche und individuelle Bedürfnisse müssen im sozialistischen Städtebau Erfüllung finden.

Nach Erörterung der städtebaulichen Grundbegriffe ging der Vortragende auf den Wettbewerb Zentrum Berlin ein. An Hand von Lichtbildern wurden die praktischen Beispiele, ausgehend von den theoretischen Grundgedanken, kritisch betrachtet.
Die Diskussion war außerordentlich rege, zumal die Hauptbearbeiter der aus dem Bezirk Karl-Marx-Stadt eingereichten Wettbewerbsvorschläge für die Gestaltung des Zentrums von Berlin anwesend waren.

Einiges zu den Gesprächen in der BDA-Bezirksgruppe über die Probleme der theoretischen Beratung der Deutschen Bauakademie:
Die Kollegen der BDA-Bezirksgruppe Karl-Marx-Stadt sind in der glücklichen Lage, vor Beginn der theoretischen Aussprachen einige gute Vorlesungen über marxistische Ästhetik gehört zu haben. Sie haben insofern eine gute Grundlage für derartige Gespräche vermittelt bekommen, als die marxistisch-leninistischen Grundfragen und ihre Weiterungen bei richtiger Anwendung und Auswertung zur Lösung der theoretischen Grundfragen des sozialistischen Gestaltens — besser gesagt zum richtigen Gestalten des Sozialismus mit Hilfe unserer baukünstlerischen Mittel — führen.
Die Konzeption zu einer sozialistischen Architekturtheorie ist zugleich dazu angetan, das Berufsbild und die Aufgaben unserer Architekten klar zu umreißen.
Es wird gerade jetzt — auch im Zusammenhang mit unseren bautechnischen Projektierungsaufgaben — viel von der Notwendigkeit der Erhöhung der technisch-ökonomischen Qualität und von dem daraus entstehenden Nutzen gesprochen. Von der Notwendigkeit der Steigerung der gestalterischen Qualität hört man im allgemeinen höchst selten. Dabei ist das Schöne ebenso etwas durchaus Notwendiges, wenn man „schön" als einen objektiven Begriff versteht. Hier müßte auf die notwendige dialektische Einheit der beiden Pole hingewiesen werden.

Unsere sozialistische Gesellschaft hat sich im Rahmen des Siebenjahrplanes große Aufgaben gestellt. Zu ihrer Erfüllung ist die sozialistische Umwälzung des Bauwesens notwendig. Die gesteckten Ziele, welche der Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse dienen, können im Bauwesen nur durch weitgehende Industrialisierung erreicht werden. Sie dient dem Ziel, die Produktivkräfte zum Wohl der Gesellschaft maximal zu nutzen. Durch diese fest gesicherte Erkenntnis ist die technisch-ökonomische Seite unseres Bauens ziemlich fest umrissen.

Wenn Gorki sagt: „Eine Tatsache ist noch nicht die ganze Wahrheit", so gilt es, aus dieser Tatsache das Entscheidende — die Idee — abzulesen. So wie ein Herausstellen von Symbolen und Schlagworten eine Erstarrung bedeutet, wird das Herausstellen der nur technisch-ökonomischen Seite unseres Bauens zum Schematismus führen. Einem Bauwerk beziehungsweise einem Ensemble muß ein ideologisch-künstlerischer Faktor innewohnen. Es geht ja nicht nur schlechthin um das Bauen, vielmehr geht es um die höchste künstlerische Form des Bauens. Die technisch-praktische und die künstlerisch-ideologische Seite müssen eine dialektische Einheit bilden. Die Zweckmäßigkeit wird dabei das Primäre bleiben. Jede Überbetonung des einen oder anderen führt zum Formalismus beziehungsweise Schematismus.

Wir müssen uns klar darüber sein, daß der Architekt und der Städtebauer sehr stark an der Schaffung der sozialistischen Umwelt beteiligt sind, in der sich unser sozialistisches Leben — materiell und ideell — voll entfalten kann. Sein gesellschaftliches Bewußtsein — und dieses soll letzten Endes durch derartige Diskussionen gefestigt werden — ist von ihm in eine baukünstlerische Form zu bringen, welche einmal das Typische des Sozialismus widerspiegelt, andererseits aber die Schaffung eines einmaligen individuellen Antlitzes der Stadt gewährleistet (vergleiche 14. Grundsatz des sozialistischen Städtebaus).

Kunst ist eine Form des sozialistischen Bewußtseins, wobei der subjektive Faktor eine wesentliche Rolle spielt. Marx sagt: „Kunst ist die künstlerisch-praktische Aneignung der Wirklichkeit." Durch Realismus erreichen wir die wahrheitsgetreue Widerspiegelung der Wirklichkeit, wobei die ideologische Umformung und Erziehung des Menschen eine große Rolle spielen. Das ist jedoch nicht allein Sache des Verstandes, sondern des Herzens. Von Baukunst können wir erst sprechen, wenn unser Bauen der Gesellschaft materiell und ideell zugleich dient.

Architektur wird zur Baukunst (und hier unterscheidet sich die Baukunst von den anderen Künsten), indem sie sich mit allen Künsten verbunden fühlt. Ihr Ausgangspunkt ist der ideologisch-künstlerische Faktor. Architektur wird zur Baukunst erhoben, wenn die bautechnische, funktionelle und gestalterische Lösung eine Einheit bilden, die wiederum den städtebaulichen und gesellschaftlichen Anforderungen Rechnung trägt. Wir sollten deshalb nicht von sozialistischer Architektur, sondern von sozialistischer Baukunst sprechen, die verbindend wirken soll für alle Kunstarten, um eine konzentrierte und eindeutige Widerspiegelung unseres gesellschaftlichen Lebens zu erreichen.
Am Beispiel des kapitalistischen Städtebaus muß auf Grund der Widerspiegelung der Gesellschaftsordnung der Unterschied zur sozialistischen Gesellschaftsordnung klar hervorgehen. Ausdruck des kapitalistischen Städtebaus ist das mechanisch Geordnete, der Schematismus, das Abstrakte, die inhaltslos und leer sind. Eine mechanistische Auffassung, die zu ähnlichem Schematismus führt (durch Überbetonung des Materiellen) hatte sich in letzter Zeit auch bei uns Gehör verschafft. Sie ging dahin, daß das Kranspiel unseren Städtebau bestimmen soll.

Der Kran ist ein technisches Hilfsmittel, das beherrscht sein will und sich gestalterischen Gedanken unterzuordnen hat oder aber mit ihnen weiterentwickelt werden muß.

Voraussetzung für das industrielle Bauen ist die Entwicklung von Typen. Das klingt sehr einfach, ergänzt werden sollte „wandlungsfähiger" Typen beziehungsweise kombinationsfähiger, vorgefertigter Einzelelemente und Sektionen. Im Industriebau zum Beispiel ist die Wandlungsfähigkeit von der Funktion her notwendiger als im Wohnungsbau. Jedoch auch hier ist manches an den vorhandenen Typenprojekten zu ändern. Um zu einer vorwärtsweisenden Konzeption für unsere schöpferische Tätigkeit zu gelangen, muß man die dialektische Einheit von Praxis und Theorie erkennen. Zum anderen muß man in Kenntnis der Dinge selbstverständlich konsequent und bewußt von der Aufgabe ausgehen, die uns die sozialistische Gesellschaftsordnung stellt. Wir sollten uns vornehmen, mehr denn je Analysen der Bauten im Bezirk mit Hilfe theoretisch-sachlicher Gedanken durchzuführen, um einmal zu deren Verwirklichung und restlosen Klarstellung beizutragen, andererseits aber auch durch sie erkennen lernen, wie sie praktisch richtig anzuwenden sind. Die Praxis bleibt der Prüfstein der Richtigkeit einer künstlerischen Aussage und wird letzten Endes auch Aufschluß über die Richtigkeit der entwickelten theoretischen Konzeption geben.

Vorträge und Ausstellungen

Umfassende Nutzung der Altsubstanz in den Dörfern

Am 16. und 17. Februar 1960 führte das Ministerium für Bauwesen in Meißen eine zentrale Arbeitstagung über die neuen Aufgaben in der Dorfplanung durch. Das Hauptreferat: „Wie hilft die Dorfplanung bei der Steigerung der Marktproduktion" hielt das Mitglied des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Staatssekretär im Ministerium für Bauwesen, Genosse Dipl.-Ing. Gerhard Kosel.

Im Mittelpunkt der zweitägigen Aussprache stand die Frage: „Wie kann die Dorfplanung durch bessere und verstärkte Nutzung der vorhandenen Altbausubstanz unmittelbar helfen, die Marktproduktion zu steigern?"

Die Dorfplanung hat die Aufgabe, alle vorbereitenden Maßnahmen zu treffen, die eine rasche und wirtschaftliche Durchführung der Bautätigkeit für die Landwirtschaft garantieren; darüber hinaus muß sie die weitere Perspektive klären. Wörtlich sagte Staatssekretär Kosel: „Die Dorfplanung darf niemals Selbstzweck sein oder isoliert von den praktischen Aufgaben ihre Kreise ziehen, wie es, sagen wir es offen, zuweilen der Fall ist. Sie hat die Aufgabe:

1. die Landwirtschaft bei ihren großen Anstrengungen um die Erhöhung der Marktproduktion unmittelbar zu unterstützen;
2. der Landbevölkerung bei der Ausarbeitung und Verwirklichung der großen Perspektive der sozialistischen Umgestaltung des Dorfes und der Entwicklung eines schöneren und kulturvolleren Lebens mit Rat und Tat zu helfen."

Die Planung eines jeden Dorfes hat daher von der politischen Notwendigkeit der Steigerung der Marktproduktion auszugehen, indem sie gewährleistet, daß die Bautätigkeit auf dem Lande nach modernsten und wirtschaftlichsten Gesichtspunkten organisiert werden kann. Sie hat dafür zu sorgen, daß alle Bauten den richtigen Standort erhalten und die Investitionen nach dem Prinzip der strengsten Sparsamkeit verwendet und Fehlinvestitionen ausgeschlossen werden. „In der gegenwärtigen Etappe", so sagte Staatssekretär Kosel, „ist die Nutzung der Altbauten und die Errichtung von Behelfsbauten, auch wenn das einigen Architekten und Dorfplanern nicht ganz in ihr Konzept paßt, der wichtigste Schritt, den wir tun müssen, um schnell die Marktproduktion zu steigern und schnell zu einem Überfluß an landwirtschaftlichen Produkten zu kommen, um zu helfen, den Wert der Arbeitseinheit für die LPG-Mitglieder zu steigern und damit die sozialistische Entwicklung kräftig voranzutreiben."

Eindringlich forderte Staatssekretär Kosel die Vertreter des Bauwesens auf, Schluß zu machen mit der Unterschätzung der Landwirtschaft und bei der Ausarbeitung der Dorfpläne streng die Prinzipien der Freiwilligkeit zu beachten und einzuhalten.

Erfreulich an der Arbeitstagung war, wie auch Professor Pfeifer feststellte, daß die anwesenden Vertreter des Bauwesens und der Landwirtschaft eine kritische, aber dennoch eine einheitliche Sprache führten und versicherten, sich gemeinsam auf folgende Aufgaben zu konzentrieren:

1. In der gesamten Planung und Baudurchführung sind die Altbauten bevorzugt zu nutzen. Um- und Neubauten, besonders für Flora und Jolanthe, bilden eine Einheit und sind mit dem höchsten ökonomischen Nutzeffekt auszuführen.

2. In der gesamten Planung sind die Standorte so festzulegen, daß die Neubauten, besonders die Offenstallanlagen, in industrieller Serienfertigung und in der Mastenbauweise errichtet werden können.

3. Übereinstimmend kam zum Ausdruck, daß die Ausarbeitung der Dorfpläne nur in sozialistischer Gemeinschaftsarbeit zwischen Landwirtschaft und Bauwesen erfolgen muß und deshalb sofort das Nebeneinander zu überwinden ist.

4. Die auf dem Gebiet der Dorfplanung zu lösenden Aufgaben sind begeisternd, schwer und kompliziert zugleich. Zur Lösung der Aufgaben tragen die örtlichen Organe eine große Verantwortung. Die Aufholung der Rückstände und die pünktliche Fertigstellung der Planungen sind nur gesichert, wenn die staatlichen Organe, angefangen bei den Ministerien für Land- und Forstwirtschaft und Bauwesen, besonders aber die Räte der Bezirke und Kreise, ihre Anstrengungen erhöhen und den Entwurfsbetrieben für Stadt- und Dorfplanung eine größere Hilfe und Unterstützung geben.

Die im Referat erläuterten Aufgaben sowie die in einer von den Teilnehmern angenommenen Arbeitsentschließung gegebenen Empfehlungen an zentrale und örtliche Staatsorgane und wissenschaftliche Institutionen werden bei der konsequenten Durchsetzung sichern, daß bis zum 31. Dezember 1960 unter anderem der Beschluß des V. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, für jedes Dorf die Dorfpläne auszuarbeiten, erfüllt wird und die Dorfplanung unmittelbar hilft, durch verstärkte Nutzung der Altbauten die Stallplätze für Flora und Jolanthe „schnell, besser und billiger" sprunghaft zu erhöhen.

Fichtner

Aus dem BDA und seinen Bezirksgruppen

Wir gratulieren

Architekt BDA Paul Henke, Berlin
3. 6. 1900, zum 60. Geburtstag

Architekt BDA Wilhelm Sondermann, Silberhausen
8. 6. 1890, zum 70. Geburtstag

Architekt BDA Walter Böhnke, Schwerin
10. 6. 1910, zum 50. Geburtstag

Architekt BDA Johannes Lehmann, Karl-Marx-Stadt
11. 6. 1905, zum 55. Geburtstag

Architekt BDA Dipl.-Ing. Heinz Poppe, Dresden-Bühlau
19. 6. 1910, zum 50. Geburtstag

Architekt BDA Johannes Schreinert, Eggersdorf b. Berlin
23. 6. 1905, zum 55. Geburtstag

Architekt BDA Rüdiger Brinkkötter, Altenburg, Bez. Leipzig
26. 6. 1905, zum 55. Geburtstag

Architekt BDA Willi Baake, Dessau
28. 6. 1910, zum 50. Geburtstag

Dresden
BDA-Präsidiumssitzung in Dresden

Anläßlich der Ausstellung des VEB Hochbauprojektierung Dresden I zum zehnjährigen Bestehen des Büros im Hygiene-Museum fand dort am 4. Februar 1960 eine erweiterte Präsidiumssitzung statt.

Nach der Eröffnung des offiziellen Teils durch den Präsidenten, Professor Hopp, wurde ein Rundgang durch die Ausstellung unternommen, dem sich eine Diskussion anschloß.

Zu Beginn sprach Kollege Rascher über die Gründe, die dazu geführt haben, das Präsidium des Bundes Deutscher Architekten nach Dresden zu bitten. Nachdem Professor Hopp die Mitglieder des Präsidiums aufgefordert hatte, ihren Eindruck über die Ausstellung zu äußern, meldete sich Kollege Leucht zum Wort und äußerte sich zu den einzelnen Projekten der Dreifachprojektierung „Hotel am Altmarkt", wobei er auf deren Vorzüge und Nachteile hinsichtlich der Gestaltung und städtebaulichen Einordnung einging. Nach seiner Meinung entspräche der Entwurf von Professor Göpfert wegen seiner klaren Wandgliederung der Situation des Zentralen Platzes am besten, da hier weitestgehend auf die Bebauung der Nordseite des Platzes mit dem zentralen Gebäude Rücksicht genommen worden sei. Die Baumassen des vorgeschlagenen Bauwerkes seien sehr stark ausgeprägt. Das Zusammenspiel Kreuzkirche und Hotelbau scheine ihm noch nicht gelöst und bedürfe daher nochmals besonderer Untersuchungen. Den Einblick vom Zentralen Platz in Richtung Rathaus in den offenstehenden Platz bezeichnete er als geglückt, während ihm die vorgeschlagene 5 bis 6 m hohe eingeschossige Bebauung fraglich erscheine. Seiner Meinung nach müßte noch untersucht werden, wie die ein- und mehrgeschossige Bebauung am Hotel einheitlich gelöst werden könne.

Die Bearbeitung von Professor Englberger habe die städtebauliche Seite, die sich aus der generellen Konzeption des Zentralen Platzes für die Stellung des Hotelbaus ergibt, völlig negiert, indem versucht worden ist, eine Scheibe in Nord-Süd-Richtung in die Bauflchtlinie der Kreuzkirche zu stellen, um den Platz nach Süden hin bis zur anderen Seite des Ringes frei wirken zu lassen.

Die Arbeit des Kollektivs Rascher sei zweifellos funktionsmäßig gut gelöst, aber dieses Hotelprojekt könnte ebensogut an irgendeiner anderen Stelle der Stadt stehen. Durch die flachen Gebäude zur Kreuzkirche zu wird der Platz aufgelöst, und damit dürfte er nicht mehr der großen Bedeutung und räumlichen Vorstellung der Bevölkerung von ihrem Zentralen Platz entsprechen.

Aus diesen Überlegungen heraus halte er die Bearbeitung Professor Göpferts bezüglich der städtebaulichen Wirksamkeit am Platz für deutlicher, klarer und besser.

Professor Liebknecht sprach über die Fragen der kollektiven Wirksamkeit der Architekten und die Mitarbeit der Bevölkerung.

In Dresden seien die Möglichkeiten der Beteiligung eines großen Kollektivs beim Aufbau der Stadt noch nicht voll genutzt worden. Bei der Frage des Aufbaus einer Stadt dürfte es sich nicht nur darum handeln, irgendwie durch eine Diskussion über alle Probleme die Meinung der Kollegen einzuholen, sondern es sei eine kollektive Entscheidung zu treffen. Eine Voraussetzung für alle am Aufbau Mitwirkenden sei die Klarheit über die prinzipielle Linie der Partei. Man müsse sich darüber klar sein, was einmal aus Dresden werden wird, wie Dresden sozialistisch zu rekonstruieren und wie das städtebaulich und architektonisch zu lösen sei.

Er bezeichnete die Lösung des Aufbaus der Stadtzentren als eine Kardinalfrage, die auch in Berlin bei der Entscheidung des Wettbewerbes über das Zentrum lange diskutiert worden ist. Alle zentralen Entwicklungen in Dresden unabhängig vom Gesamtplan lösen zu wollen, sei ein grober Fehler. Die zentrale Funktion des städtebaulich-architektonischen Zentrums ist herauszuheben und habe mit dem gesamten Zentrum organisch eine Einheit zu bilden. Eine Schwierigkeit besteht für den Architekten darin, daß er nicht mehr nur von architektonischen Belangen sprechen könne, sondern die Lösung der ökonomischen und konstruktiven Fragen mit in die gestalterisch zu lösenden einzubeziehen habe. An Stelle der individualistischen tritt jetzt die Gemeinschaftsarbeit, nur so komme man zu vernünftigen Lösungen. Die Aufgabe, die Kriegsschäden in den Städten zu beseitigen und die Zentren wieder aufzubauen, bedinge, da keine Vorlaufzeit für eine umfassende Vorklärung vorhanden war, daß im Kollektiv die unmittelbar brennenden Probleme, wie Aufbau des Kulturhauses und eines Hotels in Dresden, prinzipiell geklärt werden. Er halte es für sehr schwierig, auf der Grundlage der jetzigen Situation am Altmarkt die bestmögliche Lösung für das Hotel zu erreichen, wobei ihm allerdings das Projekt von Professor Göpfert am geeignetsten dafür scheine, da es in seiner Aussage eine verhältnismäßige Ausgeglichenheit und Ruhe aufweist.

Mit der angeordneten gegenüberliegenden Stellung der Gebäude, Kulturhaus und Hotel, im direkten Zusammenhang mit dem Zentralen Platz sei die Grundkonzeption für das Zentrum eigentlich bereits klar umrissen.

In einer sozialistischen Gemeinschaft sei ideologisch und politisch eine bessere Klarheit zu schaffen. Er halte

es daher ebenfalls für vorteilhaft, wenn eine Kommission von Vertretern des Bundes Deutscher Architekten und der Technischen Hochschule mithelfen würde, die Entscheidungen in Dresden besser voranzutreiben. Auf Grund der politischen Beschlüsse und der Rede Walter Ulbrichts zum Siebenjahrplan bieten sich außerordentliche Möglichkeiten für die Beteiligung der Architekten am Aufbau.

Seines Erachtens wurden in Dresden die Fragen des Zentralen Platzes noch nicht genügend komplex behandelt, ebenso nicht das Problem der Ausfallstraßen, die ihm im Verhältnis zum Zentrum zu groß erscheinen.

Die Dresdner Architektenschaft habe für den gesamten Aufbau ihrer Stadt die Verantwortung zu tragen, so zum Beispiel auch für die Bebauung um das Zentrum herum, die seiner Meinung nach bereits einen vielleicht nicht gewünschten Siedlungscharakter angenommen habe, und für die entstandenen Punkthäuser, die zwar bei bestimmten Wohnarten berechtigt, hier allerdings aus ökonomischen, hygienischen und städtebaulich-architektonischen Gesichtspunkten abzulehnen seien.

Professor Magritz ging auf das Problem der städtebaulich-architektonischen Grundform für die Stadt Dresden ein. Es sei an der Zeit, nachdem die politisch-ideologische Grundkonzeption erarbeitet ist, die städtebaulich-architektonische Grundform festzulegen, die verschiedene Standortfestlegungen mit sich bringe. Diese Frage hätte schon längst von allen Dresdner Kollegen gestellt und diskutiert werden müssen, ebenso wäre auch der Chefarchitekt der Stadt verpflichtet gewesen, dieses Problem innerhalb der Bezirksgruppe aufzuwerfen und mit den Mitgliedern zu erörtern. Er sei der Meinung, daß der Bund Deutscher Architekten sofort zu neuem Leben erwacht, wenn diese Frage und viele andere nicht weniger bedeutende diskutiert würden.

Professor Magritz schlug der Präsidiumssitzung folgenden Antrag zur Beschlußfassung an die Bezirksgruppe Dresden vor: „Es wird empfohlen, auf der Grundlage der politisch-ideologischen Grundkonzeption der Partei der Arbeiterklasse über den Aufbau des Zentrums von Dresden eine Diskussion über die Gestaltung der dementsprechenden städtebaulich-architektonischen Grundform zu führen und damit zugleich der weiteren Entwicklung der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit zu dienen."

Der Vorschlag von Professor Magritz soll als Antrag des Büros des Präsidiums der Bezirksgruppe Dresden zugeleitet werden, damit diese ihre künftige Arbeit darauf orientieren könne und bestimmte Schwierigkeiten, wie sie in den Ausführungen des Kollegen Rascher zum Ausdruck kamen, beseitigt werden.

Kollege Rascher begrüßte die Ausführungen der Professoren Liebknecht und Magritz, die eine komplexe Lösung für die verschiedenen speziellen Objekte im Zentrum der Stadt bei gleichzeitiger Klärung der Fragen des Verkehrs, der Konstruktion und der städtebaulichen Lösung für richtig halten.

Er halte es daher für sehr wichtig, wenn zu dem Zeitpunkt, wo die Ergebnisse über den Wettbewerb „Haus der sozialistischen Kultur" in Dresden vorliegen, das Präsidium wieder in Dresden zusammenkommt.

Professor Schmidt sprach zu einigen Fragen der Baukörperzuordnung bei den Projekten der Kollektive Professor Göpfert und Rascher. Seiner Meinung nach wäre es das Objekt wert gewesen, in einem größeren Gremium durchgesprochen zu werden, in dem vor allem der Betrachtung — ob Wandgestaltung oder baukörpermäßig — beim Entscheid über die Dreifachprojektierung mehr Aufmerksamkeit hätte zukommen müssen.

Kollege Dr. Baer gab zum Raumprogramm des Kulturhauses zu bedenken, daß bei einer künftigen Einwohnerzahl für Dresden von 600 000 Menschen rund 1 Prozent täglich das Kulturhaus, wenn es voll ausgenutzt werden soll, besuchen müßten, wobei in der Perspektive noch kulturelle Einrichtungen in der Prager Straße, am Altmarkt und in den Stadtbezirkszentren hinzukommen. Eine Fülle von Veranstaltungs-, Versammlungs-, Verwaltungs-, Wirtschafts- und Nebenräumen in nur einem Baukubus unterzubringen, werde eine schwierig zu lösende gestalterische Aufgabe sein. Ebenso sei die Bewältigung des Verkehrs bei Annahme eines Motorisierungsgrades von 1:10 ein schwieriges Problem.

Abschließend wurde von Professor Hopp und Kollegen Mickin bemerkt, daß die Diskussion den Eindruck erhärte, daß die Bezirksgruppe Dresden zu wenig Kontakt zu den staatlichen Stellen habe und dadurch weder zu wichtigen Entscheidungen über Probleme der Stadt hinzugezogen und gehört noch von entsprechenden Beschlüssen informiert werde.

Augart-Ullrich

Frankfurt (Oder)

Vortrag und Diskussion über Fragen der Tektonik

Am 4. Februar 1960 fand im Johannes-R.-Becher-Klub in Frankfurt (Oder) ein Architekturgespräch der BDA-Bezirksgruppe mit Kollegen Herbert Letsch über Prinzipien des Künstlerischen in der Architektur statt.

Kollege Letsch sprach bei seinem Vortrag vor einem Kreis in der Mehrzahl junger Architekten und Ingenieure, vor zutiefst an unserer architektonischen Zukunft interessierten Praktikern. Bei diesem Vortrag entstand der Eindruck, daß die dabei gebotene Theorie in dieser Form bei der Lösung unserer gestalterischen Probleme nicht helfen kann.

Wie sich in der Diskussion herausstellte, war es besonders die vorgetragene Auslegung des Problems der Tektonik, die lebhaften Widerspruch hervorrief. Dabei wurde in keinem Fall etwa für die Einschränkung der Bedeutung der Tektonik als nur technisch-konstruktiv bedingtes baukünstlerisches Mittel Stellung genommen, sondern gegen die oberflächliche, irreführende Bedeutung des Tektonischen, die offensichtlich aus der herkömmlichen Kunstgeschichte abgeleitet wird. Was nutzt uns zum Beispiel heute die Gegenüberstellung eines tektonischen Formprinzips gegen ein plastisches Formprinzip, was solche schematischen Kriterien wie statische und dynamische Formen, stereometrisch-regelmäßige und unregelmäßig gekrümmte Oberflächen? Auch die im Heft 1/1960 der Zeitschrift „Deutsche Architektur" von Kollegen Letsch angedeuteten Prinzipien des Tektonischen können vor den Bedingungen der Praxis kaum bestehen oder sind, wie das erste (Prinzip der organischen Synthese des Tektonisch-Konstruktiven und des Künstlerisch-Ideologischen) so allgemein, daß es weit über das Tektonische hinaus jede Gestaltung betrifft. Wie kann man damit Segel- oder Schalenkonstruktionen, Spannbeton- oder künftige Plastkonstruktionen beurteilen?

Kollege Letsch führte aus, daß aufsteigende Gesellschaftsordnungen tektonisch bauen, absteigende aber atektonisch. Dies ist prinzipiell nicht angefochten worden, wohl aber seine Beweisführung dafür; ihr Mangel wird dann erst fühlbar, wenn sie für weitere, der Zukunft gewidmete architektonische Arbeit benutzt wird.

Für Kollegen Letsch sind atektonische Bauten solche, die „schweben", das heißt nicht sinnfällig auf den Erdboden gesetzt sind, die zum Beispiel als vielgeschossige Bauten ein offenes Erdgeschoß mit dünnen Stützen aufweisen; außerdem solche, die kein sinnfälliges Oben (Gesims) und Unten (Sockel) zeigen. Auch Bauten mit unregelmäßig gekrümmten Flächen wurden in diesem Zusammenhang erwähnt.

Als tektonisch mustergültiges Bauwerk zeigte Kollege Letsch den Palazzo Strozzi in Florenz. Vergißt denn Kollege Letsch bei solchen Bemühungen, daß zwischen diesen Beispielen 400 Jahre einer ungeheuren menschlichen Entwicklung liegen, die sich, es kann gar nicht anders sein, auch in der Änderung unseres tektonischen Empfindens ausdrücken? Ein normaler Durchschnittsmensch von heute sieht im Palazzo Strozzi einen ehrwürdigen, düsteren, strengen Bau, mühsam Stein auf Stein aufgetürmt, wobei man von einer wirklichen Beherrschung des Materials nur sehr vorsichtig sprechen sollte. Bliebe als Lobenswertes noch seine Tektonik, die heute eigentlich nur noch kunsthistorisch geschulten Menschen zugänglich ist. Ist es nicht undialektisch, ausgerechnet auf dieser Tektonik als künstlerisches Prinzip für unsere Zeit zu bestehen?

Einen auf dünnen Stützen stehenden, mehrgeschossigen Bau — er kann ruhig schweben und seine Massigkeit durch große Glasfassaden ganz ohne Hauptgesims mildern — empfinde ich nicht als dekadent oder rückschrittlich, obgleich er in Kollegen Letsch' Sinne atektonisch ist. Daß es mir nicht allein so geht, bestätigten auch andere Diskussionsteilnehmer.

Als im untrennbaren Zusammenwirken von Technik, Ökonomie und Ästhetik die ersten Bauten solcher „atektonischen" Art entstanden, hat man sicher allgemein das Gefühl gehabt: Hält das denn, ist das denn gesichert? Inzwischen haben sie sich in der ganzen Welt als Triumph menschlicher Schöpferkraft erwiesen. Bei den später, ja, heute erst folgenden Bauten mit weitgespannten, vielfältig geformten Schalen- und Hängekonstruktionen wird ein solcher Zweifel, der sicher die empfindungsmäßige Seite der Tektonik berührt, kaum noch aufkommen. Es wird auch oft unterschätzt, daß ein sehr großer Teil der Werktätigen heute seinen Arbeitstag in einer — nach Kollegen Letsch' Einschätzung — völlig atektonischen Umgebung, nämlich in und mit unseren Industrieanlagen verbringt. In dieser Umgebung stehen die Menschen ganz auf der Höhe unserer gewaltigen Entwicklung, sie bewältigen die kompliziertesten Aufgaben in einem Maße, wie wir es uns beim kulturellen Leben nur wünschen können. Auf alle Fälle wirkt dieser Umweltfaktor ganz entschieden auf die Beurteilung und die Aufnahme von Ergebnissen künstlerischer Arbeit, und es ist sicher, daß ein solches Moment, von den Produktivkräften her bestimmt, auf die Dauer wirksamer ist als die komplizierteste theoretische Begründung, falls sie darauf nicht eingeht.

So hat sich ohne Zweifel das tektonische Empfinden mit der technischen Entwicklung stark geändert. Als Wechselbeziehung dazu kann sich wiederum die technisch-konstruktive Seite weiterentwickeln. Bleibt zu erwarten, daß die Architekturtheorie nicht den Kopf in den Sand steckt, sondern als bewußte Kraft diese gesetzmäßige Entwicklung aktiv vorantreibt.

Die neuen „Grundsätze der Planung und Gestaltung sozialistischer Stadtzentren" (Deutsche Bauakademie, Institut für Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung) verlangen bereits kurz und klar „die Anwendung moderner, kühner Konstruktionen, welche den Bauwerken eine neue Tektonik verleihen". Wir müssen heute damit rechnen, daß unsere Architektur auf wesentlich andere Empfindungs- und Verständnismöglichkeiten trifft, als sie zum Beispiel zur Renaissance wirkten.

Ein ganzer Knoten von unbefriedigend, nur scheinbar gelösten Problemen würde sich lösen, wenn im Hinblick auf unsere architektonische Zukunft die Frage geklärt würde: „Gibt es einen prinzipiellen Unterschied zwischen der industriellen Formgebung und der Formgebung beim industriellen Bauen?" Hier liegt doch eine Wurzel zum Verständnis des Problems der Tektonik. Wenn man keine prinzipiellen Unterschiede aufrechterhalten kann, müssen Gesetze der Tektonik auch für die künstlerische industrielle Formgebung gelten. Dann müssen sie aber auch anders aussehen, als sie uns Kollege Letsch interpretiert hat.

Anders

Leipzig

Die Arbeit der BDA-Betriebsgruppe und Fragen der Architektur

Die Versammlung der BDA Betriebsgruppe im VEB Hochbau- und Messeprojektierung Leipzig am 12. Oktober 1959 befaßte sich einleitend mit der Frage der Rolle und Bedeutung der BDA-Betriebsgruppen. Manchmal wird behauptet, daß es genüge, wenn der Bund Deutscher Architekten im Rahmen des Bezirkes oder Kreises organisiert ist. Die Veranstaltungspläne der Bezirke beinhalten Vorträge und Diskussionen über die Probleme, die uns alle interessieren. Leider wird jedoch immer wieder festgestellt, daß die Veranstaltungen im Bezirksmaßstab teilweise mangelhaft besucht sind.

Die Diskussion knüpfte am letztgenannten Punkt an, und es stellte sich heraus, daß der Grund des mangelnden Interesses an den Vorträgen des Bezirkes auch in der Betriebsgruppenarbeit zu suchen ist.

Die BDA-Betriebsgruppe eines volkseigenen Entwurfsbüros stellt die kleinste Zelle des Bundeslebens und der Bundesarbeit dar. Wenn nun dieser Grundorganismus lebensunfähig oder sogar überhaupt nicht vorhanden ist, kann die Arbeit der Bezirks- oder Kreisverbände gar nicht von echtem Leben erfüllt sein. Die Arbeit der Betriebsgruppen müßte sogar so stark sein, daß sie auf die Öffentlichkeit ausstrahlt. Zum Beispiel ist es mit Aufgabe der Betriebsgruppe, darauf hinzuwirken, daß der Bund Deutscher Architekten mehr als gesellschaftliche Organisation in Erscheinung tritt. Diese Aufgabe der Betriebsgruppen ist jedoch schon der zweite Schritt. Der erste Schritt wäre zunächst einmal, Einfluß auf die Arbeit im eigenen Betrieb zu nehmen, denn es gibt tatsächlich noch viele Kollegen unter uns, die nicht davon überzeugt sind, daß die Organisation des Bundes Deutscher Architekten notwendig ist.

Durch eine gute Arbeit kann die Betriebsgruppe im eigenen Betrieb für architektonische und bautechnische Probleme richtungweisend werden und auch die Bedeutung des Bundes Deutscher Architekten unterstreichen. Eine gute Arbeit in den Betriebsgruppen wird außerdem das Interesse der noch außenstehenden Kollegen an der BDA-Arbeit wachrufen und zur Erhöhung der Mitgliederzahl führen.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist, daß der größte Teil der jungen Kollegen im volkseigenen Sektor tätig ist. Daraus erwächst der Betriebsgruppe eine weitere wichtige Aufgabe.

Indem über die Auffassungen der Architekturentwicklung der jungen Kollegen gesprochen wird, kann hier eine ständige Weiterbildung erfolgen, ja, die Betriebsgruppe sollte sogar in der Lage sein, die als richtig befundenen Auffassungen junger Kollegen nach außen hin zu vertreten. Solche Diskussionen könnten über längere Zeiträume erfolgen und außer Architekturprobleme städtebauliche oder technische Fragen zum Inhalt haben. In diesem Zusammenhang wurde der Hinweis gegeben, mit der Betriebssektion der Kammer der Technik besser zusammenzuarbeiten.

Es wurde weiterhin die Möglichkeit erwogen, gemeinsam mit der Kammer der Technik einen klubartigen Versammlungsraum zu schaffen sowie zum Technischen Kabinett des Betriebes Verbindung aufzunehmen, damit Fachzeitschriften oder Fachbücher in diesem Raum zur Verfügung stehen. Durch einen derartigen Aufschwung der eigenen Arbeit im Betrieb kann sich auch das Leben in den Bezirks- beziehungsweise Kreisgruppen interessanter gestalten.

Klärende Diskussionen über theoretische Fragen oder über praktische Beispiele sind im normalen Betriebs-

geschehen nicht immer ohne weiteres möglich. Wir sollten deshalb nicht etwa auf sie verzichten, sondern sie gerade in den Betriebsgruppen des Bundes Deutscher Architekten durchführen. So bietet sich auch die Gelegenheit, die Arbeiten anderer Betriebe kennenzulernen, zum Beispiel das Wohnungsbauproblem, an dem auch unser Betrieb nicht vorbeigehen darf. Außerdem ist es notwendig, die theoretische Architekturdiskussion wieder in Gang zu bringen. Selbst der letzte Bundeskongreß berührte diese Frage nur am Rande. Das Hauptanliegen, eine Diskussion über Architekturprobleme, wurde nur gestreift. Hauptthema dieses Kongresses wurde so der sozialistische Städtebau. Ein Problem, das gewiß genau so interessant ist, über das aber schon seit längerer Zeit größere Klarheit besteht.

Bei dem Problem des Städtebaus liegen ganz konkrete Momente vor, die den Städtebau in Richtung auf eine sozialistische Ausdrucksform beeinflussen. So spielen zum Beispiel die in der kapitalistischen Welt so bedeutenden Besitzverhältnisse über Grund und Boden bei uns keine Rolle mehr. Selbst der Lebensstil der Menschen hat sich verändert, was dazu beiträgt, das sozialistische Gesicht einer Stadt zu prägen.

Wir sind aber der Meinung, sozialistische Architektur läßt sich nicht von heute auf morgen entwickeln, sondern dazu gehört ein mehr oder weniger langer Entwicklungsweg. Nationale Bautraditionen sollten also richtig angewandt werden. Alte Baudenkmäler lassen noch heute erkennen, wie die einzelnen Baustile, beeinflußt durch die jeweiligen Kulturepochen der Menschheit, aus sich selbst herausgewachsen sind. Sie tragen aber dennoch und wahrscheinlich gerade deshalb den Ausdruck ihrer Zeit. An solchen Bauten erkennt man außerdem die bautechnischen Möglichkeiten und die Anwendung von ganz bestimmten Werkstoffen, die den Architekten vergangener Epochen zur Verfügung standen. Sollten wir nicht versuchen, auf dem gleichen Wege vorwärts zu kommen?

Winzer

Neubrandenburg

Auftakt zum Bundeskongreß

Die Bezirkskonferenz der BDA-Bezirksgruppe Neubrandenburg am 3. März 1960 stand unter dem Zeichen der großen Aufgaben, die das Bauwesen im Siebenjahrplan zu erfüllen hat. Eine kleine Ausstellung über Schwerpunktbauten im Bezirk sowie von Modellen verschiedener Städte und Dörfer vermittelte einen Einblick in die großen Aufgaben und Vorhaben des Bezirkes bis zum Jahre 1965. Im Vordergrund steht dabei die Hauptaufgabe, mit allen Kräften den weiteren schnellen Aufschwung der sozialistischen Landwirtschaft und damit die Umgestaltung der Lebensverhältnisse auf dem Dorfe zu fördern. Neben diesem Schwerpunkt geht es darum, die zerstörten Städte bis 1965 wiederaufzubauen und zugleich im größten Agrarbezirk unserer Republik eine moderne Industrie aufzubauen.

Dabei zu helfen, unsere Städte und Dörfer in umfassender Weise umzugestalten und günstige Bedingungen für das Leben der sozialistischen Gesellschaft zu schaffen, das ist der Auftrag der Gesellschaft an den Architekten. Um diese Aufgabe zu lösen, ist es erforderlich, daß der Bund Deutscher Architekten im wissenschaftlichen Meinungsstreit, ausgehend vom Marxismus-Leninismus, zur Klärung und Weiterentwicklung der sozialistischen Architekturtheorie beiträgt. Unter diesen Gesichtspunkten standen auch die Diskussionsbeiträge.

Architekt BDA Rupp erläuterte die Aufgaben, die beim sozialistischen Aufbau unserer Städte und bei der sozialistischen Umgestaltung unserer Dörfer im Vordergrund stehen. So wurden allein im Jahre 1959 rund 150 Dörfer neben den zerstörten Städten bis zur Ausarbeitung von Bebauungsplänen bearbeitet. Mit diesem Schritt wurden die Grundlagen geschaffen, um aus einem ehemals rückständigen Gebiet den größten vollsozialistischen Agrarbezirk unserer Republik aufzubauen. Die Ergebnisse unserer bisherigen Arbeit im Bezirk waren nicht nur ein Schritt zur Lösung unserer Aufgaben, sondern zugleich ein Beitrag für die sozialistische Umgestaltung der Dörfer in der gesamten Republik.

Architekt BDA Fiedler sprach zur Typenprojektierung und zum industriellen Bauen. Unsere Typen müssen weiterentwickelt, ihre teilweise Starrheit in der Anwendung muß beseitigt werden, um durch eine größere Beweglichkeit und Elastizität eine bessere Anwendung insbesondere im bewegten Gelände zu ermöglichen. Diese Entwicklung würde dazu beitragen, auch die architektonische Gestaltung unserer Wohnkomplexe günstig zu beeinflussen.

In der weiteren Diskussion wurde die Dringlichkeit der Erholungsplanung im Bezirk zur Entlastung der Ostsee hervorgehoben.

Mit dem Bau des ersten Urlauberdorfes in Klink bei Waren ist zwar ein Schritt getan, jedoch muß die Erholungsplanung schon an der Wohnung beginnen, denn zum sozialistischen Aufbau gehören nicht nur die Hochbauten, sondern auch die Grünflächen und Sportanlagen bilden wichtige Voraussetzungen für unsere weitere Entwicklung.

Weitere Beiträge beschäftigen sich mit der Zusammenarbeit des Bundes Deutscher Architekten mit der Kammer der Technik, mit dem Kulturbund, den bildenden Künstlern und den Werktätigen der Baubetriebe. So muß es insbesondere die Aufgabe der Bezirksgruppe sein, die sozialistischen Arbeitsgemeinschaften und die Brigaden der sozialistischen Arbeit zu unterstützen und eine enge Verbindung mit unserer Bevölkerung zu erreichen. Diese enge Verbindung wird mit dazu beitragen, die vor uns stehenden Aufgaben schneller zu lösen, um einen maximalen Zeitgewinn im friedlichen ökonomischen Wettstreit zwischen Sozialismus und Kapitalismus zu erzielen.

Für die weitere Arbeit stellte sich die Bezirksgruppe unter anderem folgende Schwerpunktaufgaben:

1. Die politisch-ideologische Arbeit auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus unter den Mitgliedern ist weiter zu verbessern, um sie zu befähigen, die Aufgaben unseres Arbeiter-und-Bauern-Staates noch besser zu lösen.

2. Die Zusammenarbeit mit dem Staatsapparat und den gesellschaftlichen Organisationen ist so zu organisieren, daß alle Fragen des Bauwesens auf breiter Basis in regem Erfahrungsaustausch und in enger Zusammenarbeit gelöst werden.

3. Die sozialistische Umgestaltung ist die gemeinsame Aufgabe aller Bauschaffenden. Aus dieser Erkenntnis werden von der Bezirksgruppe sozialistische Arbeitsgemeinschaften zwischen den Architekten und den Bauschaffenden der Baubetriebe, den bildenden Künstlern und den Angehörigen der Fachschule für Bauwesen Neustrelitz gebildet.

4. Einmal im Quartal sind öffentliche Veranstaltungen in den größten Städten des Bezirkes durchzuführen, um mit der Bevölkerung Fragen der sozialistischen Architektur und des sozialistischen Städtebaus zu erläutern.

5. Der Bezirksvorstand hat Maßnahmen einzuleiten, damit durch die Ausschreibung von Wettbewerben zu bestimmten Schwerpunktaufgaben eine aktive Mitarbeit aller Mitglieder gewährleistet wird.

6. Für bestimmte Schwerpunktbauvorhaben im Bezirk sind Arbeitsgruppen zu bilden, deren Aufgabe es ist, sich mit der architektonischen, städtebaulichen und bautechnischen Lösung zu beschäftigen, um auch so eine enge Verbindung zur Praxis und die Mitarbeit der Bezirksgruppe zu gewährleisten.

Franck

Die Gesetzgebung über die bautechnische Typenprojektierung

Es ist eine der wesentlichsten Aufgaben des sozialistischen Rechts, der Durchsetzung und Förderung der sozialistischen Entwicklung zu dienen und Bahnbrecher des Neuen zu sein. So nimmt es nicht wunder, daß sich die Baugesetzgebung in letzter Zeit mehrfach und eingehend mit der Typenprojektierung befaßt hat. Der Beschluß des Ministerrates vom 4. Juni 1959 über den Plan der sozialistischen Umwälzung des Bauwesens[1] erklärt ausdrücklich: „Die Bestimmungen und Gesetze für das Bauwesen müssen auf die Durchsetzung des industriellen Bauens auf der Grundlage von Typenprojekten und Mustertechnologien orientieren." Er bezeichnet ferner die serienweise Montage von kompletten Typenbauwerken aus massenweise industriell vorgefertigten Bauelementen in einem mechanisierten Fließfertigungsprozeß als ein bauliches Hauptziel unseres Siebenjahrplanes.

Das Gesetz über den zweiten Fünfjahrplan[2] bestimmte bereits im Paragraph 8, Absatz 6, daß im staatlichen, genossenschaftlichen und privaten Wohnungsbau einheitliche Typen zu erreichen und die im Jahre 1958 im staatlichen und genossenschaftlichen Wohnungsbau zu beginnenden Bauten ausschließlich nach Typen zu projektieren seien. Der Paragraph 19 der Deutschen Bauordnung[3] legt fest: „Bei der Errichtung von Bauten ist die Anwendung von bestätigten Typen des Ministeriums für Bauwesen und Wiederverwendungsprojekten verbindlich." Änderungen an Typen- oder Wiederverwendungsprojekten oder ihre Nichtanwendung, ausgenommen Standortanpassungen, bedürfen bei Objekten des allgemeinen Hochbaus, soweit es sich nicht um landwirtschaftliche Wohn- oder Produktionsbauten handelt, der Zustimmung der Bezirksbaudirektoren, bei landwirtschaftlichen Wohn- und Produktionsbauten der Zustimmung der Kreis- beziehungsweise Stadtbaudirektoren und bei Objekten des Industriebaus der Zustimmung der Staatlichen Bauaufsicht des Ministeriums für Bauwesen. Nach Paragraph 3, Ziffer 5c, der Verordnung über die Staatliche Bauaufsicht[4] sind deren Organe gesetzlich verpflichtet, die Anwendung verbindlicher Typen vor Erteilung der Baugenehmigung zu kontrollieren. Die Staatliche Bauaufsicht des Ministeriums für Bauwesen hat nach der Anordnung vom 11. Februar 1960 über die Anwendung der Typen- und Wiederverwendungsprojekte im allgemeinen Hochbau[4*] die Durchsetzung der im Plan der sozialistischen Umwälzung des Bauwesens festgelegten technischen Politik auf dem Gebiet der Typung und Standardisierung zu überwachen. Die Planträger haben nach Paragraph 10, Absatz c, der Anordnung Nr. 1 und Paragraph 6 der Anordnung Nr. 6 zur Vorbereitung und Durchführung des Investitionsplanes[5] bereits in der Vorplanung festzulegen, für welche Bauten bestätigte Typen oder Typenreihen anzuwenden sind. Und die methodischen Grundsätze vom 6. Juli 1959 für die Planung der Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik ab 1960[6] wiederholen nochmals die Pflicht des Projektanten von Investitionsvorhaben zur Bevorzugung von Typen und Wiederverwendungsprojekten. Der vorerwähnte Beschluß des Ministerrats vom 4. Juni 1959[1] bezeichnet schließlich den Grad der Anwendung von Typen und Standards als wesentlichen Maßstab für die Beurteilung der Leistungen der Projektierung.

In Verfolg des Ministerratsbeschlusses vom 21. April 1955 über die wichtigsten Aufgaben im Bauwesen[7] wurden dem zum Institut für Typung umgebildeten bisherigen Entwurfsbüro für Typung als dem Ministerium für Bauwesen (damals für Aufbau) unmittelbar unterstellte Einrichtung die Anleitung und Koordinierung der gesamten bautechnischen Typenprojektierung übertragen. Es hatte neben der eigenen Ausarbeitung von Typenprojekten die wissenschaftlichen Grundlagen und Kennziffern für die Typenprojektierung im Industrie- und Ingenieurbau zu erarbeiten, während für deren Erarbeitung auf dem Gebiet des Wohnungsbaus, der gesellschaftlichen und der landwirtschaftlichen Bauten und die Ausarbeitung von Musterprojekten für diese Bereiche die Deutsche Bauakademie für zuständig erklärt wurde.[8] Durch Abschnitt III der Verordnung vom 13. Februar 1958 über die Organisation auf dem Gebiet des Bauwesens[9] ging unter anderem auch das Institut für Typung in den Unterstellungsbereich der Deutschen Bauakademie über. Im Jahre 1955 erließ der Minister für Aufbau eine Anordnung über die Ausarbeitung, Bestätigung und Anwendung von Typen im Bauwesen[10], und bis zum Jahre 1958 wurde im Gesetzblatt eine Reihe von Anordnungen über verbindliche bautechnische Typen bekanntgegeben.[11]

Diese letztgenannten Bestimmungen sind inzwischen überholt. Am 30. Dezember 1959 hat der Minister für Bauwesen mit Wirkung ab 1. Januar 1960 die Anordnung über die Typenprojektierung[12], die die Anordnung vom 15. November 1955 abgelöst hat, sowie die Anordnung über die Gründung des VEB Typenprojektierung[13] erlassen. Bereits im September 1959 ist die Zentrale Typenliste durch Anordnung vom 31. Juli 1959 über die Anordnung von Typen für den allgemeinen Hochbau[14] im Gesetzblatt veröffentlicht worden.

Die sozialistische Projektierung hat, wie die Anordnung über die Typenprojektierung in ihrem Eingangssatz fordert, die Prinzipien der Standardisierung und Typisierung durchzusetzen. Ihr sind Standards, Typenelemente, Typensegmente und Typenbauwerke nach Bauwerkskatalogen zugrunde zu legen. Die Bauwerkskataloge bilden das Ordnungsmittel für die Typenprojektierung und stellen das Produktionssortiment der Bauindustrie dar. Die Ausarbeitung der Typenprojekte erfolgt planmäßig. Der Plan der Typenprojektierung wird jährlich auf der Grundlage der Perspektivpläne nach typenwürdiger Häufigkeit sowie der Bauwerkskataloge mit Terminangaben aufgestellt und ist Bestandteil des Volkswirtschaftsplanes. Die Grundkonzeption für die Typenprojekte erarbeitet die Deutsche Bauakademie. Die unmittelbare Durchführung des Planes der Typenprojektierung obliegt dem neugebildeten VEB Typenprojektierung. Er hat ab 1. Januar 1960 aus dem Aufgabenbereich des Instituts für Typung der Deutschen Bauakademie den Planteil „Ausarbeitung der Typenprojekte" übernommen und untersteht unmittelbar dem Ministerium für Bauwesen. Er ist Leitbetrieb und Hauptprojektant für die Typenprojektierung und kann für die Erfüllung seiner Aufgaben volkseigene Projektierungsbetriebe oder -abteilungen einschalten. Es spiegelt die Bedeutung der Typenprojektierung wider, daß nach Paragraph 3, Absatz 4, der Anordnung über die Typenprojektierung in Übereinstimmung mit dem Beschluß des Ministerrates über den Plan der sozialistischen Umwälzung des Bauwesens[1] alle Haupt- und Spezialprojektanten des volkseigenen Projektierungswesens im Rahmen ihres Aufgabenkreises nach Maßgabe des Planes der Typenprojektierung verpflichtet sind, die vom VEB Typenprojektierung geforderten Projektierungsleistungen durchzuführen. Der VEB Typenprojektierung hat daneben die Wiederverwendung von Projekten und Projektierungsunterlagen sowie die Übernahme und Überarbeitung von Typen- und Wieder-



verwendungsprojekten aus den Teilnahmeländern des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe zu organisieren. Die Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern hat auf dem Gebiet der bautechnischen Typung möglichst auf der Grundlage gemeinsamer Bauwerkskataloge zu erfolgen. Die Bestätigung der Grundkonzeption für die Typenprojekte, der erarbeiteten Typenprojekte selbst sowie der Bauwerkskataloge erfolgt nach Zustimmung der zuständigen zentralen staatlichen Organe und Beratung insbesondere der Typenprojekte in kollektiven Aussprachen mit Werktätigen, ihren Massenorganisationen, besonders dem Freien Deutschen Gewerkschaftsbund, sowie mit Fachleuten durch das Ministerium für Bauwesen. Es werden zwei Formen von Typenprojekten unterschieden, solche ohne spezielle Betriebstechnologie, insbesondere für Wohnungsbauten, Mehrzweckbauten und Lagerhallen, und solche mit spezieller Betriebstechnologie, wie zum Beispiel für Kraftwerke, Zementwerke, Molkereien, Wäschereien, Krankenhäuser, Großküchen und so weiter. Für beide Arten liegen die notwendigen Typenprojektbestandteile fest. Typenprojekte mit spezieller Betriebstechnologie bedürfen vor ihrer Bestätigung durch das Ministerium für Bauwesen einer Begutachtung durch das Staatliche Büro für die Begutachtung von Investitionsvorhaben[15]. Im einzelnen ist der Kreis der anzuhörenden Institutionen von der Art des Projektes abhängig. Die Verordnung über die Staatliche Bauaufsicht erinnert an die Organe des Luft- und Brandschutzes[16]. Nach Paragraph 3, Absatz 1, Buchstabe k, der Anordnung vom 15. Oktober 1959 über Aufgaben und Tätigkeit der Staatlichen Holzinspektion bei der Staatlichen Plankommission[17] ist die Staatliche Holzinspektion zur Kontrolle des sparsamsten Verbrauchs an Holz bei der Ausarbeitung und Bestätigung von Typenprojekten für die Industrie-, Wohnungs- und landwirtschaftlichen Bauten verpflichtet. Alle bestätigten Typenprojekte werden in eine Zentrale Typenliste des Ministeriums für Bauwesen aufgenommen und vom Minister für Bauwesen im Gesetzblatt bekanntgegeben. Mit der Bekanntgabe wird die Anwendung des Typenprojektes verbindlich.

Es ist Aufgabe der Prüfstellen in den bautechnischen Projektierungsbetrieben und -abteilungen, die Projektanten bei der Ausarbeitung der Investitionsprojekte in bezug auf die Anwendung von Typenprojekten und Bauwerkskatalogen zu beraten. Volkseigene Projektierungsbetriebe und -abteilungen sind, soweit es ihre Aufgaben erfordern, zum kostenlosen Bezug der notwendigen Exemplare von Typenprojektmappen, Bauelementenkatalogen und Bauwerkskatalogen berechtigt. Für die Herausgabe der Typenprojektmappen und Bauelementenkataloge ist der VEB Typenprojektierung, für die Herausgabe der Bauwerkskataloge die Deutsche Bauakademie verantwortlich. Neu ist die Verpflichtung zur Entrichtung einer Benutzungsgebühr durch den Investitions- beziehungsweise Lizenzträger für die Anwendung bestätigter Typenprojekte. Die Gebühr wird nach der Bestätigung des Typenprojektes nach Beschlußfassung durch die Regierungskommission für Preise festgesetzt. Für die bereits bestehenden Typenprojekte werden bis zum 31. Juli 1960 durch das Ministerium für Bauwesen Gebühren erarbeitet und der Regierungskommission für Preise zur Beschlußfassung vorgelegt. So finanziert sich die Typenprojektierung zu einem Teil aus tatsächlichen Einsparungen der Bauauftraggeber an Projektierungsaufwendungen. Im übrigen besteht für die Typenprojektierung ein Fonds, der dem Ministerium für Bauwesen zweckgebunden aus dem Haushalt der Republik zur Verfügung gestellt und von ihm verwaltet und abgerechnet wird.

Jedes Typenprojekt bedarf der örtlichen Anpassung, sie ist Aufgabe des mit der Ausarbeitung des speziellen Investitionsprojektes beauftragten Projektanten, nicht etwa der mit der Typenprojektierung befaßten Institution. Die Staatliche Bauaufsicht des Ministeriums für Bauwesen ist für die generelle bauaufsichtliche Genehmigung der für verbindlich zu erklärenden Typenentwürfe zuständig und verantwortlich[16]. Die bauaufsichtliche Prüfung der örtlichen Bauaufsicht zur Erteilung des Bauscheines beschränkt sich auf die Kontrolle der Anwendung der bestätigten Typenprojekte und die Ordnungsmäßigkeit der Anpassungsarbeiten. Das Ministerium für Bauwesen wird eine Richtlinie für die örtliche Anpassung von Typenprojekten herausgeben.

Künftig wird die Regierungskommission für Preise im Bestätigungsverfahren des Ministeriums für Bauwesen auch über die Festpreise der getypten Bauten und Bauelemente beschließen. Hier seien in diesem Zusammenhang die Preisanordnung Nr. 1052 vom 20. Mai 1958 in der Fassung der Anordnungen Nr. 1052/1, Nr. 1052/2 und Nr. 1052/3 vom 25. März 1959 und Nr. 1052/4 vom 15. Juli 1959 über die Abrechnung des typisierten Wohnungsbaus nach Pauschalpreisen[18] und die Preisanordnung Nr. 1300 vom 25. März 1959 über die Abrechnung der typisierten gesellschaftlichen Bauten nach Pauschalpreisen[19] genannt.

Wie erwähnt, sind die allgemein verbindlichen Typen zur Zeit in der Anordnung vom 31. Juli 1959 über die Anwendung von Typen für den allgemeinen Hochbau[14] zusammengefaßt. Sie betrifft den traditionellen sowie den industriellen Wohnungsbau, Einfamilienhäuser und LPG-Hauswirtschaften sowie gesellschaftliche Bauten und landwirtschaftliche Nutzbauten. Der Ministerratsbeschluß vom 4. Juni 1959 über den Plan der sozialistischen Umwälzung des Bauwesens[1] und Abschnitt B II des Gesetzes vom 1. Oktober 1959 über den Siebenjahrplan[20] geben die nächste Perspektive. Danach sind bis Mitte des Jahres 1960 komplette Typenserien in industrieller Bauweise für Hallen- und Geschoßbauten der Industrie zu projektieren. Aus den Serien sind vorrangig die Typenprojekte zu bearbeiten, die bei der Durchführung des Chemieprogrammes und beim Aufbau der Betonindustrie erforderlich sind.

Dr. Linkhorst

[1] Sonderheft der Schriftenreihe Bauwesen; wiedergegeben auch in der Lose-Blatt-Sammlung Baurecht unter III/10 x/1
[2] Vom 9. Januar 1958 (GBl. I, S. 41)
[3] In seiner Neufassung durch die Anordnung vom 11. Februar 1960 über die Anwendung von Typen- und Wiederverwendungsprojekten im allgemeinen Hochbau (GBl. I, S. 70)
[4] GBl. I 1958, S. 777
[4*] GBl. II, S. 70
[5] Anordnungen Nr. 1 vom 15. Dezember 1958 und Nr. 6 vom 14. März 1959 (Sonderdrucke Nr. 294 und 298 des Gesetzblattes)
[6] Sonderdruck Nr. 277a des Gesetzblattes, Abschnitt I B, Ziffer 13
[7] GBl. I, S. 297
[8] Teil V, Ziffer 2 und Ziffer 10 d
[9] GBl. I, S. 144
[10] GBl. II, S. 406
[11] Aufzählung siehe § 2, Absatz 2 der Anordnung vom 31. Juli 1959 (GBl. II, S. 241)
[12] GBl. II 1960, S. 16
[13] GBl. II 1960, S. 15
[14] GBl. II, S. 241, in der Fassung der in Anmerkung 3 bezeichneten Anordnung vom 11. Februar 1960
[15] Anordnung vom 6. Juni 1958, GBl. II, S. 126
[16] GBl. I 1958, S. 777, § 4, Absatz 1 e
[17] GBl. I, S. 836
[18] Sonderdrucke Nr. P 438, 857, 858, 859 und Nr. 979 des Gesetzblattes
[19] Sonderdruck Nr. P 860 des Gesetzblattes
[20] GBl. I, S. 703

Wer liefert was?

Zeile, 63 mm breit, monatlich 1,80 DM bei Mindestabschluß für ein halbes Jahr

Akustische Isolierungen



Löbau/Sa., Günther Jähne, KG, Vorwerkstr. 5, Tel. 37 49

Asphaltbeläge

Karl-Marx-Stadt, Otto Hempel, Inh. Horst Hempel, Ausführung sämtlicher Asphaltarbeiten, Salzstr. 29, Tel. 3 23 82

Leipzig, Asphaltwerk Rob. Emil Köllner, Bitumenfußbodenbelag AREKTAN gemäß DIN 1996 für Straßen, Industriebau usw. N 24, Abtnaundorfer Straße 56, Tel. 6 55 62

Aufzugs- und Maschinenbau



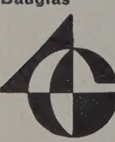
Leipzig, VEB Schwermaschinenbau S. M. KIROW, Leipzig W 31, Naumburger Straße 28, Tel. 4 41 21, FS 05 12 59
Personenaufzüge, Lastenaufzüge sowie Kranken- und Kleinlastenaufzüge

Aufzüge



Leipzig, Willy Arndt, Kom.-Ges., Aufzügefabrik, Aufzüge für Personen- und Lastenbeförderung, N 25, Mockauer Straße 11—13, Tel. 5 09 07

Bauglas



Gräfenroda/Thür., VEB Glaswerk, Tel. 3 20 Gräfenroda; Glasdachziegel, Prismenplatten, Glasbausteine, Normalformat hohlgepreßt



Hosena/Lausitz VEB Glaswerk, Prismenplatten für begeh- und befahrbare Oberlichte für Industriebauten

Baukeramik



Meißen/Sa., VEB Plattenwerk „Max Dietel", Neumarkt 5, Tel. 34 51

Betonfertigteile

Bad Liebenwerda, Liebenwerdaer Betonwarenfabrik Paul Weiland, KG, Schloßäcker Str. 9, Telefon 5 27, Fertigteile für Hausschornsteine

Beton- und Stahlbetonbau



Berlin-Grünau, Chemische Fabrik Grünau (Tel. 64 40 61) Bautenschutzmittel Korrosionsschutz Technische Beratung kostenlos

Bodenbeläge

Auerbach i. V., Bauer & Lenk, KG, Parkett-Fabrik, Karl-Marx-Straße 45, Tel. 27 05



Berlin N 4, Erich Klockow, Benzin-,Öl-und Dieselkraftstoff-beständiger Fußboden, Luisenstr. 14/15, Fernruf 42 47 82

Berlin-Friedrichsfelde, KEDU-Spezial-Hartbeton-Material, Schloßstraße 34, Tel. 55 41 21



Berlin-Niederschönhausen, „Steinholz"-Köhler, Steinholz- und Linoleumlegerei, Holzbetonwerk, Blankenburger Straße 85/89, Tel. 48 55 87 und 48 38 23

Dresden, Otto Reinsch, Cellubit-Papierstein, Betex-Kunstharzspachtel u. a., Industriegelände, Tel. 5 41 75

Dresden, Rowid-Gesellschaft Dietz & Co., Rowidfußböden, Spachtelbeläge, Porenrowid-Baufertigteile, Fuboplastic-Spannteppiche, Bautzner Straße 17, Tel. 5 33 23

Forst/Lausitz, Produktionsgenossenschaft der Fußbodenleger, Rowid-Fußböden, Spachtelbeläge und PVC-Bodenbeläge, Muskauer Straße 50, Tel. 4 49

Hirschfeld, Kr. Zwickau/Sa., Parkettfabrik Hirschfeld, Produktionsstätte der Firma Bauer & Lenk, KG, Auerbach i. V., Tel. Kirchberg 3 57

Hohenfichte, Kr. Flöha/Sa., „Parkettfabrik Metzdorf", Herbert Schwarz, Tel. Augustusburg 2 19

Karl-Marx-Stadt S 8, PGH-Fußbodenbau, Dura-Steinholzfußböden, Linolestriche, PVC- und Spachtelbeläge, Industrieböden, Rosa-Luxemburg-Straße 8, Ruf 5 10 49

Oberlichtenau, Michael's PVA-Fußbodenspachtel — ein fugenlos glatter, trittfester und raumbeständiger Spachtelbelag für alle unnachgiebigen Unterböden. Beratung durch das Lieferwerk Chem.-techn. Werke Böhme & Michael, Oberlichtenau, Bez. Karl-Marx-Stadt

Brunnenbau

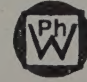
Elsterwerda, Otto Schmalz, KG, Elsterstraße 1, Großbrunnenbau, Tiefbohrungen, Baugrundbohrungen, Grundwasserhaltungen, Horizontalbohrungen

Bücher — Zeitschriften

Berlin, Buchhandlung Handel und Handwerk Erwin Röhl, N 4, Chausseestraße 5, Tel. 42 72 63

Berlin, Buchhandlung für Kunst und Wissenschaft, kostenloser Prospektversand, W 8, Clara-Zetkin-Straße 41

Bürogeräte



Dresden, Philipp Weber & Co., KG, Arbeitsplatzleuchten, Telefon-Scherenschwenkarme, Chemnitzer Straße 37, Tel. 4 69 47

Dachanstriche

Coswig, Bez. Dresden, VEB (K) Dachpappen- und Isolierstoffwerke, Tel.: Dresden 7 32 51

Dachklebemasse

Coswig, Bez. Dresden, VEB (K) Dachpappen- und Isolierstoffwerke, Tel.: Dresden 7 32 51

Estriche und Steinfußböden



Berlin-Niederschönhausen, „Steinholz"-Köhler, Steinholz- und Linoleumlegerei, Holzbetonwerk, Blankenburger Straße 85/89, Tel. 48 55 87 und 48 38 23

Leipzig, Iwan Otto Kochendörfer, Papiersteinfußböden, C 1, Str. d. Befreiung 8. Mai 1945 Nr. 25, Tel. 6 38 17

Leipzig, Gerhard Tryba, Terrazzofußböden, Spezialböden für Rollschuh-Laufbahnen, W 31, Naumburger Straße 45, Tel. 4 18 11

Farben und Lacke



Berlin-Grünau, Chemische Fabrik Grünau (Tel. 64 40 61) Silikatfarben Technische Beratung kostenlos

Oberlichtenau, Chem.-techn. Werke Böhme & Michael Lack-und Farbenfabrik Oberlichtenau, Bez. Karl-Marx-Stadt

bieten jederzeit Beratung in allen Fragen der zeitgemäßen Anstrichtechnik

Fenster



Neukirchen/Erzgeb., Carl-Friedrich Abstoß, KG mit staatlicher Beteiligung, Spezialfabrik für Rolläden aus Holz und Leichtmetall, Präzisions-Vdl.-Anlagen mit elektr.-mot. Antrieb, Springrollos, Holzdrahtrollos, durchsichtige Sonnenschutzrollos, Leichtmetall-Jalousien „Lux-perfekt" Markisoletten, Rollschutzwände Karl-Marx-Straße 11, Tel.: Karl-Marx-Stadt 3 71 30

Fensterbeschlag



Schmalkalden/Thür. Wald, Joseph Erbe, KG, Striegelfabrik, gegr. 1796, Dreh-Kipp-Fensterbeschlag — die ideale Belüftung —

Festhartbeton

Leipzig, Weise & Bothe, Duromit, Festhartbeton W 43, Bahnhof Knauthain, Ladestraße

Flachglasveredelung

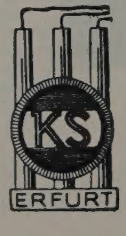
Hoyerswerda/OL., Erich Bahrig, Flachglasveredelung, Möbelglas, Beleuchtungsglas, Glasbiegerei, Kozorstraße 3

Weißwasser/OL., Otto Lautenbach, Flachglasveredelung, Gablenzer Weg 18
Spezialität: Möbelgläser, Küchengläser, Türgläser

Fotobücher — Fotozeitschriften

Halle (Saale), fotokinoverlag-halle, Mühlweg 19

Feuerungsbau



Erfurt, Karl Selle, Feuerungstechnisches Baugeschäft, Bahnhofstraße 45, Telefon 21915, Schornsteinbau, Kesseleinmauerungen, Feuerungsanlagen, Hängedecken eigener Bauart

Wer liefert was?

Zeile, 63 mm breit, monatlich 1,80 DM bei Mindestabschluß für ein halbes Jahr

Fugenvergußmasse

Coswig, Bez. Dresden, VEB (K) Dachpappen- und Isolierstoffwerke, Tel.: Dresden 7 32 51

Fußbodenbelag



Peitz/NL., Johannes Raunick, Lignoplast-Werk, Fußboden- und Wandverkleidungen aus Edelholzabfällen, Ziegelstraße 10, Tel. 3 75

Fußbodenpflegemittel



Lutherstadt Wittenberg, Rothemarkt 7 - 9
Wittol — Bohnerwachs
Wittol — Hartwachs
Wittol — Steinholzpaste
EB 7 — insektizide Bohnerpaste
Emulwachs — für Gummibeläge



Magdeburg, VEB Bona-Werk, Feste Bohnerwachse und Parkettreiniger, für alle Fußböden geeignet

Gartenplastiken

Rochlitz/Sa., Gebrüder Heidl, Tel. 1 31
Gartenplastiken aus Natur- und Betonwerksteinen, Katalog frei

Gewerbliche und industrielle Einrichtungen



Friedrichroda/Thür.
Ewald Friederichs, Verdunkelungsanlagen, Filmwände, Sonnenschutzrollos, Tel. 3 81 und 3 82



Neukirchen/Erzgeb., Carl-Friedrich Abstoß, KG mit staatlicher Beteiligung, Spezialfabrik für Rolläden aus Holz und Leichtmetall, Präzisions-Vdl.-Anlagen mit elektr.-mot. Antrieb, Springrollos, Holzdrahtrollos, durchsichtige Sonnenschutzrollos, Leichtmetall-Jalousien „Lux-perfekt", Markisoletten, Rollschutzwände, Karl-Marx-Straße 11,
Tel.: Karl-Marx-Stadt 3 71 30

Glaserkitt



Magdeburg, VEB Bona-Werk, Glaserkitt aus reinem Leinöl. Zu beziehen über DHZ-Grundchemie

Glasvlies-Dachbelag

Coswig, Bez. Dresden, VEB (K) Dachpappen- und Isolierstoffwerke, Tel.: Dresden 7 32 51

Harmonika-Türen

Karl-Marx-Stadt, Max Schultz, Tel. 4 03 23

Hartbeton

Berlin-Friedrichsfelde, K E D U-Spezial-Hartbeton-Material, Schloßstraße 34, Tel. 55 41 21

Haustechnik



Altenburg Bez. Leipzig, Walter Pallmann KG, Heizungsbau, Rohrleitungsbau, Be- und Entlüftungsanlagen



Leipzig, VEB Montagewerk, Leipzig C 1, Bitterfelder Straße 19, Ruf 5 07 57

Werk II

Dresden, VEB Montagewerk Leipzig
Dresden A 45, Pirnaer Landstraße 23, Ruf 2 82 50

Wir montieren:
Heizungs-, Lüftungs- und Rohrleitungs-Anlagen, Be- und Entwässerungen, Glas- und sanitäre Anlagen.
Spezialbetrieb für die Einrichtung von Krankenhäusern, Kliniken und Kulturhäusern

Heizungsbau

Cottbus, Ing. Hans Kopf, Heizungsbau und Rohrleitungsbau, Rennbahnweg 7, Tel. 27 11

Karl-Marx-Stadt, Dipl.-Ing. Paul Schirner, KG, wärmetechnische Anlagen, Freiberger Straße 20, Ruf 4 06 61

Holz und Holzplatten

Leipzig, Rohstoffgesellschaft für das Holzgewerbe, Nachf. Frank & Co., Sperrholztüren, Holzspanplatten, C 1, Wittenberger Straße 17, Tel. 5 09 51

Industriefußböden

Freital I, Deutsche Xylolith-Platten-Fabrik, Fußbodenplatten nur für Industrie, Tel.: Dresden 88 12 75

Karl-Marx-Stadt S 8, PGH-Fußbodenbau, Dura-Spezial-Hartfußböden, Rosa-Luxemburg-Str. 8, Ruf 51049

Industrielle Einrichtungen



Apolda, VEB (K) Metallbau und Labormöbelwerk (komplette Laboreinrichtungen, auch transportable Bauweise)



Krauschwitz/OL, VEB Steinzeugwerk Krauschwitz, säurefeste Laborbecken, Entwicklungströge, Auskleidungsplatten und andere Artikel der Baukeramik

Zwickau/Sa., VEB Zwickauer Ladenbau, moderne Ladenausbauten, Ossietzkystraße 5, Ruf 28 30

Isolierungen



Berlin-Grünau, Chemische Fabrik Grünau (Tel. 64 40 61) Schutzanstriche auf Bitumen- und Steinkohlenteerbasis
Technische Beratung kostenlos



Hermsdorf/Thür., W. Hegemann & Söhne, Hematect-Werk, alle bituminösen Sperrstoffe nach DIN und AIB, Falzdichtungen von Betonrohrkanälen bis zu den größten Dimensionen durch Hematect-Sperrgürtel

Isolierungen Kälte und Wärme

Dresden, Isolierungen für Kälte und Wärme, Rheinhold & Co., in Verw., N 23, Gehestr. 21, Tel. 5 02 47

Karl-Marx-Stadt, Otto Westhoff, KG, Isolierungen für Kälte und Wärme, Turnstr. 6, Tel. 5 19 30

Installationstechnik



Halle/Saale, VEB Montagewerk
Ausführung und Projektierung
Warmwasser-, Heißwasser- und Dampfheizungen, Be- und Entwässerungen, Gas- und Warmwasserleitungen, sanitäre Einrichtungen
C 2, Böllberger Weg 85, Tel. 71 51

Kachel- und Wandplatten-Verlegung

Oberlichtenau, Michael's Granatina-Dichtung B 10150 besitzt außergewöhnliche Klebwirkung und ist im Bausektor universell anwendbar beim Verkleben von Holz, Pappe, Glas, Metall, Gips, Mauerwerk, Keramik usw.
Besonders geeignet zum Verkleben abgefallener bzw. neu zu verlegender Wandplatten und Kacheln. Alle technischen Einzelheiten auf Anfrage durch das Lieferwerk
Chem.-techn. Werke Böhme & Michael, Oberlichtenau, Bezirk Karl-Marx-Stadt

Kegelsportanlagen

Karl-Marx-Stadt, Otto Hempel, Inh. Horst Hempel, Asphaltkegelbahnen nach Bundesvorschrift, Salzstraße 29, Tel. 3 23 82

Kinoanlagen

Dresden, VEB Kinotechnik Dresden, Kinoanlagen, A 20, Oskarstraße 6, Tel. 4 20 57 und 4 66 07

Kleiderschränke



Bad Liebenwerda, Möbelwerke Liebenwerda, Rieger, Kaufmann & Co., OHG, Spezial-Fabrik für Kleiderschränke, Postfach 17, Fernruf 3 53

Klebemittel

Oberlichtenau, Spezial-Kleber aus der Produktion Chem.-techn. Werke Böhme & Michael, Oberlichtenau, Bez. Karl-Marx-Stadt

1. **Für Bahnenbelag** (Kunststoff-Folie, PVC, Linoleum usw.) Michael's Spezial-Kleber L 248 und S-036
2. **Für Kacheln und Wandplatten** Michael's Granatina-Dichtung B 10 150
3. **Für Parkett-Verklebung** Michael's Parkett-Zementit C 10 210/C 10 693

Kulturwaren



Floh/Thür., Wilhelm Weisheit, Werkstätten für kunstgewerbliche Schmiedearbeiten in Verbindung mit Keramik,
Tel.: Schmalkalden 4 79 (24 79)

Kunsthandwerk



Friedrichroda/Thür., Georg Reichert, Kunstschmiede, Schmiedearbeiten für die zweckdienende Innen- u. Außenarchit. i. Schmiedeeisen u. Metall. Entwürfe — Entwicklungsarbeiten

Leipzig, Max Gottschling, Holzeinlegearbeiten (Intarsien), W 31, Ernst-Mey-Straße 20, Tel. 5 12 15



Oelsnitz i. Vogtl., Melanchthonstr. 30, Kurt Todt, echte Handschmiedekunst, Türbeschläge, Laternen, Gitter

Muskau/Oberlausitz, Erna Pfitzinger, Keramiken für Haus und Garten, Anfertigung auch nach Zeichnung, Telefon: Muskau 84

Kunststoffbeläge

Berlin-Niederschönhausen, „Steinholz"-Köhler, KG, Kunststoffbeläge, Blankenburger Straße 85/89, Tel. 48 55 87 und 48 38 23

Ladenbau



Bernsdorf/OL, VEB (G) Leichtmetallbau, Konfektionsständer, Garderobenständer, Vitrinen, Preisständer, Sitzgarnituren, sämtl. Möbel aus Leichtmetall, Tel.: Bernsdorf 2 09

Waldheim/Sa., Rockhausen & Co., KG, Fabrik für Ladeneinrichtungen, Niederstadt 7, Tel. 1 73

Lampenschirme

Magdeburg-S, VEB (K) Loma, geschmackvolle Lampenschirme, Halberstädter Straße

Leichtbauplatten

Groitzsch, Bez. Leipzig, Tel. 2 24
VEB (K) Leichtbauplattenwerk, zementgebundene Holzwolle-Leichtbauplatten, zu beziehen über: VEB Baustoffversorgung

Leichtmetall-Jalousien



Neukirchen/Erzgeb.,Carl-Friedrich Abstoß, KG mit staatlicher Beteiligung, Spezialfabrik für Rolläden aus Holz u. Leichtmetall, Präzisions-Vdl.-Anlagen mit elektr.-mot. Antrieb, Springrollos, Holzdrahtrollos, durchsichtige Sonnenschutzrollos, Leichtmetall-Jalousien „Lux-perfekt", Markisoletten, Rollschutzwände, Karl-Marx-Straße 11, Tel.: Karl-Marx-Stadt 3 17 30

Linoleumestriche



Berlin-Niederschönhausen, „Steinholz"-Köhler, KG, Linoleumestriche und schwimmende Estriche, Blankenburger Straße 85/89, Tel. 48 55 87 und 48 38 23

Lufttechnische Anlagen

Leipzig, Marcus Helmbrecht & Co., lufttechn. Anlagen für alle Industriebauten, O 27, Glafeystr. 19, Ruf 63060

Markisen



Elsterwerda (Sa.), Gebr. Heinrich, Markisen aller Art Gegründet 1900

Maurer-Isolieranstriche

Coswig, Bez. Dresden, VEB (K) Dachpappen- und Isolierstoffwerke, Tel.: Dresden 7 32 51

Modellbau

Plauen/Vogtl., Wolfgang Barig, Architektur- und Landschafts-Modellbau — Technische Lehrmodelle und Zubehör, — Friedensstraße 50, Fernruf 39 27

Möbelspiegel

Weißwasser/OL, Lausitzer Spiegelfabrik, Anfertigung von Spiegeln aller Art, insbesondere Spiegelgarnituren f. d. Möbelindustrie, Wandspiegel, Kleinspiegel f. d. Etuifabrikation, Glasschiebetüren mit Goldzierschliff, Glasauflegeplatten usw.

Naturstein

Löbau/Sa., VEB (K) Ostsächsische Natursteinwerke, Fernruf: Löbau 32 78/32 79
Der leistungsfähige Betrieb der Natursteinindustrie. Wir fertigen Bauwerkstücke in allen Verarbeitungsarten, Innen- und Außenverkleidungen, Spezialität Fußbodenplatten in verschiedenen Materialien und Verarbeitungen. Mit Kostenanschlägen und technischen Beratungen stehen wir zur Verfügung.

Ofenkacheln



Meißen/Sa., VEB Plattenwerk „Max Dietel", Neumarkt 5, Tel. 34 51

Parkettverlegung

Oberlichtenau, Michael's Parkett-Zementit C 10210/C 10693 zum Verlegen und Ankleben von Dünn- und Mosaik-Parkett mit schnellem Antrocknungsvermögen bei gleichzeitiger Beibehaltung einer höchstmöglichen Dauerelastizität und Alterungsbeständigkeit. Alle technischen Einzelheiten durch Anfrage bei dem Lieferwerk
Chem.-techn. Werke Böhme & Michael, Oberlichtenau, Bezirk Karl-Marx-Stadt

Profilglas



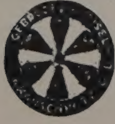
Pirna-Copitz, VEB Guß- und Farbenglaswerke, Telefon 6 57 „Copilit"-Profilglas für Bedachung, Trennwände und Industrieverglasungen

Putz und Stuck

Crimmitschau/Sa., Winkler & Neubert, Stuck- und Rabitzarbeiten, Karlstraße 13, Tel. 29 96

Karl-Marx-Stadt, PGH Stukkateure, Putz-, Stuck- und Rabitzarbeiten, Kunstmarmor, Trockenstuck, S 6, Straßburger Str. 31, Tel. 3 52 81

Rauchgas- und andere Entstaubungsanlagen



Krauschwitz/OL, Gebrüder Kreisel & Co., Maschinenfabrik und Eisengießerei, Drahtwort: Feuerzug, Ruf: Muskau 3 61 — 3 62 Rauchgas- und andere Entstaubungsanlagen: Projektierung, Konstruktion, Produktion, Montage

Reißzeug



Karl-Marx-Stadt S 8, E. O. Richter & Co., GmbH, Präzisionsreißzeug-Fabrik, Original Richter „Das Präzisions-Reißzeug", Melanchthonstraße 4/8, Telefon 4 02 90 und 4 04 26, Telegr.: Richterwerk

Rohrleitungsbau

Cottbus, Ing. Hans Kopf, Heizungsbau und Rohrleitungsbau, Rennbahnweg 7, Tel. 27 11

Rolläden



Forst/Lausitz, W. Spaarschuh, Rolläden- und Jalousiefabrik. Gegründet 1833, Tel. 2 12



Neukirchen/Erzgeb.,Carl-Friedrich Abstoß, KG mit staatlicher Beteiligung, Spezialfabrik für Rolläden aus Holz und Leichtmetall, Präzisions-Vdl.-Anlagen mit elektr.-mot. Antrieb, Springrollos, Holzdrahtrollos, durchsichtige Sonnenschutzrollos, Leichtmetall-Jalousien „Lux-perfekt", Markisoletten, Rollschutzwände, Karl-Marx-Straße 11, Tel.: Karl-Marx-Stadt 3 71 30

Rostschutzanstriche

Coswig, Bez. Dresden, VEB (K) Dachpappen- und Isolierstoffwerke, Tel.: Dresden 7 32 51

Röntgen-Elektro-Med.-Apparate

Hermsdorf/Thür., Ing. Herbert Patzer, Tel. 4 98

Sonnenschutzrollos



Bernsdorf/OL, VEB (G), Leichtmetallbau, Herstellung von Springrollos, Telefon: Bernsdorf/OL 2 09

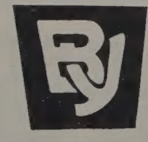


Friedrichroda/Thür., Ewald Friederichs, Sonnenschutzrollos, Tel. 3 81 und 3 82



Neukirchen/Erzgeb.,Carl-Friedrich Abstoß, KG mit staatlicher Beteiligung, Spezialfabrik für Rolläden aus Holz und Leichtmetall, Präzisions-Vdl.-Anlagen mit elektr.-mot. Antrieb, Springrollos, Holzdrahtrollos, durchsichtige Sonnenschutzrollos, Leichtmetall-Jalousien „Lux-perfekt", Markisoletten, Rollschutzwände, Karl-Marx-Straße 11, Tel.: Karl-Marx-Stadt 3 71 30

Säurebau



Brandis, Bezirk Leipzig, Säurebau Byczkowski, KG, säurefeste und flüssigkeitsdichte Fußboden- und Behälterauskleidungen für die chemische und metallurgische Industrie. Projektierungen und Beratungen

Schornsteinbau

Cottbus, Ernst Paulick, Schornstein- und Feuerungsbau, Bahnhofstraße 7, Telefon 44 35

Sperrholztüren

Leipzig, Rohstoffgesellschaft für das Holzgewerbe, Nachf. Frank & Co., Sperrholztüren, Holzspanplatten, C 1, Wittenberger Straße 17, Tel. 5 09 51

Sportanlagen



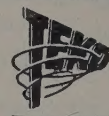
Berlin N 4, Erich Klockow, Rollschuh- und Radrennbahnen, Luisenstr. 14/15, Fernruf 42 47 82

Staussziegelgewebe



Peitz/NL, Stauss & Ruff, KG mit staatl. Bet., Tel. 2 70, Staussziegelgewebe — der Universalputzträger für Außen- und Innenwände, Deckenuntersichten, tragende Deckenausbildungen, horizontale, vertikale, geneigte, ebene und gekrümmte Flächen, Gewölbe, Gesimse, Ummantelungen, Rohr-, Bündel- und Schlitzverkleidungen, Isolierungen, Trockenlegungen und Fassadenrenovierung, statisch anwendbar, feuerfest, unveränderlich, formbar, schalldämmend, raumfest für alle Putzarten

Steinholzfußböden



Berlin-Niederschönhausen, „Steinholz"-Köhler, KG, Steinholz- und Linoleumlegerei, Holzbetonwerk, Blankenburger Straße 85/89, Tel. 48 55 87 und 48 38 23

Technischer Korrosionsschutz

Leipzig, VEB Säurebau — Technischer Korrosionsschutz, Säurebau, säure- und laugenfeste Auskleidungen für sämtliche korrosionsgefährdeten Anlagen, Goethestraße 2, Telex 05 14 76

Terrazzo-Material

Waldheim/Sa., R. Naumann, Rohmaterial für Betonwerkstein und Terrazzo, Tel. 1 52

Teppiche



Oelsnitz (Vogtl.), VEB Halbmond-Teppiche Wir fertigen: Durchgewebte Doppelplüsch-, Tournay-, Axminster-, Stickteppiche, Brücken, Läufer, Auslegware, Bettumrandungen, Teppiche bis 12 m Breite und beliebiger Länge ohne Naht

WURZNER WTF TEPPICHE

Wurzen/Sa., VEB Wurzner Teppichfabrik Wir liefern Teppiche, Läufer und Bettumrandungen in moderner und orientalischer Musterung. Unsere Spezialität: Läufer und Auslegeware

Tiefbohrungen

Elsterwerda, Otto Schmalz, KG, Elsterstraße 1, Großbrunnenbau, Tiefbohrungen, Baugrundbohrungen, Grundwasserhaltungen, Horizontalbohrungen

Trinkwasserbehälter-Anstriche

Coswig, Bez. Dresden, VEB (K) Dachpappen- und Isolierstoffwerke, Tel.: Dresden 7 32 51

Turmuhren (Fassadenuhren)

ZACHARIÄ

Leipzig C 1, Wiesenstr. 10, Tel. 26230, Bernhard Zachariä, KG, Spezialbetrieb für: Turmuhrwerke m. elektr. Aufzug und Schlagwerken sowie Motorlaufwerke für den Anschluß an Hauptuhren, Zifferblätter in allen Ausführungen mit und ohne Beleuchtung an Fassaden

Türwechselsprechanlagen

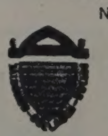


Berlin-Weißensee, Lehderstraße 24/25 Tel. 56 16 95 Ab 1961 lieferbar!

Verdunkelungsanlagen



Friedrichroda/Thür., Ewald Friederichs, Verdunkelungsanlagen, Tel. 3 81 und 3 82



Neukirchen/Erzgeb.,Carl-Friedrich Abstoß, KG mit staatlicher Beteiligung, Spezialfabrik für Rolläden aus Holz und Leichtmetall, Präzisions-Vdl.-Anlagen mit elektr.-mot. Antrieb, Springrollos, Holzdrahtrollos, durchsichtige Sonnenschutzrollos, Leichtmetall-Jalousien „Lux-perfekt", Markisoletten, Rollschutzwände, Karl-Marx-Straße 11, Tel.: Karl-Marx-Stadt 3 71 30

Wandfliesen



Meißen/Sa., VEB Plattenwerk „Max Dietel", Neumarkt 5, Tel. 34 51